

Nr.  
**7**  
Juli  
1988

# Die Neue Gesellschaft

---

## Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon †  
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1988  
35. Jahrgang

Redaktion:  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl †  
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:  
Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Ulrich Gernhardt  
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH  
Postfach 20 13 52  
5300 Bonn 2  
Telefon (02 28) 23 80 83  
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:  
In der Raste 20-22  
5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42  
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 88,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 16  
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Redaktionsbeirat:  
Siegfried Bangert  
Frank Benseler  
Gottfried Erb  
Irving Fetscher  
Ulrich Gernhardt  
Horst von Gizycki  
Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher  
Reinmut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Ferdinand W. Menne  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Friedrich-Wilhelm Witt

## Zum Inhalt

Der Essay dieses Hefies beschäftigt sich mit „Furcht und Elend der Intellektuellen“; Rüdiger Görner reflektiert Benn's „Doppelleben“ (ein autobiografisches Fragment) ebenso wie das (reale) Doppelleben des Martin Heidegger. Da ist es nicht weniger als Selbstironie, wenn wir in der gleichen Ausgabe der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ Furcht und Elend der sozialdemokratischen Intellektuellen behandeln – nämlich den Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen SPD und SDS aus dem Jahre 1961 und die nachlaufende Reflektion dieses Beschlusses durch den Parteivorstand des Jahres 1988.

Es wird in der SPD nicht Tradition werden, daß dort Beschlüsse, die vor 30 Jahren gefaßt wurden, nachträglich kommentiert werden. Und auch die Behauptung, hier habe sich die APO-Generation eines frühen Traumas entledigen wollen, trifft nur auf eine kleine Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu. Aber es ist keine Schande, wenn eine Partei im 125. Jahr ihres Bestehens über Erfolge und Fehler nachdenkt. Im Jahre 1961 gab es in der Führung der SPD zur Auseinandersetzung mit dem aufmüpfigen SDS zwei Denkschulen: Knoeringen wollte die linksradikale Minderheit des Studentenverbandes aus der SPD „hinausdiskutieren“; Wehner bestand auf dem Bruch. Wehner setzte sich durch. Im machtpolitischen Prozeß der frühen sechziger Jahre hat dieser Bruch die SPD ihrem Ziel, der Beteiligung an der Regierung, näher gebracht. Dem langfristigen Bemühen, im halbierten Deutschland eine aufklärerische Linke als „historischen Block“ zu formieren, hat der Bruch eher geschadet. Viele bedeutende Köpfe wurden der SPD auf Jahrzehnte entfremdet: Michael Schumann, Horst Kern, Oskar Negt, Ursula Schmiederer, Monika Mitscherlich, Klaus Meschkat, Helmut Schauer, Helga Einsele sind nur eine kleine Auswahl von hunderten von Namen. Ob sie für die Sozialdemokratie der neunziger Jahre noch einmal zu gewinnen sind, bleibt offen. Daß ihre Ausgrenzung (oder auch erzwungene Selbstausgrenzung) für die SPD ein Verlust war, ist nicht mehr zu bestreiten.

Die Erklärung, daß der Unvereinbarkeitsbeschluss mit dem SDS von 1961 gegenstandslos sei, erfolgte im SPD-Vorstand des Jahres 1988 ohne Gegenstimmen. Das heißt aber nicht, daß es nicht Sozialdemokraten mit gegenteiliger Auffassung gäbe. Jürgen Maruhn und Ernst Eichengrün, zwei der Be-

gründer des SHB, der damals den SDS ablöste, haben sich zu Wort gemeldet. Sie werden – in der September-Nummer – das Wort bekommen.

\*

Der Parteitag der CDU ist beendet. Eine einzige glanzvolle, durchgearbeitete Diskussion hat es dort gegeben: über das Beratungsgesetz zum § 218 StGB. Der Rest war apathische Begleitung der Regierungsarbeit durch die gleichzeitig alarmierten und gelähmten Delegierten einer Partei. Derweil schlägt sich die SPD mit ihrer Programmdiskussion herum; manchmal mühsam, immer fleißig, manchmal auf höchstem Niveau, immer ernsthaft – und immer noch allzusehr nach innen gewandt, allzu selten die Gesellschaft aufstörend. Wir drucken eine Serie kritischer Beiträge zum Irseer Entwurf. Ob es um den Kultur-, den Natur- oder den Arbeitsbegriff geht; politische Wirkung wird diese Diskussion nur zeigen, wenn sie von den politischen Gegnern der SPD als Herausforderung und von den Wechselwählern als erkennbare Bewegung wahrgenommen wird. Die Diskussion um Lafontaines Thesen zur Arbeitszeitverkürzung hat diese Ziele erreicht; die meisten anderen Debatten sind bislang „Binnenkommunikation“. Vielleicht kann dieses Heft zur Öffnung des Binnenraums beitragen; die „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ sind für kritische Beiträge zur Programmdiskussion aus den Kirchen, den Gewerkschaften, aber auch aus liberalen, konservativen oder grünen Kreisen oder der Unternehmerschaft offen.

\*

Die rasche Einführung neuer Technologien hat eine Diskussion um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig gemacht. Die Regierungskoalition ist dabei, an den Betriebsräten herumzusplittern (und beispielsweise Sprecherausschüsse für leitende Angestellte einzuführen). Um dieser Tendenz zu widersprechen, hat Rudolf Dreßler den umfassenden Entwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt; er spiegelt auch eine bestimmte Auffassung vom Unternehmer und vom Unternehmen in unserer Gesellschaft. Diese Zeitschrift war und bleibt ein Organ, das sich der Weiterentwicklung von „Arbeit“ in unserer Gesellschaft verpflichtet weiß. Wir fordern zu (zustimmenden und kritischen) Beiträgen zu diesem bedeutsamen Thema „Betriebsverfassung“ auf.

P.Gl.



# Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
596		Herbert Marcuse: Eine Erinnerung
599	Dokumentation	Aufhebung des SDS-Beschlusses durch den SPD-Partei-Vorstand am 31. 5. 1988
600	Stephan Gorol	Zwischen Integration und Abgrenzung. SPD und studentische Protestbewegung
608	Rüdiger Görner	Furcht und Elend der Intellektuellen
614	Hans-Jochen Vogel	Dokumentation: Konsens zerbrochen – Teilung verfestigt. Rede zum 40. Jahrestag der Währungsreform
		Thema: Programmdiskussion
616	Jens-Rainer Ahrens	Gründlich überarbeiten. Zum Kulturkapital des Irseer Programm-Entwurfs
620	Horst Hochgreve	Natur als Quelle des Reichtums. Zur Ökonomie des Irseer Entwurfs
624	Norbert W. Kunz/ Joachim Spangenberg	Aufklärung tut not. Fragmentarische Skizze
628	Heinrich Potthoff	Der Sozialismus als säkulare Idee und historische Bewegung
638	Wilgart Schuchardt	Auf der Suche nach neuen Sicherheiten. Die Veränderung der Technikperspektive in sozialdemokratischen Partei-Programmen
646	Christoph Butterwegge	Sozialdemokratie und Staat. Zum Demokratieverständnis des Irseer Entwurfs
648	Paul Kellermann	Gesellschaftlich erforderliche Arbeit. Zur Diskussion um einen zeitgemäßen Arbeitsbegriff
651	Christian Leipert	Grundfragen einer ökologisch orientierten Wirtschafts- und Umweltpolitik
657	Alfons L. Ims	Die SPD, ihre Grundwerte und die Nord-Süd-Politik. Ein Beitrag zur Diskussion um das neue Grundsatzprogramm
662	Jörg Becker	Die verschlafene Revolution. Zum grenzüberschreitenden Datenverkehr
668	Dieter Boden	Perestrojka – die Rolle der Sowjetliteratur
671	Klaus Bloemer	Afghanistan als Testfall
674	Thomas Hofmann	Politische Operationalisierung erforderlich
678	Till Bastian	Gibt es 1988 noch eine „Deutsche Frage“?
682	Eike Hennig	Die „nationale Identität“ einer „Versöhnungsgesellschaft“? Gedankensplitter zu einem Aspekt neokonservativer Geschichtspolitik
686		Kritik

Titelfoto: dpa (Diskussion von Mitgliedern der Außerparlamentarischen Opposition mit SFB-Intendant Franz Borsig am 16. 4. 1988)

# Herbert Marcuse: Eine Erinnerung

Herbert Marcuse wurde am 19. Juli 1898 in Berlin geboren, wäre also in diesem Jahr 90 Jahre alt geworden.

Vom 15. bis 30. Juli 1967 fand in London ein Kongreß statt, den die („Anti“-)Psychiater Ronald D. Laing und David Cooper angeregt hatten und organisierten. Unter dem Gesamttitel „Dialectics of liberation“ sprachen u. a. Stokeley Carmichael („Black Power“), Paul M. Sweezy („Die Zukunft des Kapitalismus“), Gregory Bateson („Zweckbewußtsein kontra Natur“) und Lucien Goldmann („Kritik und Dogmatismus in der Literatur“). In seinem „Rückblick auf einen Kongreß“ hat der Psychiater Giovanni Jervis erklärt, bei dieser Zusammenkunft habe es sich eigentlich um „das Modell eines Anti-Kongresses“ gehandelt, der „für jede Unordnung und freie Auseinandersetzung offenstand“. Jervis fuhr fort: „Vielleicht sind heute internationale Treffen von ‚Militanten‘ wichtiger als die für ein Publikum zugänglichen ‚kulturellen‘ Kongresse“. Aus Herbert Marcuses Beitrag „Befreiung von der Überflußgesellschaft“ sind die folgenden Textteile\* entnommen. Marcuse begann mit den Worten: „Als unverbesserlicher Philosoph, für den Philosophie und Politik untrennbar geworden sind...“. Und er fuhr fort:

„Wir setzen uns hier mit der Dialektik der Befreiung auseinander (eigentlich ein überflüssiger Ausdruck, denn ich glaube, alle Dialektik enthält Momente der Befreiung), und zwar Befreiung nicht nur im intellektuellen Sinn, sondern unter Einbeziehung von Geist und Körper, eine Befreiung, welche die ganze menschliche Existenz umfaßt...“

Wenn diese wesentlichen, wahrhaft radikalen Grundzüge, die eine sozialistische Gesellschaft zur förmlichen Negation der bestehenden Gesellschaften machen, wenn dieser qualitative Unterschied heute als utopisch, als idealistisch, als metaphysisch erscheint, dann ist das genau die Form, in der diese radikalen Grundzüge erscheinen müssen, insofern sie wirklich eine entschiedene Negation der bestehenden Gesellschaft darstellen – das heißt, insofern der Sozialismus tatsächlich die Sprengung der Geschichte, der radikale Bruch, der Sprung in das Reich der Freiheit, also etwas völlig Neues ist...“

Was ist das, die Dialektik der Befreiung, mit der wir uns hier beschäftigen? Sie bedeutet den Aufbau einer freien Gesellschaft, einen Aufbau, der in erster Li-

nie davon abhängt, inwieweit die vitalen Bedürfnisse nach Abschaffung des etablierten Systems der Knechtschaft sich durchsetzen, und der zweitens – und das ist entscheidend – bestimmt wird durch das bewußte wie unter- und unbewußte Streben nach den qualitativ neuen Werten einer freien menschlichen Existenz. Ohne das Hervortreten solcher neuen Bedürfnisse und ihrer Befriedigung, die Bedürfnisse und Befriedigungen freier Menschen, wird jede Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen, ganz gleich, wie weit sie geht, nur ein System der Knechtschaft durch ein anderes System der Knechtschaft ersetzen. Auch kann das Auftreten solcher neuen Bedürfnisse und ihre Befriedigung nicht als bloßes Nebenprodukt, als bloßes Ergebnis veränderter sozialer Institutionen begriffen werden. Die Entwicklung neuer Institutionen muß bereits das Werk von Menschen sein, die neue Bedürfnisse haben...“

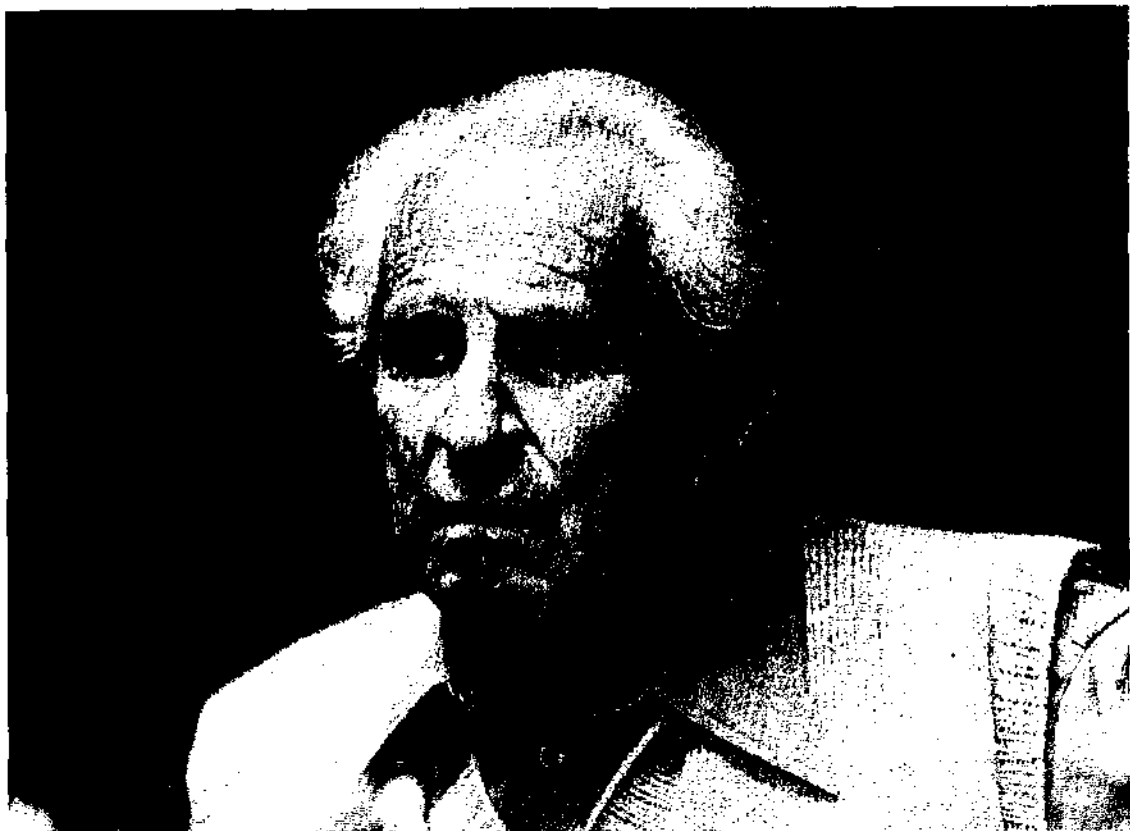
Ich meine, wir stehen vor einer Situation, in der diese entwickelte kapitalistische Gesellschaft einen Punkt erreicht hat, wo quantitative Veränderung prinzipiell in qualitative Veränderung, in echte Befreiung umschlagen kann. Und eben gegen diese wahrhaft bedrohliche Möglichkeit mobilisiert die Überflußgesellschaft des entwickelten Kapitalismus an allen Fronten, nach innen wie nach außen, alle seine Abwehrkräfte...“

Wir können sagen: die Rationalität dieser Gesellschaft liegt gerade in ihrem Irrsinn, und dieser Irrsinn ist in dem Maße rational, in dem er leistungsfähig ist, in dem er liefert, was ihm abverlangt wird...“

Diese Situation macht das Sichtbarwerden neuer Bedürfnisse zur Voraussetzung, die qualitativ anders sind als die vorherrschenden aggressiven und repressiven Bedürfnisse, ja sogar in Gegensatz zu diesen stehen: das Hervortreten eines neuen Menschentyps mit vitalen, biologischen Antrieben in Richtung auf die Freiheit und mit einem Bewußtsein, das in der Lage ist, den materiellen wie den ideologischen Schein der Überflußgesellschaft zu durchstoßen...“

Befreiung ist nur dann identisch mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, wenn man den Sozialismus in seinem utopischsten Sinn definiert; nämlich als Abschaffung der Arbeit, als Beendigung des Existenzkampfes – was bedeutet, daß das Leben seinen Zweck in sich selbst hat und nicht mehr ein Mittel zum Zweck ist – und als Freisetzung der menschlichen Sensibilität und Sensitivität, die damit

\* David Cooper (Hrsg.), Dialektik der Befreiung, rororo aktuell, Bd. 1274, Reinbek b. Hamburg, 1969



Herbert Marcuse

Foto: dpa

zur umwälzenden Kraft wird, nicht als privater Faktor, sondern als Produktivkraft zur Umgestaltung der menschlichen Existenz und ihrer Umwelt. Der Sensitivität und Sensibilität zu ihrem Recht zu verhelfen, das ist für meine Begriffe ein Grundziel des integren Sozialismus. Damit ist ein qualitativer Grundzug der freien Gesellschaft gegeben. Er setzt, wie Sie bereits erkannt haben werden, eine völlige Umwertung der Werte voraus, eine neue Anthropologie. Er setzt einen neuen Typ des Menschen voraus, der das Leistungsprinzip der etablierten Gesellschaften ablehnt – einen Menschentyp, der sich von der Aggressivität und Brutalität, die der Organisation der bestehenden Gesellschaft innewohnen, und ihrer heuchlerischen, puritanischen Moral freigemacht hat, einen Menschentyp, der biologisch unfähig ist, Kriege zu führen und Leiden zu schaffen, der eine klare Vorstellung hat von Freude und Lust und der als einzelner wie zusammen mit anderen daran arbeitet, eine soziale und

natürliche Umwelt zu schaffen, in der eine solche Existenz möglich wird...

Technisches Experimentieren, Wissenschaft und Technologie würden und könnten zum Spiel mit den bisher verborgenen – systematisch versteckten und blockierten – Möglichkeiten von Gesellschaft und Natur werden.

Darin kommt einer der ältesten Träume aller radikalen Theorie und Praxis zu sich selbst. Damit würde die schöpferische Phantasie und nicht nur die Rationalität des Leistungsprinzips zur Produktivkraft für die Umformung der sozialen und naturgegebenen Welt. Es käme eine Realität auf, die das Werk und das Medium der sich entwickelnden Sensibilität und Sensitivität des Menschen wäre...

Es wäre dies eine „ästhetische“ Realität – die Gesellschaft als Kunstwerk. Das ist heute die größte Utopie, die radikalste Möglichkeit von Befreiung... es geht hier nicht um private Sensitivität und

Sensibilität, sondern um Sensitivität und Sensibilität, schöpferische Phantasie und Spielfähigkeit als Produktivkräfte zur Transformation der Gesellschaft. Als solche würden sie zum völligen Um- und Neubau unserer Städte und zur Wiederherstellung des freien Landes führen; zur Wiedergewinnung der Natur, nachdem die technologische Gewalt verschwunden und die destruktive Macht der kapitalistischen Industrialisierung gebrochen sein wird; zur Schaffung eines inneren und äußeren Spielraums der Stille, der individuellen Autonomie und Gelassenheit; zur Beseitigung des Lärms, der kulturellen Hörigkeit, der zwanghaften Hausenbildung, des Schmutzes und der Häßlichkeit ...

Diese ästhetischen Bedürfnisse und Ziele müssen aber von Anfang an für den Umbau der Gesellschaft bestimmend sein, nicht erst am Schluß oder in der fernen Zukunft. Sonst gingen die alten Bedürfnisse und Befriedigungen, die eine repressive Gesellschaft reproduzieren, in die neue Gesellschaft unverändert ein ...

Eine Ahnung und ein Bewußtsein von den neuen, über das System hinausweisenden, antagonistischen

Werten gibt es bereits, besonders bei den noch nicht integrierten Gesellschaftsgruppen und bei jenen, die kraft ihrer privilegierten Position den ideologischen und materiellen Schleier der Massenmedien und der Indoktrination durchstoßen können: der Intelligenz ...

Die Intellektuellen haben gemeinhin versucht, die anderen an der Basis zu organisieren. Dagegen haben sie keinen Gebrauch von der naheliegenden Möglichkeit gemacht, sich selbst zu organisieren – nicht nur auf regionaler, nicht nur auf nationaler, sondern auf internationaler Ebene. Das ist nach meiner Ansicht heute eine ihrer vordringlichsten Aufgaben ...

Unsere Aufgabe ist Aufklärung, aber Aufklärung in einem neuen Sinn. Als Verbindung von Theorie und Praxis, und zwar politischer Praxis, ist Erziehung heute mehr als Diskussion, mehr als bloßes Lehren und Lernen und Schreiben. Solange sie nicht über das College, die Schule, die Universität hinausgeht, wird sie machtlos bleiben. Erziehung muß heute Geist und Körper, Vernunft und Phantasie, die Bedürfnisse des Intellekts und der Triebe einbegreifen;



Herbert Marcuse am 3. 6. 1972 auf dem Frankfurter Opernplatz

Foto: dpa

# Aufhebung des SDS-Beschlusses

## Der SPD-Parteivorstand am 31. 5. 1988

Der Parteivorstand stellt fest: Der Unvereinbarkeitsbeschuß vom 6. 11. 1961 (Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der Mitgliedschaft im Sozialistischen Deutschen Studentenbund SDS und seiner Fördergesellschaft) ist gegenstandslos.

### Begründung:

Mit dieser Feststellung verbindet die SPD den Aufruf an die kritische Intelligenz der Bundesrepublik und alle freiheitlichen Sozialisten zum kritischen Dialog und zum Engagement in der SPD.

Zum Beschluß vom 6. 11. 1961 ist festzuhalten:

1. Aus der Rückschau gesehen, hat der SDS gerade in jener kritischen Phase, in der SPD und SDS sich auseinanderlebten, Vorstellungen entwickelt, die später von der Sozialdemokratie selbst aufgegriffen und zu wichtigen Teilen in gesellschaftliche Wirklichkeit umgesetzt worden sind. So haben zum Beispiel die theoretischen Diskussionen in den fünfziger Jahren über Bildungs- und Hochschulpolitik, aber auch die Hochschuldenschrift des SDS aus dem Jahre 1961 wichtige Impulse für die sozialdemokratische Schul- und Hochschulpolitik der siebziger Jahre gegeben. Wie andere politische Jugendverbände hat auch der SDS früh Grundsätze einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik diskutiert. Viele dieser Ideen sind in der ersten Phase der Ostpolitik, die mit dem Namen Willy Brandts verbunden ist, fruchtbar gemacht worden.

2. Die Versuche des SDS, klassische Theoriestücke der früheren Arbeiter-, Frauen- und Jugendbewegung wiederzubeleben und die Ideen eines demokratischen Marxismus (beispielsweise in der Ausformung der Frankfurter Schule) für die praktische Politik wirksam zu machen, finden in der heutigen gesellschaftlichen Situation mehr Verständnis als in den sechziger Jahren.

Wir sind auch heute noch der Auffassung, daß es in jenen Jahren notwendig war, die SPD vor

der Diffamierung durch die Konservativen („Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“) offensiv zu verteidigen und insbesondere auf dem Feld der Wirtschaftspolitik neue Perspektiven zu eröffnen und überholte Auffassungen zu korrigieren. Aus heutiger Sicht erscheint der politische und moralische Preis, den die Partei für die Verfolgung dieser Ziele gezahlt hat, zu hoch. Die Entscheidung, theoretische Diskussionen in der Partei mit disziplinarischen Mitteln zu unterdrücken und den innerparteilichen Pluralismus einzuzengen, hat die geistige und politische Entwicklung der SPD nach Godesberg – entgegen dem Anspruch „die Partei der Freiheit des Geistes“ zu sein – behindert.

Die Tatsache, daß für fast ein Jahrzehnt die „Neue Linke“ und ein demokratischer, kritischer Marxismus in der SPD kaum eine Wirkungsmöglichkeit fanden, hat die Partei wichtiger ideeller Anregungen beraubt, eine ganze Generation kritischer junger Intellektueller der SPD entfremdet und die Entwicklung antisozialdemokratischer, teilweise antidemokratischer Strömungen links von der SPD begünstigt.

3. Der Unvereinbarkeitsbeschuß des Parteivorstandes von 1961 ist heute ein Dokument der Zeitgeschichte. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach diesem Beschluß würde man heute der kontroversen inhaltlichen Debatte den Vorrang geben.

Wir wissen: Ende der sechziger Jahre und insbesondere nach der Selbstauflösung des SDS im Jahre 1970 sind ehemalige Mitglieder des SDS in die SPD eingetreten und arbeiten heute auf allen Ebenen unserer Partei mit. Sie leisten ihren Beitrag zur Erneuerung und zur Programmdiskussion der SPD. Wir wissen aber auch: Andere SDS-ler haben aufgrund des Zugehörigkeitsgefühls zu ihrem alten Verband bisher nicht den Weg in die SPD gefunden, obwohl sie den Prinzipien eines freiheitlichen Sozialismus verpflichtet sind. Der Parteivorstand der SPD lädt auch sie zum kritischen Dialog und zum Engagement in der SPD ein.

4. Die Feststellung des Parteivorstandes vom 31. Mai 1988 bedeutet gleichzeitig, daß für den Wiedereintritt in die SPD das im § 7 Organisationsstatut beschriebene besondere Verfahren für die vom Unvereinbarkeitsbeschuß zum SDS Betroffenen nicht gilt.

denn unsere gesamte Existenz ist zum Subjekt/Objekt der Politik, der Sozialtechnik geworden. Es handelt sich nicht um die Frage, ob wir die Schulen und Universitäten, ob wir das Bildungssystem politisieren sollen. Das Bildungssystem ist bereits durch und durch politisiert...

Das Bildungssystem ist politisch, und deshalb sind nicht wir es, die es politisieren wollen. Was wir wollen, ist eine Gegenpolitik zur herrschenden Politik. Und in diesem Sinne müssen wir dieser Gesellschaft auf dem Boden ihrer eigenen totalen Mobilisierung begegnen. Wir müssen die Indoktrination zur Knechtschaft mit der Indoktrination zur Freiheit

konfrontieren. Jeder von uns muß in sich selbst und in anderen das Triebbedürfnis nach einem Leben ohne Angst, ohne Brutalität und ohne Stumpfsinn wecken

...  
Unsere Rolle als Intellektuelle ist begrenzt. Auf keinen Fall dürfen wir uns irgendwelchen Illusionen hingeben. Schlimmer wäre es aber noch, wir würden dem Defätismus verfallen, der überall wahrzunehmen ist. Wir kommen nicht daran vorbei, die Rolle von Wegbereitern zu spielen. In dieser Rolle rächt sich jede Illusion; aber noch schwerer rächt sich jeder, auch der geringste Anflug von Defätismus."

(Zusammenstellung: Ferdinand W. Menne)

## Stephan Gorol Zwischen Integration und Abgrenzung SPD und studentische Protestbewegung

*Stephan Gorol, geb. 1957, Sozialwissenschaftler und Theologe, ist Referent beim SPD-Parteivorstand.*

### I.

Zwanzig Jahre ist es her, als die studentische Protestbewegung im Zeichen des Attentates auf Rudi Dutschke ihren Höhepunkt erreichte. Anlaß vielfältiger Rückblicke über die Motive, Hintergründe und Folgen der „Revolution 68“. Verschiedene sozialdemokratische Publikationen und Verlautbarungen vermitteln dabei den Eindruck, das Erbe des Studentenprotestes als zeitgeschichtliche Traditionslinie für die eigene Identität aufgreifen zu wollen. Bereits vor 12 Jahren schrieb Willy Brandt in seinen Erinnerungen: „Meine Freunde und ich hatten den Willen, diese jungen Kräfte in unserer Gesellschaft, in unseren Staat, in unsere Partei zu integrieren. Gewiß ist uns das nicht völlig gelungen. Doch wir gewannen die Mehrheit zu einer Mitarbeit um den Preis einer nicht immer heilsamen Unruhe, die in die SPD getragen wurde.“<sup>1</sup>

Sicher, „Kinder“ der Studentenbewegung haben Führungspositionen in der SPD übernommen.

Richtig ist auch, daß ein großer Teil der 1967/68 politisierten Studenten den Marsch in die SPD antrat und die innerparteiliche Linke stärkte. Ebenso wenig lassen sich Akzentverschiebungen und Wandlungen sozialdemokratischer Programmatik leugnen, die auf die studentische Protestbewegung zurückgeführt werden können. Aber stimmt eine Retrospektive mit der Wirklichkeit überein, wenn sie diese Entwicklungen auf einen bewußt gestalteten sozialdemokratischen Öffnungs- und Integrationskurs zurückführen will? Zumindest zeichnen die vielfältigen Zeugnisse sozialdemokratischer Aus- und Abgrenzungserklärungen an die Adresse der Studentenproteste gerichtet, aber auch die lang anhaltenden Schwierigkeiten der SPD, den Unvereinbarkeitsbeschluß mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) aufzuheben, ein widersprüchliches und problematischeres Bild über das Verhältnis von Studentenbewegung und Sozialdemokratie, als es posthume und harmonisierende Deutungen wahrhaben wollen. Darüber hinaus kann der Zustrom studentischer Neumitglieder nicht darüber hinwegtäuschen, daß der aktive Kern der Studentenbewegung, namentlich der SDS, nur vereinzelt der SPD beigetreten ist.<sup>2</sup>

Ein Blick zurück weist über die damaligen Ereignisse hinaus auf das bis heute aktuelle Problem des Beziehungsgeflechtes von SPD und sozialen Bewegungen. Denn der Studentenprotest hat in der langen Entwicklungsgeschichte sozialer Bewegungen eine Akzentverlagerung nach links eingeleitet. Ohne diese Verschiebung wäre die rasche Verbreitung der Bürgerinitiativ-, Antiatom- und Friedensbewegung



kaum zu verstehen. Wenngleich diesen Strömungen seit den 60er Jahren gemein ist, daß sie sich nicht zuletzt im Gegensatz zur sozialdemokratischen Politikpraxis herausgebildet haben, so artikulieren sie doch jeweils Zielvorstellungen, die mit dem sozialdemokratischen Werte- und Zielrahmen verwandt sind oder in den Reihen der SPD kontrovers diskutiert werden. Ihre Existenz ist demzufolge eine ständige Herausforderung der SPD, angesiedelt zwischen Öffnung und Bewahrung der eigenen Identität, zwischen Wandel und Kontinuität, zwischen Integration und Abgrenzung.

## II.

In seiner internationalen Chronik bezeichnet Stephen Spender das Jahr 1968 zu Recht als das „Jahr der jungen Rebellen“<sup>3</sup>. Denn, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen, so wurden westliche wie östliche Gesellschaftssysteme annähernd gleichzeitig von Studentenprotesten überzogen. Die Vereinigten Staaten erlebten die bisher größten Demonstrationen gegen die Vietnampolitik von Präsident Johnson. In der CSSR leiteten Studentenunruhen den „Prager Frühling“ ein, während der „Pariser Mai“ Frankreich in seinen Grundfesten erschütterte. Dabei trafen die Studenten Politik und Gesellschaft fast überall unerwartet und unvorbereitet. Nur wenige Wochen vor den Pariser Aufständen beschrieb „Le Monde“ das Leben im Lande als trist und langweilig. In der Bundesrepublik vertrat nicht nur der renommierte Soziologe Ludwig von Friedeburg am Vorabend der Revolte die Ansicht, daß Studenten in der modernen Gesellschaft „kaum mehr ein Ferment produktiver Unruhe bilden.“<sup>4</sup>

Trotz unterschiedlicher politischer Vorzeichen waren östliche wie westliche Staaten gleichermaßen ihren eigenen ideologischen Deutungsmustern zum Opfer gefallen, die Bilder von mit sich „zufriedenen“ Gesellschaften zeichneten. Es war das Verdienst der Studenten, diese falschen Wirklichkeitsdefinitionen zurechtzurücken, den Blick auf die durch staatlich verordnete Selbstzufriedenheit verdrängten Problemfelder zu lenken und reformerische Potentiale freizusetzen.

In der Bundesrepublik verstellten die Ideologie des Wirtschaftswachstums und der zur Staatsraison erhobene Antikommunismus das Verständnis für die Tiefe der politischen und wirtschaftlichen Umbrüche der 60er Jahre. Einerseits ging 1965 eine Epoche zu Ende, in der so ziemlich alles erreicht war, was sich Westdeutschland 1949 vorgenommen hatte, abgesehen von der Wiedervereinigung und der

europäischen Einheit. Beides aber lag nicht in bundesdeutscher Macht. Andererseits warfen die zunehmenden Diskrepanzen zwischen dem technisch-wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß und der sozialreformerischen Stagnation, ebenso wie die wirtschaftliche Rezession, neue Fragen hinsichtlich der sich verändernden Anforderungen moderner Industriegesellschaften auf. Die Notwendigkeit eines Wandels von quantitativen zu qualitativen Politikmustern zeichnete sich in Umrissen ab.

Aber es blieb zunächst der studentischen Protestbewegung und ihren Vordenkern vorbehalten, diese Veränderungen öffentlichkeitswirksam aufzugreifen. Vehement forderten sie, die bestehenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten für eine humane Gesellschaft, für den Abbau sozialer Armut und entfremdeter Arbeit zu nutzen. Bei Herbert Marcuse hieß es: „Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da. Daß sie nicht für sie eingesetzt werden, ist ausschließlich der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigenen Möglichkeiten der Befreiung zuzuschreiben.“<sup>5</sup>

Die studentische Revolte war jedoch nur zum Teil Ausdruck eines industriegesellschaftlichen Wertewandels. Weitaus stärker war sie eine Antwort auf die grassierende Demokratiemüdigkeit der etablierten Parteien. Seit Anfang 1960 förderten sie durch ihre Angleichung und durch das Aussparen alternativer Optionen ein Klima der politischen Verkrustung, das sich in der Bildung der Großen Koalition verdichtete. Gemeinsam mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze nährte diese Entwicklung das Gefühl vom „Ende des Parteienstaates“, vom parlamentarischen Funktionsverlust und von einer schleichenden Verformung in autoritäre und antidemokratische Herrschaftsstrukturen. Dabei wurde der Studentenprotest um so heftiger, je deutlicher er an den Diskrepanzen zwischen Demokratieidealen und Demokratiewirklichkeit ansetzen konnte.

Ein auslösendes Moment war dabei die Erfahrung des Vietnamkrieges. Anders als in der Ideologie des Antikommunismus jahrelang verkündet, mußten die Studenten erleben, daß demokratische Systeme keine zwangsläufige institutionelle Rückversicherung gegen Krieg und Gewalt darstellen, daß auch sie zu den Waffen greifen, wenn ihre internationalen Sicherheitsinteressen scheinbar oder wirklich gefährdet sind. Der Schock ob dieser Erkenntnis förderte die Kritik am demokratischen „Status quo“. Denn der Vietnamkrieg wurde gleichzeitig als Beispiel für

das „aggressive Moment bürgerlich-demokratischer Gesellschaften“ gewertet. Wieder war es Marcuse, der dies auf die eingängige Formel brachte: „Für diese Studenten hat der Krieg in Vietnam zum ersten Mal das Wesen der bestehenden Gesellschaft enthüllt: Die ihr innewohnende Notwendigkeit der Expansion und Aggression und die Brutalität des Konkurrenzkampfes auf internationalem Boden“.<sup>6</sup>

Wenngleich die Träger der 68er Revolte fast ausnahmslos dem studentischen Milieu entstammten, so entfaltete die Bewegung eine Breitenwirkung, die weit über den universitären Bereich hinausging. In verschiedenen Schichten der Bevölkerung wurden etablierte Autoritäten, Rollenverteilungen, überkommene Denkmuster und Verhaltensweisen in Frage gestellt. Eine zunehmende Anzahl von Bundesbürgern gewann die Überzeugung, daß vieles geändert werden müsse.

Zwar kam es bereits vor 1967 zu ersten größeren Veranstaltungen und Demonstrationen seitens der Studenten, wie der Bonner Kongreß gegen die Notstandsgesetze, verschiedene hochschulpolitische Kundgebungen oder die Berliner Vietnamdemonstration vom 5. Februar 1966 zeigen. Aber die Aktionen blieben weitgehend auf Berlin beschränkt. Ansonsten war die Studentenschaft zunächst relativ ruhig. Zwar fanden etwa an einem Drittel der westdeutschen Universitäten Kundgebungen gegen die Große Koalition statt, allerdings beteiligten sich daran nur etwa zwei Prozent der Studenten.

Der Tod Benno Ohnesorgs während der Berliner Schahdemonstration am 2. Juni 1967 verdichtete die verschiedenen Aktionsansätze zu einer Explosion, die die Bundesrepublik aus ihrem Schlaf riß. An fast allen Universitäten fanden Trauerkundgebungen, Schweigemärsche und Protestversammlungen statt. Die Solidarisierung weitete sich auf Betriebsräte, Literaten und Professoren aus. Gemein war ihnen ein Interpretationsmuster, das Ohnesorg als das „Opfer eines planmäßigen Versuchs zur Unterdrückung der außerparlamentarischen Opposition“<sup>7</sup> sah. Der Tod schien die Thesen vom „staatlichen Unterdrückungsmechanismus“ und von der Notwendigkeit des radikalen Widerstands zu bestätigen.

Wenngleich die gesellschaftlichen Analyseinstrumentarien in der Studentenbewegung keine homogene Form aufwiesen, sondern eine vielschichtige Mischung antikapitalistischer Strategien, revolutionärer Utopien mit radikaldemokratischen und antistalinistischen Gedanken waren, so rief der 2. Juni insgesamt eine linke „Radikalisierung“ hervor, die

nicht selten mit elitär-antidemokratischen Zügen durchsetzt war. Kritische Gesellschaftstheorien verabschiedeten sich zu, die bundesrepublikanische Wirklichkeit verzerrenden Faschismusdeutungen und zu einer Inflationierung irrationaler Widerstandstheorien. Dieser Wirklichkeitsverlust wurde aber zunächst überdeckt durch das rapide Anwachsen „studentischer“ Aktionsformen.

Vierorts gründeten sich „Kritische Universitäten“. Demonstrationen gegen Vietnam, die griechische Obristenjunta, die Große Koalition oder den Springerkonzern überzogen das Land. Höhepunkt waren am 17./18. Februar 1968 die Vietnamdemonstration und der Vietnamkongreß mit über 10 000 Teilnehmern in Berlin.

Dabei riefen die Studenten eine erschreckende Polarisierung hervor, die nicht selten – aufgehetzt durch die Medien der Springerpresse – autoritären Lösungen das Wort redete. Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 war die bittere Konsequenz dieser mit Menschenfeindlichkeit und Spießertum gepaarten gesellschaftlichen „Gegenoffensive“. Gleichzeitig wurden die Pistolenkugeln zu einem Fanal für eine zunehmende studentische Radikalisierung. Ohnmächtige Wut regierte während der „Osterunruhen“ auf den Straßen. In zahlreichen Städten wurde die Auslieferung der Springerzeitungen verhindert. Galten doch Staat und Springerkonzern gleichermaßen als die für das Attentat Verantwortlichen. Vielfach stellte man dabei Zusammenhänge zwischen dem Mordanschlag und den Notstandsgesetzen her. Dieses Verbrechen sei, so hieß es in mehreren Flugschriften, nur die Vorstufe eines durch Ausnahme Gesetze regierten „präfaschistischen Systems“. Die Mobilisierung gegen die Notstandsgesetze nahm weiter zu. Im Mai 1968 erlebte die Bundesrepublik ihre bis dahin größte Demonstration, den Sternmarsch der Notstandsgegner.

Bald nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze machte sich in der Studentenschaft jedoch große Ernüchterung breit, angekündigte Protestaktionen blieben aus. Hervorgerufen durch das Gefühl der Erfolglosigkeit, aber auch durch die Erkenntnis vom fehlenden Wirklichkeitsbezug vieler radikaler Gesellschafts- und Widerstandstheorien, setzte ein innerer Differenzierungsprozeß ein. Die ohnehin nie einheitliche Studentenbewegung zerfiel in traditionelle Marxisten, in sozialrevolutionäre oder sozialreformerische Gruppen. Ihre politischen Ideale hatten die Gesellschaft zwar wachgerüttelt, aber nicht umgewälzt; ihre Ideen verloren an politischer Durchsetzungsmöglichkeit.

### III.

Der Studentenprotest traf auf eine SPD, die sich in mehrfacher Hinsicht in einer Umbruchphase befand. Das „Godesberger Programm“ hatte eine Politikphase eingeleitet, die durch die Strategie der Machtgewinnung und der Befreiung vom Makel der „geborenen Oppositionspartei“ gekennzeichnet war. Erkauft wurde diese als „Godesberger Kurs“ bezeichnete Strategie mit einer spürbaren Anpassung an die bundesrepublikanischen Verhältnisse sowie einer bewußten Vernachlässigung ideologischer und politischer Unterschiede gegenüber den Unionsparteien. „Miteinander – Nicht Gegeneinander“, hieß die neue Parole, man versprach „Ausöhnung“, „Ausgleich“ und „Soziale Harmonisierung“. <sup>8</sup> Mit-hin trug nicht zuletzt die SPD zu einer Erstarrung der parlamentarischen Demokratie bei. Sie schuf gleichsam den Boden für die Studentenbewegung.

Begleitet wurde der „Godesberger Kurs“ durch eine wachsende Theorie- und Diskussionsfeindlichkeit sowie durch eine gezielte Disziplinierung der Parteilinken mit Hilfe von Parteiausschlüssen und Unvereinbarkeitsbeschlüssen, z. B. in bezug auf den SDS oder die Ostermarschbewegung. Auch hier ist der Zusammenhang mit der Entstehung der studentischen Protestbewegung offensichtlich: Aus dem Kreis der in dieser Zeit ausgeschlossenen SPD-Mitglieder bildete sich die Kernzelle der späteren Studentenbewegung.

Aufgrund ihrer Politik konnte die SPD Mitte der 60er Jahre nach außen zwar das Bild einer harmonischen Einheit zeichnen und Erfolge in der praktischen Arbeit aufweisen, aber um den Preis einer Vernachlässigung der inhaltlichen und programmatischen Selbstfindung. Das sozialdemokratische Erscheinen jener Zeit kann insgesamt als bieder und langweilig charakterisiert werden. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die SPD trotz ihres Anpassungskurses in mehreren Politikfeldern neuere Konzepte entwickelte, an die sie nach 1969 anknüpfte, z. B. das Papier „Wandel durch Annäherung“ von Egon Bahr oder die bildungspolitischen Leitsätze von 1964.

Zunächst aber gab die Parteiführung grünes Licht für die Große Koalition. Für sie war dies die Konsequenz ihrer seit 1960 praktizierten Politik der Machtgewinnung. Gleichzeitig jedoch setzte das Bündnis mit den Unionsparteien den Schlußstrich unter die innerparteiliche Ruhe der vergangenen Jahre. Während der gesamten Koalitionsdauer sah sich die Parteiführung gezwungen, ihre Entscheidung zu verteidigen und Erfolge nachzuweisen.

Neben dem Eintritt in die Große Koalition wurde die Bereitschaft, der gesetzlichen Notstandregelung zuzustimmen, der wichtigste Ansatzpunkt innerparteilicher Kritik. Von über 100 Anträgen, die sich 1968 auf dem Nürnberger Parteitag mit den Notstandsgesetzen befaßten, forderten 36 die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze, 12 lehnten den Regierungsentwurf ab. <sup>9</sup>

Im Gefolge der heftigen Diskussionen über die Große Koalition und die Notstandsgesetze, wuchs auch das Unbehagen über den Zustand der innerparteilichen Demokratie. Immer häufiger sah sich die Parteiführung Vorwürfen ausgesetzt, sie entscheide selbstherrlich und abgehoben. Forderungen nach einem imperativen Mandat machten die Runde. Der innerparteiliche Konsens über die Politik des Godesberger Kurses erwies sich als brüchig.

### IV.

Wie sehr die Herausforderung des Studentprotestes den sozialdemokratischen Nerv traf, davon zeugt der hohe Stellenwert, den die Analysen über seine Ursachen in der innerparteilichen Diskussion einnahmen. Einvernehmlich wurden restaurative Erscheinungsformen in der Gesellschaft sowie unterlassene Reformen als ursächlich herausgestellt. Wenn es auch einer Minderheit vorbehalten blieb, in diesem Zusammenhang die sozialdemokratische Politik der vergangenen Jahre selbstkritisch zu beleuchten, so löste die Studentenbewegung insgesamt aus, was die bisher alleinige Orientierung an harmonischen Erfolgsleitbildern und Wahlsiegen verhindert hatte: Die SPD rief zu einer reformerischen Neubestimmung ihrer Politik auf. Das verdrängte Interesse an programmatischen und theoretischen Diskussionen erwachte zu neuem Leben. <sup>10</sup> Am deutlichsten aber schlugen sich die Auswirkungen der Studentenrevolte in den Jugendorganisationen nieder, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) und den Jungsozialisten.

Vorbei waren die Zeiten, in denen die Jusos ihre Arbeit allein als staatsbürgerlichen Bildungsauftrag verstanden. Ab 1969 orientierten sie sich an der von Knut Nevermann formulierten Strategie systemüberwindender Reformen. <sup>11</sup> Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf das Zusammenspiel zweier Faktoren zurückzuführen. Der offenkundige sozialdemokratische Mangel an theoretischer und programmatischer Orientierung hatte insbesondere bei den jungen Parteimitgliedern tiefe Ratlosigkeit hinterlassen. In diese Theorielücke stießen nun die Gedanken der studentischen Protestbewegung, die oftmals

als „rettender Anker“ verstanden wurden. Darüber hinaus rief die mit der Großen Koalition einsetzende und seither ständig wachsende Unzufriedenheit mit der eigenen Parteipolitik eine politische Neuorientierung hervor.

Charakteristisch für die Auswirkungen der studentischen Protestbewegung auf die Jungsozialisten ist der Prozeß der Ungleichzeitigkeit. Der politische Bewußtseinswandel der Jusos vollzog sich nicht parallel zur Studentenbewegung, vielmehr ist eine zeitliche Verschiebung von etwa 2 Jahren festzustellen. In die Einflußsphäre der Studentenbewegung geriet auch nicht der gesamte Verband. So verhielt sich z. B. der Bundesvorstand bis zuletzt kritisch und ablehnend gegenüber den Themen des Studentenprotestes.

Zunächst blieben Juso-Aktionen gegen die Große Koalition und die Notstandsgesetze auf einzelne Bezirke begrenzt. 1966/67 sprachen sich lediglich Hessen-Süd, Hamburg und Schleswig-Holstein gegen das Zusammengehen mit der Union aus. Erst 1968 rang sich auch der Bundeskongreß zu einer grundsätzlichen Ablehnung durch. Ähnlich zögernd verliefen die Juso-Kampagnen gegen die Notstandsgesetze. Wieder waren es nur wenige Bezirke, die sich gegen eine solche Grundgesetzänderung aussprachen, während der Bundesvorstand die Haltung des Parteivorstandes hinsichtlich einer modifizierten Notstandsregelung unterstützte. Auch hier konnten sich die kritischen Positionen erst auf dem Bundeskongreß 1968 durchsetzen.

Zwar nahmen die Jungsozialisten an studentischen Protestaktionen teil. Träger von Demonstrationen sind sie dennoch kaum gewesen, weil sie sich in ihrer Gesamtheit auch nie als Teil der Studentenrevolte verstanden haben. Jedoch kam in der Teilnahme an den Studentenaktionen eine neue Qualität der Jusoarbeit zum Ausdruck. In ihr manifestierte sich die Entfremdung zwischen Parteiführung bzw. Juso-Bundesvorstand und den Juso-Untergliederungen. Unter dem Einfluß der studentischen Protestbewegung beteiligten sich Jusogruppen erstmalig am offenen Widerstand gegen SPD-Politik. Die mehrheitliche Linkswendung der Jungsozialisten setzte allerdings erst 1969, zum Zeitpunkt des Niedergangs des Studentenprotestes, ein.

Anders als die Jusos, so verstand sich der sozialdemokratische Hochschulbund von vornherein als Bestandteil der Studentenbewegung. Dabei war auch für ihn der Eintritt der SPD in die Große Koalition auslösendes Moment für eine politische Neuorientierung. So formulierte er 1967: „Die Politik der

Großen Koalition bringt offensichtlich keine grundlegenden Änderungen. Das bedeutet, daß die SPD auf die Verwirklichung wesentlicher Forderungen des Godesberger Programms verzichtet hat. Im Gegensatz zu diesem Programm versteht sich die SPD jetzt als Bauherr der bestehenden Gesellschaftsordnung. . . . Da es nach Bildung der Großen Koalition nur noch eine schwache parlamentarische Opposition gibt, gewinnt auch die außerparlamentarische Opposition eine stärkere Bedeutung.“<sup>12</sup>

Damit war eine zunehmende Entfremdung zur Mutterpartei vorgezeichnet. Auf einer Bundeskonferenz im März 1968 erklärte der SHB, er wolle sich künftig verstärkt der außerparlamentarischen Opposition anschließen und innerhalb der SPD eine Oppositionsgruppe bilden. Einige Monate später hieß es, man werde die SPD nicht mehr generell wählen. Vielmehr sollten allein die SPD-Bundestagskandidaten unterstützt werden, die Gegner der Großen Koalition und der Notstandsgesetze gewesen waren. Immer mehr Mitglieder des Verbandes setzten ihre Hoffnungen auf eine außerparlamentarische Politik, aber auch auf ein Wahlbündnis linksorientierter Gruppierungen bei den anstehenden Bundestagswahlen.<sup>13</sup>

Unübersehbar sind die Auswirkungen der SHB-Trendwende auf das Anwachsen der innersozialdemokratischen Opposition. So leiteten führende SHB-Funktionäre den politischen Kurswechsel bei den Jusos ein. Jedoch ereilte den sozialdemokratischen Hochschulbund das gleiche Schicksal wie viele andere Organisationen der Studentenbewegung. In der Phase ihres Niedergangs spaltete sich der Verband in zwei Fraktionen, in die Mehrheitsfraktion traditioneller Marxisten und in eine Minderheitsfraktion, die sich als undogmatische Linke verstand.<sup>14</sup>

Im Gegensatz zu den SPD-Jugendverbänden war der Einfluß der Studentenbewegung auf die SPD-Mitgliedschaft eher mittelbar. Hier kam es kaum zu einer breiten Identifizierung mit den studentischen Zielen. Jedoch verschärfte die außerparlamentarische Herausforderung einerseits die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Politik der SPD, andererseits begünstigte sie das Anwachsen der innerparteilichen Opposition. Denn immer mehr SPD-Mitglieder konnten ihre Forderungen nach einer sozialdemokratischen Kurskorrektur und einer reformerischen Offensive nicht nur hinsichtlich der sozial- und bildungspolitischen Rückstände in der Bundesrepublik, sondern auch mit Blick auf den Handlungsdruck der Studentenbewegung be-

gründen. Ebenso beriefen sie sich in ihrer Kritik an der Großen Koalition und den Notstandsgesetzen auf den wachsenden Widerstand der Studenten. Unter dem Eindruck des außerparlamentarischen Protestes entstand darüber hinaus bei vielen SPD-Mitgliedern ein neues Verhältnis zur Parteiloyalität. Die Verbindlichkeit von Parteitagebeschlüssen wurde aufgekündigt. Bei Aktionen gegen die Notstandsgesetze kam es teilweise zur Zusammenarbeit von Mitgliedern der innerparteilichen Opposition mit außerparlamentarischen Kräften. Die Entstehung einer neuen Parteiloyalität fand ihren Ausdruck auch in der innerparteilichen Gruppenbildung. Die innerparteiliche Opposition organisierte sich zum ersten Mal im „Frankfurter Kreis“ und im „Tübinger Kreis“.<sup>15</sup>

Wenngleich die studentische Protestbewegung die innerparteilichen Kontroversen verschärfte und eine sozialdemokratische Selbstreflexion hervorrief, in das Zentrum sozialdemokratischer Programmatik ist sie nie eingedrungen. Der studentische Impuls bewirkte jedoch, daß sich die SPD ihrem Anspruch als linke Reformpartei stärker bewußt wurde. Wie die 1968 formulierten „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“<sup>16</sup> zeigen, leitete sie ihre reformpolitische Neuorientierung aber unverändert aus den Grundwerten des „Godesberger Programms“ ab. Bezeichnenderweise standen diese Grundprinzipien auch bei der innerparteilichen Opposition niemals in Frage. Allein eine zahlenmäßig geringe marxistische Linke forderte eine Kurskorrektur weg von „Godesberg“. Für die Mehrheit der innerparteilichen Kritiker stand ein „Zurück hinter Godesberg“ nicht zur Debatte. Ihre Kritik an der Parteipraxis war gerade deshalb so heftig, weil sie diese für ungeeignet hielt, die Godesberger Ziele zu verwirklichen. Ihr ging es um eine inhaltliche Füllung und Ausformulierung der sozialdemokratischen Grundwerte, um eine reformpolitische Dynamisierung.

Die „Perspektiven“ trugen diesen Forderungen Rechnung und markierten eine Neubessinnung sozialdemokratischer Politik, indem sie unter dem außerparlamentarischen und innerparteilichen Handlungsdruck die Politik der Annäherung an die Christdemokraten verwarfen und die SPD programmatisch als reformerische Alternative profilierten. Dabei knüpften sie aber weder direkt noch indirekt an Forderungen aus dem außerparlamentarischen Bereich an, sondern leiteten ihre Vorstellungen aus Programmen ab, wie sie bis Mitte der 60er Jahre vorlagen. Jedoch kam es zu einem qualitativen Ver-

ständniswandel von Reformpolitik. Reformen wurden nicht mehr harmonisierend als notwendige Gemeinschaftsaufgaben beschrieben oder unter dem Aspekt der Anpassung an den gesellschaftlichen Status quo bewertet. Man deutete sie vielmehr im Zielrahmen des Demokratischen Sozialismus und einer gesellschaftlichen Demokratisierung. Dieser Interpretationswandel wäre ohne die geistige Herausforderung der studentischen Protestbewegung kaum denkbar gewesen. Gleichzeitig jedoch sind die „Perspektiven“ ein Dokument für die sozialdemokratische Resistenz gegenüber neuen Politikinhalten und -zielen der Studentenbewegung.

## V.

In der konkreten Auseinandersetzung mit der studentischen Revolte zeigte sich die SPD in vielerlei Hinsicht ambivalent, widersprüchlich, teilweise sogar hilflos. Ihre Politik schwankte zwischen allgemeinen Dialogangeboten und hitzigen Pauschalvorwürfen, in denen die Studentenbewegung generalisierend als „pseudolinker Faschismus“ denunziert wurde. Einer grundsätzlichen Öffnung erteilte die SPD eine Absage. Getragen wurde diese distanzierte Haltung nicht nur durch eine Kritik an überzogenen Theorieansätzen in der Studentenbewegung, vielmehr äußerten sich hier antistudentische Ressentiments, wie sie in Teilen der Sozialdemokratie tief verwurzelt waren.

Ein trauriges Lehrstück lieferte die von der Berliner SPD mitorganisierte Großkundgebung „Berlin steht für Freiheit und Frieden“. Ein Teil der damaligen SPD heizte die Stammtischmentalität gegen die Studenten an und mobilisierte die „Straße gegen die Straße“. Sprüche wurden laut wie „Berliner – das geht uns alle an – raus mit Dutschke, Teufel, Kunzelmann“. Ein 25jähriger Verwaltungsangestellter mußte aufgrund seiner Ähnlichkeiten mit Rudi Dutschke vor einer aufgebrachten Menschenmeute um sein Leben rennen. Wenngleich die Berliner Vorfälle in der SPD heftig umstritten blieben, die Aggressivität gegenüber der Studentenbewegung nahm in großen Teilen der SPD spürbar zu. Nicht wenige Untergliederungen forderten Sondergesetze und eine härtere Vorgehensweise.

Es war denn auch eine, vielen Interpretationen offen stehende Kompromißformel, die Willy Brandt prägte: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich der kritischen jungen Generation. Sie redet ihr nicht nach dem Munde, aber sie nimmt die Herausforderung an, auch dort, wo fast alles in Frage gestellt wird. Die SPD läßt nicht mit sich spielen. Sie

widersetzt sich der Neigung zu Intoleranz und Gewalttätigkeit auch dort, wo sie von jungen Menschen ausgeht. Aber die SPD wird sich bei solcher notwendigen Abgrenzung immer darüber im klaren sein müssen, daß sie sich gerade in dieser Zeit allem zu öffnen hat, was an berechtigter Kritik und an Drang zu rascherer Erneuerung lebendig ist.<sup>17</sup> Einerseits blieb das Verständnis für die studentische Herausforderung abstrakt und interpretierbar, andererseits hielt die Formel verschiedene Optionen offen, vom aktiven Dialog bis hin zu einer scharfen Abgrenzung. Darüber hinaus aber wurde eine umfassende Integrationsstrategie abgelehnt. Die sozialdemokratische Öffnung war nur für „berechtigte Kritik“ vorgesehen, deren Definition jedoch der Partei vorbehalten blieb. In den unruhigen Jahren war es denn auch kein Wunder, wenn weite Teile der Studentenbewegung diese Kompromißformel als den Versuch interpretierten, die Revolte zu spalten und ihre Impulse zu kanalisieren, um sie dann in die ruhigen Bahnen des Routineprotestes abzuleiten und letztlich der Sache nach preiszugeben.

Wie tief die gegenseitigen Vorbehalte auf beiden Seiten waren, davon liefert der sozialdemokratische Jugendkongreß im Januar 1969 ein beredtes Zeugnis.<sup>18</sup> Das Zusammentreffen von SPD und Teilen der Studentenbewegung war durch gegenseitige Sprachlosigkeit und Dialogunfähigkeit gekennzeichnet. Bereits in der hohen Zahl an Geschäftsordnungsmeldungen schlug sich das Unvermögen nieder, eine gemeinsame Gesprächsebene zu finden. Knapp 40 Prozent des Kongresses würden mit Geschäftsordnungsdebatten bestritten, in denen sich die Furcht vieler Teilnehmer artikuliert, die SPD wolle diese Tage als Propagandaveranstaltung mißbrauchen. In einem vor dem Kongreß verteilten SDS-Flugblatt hieß es: „Die SPD hat für heute und morgen zu einem Kongreß staatsfeindlicher Jugend eingeladen... Der Kongreß kam auf rein manipulative Weise zustande. Alles was im Ruf der Opposition steht, wurde nicht eingeladen.“<sup>19</sup>

Die große Enttäuschung über die SPD, die sich auf dem Kongreß entlud, zog sich quer durch die teilnehmenden Jugendverbände, wenngleich die Schärfe der Angriffe erheblich variierte. Wurde die SPD vom SDS als integraler Bestandteil des Kapitalismus angegriffen, so forderten Vertreter der Gewerkschaftsjugend oder des Bundes Deutscher Katholischer Jugend die SPD auf, ihre „Schönwetterreden“ endlich in konkrete Taten umzusetzen und sich durch ein klares, alternatives Profil von den Unionsparteien abzugrenzen. Die erregten Debatten auf

dem Jugendkongreß verdeutlichten, daß es bis 1969 zu keinem wirklichen Dialog zwischen der SPD und Vertretern der Studentenbewegung gekommen ist.

## VI.

Ähnlich ambivalente Züge wie die Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung trug das sozialdemokratische Angebot, sich für junge und kritische Neumitglieder zu öffnen. Trotz dieser Ankündigung machte sich nicht nur in der Berliner SPD die Tendenz breit, Studenten und Jugendlichen den Eintritt zu erschweren. Auch die von der Studentenbewegung politisierten SPD-Mitglieder spürten bald die Grenzen der sozialdemokratischen Integrationsbereitschaft.

Großen Wirbel innerhalb und außerhalb der SPD rief der Parteiausschluß der Berliner Sozialdemokraten Ristock und Beck hervor. Ihnen wurde parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, weil sie sich an einer vom SDS organisierten „Vietnamdemonstration“ am 18. Februar beteiligt hatten. Es folgten weitere Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Wenngleich sich die Parteiführung trotz aller Androhung bei ihren Parteiordnungsverfahren gegenüber Sympathisanten der Studentenbewegung sehr vorsichtig verhielt, so bewirkte dieser Kurs doch eine deutliche Disziplinierung der innerparteilichen Kritiker und eine politische Rigidität gegenüber den Sympathisanten des Studentenprotestes.

Zu einer Nagelprobe für das Verhältnis von SPD und den von der studentischen Protestbewegung politisierten Parteimitgliedern entwickelte sich die Beziehung mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund. Sie war in den Jahren 1966 bis 1969 überschattet von Auseinandersetzungen, finanziellen Mittelkürzungen und der drohenden Gefahr, die SPD würde sich erneut von ihrem Studentenverband lösen. Aus wahltaktischen Überlegungen wurde vor 1969 jedoch kein offener Bruch mit dem SHB vollzogen. Denn eine Partei, die sich als Ansprechpartner der jungen Generation profilieren wollte, konnte sich gerade im Wahljahr nicht das Abnabeln von ihrem Studentenverband leisten. Jedoch symbolisierte die scharfe Vorgehensweise gegenüber dem SHB deutlich die Grenzen und Ambivalenzen der sozialdemokratischen Antwort auf den Studentenprotest.

Insgesamt konnte es aufgrund dieses SPD-Kurses nicht verwundern, daß sich der Zustrom jugendlicher Neumitglieder bis 1969 in Grenzen hielt. Erst nach dem Niedergang der Studentenbewegung und

der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler erlebte die Partei einen Boom jugendlicher Neueintritte.

## VII.

Zusammenfassend kann über das Verhältnis zwischen SPD und studentischer Protestbewegung festgehalten werden, daß es in den Jahren 1966 bis 1969 zu keiner einheitlichen sozialdemokratischen Öffnungs- und Integrationspolitik gekommen ist. Der Zustrom neuer SPD-Mitglieder hing denn auch weniger mit einer bewußten SPD-Strategie zusammen, als mit Entwicklungen, die nach der Studentenbewegung einsetzten. Aufgrund neuer Konstellationen im bundesdeutschen Parteiensystem, aber auch aufgrund eines von der Studentenbewegung ausgelösten gesellschaftlichen Bewußtseinswandels konnte sich die SPD in der sozialliberalen Koalition als die reformpolitische Alternative etablieren. Der Slogan „Mehr Demokratie wagen“ weckte bei der von der Studentenbewegung politisierten jungen Generation neue Hoffnungen, so daß sie in Ermangelung einer realpolitischen Alternative verstärkt der SPD beitrug.

Die Existenz und der Handlungsdruck der studentischen Protestbewegung riefen allerdings einen spürbaren Wandel der sozialdemokratischen Programmatik und des sozialdemokratischen Innenlebens hervor. Einmal mehr erwies sich die SPD weniger als vorantreibender Akteur gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, sondern als Resonanzboden für verändertes gesellschaftliches und politisches Bewußtsein. Gerade in dieser Beziehung erweist sich das Verhältnis von SPD und studentischer Protestbewegung als ein Lehrbeispiel für das grundsätzliche Verhältnis von SPD und Sozialen Bewegungen.

## Anmerkungen:

1. Brandt, Willy; Begegnungen und Einsichten, Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976; S. 271
2. Fichter, Tilman, SDS und SPD, Parteilichkeit jenseits der Partei; Opladen 1988, S. 379
3. Spender, Stephen, Das Jahr der jungen Rebellin, München 1969
4. Friedeburg, Ludwig von (Hrsg.); Jugend in der modernen Gesellschaft; Köln 1965
5. Marcuse, Herbert; Das Ende der Utopie; Berlin 1967; S. 14
6. Ebd. S. 51
7. Verband Deutscher Studentenschaften (Hrsg.); Der 2. Juni 1967, Studenten zwischen Notstand und Demokratie, Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schahbesuchs; Köln 1967, S. 5
8. Vgl. u. a. „Appell von Hannover“, in: SPD-Parteivorstand (Hrsg.); Protokoll des SPD-Parteitag 1960, Bonn o. J.; S. 655–657
9. Siehe: SPD Parteivorstand (Hrsg.); Ergänzungsband zum Protokoll 1968, Bonn o. J.; S. 345 ff.
10. Vgl. u. a. die Diskussionen auf dem Nürnberger Parteitag von 1968.
11. Siehe zum Einfluß der Studentenbewegung auf die Jungsozialisten: Schonauer, Karlheinz; Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD 1946–1973; Der Wandel der SPD Jugendorganisation von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition; Dissertation; Berlin 1980, S. 172 ff.
12. Zit. nach: Seeliger, Rolf; Die außerparlamentarische Opposition; München 1967; S. 27.
13. Siehe u. a.: Lau, Dieter; Der SHB wendet sich gegen die SPD; in: Süddeutsche Zeitung vom 17. 3. 1968; Der erwartete Bruch mit der SPD blieb wieder aus; in: Die Welt vom 29. 7. 1968; Studenten stellen SPD Bedingungen; in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 7. 1968.
14. Vgl. Meng, Richard; Juso-Hochschulgruppen, Geschichte, Praxis, Perspektiven; Gießen 1979; S. 19. f.
15. SPD-Opposition formiert sich; in: Frankfurter Rundschau vom 30. 8. 1968.
16. Siehe: Ehmke, Horst (Hrsg.); Perspektiven, Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, Reinbek 1969
17. Brandt, Willy; in: Ehmke, Horst; a.a.O.; S. 169
18. Siehe: Protokoll der SPD Jugendkonferenz vom 11.–12. 1. 1969 in Bad Godesberg; Maschinenschriftliches und unveröffentlichtes Protokoll
19. Ebd.; S. 81 f.

Im Jubiläumsjahr 125 Jahre SPD veröffentlicht die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Reihe „Materialien zur politischen Bildungsarbeit“ die Dokumentation einer internationalen Fachtagung im Kurt-Schumacher-Bildungszentrum in Bad Münstereifel vom März 1987 über

## Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist

Interessenten können die Publikation gegen einen Unkostenbeitrag von DM 10,00 pro Exemplar beim Herausgeber anfordern. (Bitte der Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck beilegen).

**Bestellanschrift:**

Friedrich-Ebert-Stiftung / Abt. Politische Bildung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

## Rüdiger Görner Furcht und Elend der Intellektuellen

---

Rüdiger Görner, Jahrgang 1957, ist Lecturer (Dozent) für deutsche Politik Kulturgeschichte an der University of Surrey, GB. Er ist Mitarbeiter zahlreicher Zeitschriften, Zeitungen und Rundfunkstationen in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz. Veröffentlichungen u. a.: *Logos Musicae* (Hrsg.), 1982; *Rilke* (Hrsg.), 1986; *Das Tagebuch. Eine Studie*, 1986.

---

Intellektualismus, so scheint es zuweilen, vergnügt sich mit Vorliebe an Mißverständnissen, verstricke sich leidenschaftlich gern in Widersprüche und hülte das Paradoxon wie einen Augapfel. Seine Selbstrechtfertigung, die sich oft zu einem ganzen Buch auswächst, endet nicht selten mit (gespielten) Selbstanklagen. Haben etwa die Götter der Weisheit als Preis für ein geglühtes, intellektuell würdiges *sapere aude*, den wagemutigen Einsatz des eigenen Verstandes – nach Kant die Grundbedingung aufklärerischen Denkens –, das *mea maxima culpa*, das überzeugende, also andere bewogende Sich-an-die-Brust-Klopfen ausgesetzt?

Findig wie er ist, schafft sich der Intellektuelle die gewünschte Atmosphäre für sein Denken. Zu diesem Zweck gründet er sogar Epochen: die Postmoderne zum Beispiel, jener Tummelplatz für Spaßmacher, Stürmer und Dränger mit gesichertem Einkommen. Inzwischen bedarf es ja auch keiner Nickelbrille und Jeans mehr, damit man sich als Intellektueller fühlt. Auch im dunkelblauen Blazer läßt es sich denken.

Aber das postmoderne Schwelgen (in Worten, Farben, Gefühlen, Tönen) paßt nicht so recht zum Bild, das man sich vom „eigentlichen Intellektuellen“ zurecht gezimmert hat. Das Asketische steht ihm nach diesem Bild besser zu Gesicht. Kann es also verwundern, wenn unkorruptierte Intellektuelle wie Hans Jonas eine „asketische Kultur“ fordern – ganz in Einklang übrigens mit Friedrich Nietzsche, Max Weber und Albert Schweitzer?

Nur, warum Askese? Weil sie – nach Auskunft besagter Asketen – die Sinne schärfte und den Verstand. Und wenn es dem Intellektuellen darum zu tun ist, zu tieferem Verstehen und zu weiterführenden Einsichten zu gelangen, wozu ihn die Bedeutung seines Gattungsnamens auch verpflichtet (*intellegere* bedeutet „einschauen“), dann hängt der Erfolg seiner Arbeit von asketisch geschärften Sinnen ab.

Als Kulturkritiker jedoch muß er sich den verschiedensten Einflüssen aussetzen, um vergleichen und urteilen zu können. So gesehen, ähnelt er einem Mönch im Kino oder Pop-Konzert und umgekehrt einem Showmaster in einer Klosterzelle.

Sein Verhältnis zum Rationalen ist – seit Kant – kritisch, zum Emotionalen – seit Freud – skeptisch und zum Sozialen – seit altersher – gespannt: er mischt sich ein und wahrt den Abstand, und er spricht von Gemeinschaft mit dem Pathos der Einsamkeit.

Der Intellektuelle ist ein Sisyphos, der beim Wälzen seines Steines davon träumt, daß er zu einem Stein des Anstoßes werden könnte. Gleichzeitig aber lebt er von der Versuchung, diesen Stein zu behauen, bis aus ihm sein eigenes Denkmal geworden ist.

Als ein solcher Stein erweist sich häufig die Sprache des Intellektuellen, sein Jargon, den er – darin noch Schüler Adornos – entlarvt und pflegt, sein Sprachbild – und Steckbrief. Wittgenstein befand: „Die Sprache“, also auch die des Intellektuellen, „muß für sich selbst sprechen“. Ein problematischer Satz, weil er die Sprache vom Sprecher abkop-



pelt und damit die Sprachethik außer Kraft setzt, die sittliche Verantwortung des Menschen für das, was er sagt.

Was aber bei Wittgenstein wenigstens noch in den Versuch einer umfassenden „philosophischen Grammatik“ eingebunden war, löst sich gegenwärtig – im Zeichen der Postmoderne – aus jedem überprüfbareren Zusammenhang. Hermetische Gleichungen entstehen: „Plaisir ist Plaisir“, nach Hermann Glaser das Axiom und Credo der Postmoderne, „Denken ist Denken“, „Sprache ist Sprache“ und ähnliche Sinn-Kapriolen mehr. Der Wahlspruch der Postmoderne: „Der programmatische Funktionalismus ist tot. Es lebe das Programm“ hat kaum noch etwas mit intellektueller Redlichkeit gemein; denn deren Bedeutung erfüllt sich in aufklärerischer Denkarbeit und in der Bemühung um Deutlichkeit (C. F. v. Weizsäcker).

Diese Deutlichkeit fordert klare, das heißt, definierte Begriffe. Zu ihr gehört gleichfalls die Einsicht, daß ein Begriff sich nicht selbst genügen kann. Die Spracharbeit des Intellektuellen besteht demnach vor allem darin, die Wortfelder – in einem sehr bäuerlichen Sinne – zu „bestellen“ und entsprechend den „Fruchtwechsel“ oder Bedeutungswandel der Worte mit seinem Denken zu fördern und zu prüfen, um ihre Veränderung für andere kenntlich zu machen.

Zu dieser Art Sprachethos führt auch der „Lebensweg eines Intellektualisten“, wie ihn Gottfried Benn beschrieben hat. Von einem „schicksalhaften Anwachsen der Begriffswelt“ ist in diesem „autobiographischen Fragment“ aus dem Jahre 1934 die Rede und von der Notwendigkeit, diesem Anwachsen tragfähige Denkformen entgegenzustellen. Die Kernsätze dieses Gedankens lauten: „Intellektualismus also heißt, keinen anderen Ausweg aus der Welt finden, als sie in Begriffe zu bringen, sie und sich in Begriffen zu reinigen.“ Und: „Der äußerst erreichbare Ausdruck muß erkämpft und gehalten werden mit einer Schärfe, die aufs rücksichtsloseste alles teilt und scheidet, aber man muß wissen, ob man zu weiteren Formulierungen noch berufen ist.“

Im Bewußtsein dieser Verantwortung für das Wort verband Benn die Aufgaben des Intellektuellen mit jenen des Sprachkünstlers. Befaßt sich der eine mit der Kritik als Lebensform, so spielt der andere auch mit den Formen der Kritik – im Namen der Kunst. Benn versuchte, beide Bereiche zu vertreten, die (Sprach-)Kritik und die Sprachkunst, ein „Doppelleben“ fürwahr, noch um einiges durch seine Existenz als Arzt und eines während der braunen Jahre mundtot gemachten Schriftstellers kompliziert; zudem von einstigen Verehrern geächtet wegen seines „Verrats am Geiste“, als er in den ersten Monaten des Jahres 1933 den Schein der Fackelzüge als Hoffnungsschimmer mißdeutete. Ein Opfer der List der Unvernunft: einmal, im freilich entscheidenden Augenblick, versagte seine sonst hellwache Kritikfähigkeit. Einmal wollte dieser Gottfried Benn bejahren dürfen; denn nach nichts sehnt sich der kritische Intellektuelle klammheimlich mehr, als nach einem vollmundigen „un-verschämten“ Ja.

Aber anders als Heidegger hat Benn über sein Verhalten in den Jahren 1933/34 nicht „kalkuliert geschwiegen“. Benn versteifte sich nicht auf Formelhaftes; sein Denken und Schreiben blieben artistisch beweglich. Heidegger dagegen wurde wiederholt zum eigenen Imitator seiner oft tautologischen Sinnformeln, die sich unangreifbar gaben, während Bennis Worte (und Empfindungen) verletzlich blieben – trotz ihrer eigenen Schärfe.

Vor Jahren schon hat George Steiner auf das Gefährliche jener Sinntautologien aufmerksam gemacht, von denen Heidegger ausgegangen war und zu denen er immer wieder zurückkehrte (siehe FAZ vom 18. September 1982): „Sein ist Sein“, geworfen in die Zeit, ohne verantwortet zu sein. Das moralische Defizit der Heideggerschen Ontologie hatte

bereits Jaspers als verhängnisvoll bezeichnet. Und weil wir um das Sinntötende solcher „Seins-Gleichungen“ wissen, haben wir allen Grund, den plumpen Leitmotiven der Postmoderne („Plaisir ist Plaisir“, „Denken ist Denken“) zu mißtrauen.

Was bedeutet das alles für die Bestimmung des Intellektualismus? Zunächst einmal, daß sich ein um Ernsthaftigkeit bemügender Intellektueller der „Anstrengung des Begriffs“ (Hegel) stellen muß; desgleichen, daß sich Denkarbeit und künstlerisches Schaffen, Entschlacken und Verdichten eines Stoffes ergänzen. Die unselige (sehr deutsche) Suche nach dem „reinen Dichter“ und „bloßen Denker“ hat den intimen Zusammenhang zwischen Dichten und Denken ausgehöhlt. Und nicht zufällig steht nach dem Ende dieser Suche der Versuch einer Aussöhnung zwischen Intellektualität und Künstlertum; und einer, der vor der Perversion des deutschen Glaubens fliehen mußte, hat diese Aussöhnung im (geläuterten) Namen Nietzsches gewagt: Erich Heller mit seinem Buch „Enterbter Geist“ (1952), dessen Titel ebenso sprichwörtlich wurde wie Hans Sedlmayrs Rede vom „Verlust der Mitte“. Hellers Kerngedanke liest sich wie folgt: „In Wahrheit ist jedes geformte Gefühl schon Gedanke, und Denken das ordnende Prinzip, welches das, was geschieht, zum Geschehen macht.“ In diesem Sinne gehen schöpferischer Entwurf, Daseinsdeutung und Kritik ineinander über. Der „enterbte Geist“ hat sich erlöst vom Anspruch des Absoluten und kann sich endlich wieder den Bedingtheiten des Lebens zuwenden; aber das macht ihn auch humaner.

Weswegen dann die Frage nach der Furcht und dem Elend des Intellektuellen? Weil für sie theoretische Erwägungen gleich praktischen Erfahrungen sind: sie greifen nach Gedanken wie andere nach Äpfeln, schälen und zerstückeln sie bis zum Kernhaus. Aber wie sollen sie diese Erfahrungen weitergeben? Der türkische Dichter Özdemir Asaf hat dieses Vermittlungsproblem des Intellektuellen poetisch aufgegriffen: „Um dein Wissen zu vermitteln / Mußt du das Nichtwissen lernen. / Damit du ganz du bleibst.“ Ein Paradoxon zum Wohle des Ausgleichens der Bewußtseinszustände; ein Ausgleich um der Identität willen. Das Lernfach „Nichtwissen“ erfordert eine Pädagogik des Unbewußten, um stets auch der Rückseite (intellektueller) Einsicht gerecht zu werden.

Wer sein Wissen erweitert, büßt auch immer etwas von seiner Instinktsicherheit ein – eine sehr begründete Furcht des Intellektuellen. Seine Utopie bleibt jener „Stand der Unschuld“, der in Kleists „Marionettentheater“ den – fiktiven – Zielort des menschlichen Erkenntnisweges beschreibt. Aber der Intellektuelle weiß eben, daß dieser Ort für ihn nicht zu betreten ist, obwohl er ihn – wie einst Mose das gelobte Land – von ferne sieht.

Erlösung gibt es für den Wissensbesessenen nicht, allenfalls Erleichterung für die Dauer einer Gedankenlänge. Davon handelt Brechts Gedicht „700 Intellektuelle beten einen Öltank an“, ein Gedicht, in dem Brecht den Gedankenfetischismus, dem so viele Intellektuelle verfallen, bloßgestellt hat. Verliebt in ihre eigenen Gedanken knien Brechts siebenhundert Intellektuelle nieder und „beten“ das Vaterunser der „Neuen Sachlichkeit“: „Darum erhöre uns/Und erlöse uns von dem Übel des Geistes./Im Namen der Elektrifizierung/Der Ratio und der Statistik!“ Dieses gegen Ende der Zwanziger Jahre geschriebene Gedicht greift die Umwertung der „neuen Sachlichkeit“ in plumpe Sächlichkeit auf und prangert die Dingversessenheit jener Intellektuellen an, die im Namen vermeintlicher Sachlichkeit wirklichem Nachdenken entsagen. Verelendete Intellektuelle allesamt, Opfer ihrer eigenen Theorie, die sie nicht lehrte, die „Neue Sachlichkeit, ja, die Kritik selbst zu relativieren“.

Und heute? Ist an die Stelle des „Öltanks Neue Sachlichkeit“ ein postmodernes Computerspiel getreten? Doch wohl nicht nur. Der Intellektualismus in der Bundesrepublik

Deutschland hat nicht wie seinerzeit in der Weimarer Republik abgewirtschaftet, weil seine verschiedenen Formen der Kritik, insgesamt gesehen, den gesellschaftlichen Grundkonsens stärken, letztlich immer auf die eine oder andere Weise verfassungsbezogen ist.

Und so konnte es kaum verwundern, daß ein „Linksintellektueller“, Jürgen Habermas nämlich, im Gefolge des sogenannten Historikerstreites zu einem konstruktiven Verfassungspatriotismus aufrief. Auch seine Gegner erkennen inzwischen an, daß der Gralshüter der „Kritischen Theorie“ und seine Mitstreiter keinen geringen Anteil daran haben, daß die Bundesrepublik Deutschland heute nicht an der Krankheit des österreichischen Bruderstaates leidet, wo die Konzeptionen der „Frankfurter Schule“ zu lange wie vergiftete Fische aus dem Main behandelt worden sind.

Was den Historikerstreit anbetrifft, das Kernstück dessen, was man, ob zu Recht oder zu Unrecht, im In- und Ausland gegenwärtig für bundesdeutschen Intellektualismus hält, hat diese Debatte eine Prinzipienfrage aufgeworfen, die alles andere als künstlich ist: Unter welchen moralischen und/oder historischen Voraussetzungen verliert der Grundsatz der Vergleichbarkeit verwandter Vorgänge oder Gedanken, gemeinhin unverzichtbar im kritisch-intellektuellen Gewerbe, seine Gültigkeit?

Man wird einräumen müssen, daß es sich hierbei weniger um ein wissenschaftstheoretisches als vielmehr um ein wissenschaftsethisches Problem handelt. Schlicht gesagt, verwässern oder verharmlosen Vergleiche das zu Vergleichende?

Im Rückblick auf den Verlauf des Historikerstreits scheinen sich diese Kardinalprobleme des Intellektualismus eher vergrößert zu haben; eine Synthese der Positionen ist jedenfalls nicht in Sicht. Hier sei nur angedeutet, wo sich Ansatzpunkte finden ließen: der Holocaust und die Verbrechen des Stalinismus sind an sich ohne Beispiel. Nur unter der Voraussetzung, daß ihre Beispiellosigkeit den Nachgeborenen, also uns, vermittelt werden soll, das Unerhörte des Verbrechens, vor dem alle Sühnezeichen verblassen müssen, obgleich sich allein aus ihnen Worte nach dem Holocaust bilden lassen, nur dann ist der Vergleich gerechtfertigt. Aber aus jedem Satz, der in diesem letztlich unaufklärbar bleibenden Zusammenhang fällt, muß die moralische „Anstrengung des Begriffs“ sprechen, sprachliche und somit gedankliche Würde. Und diese Würde hat von jener Art zu sein, welche die Verbrecher der Terrorregime ihren Opfern nehmen wollten.

Entsprechend verband sich mit dem kritischen Bewußtsein nach 1945, wo und wie immer es sich Ausdruck verschaffte, Wissen um Schuld. Die eigentliche Leistung kritischer Intellektualität in der Bundesrepublik Deutschland lag dabei in der Interpretation von Schuld, die nicht lähmte, sondern das Schuldgefühl in produktive Gewissenserforschung zu übersetzen half, wenn auch dieser Vorgang sich zunächst unschwellig abspielte, aber von langfristiger Wirkung war. Von Jaspers bis Mitscherlich, von Schelsky bis Adorno trugen die oft genug erbitterten Auseinandersetzungen über das moralische Fehlverhalten der Deutschen zu deren „Umwertung“ bei.

Auch in dieser Hinsicht wäre eine weitere Vertiefung des „Verfassungspatriotismus“ wünschenswert. Die Vorstellung, in einem gesellschaftlich und politisch verbindlichen pluralistischen Wertesystem beheimatet zu sein, entspringt einer Art pragmatischem Idealismus, wie er sich in Europa sonst nur in Frankreich manifestiert hat. Im Unterschied zu deutschen Vorstellungen stärkt in Frankreich die Verfassung das Nationalgefühl; bundesdeutsche Praxis ist es dagegen, patriotische Gefühle zu regionalisieren oder mit Berufung auf die Präambel des Grundgesetzes zu rechtfertigen.

Flaniert also jetzt auch der bundesdeutsche Intellektuelle mit dem Grundgesetz unter

dem rechten und einem Band Michael Foucault unter dem linken Arm entlang der Platanenallee in Tübingen oder im Betonschatten der Gesamthochschule Wuppertal? In den Seminaren werden weniger „Positions-papiere“ verteilt; man darf sich wieder „vertiefen“. Und „Tiefe“ bedeutet im intellektuellen Verständnis, das „Widerspruchsvolle und Divergente weder zu verdecken noch zu schlichten“ (Adorno). Heimat Grundgesetz? Paragraphenfolklore. Am Widerspruch erwachsen werden – nicht nur für den Ausländer bleiben (bundes-)deutsche Selbstverständnisse, ob intellektuell verbrämt oder nicht, die schwierigste, weil sinnegequälte Fremdsprache.

Glückliches Ausland? Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß es nur eine deutsche Tradition sei, den Intellektuellen ins Abseits zu stellen. Zugegeben, wer fände in deutschen Landen so klare Worte über die Funktion des Intellektuellen wie Jean-François Revel, der schlicht feststellt: „Er, der Intellektuelle, ist das moralische Gewissen seiner Gesellschaft, ein Diener des Wahren, ein Feind der Gewaltherrschaft, der Dogmen, der Zensur und der Ungerechtigkeit.“ Das ist mit Blick auf die aufklärerischen Leistungen Voltaires, Tocquevilles und Zolas gesagt, nicht mit Blick auf die Unterstützung, die ein Rolland oder Barbusse den stalinistischen Schauprozessen in unbegreiflicher Verblendung zuteil werden ließen.

Zweifellos gefallen sich viele französische Intellektuelle in dieser von Revel beschriebenen Funktion, und es muß sich erst erweisen, wie sie die jüngste Anfechtung, den Fall Heidegger, überstehen werden. Was tun mit dem Guru der französischen (Post-)Existentialisten und Strukturalisten, Heidegger, der sich als brav zahlendes NSdAP-Mitglied herausgestellt hat. Es sei wie es wolle, es war doch so schön, mit ihm zu denken.

Immer wieder die Faszination der Extreme, des plötzlichen Ja zu sehr dogmatischen Bekenntnissen, die Versuchung des Intellektuellen gegen den Intellekt, den kritischen Verstand, zu Felde zu ziehen. Zu denken ist hier an André Gides schwärmerischen Kommunismus, an Sartres existentialistisch interpretierten Marxismus, an Antonio Gramsci auf der Linken, an Benedetto Croce auf der Rechten, an die Faszination, die jener nahezu totalitäre Ordnungsbegriff unter Künstlern und Intellektuellen ausgelöst hat, den Charles Maurras um 1912 entwickelte. T. S. Eliot verfiel ihm – zeitweise – ebenso wie Ezra Pound. Ein Phänomen, das Leszek Kolakowski auf einen allgemein gültigen Nenner gebracht hat: „Was gewöhnlich ‚Entfremdung‘ der Intellektuellen genannt wird, ihr – oft beschriebenes – Gefühl, ‚entwurzelt‘, nicht dazugehörig zu sein, kann ideologische Bedürfnisse hervorbringen, die sich darin äußern, daß sie sich anti-intellektuellen Tendenzen in bestehenden Bewegungen anschließen und ihnen Ausdruck verleihen.“

Wenn es also eine vitale Aufgabe des Intellektuellen gibt, dann ist es die der Ideologiekritik. Er muß mit dem sogenannten Selbstverständlichen auf schlechtem Fuß stehen, Dogmatismen aufspüren, um sie weithin sichtbar zu brandmarken.

Besorgniserregende Formen hat inzwischen der Verfall der ehemals lebendigen intellektuellen Kultur in Großbritannien angenommen, und das in einem Land, dessen demokratisches Bewußtsein einst (im 18. Jahrhundert bis zur Französischen Revolution und dann wieder im viktorianischen Zeitalter) von engagiertem Intellektualismus getragen war.

Nicht nur, daß im Zeichen des Thatcherismus die Geisteswissenschaften mehr oder weniger systematisch ausgeblutet werden und daß im Namen eines erschreckend kurz-sichtigen Utilitarismus, jener Nützlichkeitsphilosophie, die schon Charles Dickens gegeißelt hat, weil ihre Mittel-zum-Zweck-Maximen den Stumpfsinn als *common sense* ausgeben, die Diskussion von Grundsatzfragen abgewürgt wird; schlimmer als das ist, daß diese Zustände gar nicht ins öffentliche Bewußtsein dringen.

Jonathan Clark, einer der vielversprechendsten jungen Historiker des Landes schreibt: „England hört nicht auf seine Philosophen oder politischen Theoretiker . . ., aber es hört auf seine Historiker, selbst auf die schlechten.“

In der Tat: der Historiker gilt seit den Zeiten eines Edward Gibbon und Edmund Burke etwas, sofern er das Bestehende bestätigt. Ansonsten fristet er wie die anderen Intellektuellen auch sein Dasein als Hofnarr der Gesellschaft. Selbst schuld, wer Schlechtes dabei denkt oder – wie viele unter den begabten Narren des Geistes – abwandert, besonders ins sonnige und bewegungs-, weil erdbebenreiche Kalifornien.

Zurück zum Überschaubaren, zur – intellektuellen – Alltagserfahrung. Doch, sie gibt es. Zum Beispiel dann, wenn sich ein vierjähriger Junge mit seiner Mutter in ein U-Bahn-Abteil schiebt, und die Mutter ihn auffordert: „Setz dich irgendwo hin“; und der Junge sich kurz umschaute und treuherzig hintergründig fragt: „Wo ist irgendwo?“

Eine kindliche, quasi intellektuelle Regung. Sie mag sich in ihm fortsetzen, falls er später einmal einen Essay von Camus liest oder in einem Beckett-Stück sitzt oder mitspielt.

Wo ist irgendwo? Hier fragt einer nach Orientierung in einer ewig „neuen Unübersichtlichkeit“; ein Urphänomen der Kritik: eine Aufforderung wird infrage gestellt, weil sie eine sprachliche Ungenauigkeit enthielt. Denn das Irgendwo birgt die Gefahr, das Alles mit dem Nichts gleichzusetzen, den Mangel mit dem Angebot, das Besondere mit dem Gleichförmigen, das Differenzieren mit dem Einebnen. Der intellektuell-kritische Akt dagegen versucht, diese Gefahr zunächst sichtbar zu machen und auf diese Weise abzu- schwächen.

Reflektierend muß der Intellektuelle dem Irgendwo Kontur verschaffen, indem er das Wissen über eine bestimmte Sache zu erweitern sucht; aber deswegen ist er nicht unbedingt ein natürlicher Verbündeter der Wissenschaft, in der sich das Wissen gleichsam institutionalisiert; (bekanntlich ist auch nicht jeder religiöse Mensch Parteigänger der Institution Kirche); er bejaht aufklärendes Wissen und setzt es zuweilen in wissenschaftskritischer Absicht ein, und zwar vor allem dann, wenn sich die Wissenschaft dogmatisch zu versteifen droht und die humanen Aspekte zugunsten des „reinen Wissens“ preisgibt.

Der Intellektuelle sieht sich dem Humanismus verpflichtet; er ist ein Nachfahre des Erasmus von Rotterdam und nicht des Ignatius von Loyola, einer, der sich nicht damit zufrieden geben darf, den Ehrentitel „Gewissen der Nation“ zu führen, sondern der seinen Mitmenschen selbstkritisch dabei zur Seite steht, wenn es gilt, ihr Gewissen zu bilden und zu schärfen; für ihn gibt es kein „interessenloses Wohlgefallen“, sondern nur ein Interesse am Wohl der Humanität. Die Ambiguität indessen gehört auch zu dem, was man intellektuelle Leistung nennt: So ist es zum Beispiel ein Verdienst kritischer Intellektueller, daß es hierzulande ein Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge gibt; Adornos Mahnungen reichten in diesem Fall posthum bis in den Bundestag; freilich ist es eine Niederlage für das Ethos des kritischen Bewußtseins, daß es zu diesem Gesetz überhaupt kommen mußte.

Doch bedenken wir resümierend abermals Kolakowskis Votum für das Intellektuelle: „Die Intellektuellen sind nicht gerufen, die Welt zu regieren. Ihre wichtigste Funktion ist es, den Bestand der menschlichen Geisteskultur zu bewahren und als gemeinschaftliches Gut weiterzugeben; mit anderen Worten, ihre Arbeit ist bedeutungsvoll nur unter der Voraussetzung, daß trotz aller Kämpfe und Konflikte alle Menschen an einer wesentlich gleichen Geistesstruktur teilhaben und daß alle Weltkonflikte nicht die Kontinuität und den Zusammenhang der Leistungen menschlichen Geistes zerstören können.“

## Dokumentation

### Hans-Jochen Vogel Konsens zerbrochen – Teilung verfestigt Rede zum 40. Jahrestag der Währungsreform

*Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion hielt die folgende Rede am 12. Juni 1988 auf Einladung der Ludwig-Erhard-Stiftung in der Alten Oper in Frankfurt.*

Der 20. Juni 1948 war ohne Zweifel ein besonderer Tag. Es war der Tag, an dem das Geld endlich wieder etwas wert war. Der Tag – und das ist schon gesagt worden –, an dem das begann, was später mit begründetem Stolz, aber auch nicht ohne eine Spur von Überheblichkeit, das Wirtschaftswunder genannt wurde. Es war aber auch der Tag, an dem der Nachkriegskonsens darüber, daß unsere Gesellschaftsordnung von Grund auf erneuert werden müsse, endgültig zerbrach. Und der Tag, an dem sich die deutsche Teilung, und besonders die Teilung Berlins, wesentlich verfestigte. Es war im nachhinein betrachtet ein tiefer Einschnitt, dessen Tragweite uns, die wir diesen Tag miterlebt haben, erst allmählich bewußt wurde.

Vor dem 20. Juni 1948 bewegte viele von denen, die überlebt hatten, der Gedanke, aus dem Zusammenbruch der NS-Gewaltherrschaft und dem vorangegangenen Scheitern der Weimarer Republik müsse etwas Neues hervorgehen. Eine freiheitliche, nicht-kommunistische Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus etwa, wie sie der vor kurzem 80 Jahre alt gewordene Richard Löwenthal unter dem Pseudonym Paul Sering in seinem gleichnamigen Buch entworfen hatte. Und wie sie wohl auch dem Ahlener Programm der CDU von 1947 vorschwebte, in dem es hieß, das kapitalistische Wirtschaftssystem sei den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Die Währungsreform des 20. Juni machte zwar mit ihrem Kopfgeld alle für ein oder zwei Tage

gleich. Aber dann schoben ihre Auswirkungen alsbald solch weitreichende gesellschaftsreformerische Vorstellungen beiseite. Die Philosophie, die der Währungsreform und ihren Begleitmaßnahmen zugrunde lag, knüpfte unbekümmert an die Vergangenheit an und unterstrich das auch dadurch, daß sie die Sachwerte schonte und die Last des verlorenen Krieges in erster Linie denen aufbürdete, die keine Sachwerte, kein Kapital besaßen.

Die deutsche Teilung verfestigte sich, weil die Einführung der DM die damaligen Besatzungszonen in zwei Währungsgebiete trennte und die Sowjet-Union darauf mit der Blockade Berlins und die Amerikaner hinwiederum mit der Einrichtung der Luftbrücke antworteten, die den Berlinern zu überleben half. Insofern war der 20. Juni 1948 auch ein Meilenstein auf dem Wege zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland und zur Etablierung der DDR, aber auch zur Teilung Berlins. Ludwig Erhard hat das klar gesehen. Er wollte, so sagte er, durch die Schaffung eines westdeutschen Währungsgebietes auch verhindern, daß der „kollektivistische Bazillus“ auch bei uns eindringe.

Es ist ein Gebot der historischen Redlichkeit, auch diese Aspekte des 20. Juni 1948 anzusprechen. Und redlich ist es auch, als Ursachen des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs neben der Stabilisierung des Geldwertes die Entfaltung unternehmerischer Initiativen, die positiven Wirkungen des Marshall-Plans und vor allem den Fleiß und das Engagement der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften zu erwähnen. Ohne ihre Anstrengungen und ohne ihren Widerstand gegen die Demontagen wäre der Aufschwung nicht zustande gekommen, wären nicht aus Trümmerhaufen blühende Produktionsstätten gewachsen. Der Gedanke der Mitbestimmung und der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen findet darin übrigens eine zusätzliche Rechtfertigung. Das alles mindert das Verdienst derer nicht, die damals die Regeln von Angebot und Nachfrage und den Preis wieder in ihre Funktionen einsetzten und so jedenfalls dem Hunger und der materiellen Not ein Ende bereiteten und den Menschen das Vertrauen zurückgaben, daß ihre Arbeit wieder etwas wert war. Das verdient Dank und Anerkennung. Und dem versagen auch die ihren Respekt nicht, die vor 40 Jahren in einigen Punkten andere Konzepte vertraten.

Übrigens ist es sicher kein Zufall, daß diejenigen, die ihr Gesellschaftssystem gegenwärtig im Zeichen eines neuen Denkens umbauen und ihre Wirtschaft leistungsfähiger machen wollen, gerade die Ab-

schnitte unserer wirtschaftlichen Entwicklung studieren, von denen heute hier die Rede ist.

Die eigentliche Währungsreform wurde unter Verantwortung der damaligen Besatzungsmächte vorbereitet und durchgeführt, die ihrerseits deutsche Experten beteiligten. Die rasche und umfassende Aufhebung der Bewirtschaftungsbestimmungen und der Preisvorschriften war hingegen das Werk Ludwig Erhards, der diese Entscheidungen mit bemerkenswerter Risikobereitschaft nahezu im Alleingang durchsetzte.

Beide Maßnahmen – die Währungsreform und die Aufhebung der Bewirtschaftung und der Preisbindung – haben die ökonomische Dynamik ausgelöst, ohne die sich unser wirtschaftlicher Wiederaufstieg nicht so rasch und nicht auf so breiter Front vollzogen hätte. Allerdings ist dabei an zweierlei zu erinnern: Einmal haben die Väter der von ihnen so genannten „sozialen Marktwirtschaft“ den Markt nicht als Allheilmittel oder gar als Dogma verstanden. Sie wollten vielmehr die Freiheit des Marktes mit dem sozialen Ausgleich seiner Ergebnisse verbinden. Sie haben deshalb durchaus die Verantwortung des Staates dafür anerkannt, daß auch diejenigen Verfassungsprinzipien und Staatsziele durchgesetzt werden, deren Verwirklichung der Marktprozeß nicht gewährleistet, sondern gefährdet, ja sogar verhindert. Diese Verantwortung ist heute angesichts der Massenarbeitslosigkeit, des drastischen Rückgangs des Anteils der Arbeitseinkommen am Gesamtvolkseinkommen, der strukturellen Disparitäten zwischen Nord und Süd und der ökologischen Gefahren eher größer und weitreichender als in den 60er und 70er Jahren. Das allein schon verbietet die ideologische Überhöhung des Marktes und seine von manchen betriebene Gleichsetzung mit dem demokratischen Prinzip. Der Markt ist ein Instrument, ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsordnung, nicht aber die Wirtschaftsordnung selbst. Wer an die Verantwortung der Gemeinschaft auf diesem Felde erinnert und außer klaren Rahmenbedingungen auch konkrete staatliche Maßnahmen befürwortet, der ist deshalb nicht etwa ein Gegner einer sozialen Marktwirtschaft, sondern will sie erst zu dem machen, was ihr Name besagt. Er zeigt, daß er den einen Bestandteil dieses Begriffes für ebenso essentiell hält wie den anderen.

Die Brauchbarkeit des Marktes als Instrument hängt außerdem ganz wesentlich vom Funktionieren des Wettbewerbs ab. Vermachtete und kartel-

lierte Märkte sind ein Widerspruch in sich. Manche Gralshüter der Marktwirtschaft agierten und agieren auf diesem Feld mit bemerkenswerter Zurückhaltung. Ludwig Erhard hat deshalb bei seinen Bemühungen um die Verschärfung des Wettbewerbsrechts nicht selten bei seinen politischen Gegnern mehr Verständnis und Unterstützung gefunden als bei seinen politischen Freunden. Ob sich daran etwas geändert hat, wird sich zeigen, wenn in absehbarer Zeit im Parlament Vorschläge zur Verschärfung der Fusionskontrolle, zur Einführung einer Entflechtungsregelung, für die Sicherung der horizontalen Kooperation auf der Einkaufsseite und für eine Überprüfung der Ausnahmeregelungen für Banken und Versicherungen sowie der Regelungen für die Versorgungswirtschaft und den Bereich der neuen Medien behandelt werden. Oder wenn es dabei um die wünschenswerte Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe geht.

Zu bedenken ist weiter, daß die damaligen geld-, währungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen nur für ein einziges Land getroffen worden sind, dessen Grenzen zudem nahezu vollständig geschlossen waren. Heute wäre ein solcher nationaler Alleingang nicht mehr denkbar. Dafür ist die Verflechtung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und die Durchlässigkeit ihrer Binnengrenzen bereits zu weit fortgeschritten. Um so wichtiger sind währungspolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene. Dazu gehört die Schaffung einer europäischen Währung mit einer zentralen Notenbank, einem gemeinsamen Kapitalmarkt und einer gemeinsamen Zinspolitik.

Das könnte zusammen mit der Errichtung des europäischen Binnenmarktes für die Europäische Gemeinschaft einen Impuls auslösen, der an Bedeutung nicht allzuweit hinter dem zurückbleiben müßte, was seinerzeit die Währungsreform für uns bewirkt hat. Es wäre eine sinnvolle Würdigung des 40. Jahrestages dieser Reform, wenn sich alle, die hier gesprochen haben und die politischen Kräfte, die sie vertreten, auf dieses Ziel verständigen und es fortan gemeinsam verfolgen könnten. Die Zeit dafür ist so reif, wie sie es 1948 für die Währungsreform war. Wir sollten an Entschlußkraft nicht hinter denen zurückstehen, deren Kühnheit wir heute rühmen. Ludwig Erhard wäre hier sicher nicht auf seiten der Zögerlichen, sondern auf seiten derer, die handeln wollen.

## Jens-Rainer Ahrens Gründlich überarbeiten Zum Kulturkapitel des Irseer Programmentwurfs

*Jens-Rainer Ahrens, Jahrgang 1938, MdL in Niedersachsen, Vorsitzender des Kulturausschusses, Professor für Soziologie an der Universität der Bundeswehr Hamburg.*

Es ist verdienstvoll, daß mit dem Irseer Entwurf in weiten Bereichen der Versuch gemacht wird, politische Programmatik von traditionellem Ressortdenken zu lösen und quer zu den gewohnten politischen Verantwortlichkeiten politische Perspektiven zu beschreiben. Das erleichtert es zumindest, Neues auch unter neuen Perspektiven zu betrachten. Dies gilt auch für das Kapitel XII des Irseer Entwurfs, in dem vom Ansatz her und gesamtgesellschaftlich gedacht, Analyse und Programmatik des Kulturellen mit den politischen Aufgaben der Bildungspolitik, der Medienpolitik und der Kunstpolitik zusammengefaßt worden sind.

### Kulturbegriff und Kulturpolitik

Ausgangspunkt ist ein breit angelegter Kulturbegriff. Dies wird als programmatisch vorteilhaft angesehen, weil damit eine Einengung auf ein elitäres oder auch nur konservierendes Kulturverständnis unterbunden wird. Öffentliches und damit politisches Handeln greift in breite Bereiche des Kulturellen ein. Als Partei würde die SPD aber überfordert, wenn sie den Anspruch erheben wollte, alle wesentlichen Bereiche des Kulturellen aktiv politisch zu durchdringen oder gar Maßstäbe dafür vorzugeben. Also muß sie sich auch programmatisch Grenzen setzen, Schwerpunkte bilden und unter den Möglichkeiten kultureller Leistungen diejenigen benennen, die ihr besonders wichtig erscheinen.

Welche Qualitäten soll die politisch gewollte Kulturgesellschaft besetzen? Soll sie sozial, demokratisch, aufgeklärt, solidarisch, freiheitlich und egalitär sein? Wenn dies so ist, dann gehören die Überlegungen zur Kulturgesellschaft vielleicht eher in das Ka-

pitel „Unsere Grundsätze“ und wären dort viel knapper zu fassen. Die Schwäche des Kapitels XII im Abschnitt „Kultur“ liegt u. a. auch darin, daß zentrale Aspekte vorangegangener Kapitel (Arbeit, Technik, Wirtschaft, Konsum, Medien, Sozialpolitik) erneut aufgegriffen und mit dem Kulturbegriff verknüpft werden, ohne daß dabei unbedingt größere programmatische Klarheit oder zugespitztere politische Forderungen entstehen.

Soweit im Abschnitt „Kultur“ politische Analyse versucht wird, erstaunt die Verdrängung des Machtfaktors in der Kultur, die Vermeidung des hier sehr brauchbaren Begriffs der Entfremdung (in der Arbeit, in der Kultur). Ein Beispiel aus dem Programmentwurf: „Die Kultur einer Gesellschaft war in der Geschichte häufig das Resultat ökonomischer Prozesse oder Ausdruck ökonomischer Macht“. Wieso „war in der Geschichte“? Dies ist in weiten Teilen bis heute der Fall! Die Folge sind Erscheinungen der Entfremdung in der Arbeitswelt und der Welt der Arbeitslosen, im Konsum, in weiten Bereichen unserer kulturellen Hervorbringungen, die bestenfalls unterhalten, aber immer weniger aufklären. Dies müßte profiliert herausgearbeitet und in die Formulierung klarer politischer Ziele ausmünden.

So fragt man sich auch, welchen Stellenwert der Absatz über Sprache haben soll („In der Sprache speichert sich menschliche Erfahrung . . .“ usw.). Er ist klug formuliert, nur trägt er wenig zur Programmatik bei. Im Kern geht es um die Wahrhaftigkeit, auch in der Sprache. Dabei könnte man es bewenden lassen.

Dagegen ist es durchaus politisch wichtig und vom Ansatz her zu begrüßen, die Kultur des deutschen Sprachraumes als Teil der europäischen Kulturentwicklung zu verstehen, zu würdigen, und – in politischer Perspektive – weiterzuführen, nur fehlt es wiederum an der klaren Formulierung der Folgen für künftiges politisches Handeln.

Was für konkrete Folgerungen lassen sich denn aus dem Programmansatz ableiten, daß wir die europäische Kultur „in die Kultur der Weltgesellschaft einbringen“ wollen? Konkreter und ebenso wichtig könnte sein, alles dafür zu tun, unseren deutschen Provinzialismus zu überwinden. Deutlicher und stärker auf politisches Handeln ausgerichtet sind hingegen die Programmaussagen im Abschnitt „Kunst und Kultur“, wenngleich auch hier bei den



Aussagen über Medien und Konsum Wiederholungen zu vorangegangenen Aussagen vorkommen. Zu wenig Beachtung findet in diesem Abschnitt, daß auf die Teilhabe an der Kultur in der richtigen Weise vorbereitet werden muß. Der unter dem Abschnitt „Bildungsziele“ stehende Satz: „Bildung vermittelt Kultur und ist selbst Ausdruck der Kultur einer Gesellschaft“, reicht in seiner Banalität nicht hin, um die politische Aufgabe klarzustellen. Nämlich, daß Elternhaus, Schule und Hochschule sowie Weiterbildungseinrichtungen eine ganz wesentliche Aufgabe darin finden, jeden zu befähigen, tätig am kulturellen Leben teilzunehmen. Und der Staat hat dafür zu sorgen, daß diese Institutionen diese Aufgabe auch ernsthaft wahrnehmen.

Nicht ausreichend berücksichtigt ist auch der kommunalpolitische Anteil an der Kulturförderung. Gerade dieser Bereich sollte in Zukunft verstärkte Bedeutung bekommen. Eine Aussage über die soziale Absicherung von Künstlern stünde uns ebenfalls gut zu Gesicht.

Die vielfältigen Erfahrungen über die zahllosen Gefährdungen, denen ein demokratisches Gemeinwesen ausgesetzt ist, lassen neue Überlegungen zu einer politischen Kultur als notwendig, vielleicht lebenswichtig erscheinen. Der Programmentwurf enthält deswegen zu Recht bedenkenswerte Sätze dazu. Aktuelle Anlässe liefern den Hinweis darauf, daß an dieser Stelle noch etwas über die Wahhaftigkeit und politische Praxis gesagt werden muß.

Darüber hinaus müssen wir uns selbst in die Disziplin nehmen, um unsere Forderung nach „politischer Kultur“ nicht zu einem Schlagwort wechselnden Gehaltes verkommen zu lassen oder nur als verbale Waffe zu benutzen, mit deren Hilfe dem politischen Gegner „Unkultur“ untergeschoben werden soll.

Insgesamt ist also vorzuschlagen, die Aussagen zur „Kulturgesellschaft“ wesentlich zu straffen, die einleitenden Formulierungen sowie Aussagen zur politischen Kultur im Grundsatzteil unterzubringen und im übrigen in diesem Kapitel die Bildungspolitik schwerpunktmäßig abzuhandeln.

### Bildungsziele

Der gesamte Abschnitt über Bildungsziele überrascht durch seine Fadheit, seine mangelnde Griffigkeit und durch ausgesprochen unausgewogene Einsprengsel. Er beginnt mit einer Platitude: „Bildung vermittelt Kultur und ist selbst Ausdruck der Kultur der Gesellschaft“. Nichts ist gesagt über die Heterogenität unserer Kultur, über Sub- und Teilkulturen.

Auf welche Momente unserer Kultur wollen wir uns stützen? Akzeptieren wir das neudeutsche Biedermeier oder wollen wir eine neue Arbeiterkultur begründen oder suchen wir eine neue Ästhetik aus der Kombination von Brave new world, high-technology und den alten Mythen?

Aus bildungspolitischer Perspektive müßten wir uns doch im wesentlichen auf jene Momente der Kultur stützen, die emanzipatorisch wirken (befreiend von „naturwüchsigen Zwängen“, die also geistig wie praktisch einer Überwindung von scheinbar unabwendbaren Vorgegebenheiten dienlich sind). Dies müßte aber klarer herausgearbeitet werden.

Auch der Bildungsbegriff bleibt im Programm vage. Wichtige Punkte werden angerissen, wie Komplexität der Gesellschaft, Rolle der Technik und Kommunikationsmedien, aber woraufhin das nun zusammengefaßt und orientiert werden soll, das bleibt unklar. Es soll doch aber in diesem Absatz von den Bildungszielen die Rede sein!

Massiv stellt sich hier auch die Frage, ob wir in einem Parteiprogramm in einen sentimental oder modisch angegrüneten Softy-Jargon verfallen und von sogenannten Grunderfahrungen reden wie: „Liebe und Zärtlichkeit, Freundschaft und Trennung, Krankheit und Tod“.

Politisch wäre dazu zu bemerken, daß es auch ganz andere als diese „Grunderfahrungen“ gibt. Dies hat dann auch etwas mit der sozialen Schicht bzw. der sozialen Klasse zu tun. Das Politikum wäre dann eher die Frage, warum der eine mehr von jenen, der andere mehr von den anderen der genannten Elemente in seinem Leben erfährt.

Es ist also zu überlegen, ob hier nicht bei der Formulierung der Bildungsziele und bezogen auf die Persönlichkeit Faktoren wie psychische Stabilität, Selbstvertrauen, Autonomie und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen als erfahrbare und vermittelbare Grundlagen der Persönlichkeit bildungspolitisch angemessener zu nennen wären, mit entsprechenden Folgerungen für pädagogisches Handeln. Formulierungen finden sich beispielsweise im Bildungsauftrag des Niedersächsischen Schulgesetzes, z. B. Schüler zu befähigen, ihre „Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksmöglichkeiten zu entfalten“ oder Konflikte vernunftgemäß zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen.

Sentimental verquast ist der Versuch, dem Bildungsbegriff eine ökologische Dimension zu geben: „Sie (die Bildung) soll für Lebendiges aufschließen: Für Pflanze und Tier, Landschaft und Jahreszeiten“. Fuchs und Hase aus der Fibel der Jahrhundertwende

lassen grüßen. Außerdem sind allenfalls Pflanzen und Tiere lebendig, Landschaft und Jahreszeiten bestenfalls belebt.

Dringend überdacht werden muß eine Formulierung, die sich ähnlich auch in anderen Papieren der SPD wiederfindet: Wir erwarten von den jungen Menschen, „ein kritisches Verhältnis zu sich selbst und ihrer Gesellschaft zu finden“. Kritik ist das Salz einer aufgeklärten Vernunft. Und es ist auch ein bemerkenswertes Prinzip, mit der Kritik bei sich selbst zu beginnen. Dennoch: Wir muten allen Ernstes einem jungen Menschen, der gerade um seine Identität ringt und vielfach in tiefe Identitätskrisen verstrickt ist, in dieser Lage ein „kritisches Verhältnis zu sich selbst“ zu. Formulieren wir hier nicht selbstherrlich über die Identitätsbedürfnisse junger Menschen hinweg?

Das „krisische Verhältnis“ zur Gesellschaft müßte auch – schon um Mißverständnisse zu vermeiden – genauer bestimmt werden. Geht es um eine Ablehnung? Und wenn ja, welcher Bestandteile oder Regularien in der Gesellschaft? Oder ist hier ein prinzipieller Denkansatz gemeint, etwa bei gesellschaftlichen Fragen in Alternativen zu denken?

#### „Reform von Schule und Hochschule“

Dieser Abschnitt im Irseer Entwurf wird eingeleitet mit dem falschen Satz: „In der Schule fallen Entscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft“. Die wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft fallen *eindeutig nicht* in der Schule, sondern in Wirtschaft und Politik, evtl. noch in Wissenschaft und Forschung.

Die Schule spiegelt die politisch ökonomischen und staatlichen Entscheidungen lediglich wider. Die Schule würde die tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse mißachten, und zwar in jeder Gesellschaft, wenn sie sich anheischig machen wollte, von sich aus bedeutsame gesellschaftliche Entscheidungen zu treffen oder zu beeinflussen. Eine derartige Fehleinschätzung hat fatale Folgen. Es ist gerade der Glaube, mit Hilfe der Schule die Gesellschaft zu verändern und gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen beeinflussen zu können, der der Bildungsreform geschadet und der bildungspolitischen Gegenreform in die Hände gearbeitet hat.

Allerdings beeinflussen Entscheidungen der Schule maßgeblich das Lebensschicksal einzelner. Dabei stehen die Prinzipien schulischer Entscheidungen, z. B. „Fördern statt Selektieren“, in Abhängigkeit von bildungspolitischen Vorgaben und dem gesellschaftlichen Umfeld. Entsprechend ist auch

die Einleitungsbemerkung: „Weil Schule die Zukunft gestaltet“ problematisch.

Die gestaltenden Kräfte, die auf die Schule einwirken, sind allemal stärker als ihr Widerschein von der Schule auf die Gesellschaft. Der Schlüssel für eine solidarische Gesellschaft liegt auch nicht – wie im Entwurf an gleicher Stelle behauptet – in der Schule, sondern in der Wirtschaftsordnung, in der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel und in der Ethik, die den materiellen Grundlagen unserer Gesellschaft zugeordnet wird. Die Schule gestaltet also die Gesellschaft nicht, sie schafft lediglich Voraussetzungen für bestimmte Gestaltungsabsichten.

Wegfallen sollten im Programm Formulierungen wie: „Inzwischen steht unser Bildungswesen vor neuen Herausforderungen“. Das Bildungssystem steht zu jeder Zeit – also fortwährend – vor neuen Herausforderungen. Es ist auch nicht der Konkurrenzdruck der Arbeitswelt allein, der entsolidarisierend auf die Schule einwirkt. Die Hochstilisierung konkurrenzbetonter Tüchtigkeit zum Lebensprinzip (aktuell verkörpert durch einen Tennisjüngling) erfaßt alle Lebensbereiche bis in die Sphäre des Emotionalen. „Fördern statt Auslesen“ ist das richtige bildungspolitische Gegenprinzip. Wir müssen uns allerdings noch genauere Gedanken darüber machen, wie es gesellschaftlich breiter verankert werden kann und dies auch programmatisch ausformulieren.

An dieser Stelle ist die Frage angebracht, ob ein Parteiprogramm mehr Situationsbeschreibung oder sogenannte Analyse enthalten soll oder mehr politische Forderungen. Welchen Stellenwert besitzt z. B. in einem Parteiprogramm der Satz: „Wer keine qualifizierte Ausbildung hat, wird häufig aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen und vielen, die eine solche Ausbildung haben, bleibt der Zugang zum Beruf versperrt“. Da müßte doch besser ein Programmsatz stehen, z. B.: Neue und erweiterte Formen der Fort- und Weiterbildung müssen entwickelt, die Umverteilung bezahlter Erwerbsarbeit vorangetrieben werden, um jedem die Chance zu geben, sein Können im Beruf anzuwenden.

Ähnliches gilt für die im gleichen Absatz folgenden Aussagen. Sie beschreiben einige soziale Folgen einer unsozialen Wendepolitik. Folgerungen bildungspolitischer Art werden aber nur scheinbar angeboten.

Der diesen Passagen folgende Absatz wird eingeleitet mit dem Satz: „Daher muß auch im Bildungswesen der quantitativen Erweiterung der qualitative Ausbau folgen“, jedoch hat der nach dem quantitati-

ven Ausbau nötige Qualitätsschub nichts mit der konservativen Wendepolitik zu tun. Er wäre in gleicher Weise bei einer fortschrittlichen Bundespolitik notwendig. Das „Daher muß . . .“ stellt also eindeutig einen falschen Bezug her.

Die Charakterisierung der Gesamtschule fällt knapp aus und strahlt einen – programmatischen Äußerungen vielleicht angemessenen – Optimismus aus. Zu erwägen ist, ob einige Bedingungen, die das Gelingen der Gesamtschule absichern, in das Programm aufgenommen werden sollten (z. B. anspruchsvolle Pädagogik, überschaubare Größe, Ganztagschule). Dazu gehört auch die Forderung nach 10 allgemeinbildenden Schuljahren für alle.

Weiterhin ist zu erwägen, ob die Politik der Integration von behinderten Kindern in die Regelschulen nicht stärker akzentuiert werden muß. Die Aufzählung „körperliche oder geistige Behinderung“ ist unvollständig. Verhaltensgestörte sind vielfach weder körperlich noch geistig behindert.

Die Aufgabe der Integration ausländischer Kinder wird gewissermaßen in einem Atemzug und im gleichen Absatz im Zusammenhang mit der Integration von Behinderten angesprochen. Der größte Teil der Ausländerkinder ist nicht behindert, jedoch benachteiligt. Hier sind andere, besondere Aktivitäten zur Integration erforderlich. Diese Aufgabe sollte in einem eigenständigen Absatz angesprochen werden.

Zur beruflichen Bildung werden explizit nur drei Sätze formuliert. Angesichts der Wichtigkeit des Berufsbildungssystems und der darin enthaltenen politischen Brisanz muß dies verwundern. Die politischen Perspektiven bei der Neuordnung der Ausbildungsberufe, bei der Überwindung von Widerständen gegen eine breite berufliche Grundbildung, bei der Absicherung des von uns gewünschten *Anspruchs auf eine Berufsausbildung* müssen aufgenommen werden. Dazu zählt auch die finanzielle Beteiligung nicht ausbildender Betriebe an den Ausbildungskosten (Umlagefinanzierung).

Schulen sollten mehr Eigenständigkeit und mehr Spielraum bei der Ausgestaltung und Durchführung ihrer eigenen Aufgaben bekommen. Dies wird im Programmentwurf auch angesprochen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist allerdings auch, die Entscheidungen auf Bundesebene, insbesondere in der parlamentarisch völlig unkontrollierten KMK, wieder zurückzuführen auf *Rahmenentscheidungen*.

Diese müssen so weit gespannt sein, daß für die Landesparlamente wieder ein ausreichender bildungspolitischer Spielraum entsteht.

Zur Hochschulpolitik werden im Entwurf klassische sozialdemokratische Forderungen genannt. Unverständlich ist, daß ein Hinweis auf die Wiederaufnahme einer angemessenen Förderung von Studierenden aus einkommensschwachen Familien fehlt. Darüber hinaus stehen im Godesberger Programm einige bedenkenswerte Sätze über Wissenschaftsfreiheit, die Rolle der Gesellschaftswissenschaften und die Zusammenarbeit von Hochschule und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die auch in das neue Programm eingehen sollten.

Auch sollte die SPD ihre Präferenz für ein Hochschulwesen in staatlicher Trägerschaft zum Ausdruck bringen und die Notwendigkeit verstärkter Koordination der Hochschul- und Forschungspolitik im europäischen Rahmen unterstreichen.

Die Fort- und Weiterbildung wird bereits in Kapitel IX „Zukunft der Arbeit“ programmatisch erörtert. Dort jedoch wird sie im wesentlichen berufsbezogen gesehen. Da Weiterbildung alle Qualifikationsmöglichkeiten umfassen muß, gerade auch nicht unmittelbar für Berufsarbeit verwertbare, ist richtigerweise im bildungspolitischen Abschnitt die allgemeinbildende Seite der Fort- und Weiterbildung besonders zu betonen. Es ist aber nicht nötig, die gesetzliche Absicherung des Bildungsurlaubes doppelt, sowohl in Kapitel IX als auch in Kapitel XII, aufzunehmen.

Dagegen fragt es sich, ob die ständig voranschreitende Privatisierung der Fort- und Weiterbildung wirklich im öffentlichen Interesse ist.

Wenn eine gleichberechtigte Partnerschaft aller Ausbildungsträger die gewollte politische Richtung sein soll, dann wäre dies auch ins Programm aufzunehmen.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß auch der bildungspolitische Teil im Kapitel XII in seinen Bereichen Schule, Hochschule und Fort- und Weiterbildung gründlich überarbeitet werden muß. Dabei muß noch entschieden werden, ob im Ergebnis eine knappe, im Kern auf politische Forderungen ausgerichtete Programmfassung entstehen soll oder ob – wie beim Irseer Entwurf – „analytische“ Abschnitte eingebaut bleiben sollen. Diese müßten aber in jedem Fall gestrafft und präziser formuliert werden.

# Horst Hochgreve

## Natur als Quelle des Reichtums

### Zur Ökonomie des Irseer Entwurfs

*Horst Hochgreve, Jahrgang 1933, ist beim DGB-Landesbezirk Hessen zuständig für Wirtschafts- und Umweltpolitik*

Parteiprogramme haben es heutzutage an sich, umfangreich zu sein. Gegenüber dem 19. Jahrhundert sind die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen komplexer, die Analysen schwieriger, die Lösungsmöglichkeiten differenzierter geworden. Hinzu kommt auch, daß jedes Mitglied der Programmkommission, jede Parteigliederung sich in dem Programm „ausgewogen“ wiederfinden will. So wundert es nicht, daß auch in dem vorliegenden Entwurf der „einheitliche Guß“ fehlt und daß wesentliche Aussagen, die der Entwurf zweifellos enthält, im Nachgeordneten, Instrumentellen „untergehen“. Dies gilt auch für die angesichts der Ökologiekrise so notwendige Auseinandersetzung mit den Mensch-Natur-Beziehungen.

Zwar ist der Grundsatz „Frieden mit der Natur“ Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik. Die Aussage, der Mensch könne „als Teil der Natur nur in und mit der Natur leben“ (Kapitel II „Unsere Grundsätze“) ist in diesem Kontext zu sehen. Und doch sind nicht alle Kapitel von diesen Grundsätzen durchdrungen. So heißt es im Kapitel IX („Zukunft der Arbeit“) u. a. „Arbeit ist neben der Natur Quelle des Reichtums.“

An anderer Stelle (Kapitel VII, „Wirtschaft-Ziele und internationaler Rahmen“) wird gefordert, innerhalb der Produktion das Kapital der Arbeit unterzuordnen, denn: „Die von den arbeitenden Menschen genutzten Mittel sind Ergebnis menschlicher Arbeit.“ Für die Autoren dieses Abschnitts gibt es Natur offenbar nicht. Grund genug, eine Auseinandersetzung neu aufzunehmen, die in der SPD bis in das Jahr 1875 zurückreicht, und die heute wiederum von brennender Aktualität ist.

Wenn an dieser Stelle der Versuch unternommen wird, dazu einen Beitrag zu leisten, so wird darin ökonomisch, nicht philosophisch-ethisch argumentiert. Unabhängig von der vielfach gestellten Frage,

ob die Natur einen Eigenwert habe oder nicht, wirtschaftet der Mensch seit jeher mit Naturgütern, er greift mit jeder Tätigkeit in die Natur ein und wird dies auch weiterhin tun. Ein Fluß ist einerseits ein Ökosystem mit einer eigenen, gewiß achtenswerten Welt von Lebewesen; andererseits ist ein Fluß schon dann ein Wirtschaftsfaktor, wenn ihm der Mensch Trinkwasser entnimmt.

#### Marx' Kritik des Gothaer Programms

Im Jahre 1875 verabschiedete in Gotha der Vereinigungs-Congress der Sozialdemokraten Deutschlands, auf dem sich Lassalleaner und „Eisenacher“ zusammenschlossen, das Gothaer Programm. Es ist kurz, knapp; sowohl im grundsätzlichen Teil als auch in seinem Maßnahmenkatalog wird das Wesentliche sofort sichtbar. Es beginnt mit der Aussage „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur“. Die daraus entwickelten politischen Forderungen leiten sich aus dieser Grundsatzaussage ab.

In der damaligen Programmdiskussion meldete sich Karl Marx zu Wort. In seinen berühmten „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei“ hielt er der Programmhese „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums.“ die Auffassung entgegen: „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. . . Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum.“

Die Marxschen Gedankengänge sind weder in das Gothaer noch in nachfolgende Programme eingegangen. Der Grund liegt nicht zuletzt darin, daß Marx in seiner Theorie diesen Gedankenansatz nicht durchgehalten hat. Wohl bezieht Marx in seine Gebrauchswertlehre die Natur als „Quelle des Reichtums“ mit ein. Im Widerspruch dazu steht aber seine Auffassung, daß im Produktionsprozeß allein die menschliche Arbeitskraft wert- und mehrwertschöpfend sei. Die Natur steht als „Quelle von Gebrauchswerten“ zwar zur Nutzung bereit, aber eben nur als Ansammlung von Ressourcen, sozusagen als Materiallager, auf das man zurückgreifen kann und muß, das aber keinerlei Reproduktion bedarf, um es vor Substanzverlust zu bewahren.

## Quelle des Reichtums ist allein die Natur

Natur ist immer sowohl wert- als auch mehrwertschöpfend. Folgt man dem Kontext der Marx'schen Gebrauchswertlehre, wonach die Arbeit selbst nur „Äußerung einer Naturkraft“ ist, wäre als wert- und mehrwertschöpfend *allein die Natur* anzusehen und zwar in zwei Elementen:

- als äußere Natur, d. h. als Gesamtkreislauf, von dem alles Leben und somit auch jede Produktion abhängt: Sonne, Erde, Wasser, Luft und Feuer, Lebewesen einschließlich der Pflanzenwelt sowie alle sich aus der Natur ergebenden Ressourcen;
- als menschliche Arbeitskraft, und zwar Arbeitskraft in ihren unterschiedlichsten Formen.

Und das Kapital? Es nimmt, insbesondere in seiner konkreten Form (produzierte Produktionsmittel) im Produktionsprozeß eine besondere Stellung ein; es ist jedoch kein produktives Element „an sich“. Kapital ist erst aus dem Zusammenwirken von Natur und Arbeit entstanden; es ist nicht nur – wie die Autoren des Abschnitts VII des Irseer Entwurfs offenbar annehmen – vorgetane Arbeit, sondern ebenso umgeformte Natur. Wertschöpfend, produktiv sind nicht, wie oft angenommen wird, die „Produktionsfaktoren“ Arbeit und Kapital, sondern Natur und Arbeit.

### Natur als Produkt...

Es mag verwundern, daß zwei unterschiedliche Gesellschaftsmodelle, die aber beide als Quellen sozialdemokratischer Programmatik gelten, nämlich das Marx'sche System und die christliche Soziallehre, sich in Hinblick auf die Würdigung der Natur im Produktionsprozeß recht ähnlich verhalten. Ein wesentlicher Kern der von den päpstlichen Enzykliken ständig fortentwickelten katholischen Soziallehre ist die Darstellung des Produktionsprozesses als Personenverbund, in dem „Sachmitteleinsetzer“, d. h. Anteilseigner, und „Arbeitseinsetzer“ zusammenwirken. Beide seien aufeinander angewiesen; Arbeit könne nicht ohne Kapital, Kapital nicht ohne Arbeit produzieren. Ergänzend wird dann hinzugefügt: „Aber ebenso offensichtlich müßte die äußerste Kraftanstrengung nutzlos und gegenstandslos sein, ja sie wäre nicht einmal möglich gewesen, hätte nicht zuvor der Schöpfer des Alls... natürliche Reichtümer... in Fülle gespendet“. (Enzyklika „Quadragesimo anno“, 1931).

Auch hier wird die Natur in der Produktion als unentbehrlich angesehen, aber sie stellt sich wiederum nur dar als Ansammlung von Naturkräften und Ressourcen, die „in Fülle“ zur Verfügung stehen und daher auf Reproduktion nicht angewiesen sind.

## ... und als dynamischer Prozeß

Menschliche Arbeitskraft ist auf Dauer nur dann produktiv, wenn die Reproduktion – oder auch: die Regeneration – der Arbeitskraft gesichert bleibt. Diese Erkenntnis ist alt; sie findet sich bereits in der klassischen englischen Ökonomie. Ebenso aber ist die Natur für den Menschen nur so lange produktiv, solange ihre jetzige Reproduktionsfähigkeit erhalten bleibt. Daß die Natur nicht nur ein Produkt, sondern selbst produktiv ist, zeigt sich oft erst dann, wenn ihre Produktivität nachläßt.

Produktionsausfälle durch Smogwetterlagen, ökonomische Folgen der Waldschäden, Beeinträchtigungen der Produktion durch Vergiftung von Gewässern und Böden sind letztlich nichts anderes als Beispiele für abnehmende Produktivität der Natur. Es ist daher zentrale und lebenswichtige Aufgabe, die Reproduktionskraft der Natur zu sichern. Dazu gehört die Einsicht, daß Natur mehr ist als eine Ansammlung von Ressourcen. Natur ist vielmehr ein produktives, dynamisches, aber in seiner Dynamik auch verletzliches und veränderliches System. „Die Natur begreifen heißt: sie als Prozeß darstellen.“ (Hegel, Vorlesung über Heraklit)

### Exkurs: Die Theorie der Physiokraten

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß es eine ökonomische Theorie der Natur bereits gibt, begründet im 18. Jahrhundert durch die französischen Physiokraten. Nach dieser Lehre ist allein der landwirtschaftlich genutzte Boden Quelle des nationalen Reichtums. Theorie und Politik der Physiokraten sind untrennbar verbunden mit der damaligen politischen Situation in Frankreich; die physiokratische Lehre ist mit ihrer starken Betonung der Bodenproduktivität jedoch allzusehr dem agrarischen Zeitalter zugehörig und diente noch dazu als Rechtfertigungslehre für feudale Eigentumsverhältnisse. Aus diesem Grunde kann sie nur begrenzt als Vorläufer einer modernen ökonomischen Theorie der Natur dienen. Doch ist es die große Leistung der Physiokratie, als erste und bisher einzige Schule die Natur vorrangig in ein umfassendes Theoriegebäude einbezogen zu haben. Mit dem Übergang von der vorwiegend agrarisch orientierten zur industriellen Gesellschaft ging das Bewußtsein von der Naturabhängigkeit jedes Wirtschaftens mehr und mehr verloren. So kommt Natur in der klassischen, in der sozialistischen und in der keynesianischen Ökonomie nicht oder nur am Rande vor.

### Notwendige Schritte

Ist die Erkenntnis, daß die Natur mit ihren Elementen „äußere Natur“ und „Arbeit“ Quelle allen

Reichtums ist, programmatisch fest verankert, ergeben sich daraus die notwendigen Schritte mit großer Selbstverständlichkeit. Natur und Arbeit haben erstens grundsätzlich Anspruch auf ein Einkommen, das ihre Substanz sichert. Oder umgekehrt: Die Rentabilität des aus den produktiven Elementen entstandenen Kapitals darf weder in Widerspruch geraten zur Reproduktion der Natur noch zur Reproduktion der Arbeitskraft.

Schon die klassische Ökonomie hat in bezug auf die menschliche Arbeitskraft als „natürlichen Preis“ jenen Preis bezeichnet, „welcher nötig ist, um die Arbeiter in den Stand zu setzen, sich zu erhalten und ihr Geschlecht fortzupflanzen ohne Vermehrung und ohne Verminderung“. (David Ricardo) Es gilt, diesen Grundsatz auf die Sicherung der Reproduktionsfähigkeit der Natur auszuweiten.

Aus dem Gebot des Substanzerhalts folgt zweitens, die produktiven Elemente Natur und Arbeit zur Verteidigung von Ansprüchen mit Rechten auszustatten. Sind die Elemente noch dazu in der Praxis ungleichgewichtet, so müssen die schwächer gewichteten mit Schutzrechten versehen werden. So sind bereits, bezogen auf die Arbeit, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz sowie, bezogen auf die Natur, ein Naturschutzrecht in freilich bescheidenem Umfang entstanden.

Drittens schließlich ergibt sich aus der Tatsache, daß die produktiven Elemente im Produktionsprozeß unentbehrlich sind, für jedes Element die Legitimation, zur Wahrung je eigener Interessen mitzubestimmen. Was bedeutet das im einzelnen?

Um die Reproduktionsfähigkeit der Natur zu sichern, kann die Nutzung natürlicher Ressourcen genausowenig kostenlos sein, wie die Nutzung der menschlichen Arbeitskraft – oder die Nutzung von Kapital. Es ist eine Gegenleistung zu entrichten, die entweder zugunsten der Natur wieder investiert wird oder – besser noch – deren Höhe möglichst vollständig oder wenigstens teilweise davon abhält, die Natur zu belasten. Dieses Prinzip kann durch Abgaben- und Auflagenregelungen bis hin zu Verboten verwirklicht werden. Die Natur erhält dann für ihren Beitrag zur Produktion den ihr zustehenden Preis. Damit ist zwar im Prinzip eine andere Verteilung der herkömmlichen „Faktoreinkommen“ verbunden. Jedoch ist der Preis, der an die Natur zu zahlen ist, um so niedriger, je weniger die Natur belastet wird. Deshalb würde eine entsprechend konsequente Politik nicht nur nicht zu Wohlstandsverlusten führen, sondern sie wäre mit einem Mehr an Lebensqualität verbunden.

#### Ausbau der Rechte zugunsten der äußeren Natur

Alle bisherigen Aktivitäten in der Natur- und Umweltschutzpolitik können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Natur im Wirtschaftsleben bei der Abwägung unterschiedlicher Interessen in der Regel ein minder Rang zuerkannt wird – falls es zu einer Abwägung überhaupt kommt. Dies liegt vor allem an der unzureichenden Rechtsordnung.

Die wichtigsten Reformschritte sollen nur kurz skizziert werden:

- Einbeziehung des Umweltschutzes als Staatsziel und als Grundrecht in das Grundgesetz,
- Einbeziehung des Umweltschutzes in den wirtschaftspolitischen Zielkatalog,
- zwingende Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Planung umweltbedeutsamer Projekte,
- Beachtung der Vorrangigkeit ökologischer Gesichtspunkte vor kurzfristigen ökonomischen Interessen,
- Verschärfung des umweltrelevanten Strafrechts,
- Reform des Haftungsrechts mit der Einführung der verschuldensunabhängigen Haftung und der Umkehr der Beweislast,
- Einführung des Verbandsklagerechts für politisch anerkannte „Anwälte der Natur“, und zwar nicht nur eng begrenzt auf den klassischen Naturschutzbereich,
- Einbeziehung von politisch bestimmten, eigenständigen und gleichberechtigten „Anwälten der Natur“ in die Betriebs- und Unternehmensverfassung.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, welche Konsequenzen die Anerkennung der Natur als Produktivkraft hat, Konsequenzen, die tief in sozialdemokratische – und gewerkschaftliche – Programmatik hineinwirken werden, wenn man sie ernsthaft vertritt.

In der Vergangenheit haben Arbeit und Kapital Gegensätze oft so überbrückt, daß sie sich auf Kosten der Natur verständigten. Die Perspektive, die sich durch die rechtliche und faktische Einbeziehung der Natur in die Produktionsabläufe ergeben würde, heißt: Zusammenwirken der produktiven Elemente zugunsten der Erhaltung der allumfassenden Natur, von der alles Leben abhängt.

„Die Natur ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur.“ Eine derartige klare, an herausgehobener Stelle verankerte Aussage, sprachlich an den Gothaer Text angelehnt, wäre eine programmatische Großtat. Eine zweite bestünde darin, alle Kapitel des Programms an diesem Grundsatz auszurichten.



„Ein Mensch,  
gefragt, was später sei,  
bemerkt: Dann leb' ich sorgenfrei –  
auch die Familie ist bedacht!  
Ich sag' Euch gern, wie ich's gemacht:  
Zur Volksfürsorge ging ich hin,  
bei der ich gut versichert bin!„

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen  
oder Reise-Krankenversicherung,  
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.



Keine Sorge –  
**Volksfürsorge**  
Versicherungen

# Norbert W. Kunz Joachim Spangenberg Aufklärung tut not Fragmentarische Skizze

Norbert W. Kunz, M.A., geb. 1958, Doktorand, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie in Heidelberg und Münster, ehem. Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS), z.Z. Referent der Juso-Hochschulgruppen bei den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) in Bonn.

Joachim Spangenberg, Diplombiologe, geb. 1955, Lehrbeauftragter für Umweltrecht an der FHSÖV Köln, Mitarbeiter am Institut für europäische Umweltpolitik in Bonn, Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS).

Die Wahlen in Schleswig-Holstein und in Bremen haben der SPD sichtlich neues Selbstvertrauen gegeben. So erfreulich dieser Umstand auch ist, er darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie den begonnenen Prozeß programmatischer Erneuerung konsequent fortsetzen muß. Denn noch immer marschieren die Konservativen – so ihre Selbstbekundungen – an der Spitze des von ihnen neu definierten Fortschritts.

Allen professionellen Skeptikern zum Trotz, wollen wir hier die These vertreten, daß die Sozialdemokratie ihre Zukunft erst noch vor sich hat. Der erste Schritt freilich ist die schonungslose Selbstvergewisserung über die eigene Situation.

Fraglos hat der Sozialismus aufgehört, „Massenevangelium“ (Max Weber) zu sein. Allein die Botschaft mag kaum noch einer hören, vom Glauben ganz zu schweigen. Die dem Proletariat angedichtete „historische Mission“ (Karl Löwith) findet entweder keinen Widerhall mehr oder wird schlicht als antiquarisches Relikt belächelt. Selbst der die frühen 70er Jahre beseelende visionäre Gehalt scheint aufgezehrt. Die Industriegesellschaft gar, der SPD liebste Kind, bedarf, so ist zu vernehmen, keines sozialdemokratischen Anstoßes mehr – sie modernisiert sich selbst. Nur in solchen Regionen, in denen die traditionell industriegesellschaftlich geprägten Strukturen noch auf längere Sicht überwiegen werden, sitzt die SPD relativ fest im Sattel. Die „Modernisierung im Selbstbezug“ (Ulrich Beck) bedroht die

soziale Basis der SPD, der Übergang vom die industrielle Gesellschaft beherrschenden Klassenantagonismus zu einer universellen Betroffenheit schafft anscheinend ein politisches Vakuum, das die überkommenen Parteiorientierungen allmählich aufzulösen beginnt.

Andererseits: Durchleuchten wir die zahlreichen sozialdemokratischen Programme, berücksichtigen zudem ihre Korrekturen und Revisionen und bilanzieren die davon Wirklichkeit gewordenen Anteile, stellen wir fest, daß es sehr viel Halbes, Unvollendete und Steckengebliebenes gibt. Das – mit Verlaub – ist der Preis des Reformismus, zu dem es keine Alternative gibt. Und ein weiteres fällt auf: Brüche und Umbrüche im gesellschaftlichen Entwicklungsgang haben stets zu innerparteilicher „Identitätssuche“ geführt. Das war zu Zeiten des Revisionismusstreites nicht anders als im Vorfeld der Godesberger Neuorientierung. Auch heute steht die Sozialdemokratie, wie Joseph Huber in NG/FH 8/87 in Anlehnung an andere vor ihm meint, vor „neuen Herausforderungen“, auch heute ringt die Partei um eine neue „Identität“. Die Erkenntnis des Unvollendeten, der Nachholbedarf gewissermaßen, und das provozierende Neue bilden den Stoff, aus dem die Zukunft ist.

Es kommt für die SPD gegenwärtig also darauf an, die Setzung neuer politisch-programmatischer Leitbilder vorzunehmen und sich nicht auf demographische Herleitungen zu fixieren. Eine Partei wie die Sozialdemokratie, die sich den Anspruch auf „menschliche Emanzipation“ (Karl Marx) von Anfang an zu eigen gemacht hat, besitzt entweder so viel Authentizität, die jeweiligen historischen Herausforderungen anzunehmen, oder sie ergattert sich bloß die mit leidvolle Sympathie eines jeden Opfers, etwa in der Art, wie es Jürgen Habermas kürzlich formuliert hat: „Die Schwäche der SPD ist auch eine Folge ihrer demokratischen Stärke, die darin liegt, daß sie einen zentralen gesellschaftlichen Konflikt nicht vertuscht, sondern – wenn schon nicht austrägt, so doch wenigstens am eigenen Leibe *erfährt*.“ (Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a. M. 1985, S. 62).

## Mythos Technologie

Die Sozialdemokratie hat sich keine neuen Fragen gesucht, sie wurden ihr gestellt. Die Aufgabe der demokratischen Linken wird fortan darin bestehen, Motor einer zweiten Phase der Aufklärung zu sein. Denn bei aller von den Konservativen zur Schau gestellten futuristisch-technologischen Rationalität verbirgt sich hinter solch offensiven Projektionen



ein neuer mythenbildender Irrationalismus, der an der aufklärerischen Substanz nagt: nämlich der den eher von links ausgesprochenen Fortschrittswelt zum Trotz kolportierte Glaube an eine immanent vorgegebene, zwangsläufige Richtung technologisch formierenden Voranschreitens. Die technologische Formierung der Gesellschaft aber ist jener Vorgang, der die scheinbar überholten sozialdemokratischen Grundanliegen schlagfertig reaktiviert: Demokratisierung, Emanzipation, soziale Gestaltung.

Vor dem Hintergrund jener „neuen Herausforderungen“ eröffnete sich die zweifelhafte Perspektive neuer Unterwürfigkeiten und Zwänge. Just nachdem wir uns aus der theologisch vorgegebenen Bevormundung im 19. Jahrhundert befreit und die Gläubigkeit an die wegweisende Allmacht der Geschichte im eigenen Lager abgestreift haben, schreitet in Gestalt technischer Unverzichtbarkeit und „postmoderner“ Aufbruchstimmung eine neue Heilsmetapher daher. Schauen wir indes genau hin, dann läßt sich darin ein im Zuge jüngerer politischer und sozialwissenschaftlicher Diskussionen vergessen geglaubter alter Konflikt ausmachen: Erneut schlägt die Stunde der Mächtigen und läßt Ohnmächtige entstehen. Wir wollen einfach nicht glauben, daß sich hinter dieser geradezu klassischen sozialstrukturellen Dichotomie nur ein unerwünschtes Resultat ins Technische gewendeter Geschichtsgläubigkeit verbirgt. Die hemmungslose staatliche Förderung einer ansonsten sich selbst überlassenen technologisch revolutionierenden Ökonomie bedarf vor allem eingedenk industriell verursachter „Ökopathologien“ einer zumindest vordergründig sinnstiftenden und loyalitätserhaltenden ideologischen Rechtfertigung. Diese ist mit der von rechts definierten Fortschrittsgläubigkeit längeren Haltbarkeitsdatums geliefert. Trotz Tschernobyl und Sandoz: Die Geschichte wird's schon weisen.

Mit dem ideologischen Verweis auf technologische Zwangsläufigkeit und industrielles Selbstläufertum geht die Entpolitisierung des produzierenden Sektors einher und werden aufgeweichte Machtpositionen reorganisiert: individuell werden hohe Anpassungsleistungen gefordert, kritisches Hinterfragen, Verstehen und insbesondere verantwortliches, selbstbewußtes Eingreifen dagegen bereits im Entstehen behindert. Hinter dem ideologischen Blendwerk historisierten Technologieeinsatzes verstecken sich die eigentlichen Stichworte konservativer Politik: Zementierung von Macht, Entsteuerung und Entpolitisierung.

Mit diesem analytischen Fragment glauben wir

auch eine Skizze für die „zweite Phase der Aufklärung“ geliefert zu haben, als deren Motor sich die Sozialdemokratie zu begreifen hat. Zuvörderst muß es einer aufklärerisch wirkenden Linken darum zu schaffen sein, den Nebelschleier geschichtsdeterministischer Technologieentwicklung zu zerreißen. Die Gefahr, die dabei droht, ist die unbewußte Übernahme von Elementen eines altkonservativen Skeptizismus. Nicht statisches Beharrungsvermögen und moralisierend erhobene Zeigefinger sind die Alternative, sondern die Erschließung konkreter Handlungs- und Gestaltungsoptionen. Technologie etwa muß beherrschbar, ökologisch vertretbar und – demokratiefähig sein. Im zum Prior erhobenen demokratischen Anspruch liegt der Schlüssel zu einer aufklärerischen Politik. Konservativer Fortschritt heißt, den Tiger bloß zu reiten, grün-alternativer, ihn zu erschießen, sozialdemokratischer Fortschritt hingegen, sich den Tiger auszusuchen und ihn lenken. Dergestalt erhält die Forderung nach Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche neue Brisanz und Aktualität.

#### Ohne kollektive Sicherheit keine Individualität

Kommen wir auf den Beitrag von Joseph Huber in NG/FH 8/87 zurück: Wie Erinnerung konstruiert er eine Utopie, in der ein kompetenter und selbstbewußter Mitarbeiter gefragt sein wird, „der seine Arbeit ebenso wie sein Leben weitgehend selbst gestaltet, der bei seiner Arbeit ein hohes Maß an Mitverantwortung trägt und damit ein hohes Einkommen erzielt, über dessen Verwendung und seine Zeit er erheblich souveräner und flexibler als heute entscheiden kann.“ Um eine „neue Emanzipationsstufe“ handle es sich, die keinen unselbständigen Lohnempfänger erfordere, sondern eine mündigere Mitarbeiterschaft, einen „Persönlichkeitstyp, der zwar dem verbindlichen Rahmen einer sozialpartnerschaftlich organisierten Solidarität niemals entraten kann, der in diesem Rahmen jedoch seinen Berufs- und Lebensweg weitgehend selbst verantwortet.“ Diese spontan sympathische Projektion birgt allerdings eine Menge Fallen. Huber zeichnet das Bild eines omnipotenten Proletariats 2000, versehen mit allen Vorzügen eines von kollektiven Zwängen befreiten, aufgeklärten und selbstbewußten homo oeconomicus. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß dieses „Leitbild“, wie Huber es nennt, suggestive Kraft entfalten kann. Doch so einfach das zugrundegelegte Strickmuster auch ist, es funktioniert in der Praxis nur, wenn man sämtliche Erfahrungswerte kapitalistischer Wirklichkeit ausschaltet.

Gewiß, der Kapitalismus wandelt sich, indem er seine Produktionsweise fortwährend verändert. Er hört aber nicht auf zu sein. Im gleichen Maße ändern sich die – traditionell ausgedrückt – Verkehrsformen zwischen Kapital und Arbeit. Die von Huber angeführte „Sozialpartnerschaft“ als Geschäftsgrundlage wird in irgendeiner mutierten Form erhalten bleiben. Gleichwohl werden sich auf dieser Grundlage auch weiterhin Interessenblöcke – antagonistisch wie kooperativ – gegenüberstehen: Gewerkschaften hier, Arbeitgeber da. Bei Huber könnte man überdies den Eindruck gewinnen, als sei die sozialpartnerschaftliche Praxis nichts weiter als ein freiwilliges Zugeständnis der Unternehmerseite. Mitnichten, sie mußte abgerungen werden, so wie der positive Gehalt der Huberschen Projektion wird abgerungen werden müssen, egal im übrigen, ob man das sozialpartnerschaftliche Regular als Stillhalteabkommen oder als Nonplusultra gesellschaftlichen Gleichgewichts betrachtet. Doch dieser omnipotente Proletarier 2000 ist geradezu ein Ausbund an Individualität. Huber setzt nämlich einen konfliktfreien Einigungsprozeß voraus zwischen dem umfassend ausgebildeten – in diesem Sinne durchaus wünschenswerten – Arbeitnehmer und dem „paternalistischen Unternehmer“. Von der Arbeiterbewegung aus gutem Grund favorisierte kollektive Sicherungssysteme werden in diesem Modell obsolet. Höhere Einkommen werden fortan zwischen dem Arbeitnehmer und dem Unternehmer vertraglich vereinbart, darum kämpfen muß man nicht mehr. Es wird in nicht allzu ferner Zukunft wohl so sein, daß die Arbeitszeiten „flexibilisiert“ sein werden. Aber werden die Arbeitnehmer dadurch „souveräner“? Um diese Souveränität zu erreichen, bedarfes politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe – immer noch und wahrscheinlich für längere Zeit. Um Machtfragen kann man sich nicht herummogeln. Denen muß man sich stellen und sie beantworten.

Die machtpolitische und demokratietheoretische Dimension gilt es auch bei der Hinterfragung des Zustandekommens des „steigenden Einkommens“ und der „Mitverantwortung“ (für wen und für welche Art

von Produkt?) zu beachten. Sozialdemokraten brauchen nicht nur ein Leitbild für Reagenzglas-Arbeitnehmer. Sie benötigen Leitbilder für eine gewünschte gesellschaftliche Entwicklung, in deren Zielkatalog „Souveränität“, „Einkommen“ und „Mitverantwortung“ in Abwägung mit anderen – etwa ökologischen – Erfordernissen eingepaßt werden müssen. Wird das unterlassen und statt dessen die Hubersche Projektion praxisbestimmend übernommen, mündet das sinnvolle Vorhaben sozialer und ökologischer Modernisierung in einem allgemeinen Ökonomismus.

Eine progressive Sozialdemokratie muß sich jedem Selbstläufertum entsagen: gleichgültig, ob es in geschichtsverklärender Manier, in einem marktwirtschaftlichen Sich-selbst-überlassen (daran halten nicht einmal mehr die Progressisten in CDU und CSU fest) oder schein-liberalistischen Utopien auftritt. Sozialdemokratische Politik wächst und gedeiht nur auf dem Fundament eines festen Willens zur Gestaltung. Trotz gebotener Knappheit wollen wir es nicht unterlassen, die sozio-ökologische Krise als die wohl mit Abstand größte Herausforderung zu erwähnen. In ihr vereinigen sich der Bedarf gesellschaftlicher Reformpolitik unter dem Vorzeichen „wissenschaftlich produzierter Produktionsmittel“ (Wolfgang F. Haug) und dem „Naturproblem“, in dem „Originalität und Interessen unseres Jahrhunderts ihren vollkommenen Ausdruck“ (Serge Moscovici) finden. Die Ökologie freilich muß dabei naturwissenschaftliche Disziplin bleiben und darf keinen „Führungsanspruch“ (Ludwig Trepl) in der Gesellschaftspolitik beanspruchen. Sie darf keine neue Religion werden, sondern muß erkenntnisförderndes Handwerkzeug im Instrumentenkasten der Politik sein.

Wir treten ein für den Erhalt aber auch die (selbst-)kritische Reflexion des emanzipatorischen Impulses des Demokratischen Sozialismus, der die besten Traditionen des politischen Liberalismus beerbt, indem er beim Individuum anknüpft, ohne auf die Notwendigkeit kollektiver (sozialer) Sicherheit jemals zu verzichten.

# „Gemeinnützige Wohnungs- Unternehmen- Partner von Bürger & Staat“

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik

- 1.200 Wohnungsbaugenossenschaften – getragen von 1,7 Millionen Mitgliedern
- 600 Wohnungsbaugesellschaften – Bund, Länder, Gemeinden, Landkreise, Kirchen, Gewerkschaften, Industrieunternehmen, Bahn, Post sind die Gesellschafter.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen haben seit 1949 über 4,7 Millionen Wohnungen gebaut:

- 2,8 Millionen Miet- und Genossenschaftswohnungen
- 1,9 Millionen Eigenheime und Eigentumswohnungen

Die Bemühungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen um den neuzeitlichen Wohnungs- und Städtebau machen sie zu einem wichtigen Partner für die Bauwirtschaft, das Handwerk und Architekten und Ingenieure:

- Modernisierung

- Sanierung

- Neubau

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind Partner für Bürger und Staat. Das bedeutet, daß sie

- für alle Bevölkerungskreise eine angemessene Wohnungsverorgung ermöglichen wollen,
- ihre soziale Aufgabe unter Verzicht auf erwerbswirtschaftliches Gewinnstreben durchführen (Selbstkostenprinzip),
- die Verzinsung des Einlagekapitals auf vier Prozent begrenzen (Dividendenbeschränkung),
- die geschaffenen Vermögenswerte ständig für diese wohnungsgemeinnützigen Zwecke binden (Vermögens- und Ertragsbindung) und
- ständig die Qualität der Wohnungen zu verbessern bemüht sind (Wohnungsreform).



Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V. (GGW)  
Bismarckstraße 7 · D 5000 Köln 1 · Tel. 02 21/52 50 01 · Telex 8 881 842 ggw d · Btx \*754#

# Heinrich Potthoff

## Der Sozialismus als säkulare Idee und historische Bewegung

*Dr. Heinrich Potthoff, geb. 1938. Historiker, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Zahlreiche Veröffentlichungen u. a. Freie Gewerkschaften 1918–1933 (1987) und – mit S. Miller – Kleine Geschichte der SPD (6. Aufl. 1988).*

„Hoffnungslos bin ich nicht, denn wer vom Sozialismus so durchdrungen ist wie ich, der glaubt an eine Befreiung wie an ein neues Evangelium.“ Mit diesen Worten beschrieb ein junger Metallarbeiter in einer Umfrage zu Beginn des 20. Jahrhunderts, was sich für ihn mit dem Begriff Sozialismus verband. Ein beliebiger junger Industriearbeiter von heute würde sich mit der Antwort auf eine entsprechende Frage wohl schwerer tun. Das weist darauf hin, daß sich auch der Sozialismus mit dem gesellschaftlichen Wandel verändert hat und wir es nicht mit einem unveränderlichen absoluten Begriff zu tun haben. Von daher bedingt jeder Annäherungsversuch an den Sozialismus als Idee und Bewegung, ihn stets auch als historischen dynamischen Prozeß zu verstehen.

Auf der anderen Seite käme vielleicht bei dem Metallarbeiter von heute doch noch zum Ausdruck, daß sich für ihn mit dem Wort „Sozialismus“ Vorstellungen von einer gerechteren Gesellschaft verbinden. Sicherlich, die ganz große Faszination, wie sie aus den zitierten Worten des Metallers spricht, wird man kaum mehr antreffen. Aber auch bei diesem wurde eine andere Seite der Medaille sichtbar in dem „hoffnungslos bin ich nicht“, d. h. in einer eher bitteren Bewertung seiner augenblicklichen Situation.

An der Wiege der Idee und Bewegung, die sich zum modernen Sozialismus entfaltete, stand dreierlei:

a) Das elende Los einer sozialen Unterschicht, die sich in Teilen als Klasse zu konstituieren begann und den sich entfaltenden Kapitalismus als ein System von Ausbeutung und Unterdrückung erlebte. Das waren zunächst weniger die modernen an- und unge-

lernten Fabrikarbeiter in Großbetrieben, sondern Handwerksgehilfen und in einer Berufstradition stehende Facharbeiter in Klein- und Mittelbetrieben.

b) Die Einordnung und Verknüpfung mit der Aufklärung, wie sie schon bei den ersten Regungen in den Arbeiterbildungsvereinen sichtbar wurde. Dieser aufklärerische Zug gewann zusehends an Gewicht und zeigte sich u. a. in den Bildungsanstrengungen, dem Setzen auf den technischen Fortschritt und dem Glauben an die Macht der Vernunft. Es hat, neben vielen anderen Faktoren, wohl auch etwas mit der anders gearteten, mehr calvinistisch geprägten Tradition in den Vereinigten Staaten zu tun, daß sich dort nie eine größere sozialistische Bewegung ausgebildet hat.

c) Die in der Geschichte der menschlichen Zivilisation immer wieder aufleuchtende Hoffnung auf eine brüderliche Gesellschaft der Freien und Gleichen, die mit der französischen Revolution 1789 und der Revolution von 1848/49 voll entflammt worden war. Diese drei Momente verkoppelten sich im 19. Jahrhundert zu der Idee und Bewegung des modernen Sozialismus. Nur von diesem – nicht von Ansätzen in früheren Jahrhunderten – soll hier die Rede sein.

Dieser Sozialismus stand zunächst in einer Abwehr- und Abkehrhaltung von der bürgerlich-frühkapitalistischen Gesellschaft, in der er sich konstituierte. Die soziale Realität, wie sie die „Proletarier“ erfuhren, hatte wenig mit den 1789 verkündeten Idealen zu tun. Nicht Freiheit, sondern Abhängigkeit, nicht Gleichheit, sondern Ausbeutung und weitgehende Rechtlosigkeit, nicht Brüderlichkeit, sondern nackter Konkurrenzkampf und Herabwürdigung prägten ihre Situation. Von dem Frühkapitalismus und der Frühindustrialisierung erlebten sie zunächst nur die Schattenseiten. Daß industrielle Produktion die Möglichkeit schuf, Armut und Unfreiheit in der Gesellschaft zu vermindern, war für die Masse der Unterprivilegierten zunächst nur ein schöner Traum.

Diese Grunderfahrung war für die sich konstituierende Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern weitgehend Allgemeingut. Hier lag das Verbindende. Aber wie sie ihren jeweiligen Weg in den verschiedenen Ländern fand, welche Methoden und Formen sie dabei wählte, das hing ganz entscheidend von den politischen und gesellschaftlichen Umständen wie den rechtlichen und bewußtseinsmäßigen Rahmenbedingungen ab. Drei Formen sind dabei im wesentlichen zu unterscheiden:

a) In Ländern mit einer wirkungsvollen bürgerlich-

demokratischen Bewegung und Ansätzen eines parlamentarischen Systems wie Großbritannien, die Niederlande, Belgien und Skandinavien, gewann die sozialistische Bewegung ein vorrangig liberal-reformistisches Profil. Sie konzentrierte sich dort auf die Erringung ökonomischer und sozialer Verbesserungen in der Auseinandersetzung mit der Unternehmenschaft. Der gewerkschaftliche und genossenschaftliche Ansatz war das Primäre, die politische Parteibildung sekundär.

b) Dagegen gab es in autokratisch beherrschten ost- und südosteuropäischen Staaten, in denen die Industrialisierung noch in den Kinderschuhen steckte, für den Sozialismus kaum eine Chance zu einer politischen oder gewerkschaftlichen Massenbewegung. Ein Trend zu einem staatsverneinenden Anarchismus wie zu einer geheimbündlerischen Kaderpartei, die auf einen Umsturz im Gefolge einer Schwächung des Regimes durch eine äußere militärische Niederlage setzte, war insofern vorgezeichnet.

c) Eine Zwischenstellung nahmen jedoch auf unterschiedliche Art die sozialistischen Bewegungen in Frankreich und Deutschland ein. Im französischen Sozialismus waren gleichermaßen marxistische wie liberal-reformistische, anarcho-syndikalistische und kultur-sozialistische Strömungen anzutreffen und bestimmten das Bild bis in die Gegenwart. Charakteristisch für die Verhältnisse in Deutschland war die Diskrepanz zwischen einer zwar verzögerten, dann aber um so rapider einsetzenden Industrialisierung und ökonomischen Modernisierung, während die politischen Strukturen obrigkeitstaatlich geprägt blieben. Zumindest in Preußen hatte sich das Besitzbürgertum mit dem Bismarcksystem abgefunden. Sein ökonomischer Aufschwung entschädigte für politische Machtlosigkeit und der Drang des Bürgertums nach dem nationalen deutschen Staat, den man 1848/49 nicht selbst hatte etablieren können, wurde mit der Reichsgründung befriedigt.

Dem Streben zum Selbstbewußtsein erwachender Arbeiter nach politischer und gesellschaftlicher Gleichstellung mit den Bürgern standen diese zunächst abweisend gegenüber. In dem von Liberalen gegründeten (1859) „Deutschen Nationalverein“ war der Beitritt von Arbeitern nicht erwünscht. Sie sollten, so sagte es 1863 Schulze-Delitzsch, ihre mühsam verdienten Groschen lieber für Bildungsvereine und Unterstützungskassen verwenden, statt sich politisch zu betätigen. Das von ihm verfochtene Prinzip der reinen Selbsthilfe setzte er mit seinen Unterstützungsvereinen und Genossenschaften in die Tat um. Die Bedeutung des modernen Staates,

der zunehmenden Klassenkonflikte und des erwachenden Klassenbewußtseins der Arbeiter wurde dabei übersehen und negiert.

Diese Haltung des liberalen Bürgertums schuf eine Situation, in der die Herauslösung der Sozialdemokratie aus den bisherigen Arbeitervereinen und die Ablösung von der Liberaldemokratie einsetzte. Es handelte sich dabei um einen komplexen länger dauernden Prozeß, bei dem zunächst nur eine Minderheit des sozialen Anhängerpotentials den Weg zu einer eigenständigen sozialistisch-demokratischen Formation mitging. Die Konstituierung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eignet sich zwar als ein Jubiläumsdatum für die Sozialdemokratische Partei, weil von dem 23. Mai 1863 eine organisatorische Kontinuität bis in die heutige Zeit reicht. Aber es würde eine unzulässige Verengung bedeuten, Organisation, Methode und Programmatik des Lassalleschen ADAV mit dem Sozialismus dieser Konstituierungsphase der deutschen Arbeiterbewegung gleichzusetzen. Denn zum einen reichen die Wurzeln bis in den Vormärz und in Borns Arbeiterverbrüderung aus der Revolutionszeit 1848/49 zurück. Zum anderen war die sozialistische Parteibildung der 60er Jahre von

- einem Eklektizismus in theoretisch-programmatischer und
- einem Gegen-, Neben- und Miteinander verschiedener „Arbeiterbewegungen“ geprägt.

Verwiesen sei auf die Fortexistenz liberaler Arbeitervereine, auf Ansätze gewerkschaftlicher Organisationsbildung, lokalistische Gruppen und die sich später formierende christlich-katholische Arbeiterbewegung. Wir beschränken uns auf die Strömung, die unter dem Signum Sozialdemokratie am wirkungsmächtigsten wurde. Ihren Leitprinzipien, Zielen und Methoden in geschichtlicher Perspektive wollen wir uns im folgenden zuwenden. Das geschieht am Beispiel einiger Problemfelder und historischer Wegmarken, die für die Ausformung und Entwicklung des demokratischen Sozialismus in Deutschland von zentraler Bedeutung sind. Schon in der Konstituierungsphase zeichneten sich einige Grundentscheidungen ab, die gleichermaßen für die Zeit und die spätere Entwicklung richtungsweisend waren.

## I.

Die sich formierende sozialistische Bewegung wurde getragen von zumeist qualifizierten Arbeitern handwerklicher Prägung und gefördert von engagierten Intellektuellen wie Marx und Lassalle. Zu

Beginn der Revolution von 1848 operierten beide weitgehend getrennt. Marx und Engels, die mit ihrem Kommunistischen Manifest den revolutionären Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft propagierten, setzten in der Revolution auf die Kooperation aller radikalen Demokraten und riefen im Manifest die Kommunisten dazu auf, „überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder“ zu arbeiten. Dagegen verkörperte die „Arbeiterverbrüderung“ des Buchdruckers Stephan Born nach sozialer Zusammensetzung, Organisationsstruktur, Arbeitsweise und Zielen so etwas wie eine frühe politisch-gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. In ihr verbanden sich Bestrebungen, durch Selbsthilfe und „Assoziation“ das Los der unteren Schichten zu verbessern, mit der Hoffnung auf soziale und demokratische Reformen durch den liberalen Verfassungsstaat, wie er in der Paulskirche propagiert wurde.

Erst in der Endphase der Revolution fanden beide, der Facharbeiter und Organisator Born und der Fabrikant und Intellektuelle Engels, wenigstens partiell zusammen, und beide Richtungen wurden nach dem Scheitern der Revolution unterdrückt und verfolgt. Bei der neuen und nun dauerhaften Konstituierung der sozialistischen Bewegung in den 60er Jahren kam ein Bündnis von Arbeitern und Intellektuellen nachhaltig zum Tragen. Von Marx, Lassalle, Kautsky, Bernstein, Rosa Luxemburg über Hilferding und Breitscheid spannte sich allein im kleindeutschen Reichsgebiet ein weiter Bogen bis zu Carlo Schmid, Peter von Oertzen und Peter Glotz in den Zeiten der Bundesrepublik. Die sozialistische Bewegung war so nie nur Arbeiterbewegung, wie sie andererseits auch nie die ganze Arbeiterbewegung war. Erst als sie das Korsett der sogenannten klassischen Arbeiterbewegung nach 1945 abstreifte, ist unter sozialreformerischen Vorzeichen und mit einer betriebs- und bürgernahen Politik ein breiter Einbruch in Großbetriebe und Arbeitermilieus gelungen, die bis 1933 den Sozialisten fernstanden.

## II.

Die Wege des liberalen Besitzbürgertums und der sozialistischen Bewegung in Deutschland verliefen nach der Revolution von 1848/49 getrennt. Die Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre von linken Liberalen initiierten Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine bildeten langfristig keine Brücke zum sozialistischen Lager. Sie banden zwar einen Teil der Arbeiter im liberalen Sektor, jedoch mit einer im Verlaufe des 19. Jahrhunderts fallenden Tendenz. Die

nach Selbständigkeit und politischer Aktion strebenden Arbeiter in den Vereinen begannen sich dagegen loszulösen und in eigenständigen, sozialistisch firmierenden Organisationen zu sammeln. Der von Lassalle 1863 eingeleitete Weg der deutschen Arbeiter zu politischer Selbständigkeit und politischer Organisation war, so sieht es Wolfgang Schieder, „ein Weg in die Isolierung“. Aber Lassalles Kampfansage an Liberale und bürgerliche Demokraten geschah nicht willkürlich. Sie entsprang den politischen Erfahrungen in Preußen und dem Versagen des Liberalismus in der demokratischen wie in der sozialen Frage. Auch Bebel und Wilhelm Liebknecht, die versucht hatten, Arbeiter und bürgerliche Demokraten zusammenzuhalten, haben schließlich – 1869 in Eisenach – den Schritt zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei getan. Die Verkopplung von frühkapitalistischer Ausbeutung und einem autoritär-obrigkeitsstaatlichen preußischen System, mit dem sich der bürgerliche Liberalismus um den Preis wirtschaftlicher Entfaltungsfreiheit arrangierte, ließ den Weg zu einer sozialistisch-demokratischen Partei beinahe zwangsläufig werden. Lassalles ADAV und die Eisenacher um Bebel und Liebknecht waren nur Varianten des sozialistischen Aufbruchs, in denen das emanzipatorische, zu Selbstbewußtsein erwachte Streben des Vierten Standes, seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, zum Ausdruck kam. Proletarische Existenz, sozialer Protest und sozialistische Idee fanden sich zusammen zur sozialistischen Bewegung. Sie verstand sich als Erbe und Sachwalter des demokratischen Ideenguts der 48er Revolution. Im Hohenzollernstaat übernahm sie, so Gustav Mayer, auch in der Praxis die Funktion, die „demokratischen Forderungen aus den Revolutionsjahren“, an „denen das Interesse selbst bei den linksliberalen Parteien erkaltete“, anzumehren und zu verfechten.

Die mit den Parteigründungen einsetzende Scheidung zwischen der Liberaldemokratie und der Sozialdemokratie wurde wenige Jahre später endgültig verfestigt. Eine maßgebliche Rolle spielten dabei die Ereignisse von 1870/71: während sich die Sozialdemokraten nach Sedan gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen die Annexion Elsaß-Lothringens wandten und sich, wenngleich nicht unkritisch, mit der Pariser Kommune solidarisierten, begeisterte sich das Bürgertum für die kleindeutsche Reichsgründung und ängstigte sich unter dem Schock der Kommune vor der roten Gefahr. Aus Furcht und Aversion gegen die Sozialdemokratie als Partei des sozialen Unfriedens und des Umsturzes gab sich die

Mehrheit der Nationalliberalen dafür her, für das Ausnahmegesetz von 1878, das Sozialistengesetz, zu stimmen. Der erneute Stündenfall des deutschen Liberalismus trieb die Sozialdemokratie nun vollends in die Isolierung. Sie war eben letztlich nicht selbstgewählt, sondern durch das gesellschaftliche Klima und die politische Frontenbildung des Bismarck-Deutschland bedingt. Diese Isolierung gehörte zu den konkreten, unmittelbaren Erfahrungen der Sozialdemokratie und wurde damit Bestandteil ihres Selbstverständnisses. Die Rezeption des Marxismus in der Zeit des Sozialistengesetzes, die 1891 mit der Annahme des Erfurter Programms parteioffiziell wurde, war ein Reflex auf die Unterdrückung und Ächtung, denen sich die sozialistische Arbeiterbewegung in Staat und Gesellschaft ausgesetzt sah.

### III.

Die Zeit des Sozialistengesetzes markiert den Übergang der deutschen Sozialdemokratie von einer radikal-demokratisch-sozialistischen Vereinigung zu einer sich marxistisch verstehenden Partei. Sie vertrat nun einen Populärmarxismus, der für die Bewußtseinsbildung wie die Zielvorstellung für Jahrzehnte von größter Bedeutung war. Er kleidete die Gesellschaftskritik in das Gewand einer wissenschaftlich-marxistischen Gesellschaftsanalyse und verknüpfte sie mit einer Geschichtsprognose, die den zwangsläufigen Untergang der bürgerlichen Klassengesellschaft voraussagte und den Anbruch der sozialistischen Zukunftsgesellschaft verheißte. Aus dieser Gesellschaftstheorie zog das Erfurter Programm (1891) das Fazit, daß „nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln . . . in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische . . . Produktion“ es bewirken könne, daß Großbetriebe und wachsender Ertrag „der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommenung werde“.

Zwar gehörte die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchaus auch zu sozialistischen Zielvorstellungen, die sich nicht auf Marx gründeten. So hat z. B. die britische Labour Party länger und zäher an ihr festgehalten als die SPD. Das weist darauf hin, daß sie auch anders – u. a. aus sittlichen Werten und pluralistischen Überzeugungen – begründet und vertreten werden konnte. Erst die Ausschließlichkeit, mit der sie von der Sozialdemo-

kratie seit Erfurt als der einzige naturnotwendige Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft dargestellt wurde, während die Partei gleichzeitig eine Reformpolitik der kleinen Schritte betrieb, macht das Besondere aus. Bezeichnenderweise läßt sich feststellen, daß Sozialismus nun weitgehend mit Sozialisierung identifiziert wurde. Sozialisierung galt über Jahrzehnte geradezu als die klassische sozialistische Kernforderung und als das Wesenselement des Sozialismus. Das Mittel zur Verfolgung des Zieles verselbständigte sich und avancierte quasi vom Mittel zum Selbstzweck.

Erst in der Epoche der Revolutionen am Ende des 1. Weltkrieges wurde diese Gleichsetzung nicht mehr nur von Außenseitern, sondern genereller in Frage gestellt. In der Praxis schreckte die Sozialdemokratie vor jedem ernsthaften Sozialisierungsprozeß zurück. Aber auch in der Theorie ging Kautsky in der Auseinandersetzung mit den Bolschewiki nun auf eine gewisse Distanz, als er 1918 schrieb: „genaugenommen“ sei „jedoch nicht der Sozialismus das Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Würde uns nachgewiesen, daß die Befreiung des Proletariats und der Menschheit auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln zu erreichen sei, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endziels“. Was sich bei Kautsky nur im Ansatz andeutete, wurde in dieser Zeit in den Theorieebenen der Freien Gewerkschaften viel deutlicher. Sie lösten sich von der Fixierung auf die Sozialisierung, entdeckten den Pluralismus als Instrument der Machtkontrolle und begriffen Sozialismus als einen dynamischen, nie abgeschlossenen Prozeß und das Gleichheitsprinzip als seinen beherrschenden Wesenszug.

Unter den politischen und sozialen Bedingungen der krisengeschüttelten Weimarer Republik konnten diese Einsichten nur schwerlich weiter reifen. Die Konfrontation mit der kommunistischen Konkurrenz, eine – verglichen mit Bonn – stagnierende Wirtschaft und entsprechend scharfe Verteilungskonflikte und die fortwirkende Kluft zwischen Arbeitern und Bürgertum blockierten eine dauerhafte, offene Wandlung des Profils der Partei. Erst nach der Phase des Nachdenkens und Neubesinnens in der NS-Zeit und den ersten Nachkriegsjahren schlugen sich diese Denkansätze allmählich in den programmatischen Aussagen des demokratischen Sozialis-

mus nieder. Mit dem Godesberger Programm nahm die SPD Abschied von spekulativen Geschichtspromosen. In der Sozialisierung sah sie nur mehr ein Mittel neben vielen anderen zur Bändigung wirtschaftlicher Macht. Nicht mehr das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln erscheint danach als grundlegendes Kennzeichen des Sozialismus, sondern das Streben nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung, die das Godesberger Programm im Rückblick so beschreibt: „Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Wohlstand zu bringen, das war und das ist der Sinn des Sozialismus.“

#### IV.

Während sich das Godesberger Programm bei der Sozialisierung von der Ziel-Mittel-Vermischung löste, war die Sozialdemokratie in einem anderen Punkt m. E. nicht so konsequent. Denn was eigentlich nur ein Zweck sein kann, die Organisation, bedeutete in der deutschen sozialistischen Bewegung weit mehr. Die Hochschätzung der Organisation hatte schon Lassalle der Sozialdemokratie mit auf den Weg gegeben und sie verfestigte sich nach den Erfahrungen der Pariser Kommune noch mehr. Der Auf- und Ausbau der Organisation, sei es der Partei, der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der ganzen Nebenorganisationen der Arbeiterbewegung spielte in der Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine hervorstechende Rolle. Sie gewann einen solchen Eigenwert, daß Festigung und Wachstum schon zum Selbstzweck wurden und sie das sozialdemokratische Anliegen auch als Zielvorstellung bestimmte. Der aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossene Arbeiter fand in ihr ein Zuhause, das mit seiner Disziplin, Ordnung und Durchorganisation zumindest partiell an eine Art Gegenbild des preußisch-deutschen Beamten- und Militärstaates erinnerte. Die disziplinierende Sozialisation des Arbeiters in Armee und Arbeiterorganisation tat ihre Wirkung. Auch wenn die Legions wie die einfachen Mitglieder ihre Militärburschenzeit als Fron in Erinnerung behielten, etwas von diesem Geist der Einordnung in das Gefüge einer hierarchischen Großorganisation blieb stets auch bei ihnen spürbar. Ähnliches galt auch für die disziplinierende Wirkung industrieller Arbeit und Produktion. Vor diesem Hintergrund begann im 1. Weltkrieg ein Annäherungsprozeß von Sozialdemokratie, Militär und Staatsorganen, der in dem sog. Burgfrieden seinen Ausdruck fand. In seinem Gefolge vollzog sich eine staatliche und gesellschaftliche Akzeptanz ge-

werkschaftlicher und sozialdemokratischer Organisationen, die ihrerseits damit aber auch zu staatlichen Disziplinierungsagenturen avancierten. Es formte sich jene charakteristische Dreieckskonstellation von Staat, Kapital und Arbeit heraus, die über den Weltkrieg und die Revolution von 1918/19 fortwirkte. In diesem zentralistisch ausgerichteten Kooperationssystem kamen die partizipatorischen Strömungen von unten nicht zum Tragen, von deren Gewicht vor allem die Rätebewegung und der Drang nach mehr Mit- und Selbstbestimmung in Betrieben, Organisationen und Institutionen zeugten.

Auch unter den Bedingungen der Weimarer Demokratie behielt die Organisation ihren hohen Stellenwert, allerdings mit spürbaren Akzentverlagerungen. Zum einen erhielten sozialstaatliche Institutionen und Interventionen erhöhte Bedeutung, zum anderen gewannen die Nebenorganisationen – von der Arbeiterwohlfahrt bis zum Arbeitersport – und die Gewerkschaften an Gewicht, die beide in Weimar ihren Höhepunkt erlebten. Noch im Januar 1933 gaben diese die Parole aus, Organisation sei das Gebot der Stunde. Sie klammerten sich selbst unter dem NS-Regime an die Hoffnung, daß Gewerkschaften als unpolitische Interessenorganisationen überleben könnten.

Nach der Erschütterung der NS-Diktatur ist die Sub- und Eigenkulturwelt der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung nicht mehr wiedererstand und der Organisationspatriotismus schien überlebt. Dennoch ist die Geschichte des demokratischen Sozialismus auch in der Bundesrepublik nicht ganz frei von einer Organisations euphorie gewesen. Davon zeugen neben manchen binnenorganisatorischen Auswüchsen vor allem die Art, wie bei kommunalen Neuordnungen und Schulreformen oft die Großeinheit schon als erstrebenswertes Ziel galt, wie sich bei den Baugenossenschaften die Zentralisierung zur Neuen Heimat als Eigenwert verselbständigte, wie Konzentrationsprozesse und Gigantomanie in der Wirtschaft begrüßt und mitgeführt wurden und staatliches Planen und Handeln sich am Leitbild von Größe als Maßstab von Leistungskraft und Effizienz orientierte. Diese Perspektivenverengung, daß eine moderne Durchorganisation der Gesellschaft in jedem Fall dem Bürger zugute komme, war freilich in den 60er und noch Anfang der 70er Jahre weit verbreitet. In ihr waren z. B. auch die Freidemokraten befangen, die bei der Schaffung der Großkommunen geradezu den Vorreiter spielten (siehe Lahnstadt), was sie später mit Erfolg verdrängten. Es war eben auch eine Strömung der Zeit, die deshalb bei



der Sozialdemokratie auf besonders fruchtbaren Boden fiel, weil sie als eine Partei, die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hatte, notwendig für gesellschafts-organisatorische Interventionen eintrat. Organisation nicht als Selbstzweck, sondern als ein Mittel zur Bündelung von unzulänglichen Kräften einzelner, zur Umsetzung von Zielen vieler und zum Ausgleich von divergierenden Interessen bleibt letztlich unverzichtbar. Ebenso versteht es sich nahezu von selbst, daß entwickelte Industriegesellschaften eines zureichenden Maßes an institutioneller und organisatorischer Durchgliederung im Interesse des Bürgers bedürfen. Aber jede Organisation und Institution muß sich zugleich fragen lassen, ob sie den Belangen des Individuums in dem Maße dient, wie es dessen Anrecht auf Partizipation und Gestaltung seiner Lebenswelt entspricht.

## V.

War Organisation der Bau, in dessen Mauern die sozialistische Arbeiterbewegung ihren festen Platz fand, so galt das allgemeine, freie Wahlrecht seit Lassalle als das Mittel, mit dem sie im offenen Gelände für ihre Sache stritt. Auch wenn sich Lassalles hochgespannte Erwartungen bei weitem nicht erfüllten, mit dem späteren, scheinbar unaufhaltsamen Stimmenanstieg in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts schien die richtige Methode gefunden, die Macht im Staate auf dem reformistischen Weg zu erobern und das System aus den Angeln zu heben. Es war niemand geringeres als Friedrich Engels, der diesem Wählerkultus quasi die höheren Weihen verlieh. Er feierte den Stimmenzuwachs der deutschen Sozialdemokratie als „eine ganz neue erfolgversprechende Kampfweise des Proletariats“. Das Wachstum gehe „so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozeß“.

Die Hoffnung, gleichsam automatisch die Mehrheit zu gewinnen, erhielt in den Hottentottenwahlen von 1907 einen ersten Dämpfer und erwies sich spätestens in den Reichstagswahlen von 1920 als illusorisch. Es fiel der Sozialdemokratie schwer, zu begreifen, daß abhängiges Arbeitsverhältnis und proletarische Existenz nicht notwendigerweise auch schon sozialistisches Stimmverhalten produzierten. Sie mußte erleben, daß die „white collars“ mehrheitlich auf Distanz hielten, die Landarbeiter kaum zu gewinnen waren, die Frauen, denen sie am 12. November 1918 das Wahlrecht verschafft hatte, ihr nur unterdurchschnittlich zuneigten und die Wähler in Weimar in Scharen den radikalen Parteien zuliefen.

Diese Erfahrungen erschütterten Selbstbewußtsein und Schwung einer Bewegung, die sich im Bunde mit der geschichtlichen Entwicklung gewöhnt hatte und nun erfuhr, daß sich die Waffe des allgemeinen Wahlrechts auch gegen sie wenden konnte. Aber in keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte, auch nicht in der Novemberrevolution 1918/19, hat die Sozialdemokratie Zweifel daran gelassen, daß das Wahlervotum des Bürgers für sie oberstes Gesetz war.

Der Einsatz für eine demokratische Gesellschaftsordnung gehörte seit den frühesten Anfängen zu den bestimmenden Wesensmerkmalen der sozialdemokratisch-sozialistischen Bewegung in Deutschland. Sie verstand sich gerade in diesem Punkt als Erbin und Vollstreckerin des Auftrags der 48er Revolution. Die Eisenacher brachten mit dem Modell einer Basisdemokratie, bei der das Volk durch Volksentscheid und direkte Gesetzgebung unmittelbar seine Geschicke bestimmte, zunächst stark plebiszitär geprägte Demokratievorstellungen ein. Mit dem Sozialistengesetz vollzog sich dann eine allmähliche Hinwendung zum parlamentarischen Repräsentativsystem. In der Revolution von 1918/19 kam sie voll zum Tragen. Das Räteystem wurde verworfen, freie Wahlen und demokratische Mehrheitsentscheidungen als unabdingbar postuliert und der Weg zur verfassungsgebenden Nationalversammlung beschritten. Mit Blick auf die Diktatur der Bolschewiki in Rußland definierten Sozialdemokratie und westeuropäische Sozialisten ihre politische Identität nun eindeutig im Sinne einer freiheitlich-sozialen Demokratie und grenzten ihren „demokratischen Sozialismus“ vom Leninschen Kommunismus ab. Sie trafen sich in der Grundüberzeugung, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung in sich demokratisch strukturiert und der Weg dahin demokratisch legitimiert sein müsse.

Das Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften, daß sie mit der parlamentarischen Demokratie stehen und fallen, wurde am Ende von Weimar in einer nicht vorhergesehenen Weise Wirklichkeit. Aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Stalinschen System ist im demokratischen Sozialismus nach 1945 ein Demokratieverhältnis formuliert worden, daß die Absage an jede totalitäre und autoritäre Herrschaft scharf betonte, den Kommunismus als zutiefst undemokratisch verdammt, die Grundrechte des Individuums herausstellte und den Gedanken einer wehrhaften Demokratie propagierte. In diesen Punkten traf er sich durchaus mit Demokratievorstellungen im Lager von Liberalen und

Konservativen. Doch im Verständnis der Sozialdemokratie ging Demokratie weiter: sie hörte nicht am Fabrikator auf. Ihr ging es nicht allein um den mündigen Staatsbürger, sondern ebenso um den über seine Geschicke mitbestimmenden Wirtschaftsbürger. Demokratie begriff der demokratische Sozialismus nicht allein als Ordnungsprinzip für den Staat, sondern als das gestaltende Prinzip für alle Bereiche der Gesellschaft.

## VI.

Im Grundsatz war es die alte partizipatorische Komponente der Arbeiterbewegung, die hier in der Bernsteinschen Version zum Tragen kam. Sie stand stets in einem unverkennbaren Spannungsfeld mit dem skizzierten Organisationspatriotismus und zugleich mit dem gerade in der deutschen Sozialdemokratie so ausgeprägten Etatismus. Eberts Wort, „bei allen unseren Konflikten ging es immer um den Staat“, deutet an, daß an dieser Stelle einer der Dollepunkte in der Geschichte des Sozialismus lag.

An den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung stand schon 1848/49 die Hoffnung auf soziale Reformen durch einen demokratischen Staat. Auch für die Eisenacher Bebel und Liebknechts war eine Lösung der sozialen Frage nur möglich in einem demokratischen Volksstaat. Sie setzten sich mit ihren radikal-demokratisch-genossenschaftlich orientierten Vorstellungen von „staats-sozialistischen“ Modellen und dem Lassalleschen Sozialstaatskonzept mit seiner Nähe zur preußischen Staatstradition ab. Diese Ansätze sind im Gefolge der staatlichen Unterdrückungspolitik von 1878–1890 verschüttet worden. Mit der Rezeption des Marxismus drückte die Engelsche These vom Absterben des Staates, der schließlich „ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt versetzt“ werde, der Agitation vor allem August Bebel ihren Stempel auf.

In der Praxis aber wuchs die sozialistische Arbeiterbewegung immer mehr in den Staat des kaiserlichen Deutschland hinein und akzeptierte ihn als Basis ihrer Existenz und ihres Wirkens. Im Interesse der arbeitenden Massen rang sie um soziale und demokratische Reformen auf dem Boden der bestehenden Ordnung. Ihr Profil war das einer demokratisch-sozialistischen Reformpartei, in der das Schlagwort von einer sozialen Revolution zur Leerformel wurde und eine staatsorientierte reformistische Realpolitik dominierte. In der alltäglichen Auseinandersetzung mit dem obrigkeitsstaatlichen System färbte die Vorstellung von einem über der Ge-

sellschaft thronenden Staat auf Sozialdemokratie und Gewerkschaften ab und beeinflusste sie über Jahrzehnte. Das Erscheinungsbild der Weimarer Sozialdemokratie wurde vordergründig von einem Etatismus geprägt, bei dem Aufbau, Ausbau und Bewahrung des Sozialstaates im Vordergrund standen, gesetzgeberische Maßnahmen und parlamentarische Praxis den Alltag ausfüllten und die Fixierung auf die staatliche Exekutive bis in die Ära der Präsidialkabinette nachwirkte.

An diese Traditionen knüpfte die Sozialdemokratie nach 1945 wieder an. Die häufiger anzutreffende Identifizierung sozialdemokratischer Zielsetzungen mit mehr Staat, mehr Reglementierung, mehr Bürokratisierung, mehr Zentralisierung hat darin ihre Wurzeln. Als Hemmnis für die Entfaltung des einzelnen wurde und wird diese Schreckvision nicht allein von Liberalen und Neo-Konservativen beschworen. Solche Vorbehalte sind auch in den neuen sozialen Bewegungen und im alternativ angehauchten Spektrum anzutreffen. Zumindest bei einem Teil der Konservativen, die fast im gleichen Atemzug nach einem stärkeren Ordnungsstaat rufen, wirkt diese Kritik aufgesetzt. Im Kern vieler Konflikte geht es gar nicht um mehr oder weniger Staat, sondern darum, in welcher Weise, zu welchen Zwecken und zu wessen Gunsten der Staat seine Gestaltungsmöglichkeiten nutzt.

Gerade die deutsche Sozialstaatstradition ist stark von dem konservativ-obrigkeitsstaatlich-fürsorgerrischen Ansatz geprägt, wie er unter Bismarck mit der Sozialgesetzgebung auf den Weg gebracht wurde. In dieser Art des Sozialinterventionismus von oben ohne die demokratische Mitsprache der Betroffenen lag der Grund, warum ihr Sozialdemokraten anfänglich so kritisch gegenüberstanden. Nicht als „Objekt“, sondern als „Subjekt“, das über seine Geschicke selbst mitreden und mitentscheiden wollte, waren die Arbeiter mit der sozialistischen Bewegung angetreten. Das Prinzip der solidarischen Selbsthilfe stand schon an der Wiege der Arbeiterverbündelung Stephan Borns und es entsprach ebenso dem von Marx formulierten Postulat der 1. Internationale, daß die Emanzipation der arbeitenden Klasse durch sie selbst erkämpft werden müsse. Es begleitete die Arbeiterbewegung durch die Kindheits- und Jugendjahre bis zum Erwachsenenendasein. Gewerkschaften wie Genossenschaften und partiell auch die Solidargemeinschaft der politischen Partei verkörperten in der Grundstruktur einen freiheitlich-autonomen Ansatz beim Angehen der sozialen Frage. Die Bauhüttenbewegung, die Arbeiterwohlfahrt und

das Aufblühen der Kultur- und Freizeitorganisationen in der Zwischenkriegszeit zeugten davon, daß diese Idee im demokratischen Staat mit seinen Freiräumen weiterlebte und sich kräftig entfaltete. Erst mit dem Ausbau des modernen Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik wie in anderen entwickelten Industriestaaten geriet diese liberal-soziale Tradition fast in Vergessenheit.

## VII.

Es gehörte zu den Grunderfahrungen proletarischer Existenz in der frühkapitalistischen Gesellschaft, daß die bürgerlich-liberalen Freiheitsideale zum Freibrief für die wirtschaftlich und gesellschaftlich Mächtigen verkamen. Industrialisierung, Kapitalismus und Bürgergesellschaft vernichteten alte überholte Strukturen und schufen Freiheiten, die zunächst weithin nur Freiheiten der privilegierten Klassen waren. Ökonomische Abhängigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung kennzeichneten dagegen das Los des Vierten Standes, der Freiheit vorrangig als „frei von Produktionsmitteln und frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen“ erlebte. Aus der Lage und den Bedürfnissen des Vierten Standes ergab sich beinahe zwangsläufig, daß die ökonomische Dimension des Freiheitspostulats ins Blickfeld kam und die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln dabei eine zentrale Rolle spielte.

Die sich konstituierende sozialistische Bewegung machte von Anbeginn die ursprünglich bürgerlichen Ziele der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu den ihren. Davon zeugen schon das 1834 herausgegebene Programm des „Bund der Geächteten“ wie das Wirken der Arbeiterverbündung von 1848/49, Marx' Vision einer Assoziation der Freien und Lassalles Aufruf zur „Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit“. Untermauert wird diese These durch die politische Praxis der Sozialdemokratie im Laufe ihrer Geschichte. Einige Beispiele sollen das belegen, so die Vorbehalte gegen sozialpolitische Maßnahmen, wenn diese mit der Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen nicht vereinbar schienen (Bismarcks Sozialgesetz), die Frontstellung gegen Bismarcks Kulturkampf, das Eintreten für die Freiheit der Kunst in den Auseinandersetzungen um die Lex Heinze (1900; eine Art Schmutz- und Schundgesetz), für die Demokratisierung des Wahlrechts im Kaiserreich und für die Aufnahme des bürgerlichen Grundrechtskatalogs in die Weimarer Verfassung. Mitten in den Wirren der revolutionären Situation von 1919 besaß die Kodifizierung und Verwirklichung der 1848 erstrebten Freiheits-

rechte Vorrang für die Sozialdemokratie. Besonders eindrucksvoll kam diese Tradition in Otto Wels' Rede beim Ermächtigungsgesetz zum Tragen. In der aussichtslosen und bedrohlichen Situation von 1933 bekannte sich die Sozialdemokratie zu „den Grundsätzen des Rechtsstaates, ... der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“. Auch ein Dokument wie das Prager Manifest von 1934, das so scharf mit der Praxis der SPD seit Ausbruch des 1. Weltkrieges abrechnete, bezog sich auf die alten Grundwerte der demokratisch-sozialistischen Bewegung. Eine sozialistische Neuordnung der Wirtschaft sei „mehr als eine materielle Angelegenheit. Sie ist selbst Mittel zum Endziel der Verwirklichung wahrer Freiheit und Gleichheit, der Menschenwürde und voller Entfaltung der Persönlichkeit“.

Die Prinzipien des Rechts, der Freiheit und der Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit waren so stets ein unverzichtbarer Bestandteil sozialdemokratischen Strebens. Was sie von anderen politischen Freiheitsströmungen schied und die spezifisch sozialistische Komponente ausmachte, war die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Befreiung aus ökonomischer und sozialer Abhängigkeit als Basis für die Entfaltung der Persönlichkeit. August Bebel brachte diesen Unterschied in jungen Jahren (1869) treffend auf den Nenner: „Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht betroffen werde. Das sind drei Dinge, die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen. Der Staat soll allerdings – so meinen auch die Sozialdemokraten – die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe. Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn *ökonomische Ungleichheit* existiert.“ Die Sozialdemokratie betrachte als ihren Zweck die „Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens“.

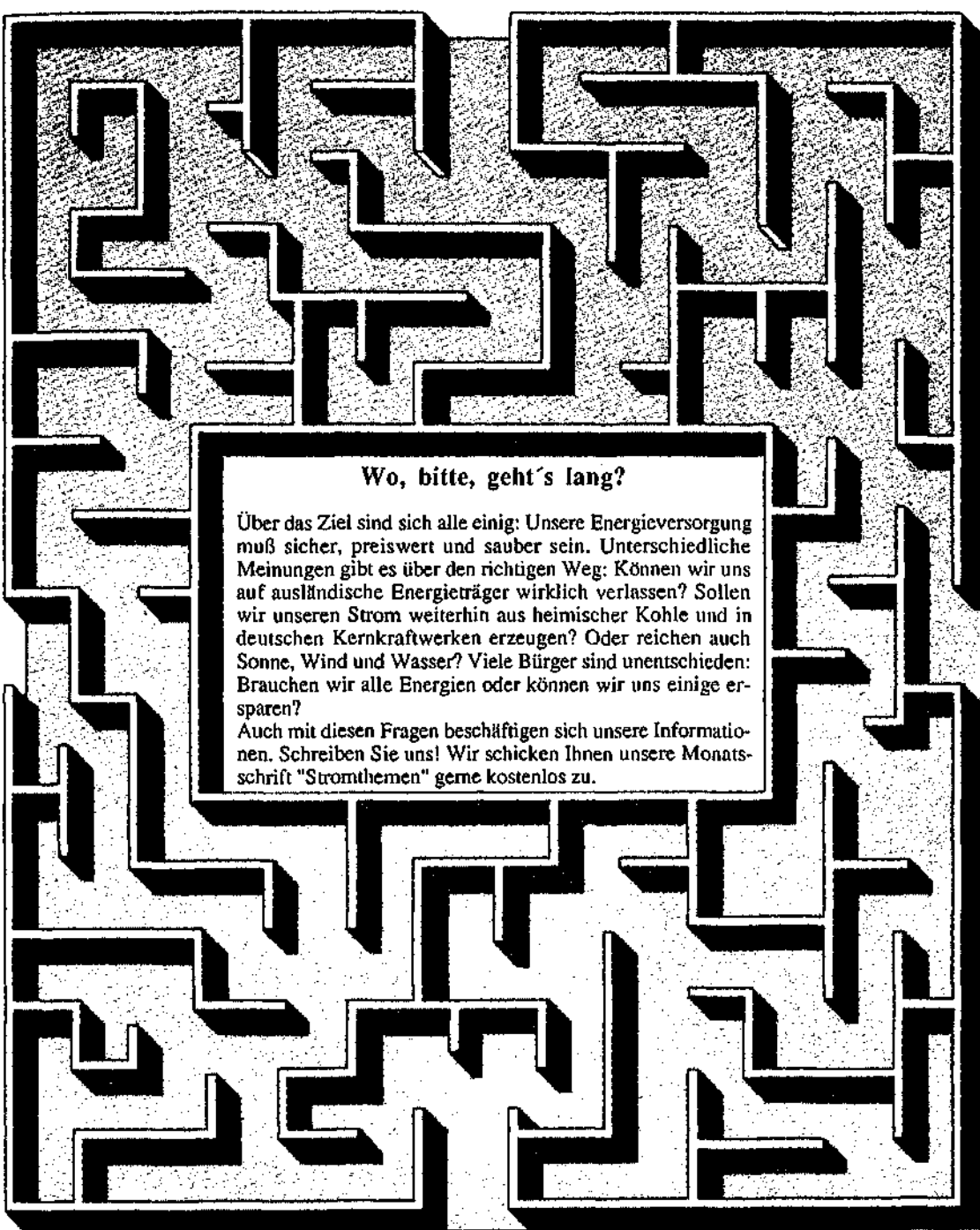
Freiheit und Gleichheit standen für die sozialistische Bewegung in einem untrennbaren Zusammenhang. Es galt für sie, was Bebel so einprägsam formulierte: „Die Freiheit hört da auf, wo sie hinübergreift in die Sphäre des anderen, d. h. wo sie durch ihre Übergriffe die Gleichheit verletzt.“ Mit der Verknüpfung von politischer Freiheit und sozialer

Frage, von demokratischer Staatsordnung und wirtschaftlich-sozialer Befreiung der Geknechteten und Notleidenden zogen die Eisenacher daraus schon programmatisch die Konsequenzen. Dieser Ansatz wurde in Deutschland von Eduard Bernstein aufgegriffen und vertieft. Er verstand Sozialismus als die Ausdehnung der freiheitlich-demokratischen Idee der Menschenrechte in den sozialen Bereich, Sozialismus gewissermaßen als vollendete Demokratie. Obwohl sich der Revisionismus unter den Bedingungen des Kaiserreichs nicht als Theorie und Programmatik durchsetzen konnte, bestimmte diese Orientierung im Kern doch das Profil der deutschen Sozialdemokratie als einer demokratisch-sozialistischen Reformpartei schon vor 1914 und erst recht nach der Scheidung zwischen freiheitlichen Sozialisten und Kommunisten. Beim Wiederaufbau der erneuerten Sozialdemokratie nach 1945 wurde er faktisch zu ihrer programmatischen Richtschnur.

Die neue theoretische Standortbestimmung, wie sie sich endgültig im Godesberger Programm von 1959 niederschlug, war nicht auf die deutsche Sozialdemokratie mit ihren spezifischen Erfahrungen beschränkt. Bereits die Frankfurter Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 hatte den Rahmen abgesteckt. Beide wurden wesentlich von den skandinavischen Erfahrungen eines modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaates beeinflusst. Die erstaunliche Expansionskraft und Flexibilität einer gezügelten kapitalistischen Wirtschaft, ein nicht zu verkennender sozialer Wandel und die damit einhergehende Integration der Arbeiter in die Gesellschaft entfalteten nun ihre prägende Kraft und bestimmten das Bild von einer Gesellschaftsordnung in Wohlstand und Freiheit. Damit einher ging die Absage an das altsozialistische Dogma, daß eine Änderung der Besitzverhältnisse unabdingbar und die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit in der Geschichte angelegt sei. Statt dessen rückte nun auch programmatisch der Mensch mit seinen individuellen Rechten und Freiheiten, aber zugleich mit seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitmenschen in den Mittelpunkt. „Das Leben des Menschen, seine Würde und sein

Gewissen sind dem Staate vorgegeben“, wie es im Godesberger Programm und ähnlich auch in anderen Kundgebungen heißt; der Staat solle nur die „Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann“.

Mit diesen Bekenntnissen bestimmte der demokratische Sozialismus sein Anliegen ganz im Sinne der Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als die Idee der Menschenrechte und der Menschenwürde. In einem so verstandenen Sozialismus gingen die historischen Klassenforderungen der Arbeiterschaft auf. Der Zusammenhang von sozialer Bewegung der Arbeiterklasse und sozialistischer Idee als Kennzeichen des modernen Sozialismus lockerte sich und wurde abgelöst von einer weltanschaulichen, politischen und sozialen Offenheit, in der das Gemeinsame nur mehr die Orientierung an bestimmten Grundwerten war. Als Kind der Aufklärung, des Fortschritts und der Modernisierung, als Erbe bürgerlicher Revolutionen und demokratischer Volksbewegungen war die sozialistische Bewegung angetreten, beflügelt von dem Menschheits Traum einer brüderlichen Gesellschaft der Freien und Gleichen. Sie hat trotz mancher Rückschläge und Fehllege Staat und Gesellschaft in Richtung auf ein demokratisch-soziales Gemeinwesen verändert und so durch ihr Wirken sich zum Teil selbst eine Grundlage entzogen. Doch auch in einer sich wandelnden Welt, in der überlieferte Wertvorstellungen ins Wanken geraten, bleibt die Vision einer Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, aktuell. Sie ist nicht eine Erfindung der Postmoderne und Ausdruck neuer postmaterieller Werte, sondern Teil des langfristigen Modernisierungsprozesses, dessen Wurzeln in die Aufklärung und die französische Revolution zurückreichen. Damit setzte sich der Zug zu Demokratisierung und Egalisierung in Gang, dem die sozialistische Idee und Bewegung mit ihrem Streben nach einer die Entfremdung aufhebenden solidarischen Gesellschaft der Freien und Gleichen die historische Schubkraft verlieh.



### Wo, bitte, geht's lang?

Über das Ziel sind sich alle einig: Unsere Energieversorgung muß sicher, preiswert und sauber sein. Unterschiedliche Meinungen gibt es über den richtigen Weg: Können wir uns auf ausländische Energieträger wirklich verlassen? Sollen wir unseren Strom weiterhin aus heimischer Kohle und in deutschen Kernkraftwerken erzeugen? Oder reichen auch Sonne, Wind und Wasser? Viele Bürger sind unentschieden: Brauchen wir alle Energien oder können wir uns einige ersparen?

Auch mit diesen Fragen beschäftigen sich unsere Informationen. Schreiben Sie uns! Wir schicken Ihnen unsere Monatschrift "Stromthemen" gerne kostenlos zu.



Informationszentrale der  
Elektrizitätswirtschaft e.V.  
Postfach 700561 · 6000 Frankfurt 70

# Wilgart Schuchardt

## Auf der Suche nach neuen Sicherheiten

### Die Veränderung der Technikperspektive in sozialdemokratischen Parteiprogrammen

*Dr. Wilgart Schuchardt, Jahrgang 1949, Diplom-Sozialologin, arbeitet als Sozialwissenschaftlerin am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund; Veröffentlichungen im Bereich sozialwissenschaftlicher Technikforschung, Industrie- und Organisationssoziologie, Qualifikationsforschung*

#### I.

Der Fortschrittsgedanke ist ein Produkt der Moderne. Mit der Entstehung der modernen Wissenschaften hat sich in den letzten 150 Jahren ein rasanter Wissenszuwachs ergeben, der eine entscheidende Grundlage für die heutige materielle und technische Zivilisation bildet. Der Fortschrittsglaube des 19. Jahrhunderts gründete sich auf die rasche Entwicklung der Produktivkräfte – auf Dampfkraft, Elektrizität und maschinelle Produktion. Er bezog seine Dynamik aus Erwartungen und Chancen, die in die Zukunft hochgerechnet wurden und mit denen sich weitgehende Hoffnungen auf eine grundlegende Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der Menschheit verknüpften. Dieser Fortschrittsglaube schuf – individuell und kollektiv – Sicherheit, er schien eine Selbstbewegung der Menschheit nach „vorn“ zu garantieren.

Diese Hoffnungen sind im heutigen Chemie- und Atomzeitalter tief erschüttert. Unsicherheit über die weitere Zukunft bestimmt seit einigen Jahren die gesellschaftliche Diskussion: „Das Industriesystem befindet sich in der Balance eines Motorradfahrers, der so lange nicht umkippt, wie die Maschine läuft“ (Siefert 1984, S. 27). Mittlerweile häufen sich die „Aussetzer“ der Maschine: Der Modernisierungsprozeß setzt mehr und mehr Destruktivkräfte frei, die Produktivkräfte haben ihre Unschuld verloren. Mit dem bisher verfolgten Technik- und Industrialisierungspfad hat die Industriegesellschaft einen gigantischen Raubbau an der Natur betrieben. Die

ökonomischen Schädigungen nehmen ein Ausmaß an, daß letztlich die weitere gesellschaftliche Entwicklung in Frage zu stellen droht. Die Atomkatastrophe von Tschernobyl, der weltweite, abenteuerliche „Atommülltourismus“, die Chemiekatastrophen von Bhopal, Seveso oder Sandoz zeigen eine neue Qualität des technischen Gefährdungspotentials. Neue Waffentechnologien oder gentechnische Manipulationen biologischer Systeme liefern weitere Stichworte.

Ein ungebrochenes Festhalten an dieser industriellen Entwicklungslinie kann zur Zäsur und Zerstörung des „Projekts Moderne“ führen. Mit dem Wegfall des industriellen Fortschrittsglaubens vermag auch die Zukunft keine motivierenden Orientierungen mehr zu geben. Sie kann nicht mehr jene Sicherheiten bieten, die in der Gegenwart fehlen. Die Industriegesellschaft der Bundesrepublik befindet sich in einer tiefen Umbruchphase. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum hat sich als der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz) entpuppt, die neuen Techniksysteme und Wirtschaftsformen der „dritten industriellen Revolution“ schaffen neue Problemlagen, die kulturellen Orientierungen befinden sich „im Fluß“. Die Verunsicherung greift tief. Der Umgang mit veränderten Problemstellungen muß gelernt werden. Es dürfen jedoch nicht nur die Gefährdungen und Risiken der weiteren industriellen Entwicklung gesehen werden, denn hieraus können ebenso Lernprozesse erwachsen, die den Erwerb neuer sozialer und wissenschaftlicher Kompetenz im Sinne von Orientierungswissen und eine reformpolitische Verständigung für eine humane und umweltverträgliche Gesellschaftsgestaltung ermöglichen.

Bislang sind Risiken konstitutiv für entwickelte, komplexe Gesellschaften. Sie sind durch vielfältige Abhängigkeiten zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und natürlicher Umwelt gekennzeichnet. In Abgrenzung zu unbestimmten Gefahren sind erkannte Risiken jedoch abschätzbar und bieten vor allem Chancen für gesellschaftliche Gestaltungseingriffe. Die heutigen komplexen und reichen Industriegesellschaften eröffnen tendenziell einen „Möglichkeitsraum“, in dem gesellschaftliches Wissen und Handlungskompetenz diskursiv, d. h., in einem gesellschaftlichen Abwägungsprozeß, einen als wünschbar ausgehandelten „Wirklichkeitsraum“ zu schaffen vermögen.

Es bedurfte eines vollen Jahrhunderts der Kämpfe der Arbeiterbewegung, um die größten sozialen Gefahren durch die Sozialgesetzgebung einzugrenzen



*Die Taufe der 1000. Lokomotive „Borussia“ am 21. August 1858*  
(Lithographie)

Eigentümer: Berlin Museum, Berlin  
Fotograf: Hans-Joachim Bartsch, Berlin

und das industrielle Wachstum für die Herausbildung des Wohlfahrtsstaates zu nutzen. Heute stellen sich für politisches Handeln erweiterte Herausforderungen: „Die Frage, vor der wir heute stehen, ist die, ob es nochmals gelingen wird, wenigstens einen Teil des ungeheuren Gefährdungspotentials, den Wissenschaft und Technik und unser Umgang damit be-reithalten, in Risiken zu verwandeln. Ob es gelingen wird, erneut Mechanismen zu finden, mit deren Hilfe Gefahren begrenzt, vermessen, sozialisiert und schließlich auch über technische und soziale Institutionen reguliert werden können . . . Ob eine Gesellschaftsordnung entstehen kann, die kontinuierlich und rechtzeitig die Erzeugung ihrer eigenen Gefährdungen überwachen und eingreifen kann, die willens und fähig ist, ihre eigene Gestaltbarkeit als Gestaltungsprinzip anzunehmen“ (Evers/Nowotny 1987, S. 39 f.).

## II.

Wenn im Vergleich mit traditionellen, vormoder-nen Gesellschaften die evolutionäre Überlegenheit der Industriegesellschaft herausgestellt wird, so darf nicht übersehen werden, wieviel Leid, Armut und Entwurzelung diese „great transformation“ (Polanyi) insbesondere für die Arbeiter und ihre Familien mit sich gebracht hat. Und ebenso darf nicht verschwiegen werden, daß die Arbeiterbewegung gesellschaftliche Rechte, soziale Sicherung und die Teil-habe an gesellschaftlichem Reichtum dem kapitalistischen System in langen Auseinandersetzungen abringen mußte. Ein Paradoxon sozialdemokratischer Politik ist es, daß die Arbeiterbewegung in ihrem Bemühen, den Sozialismus zu erkämpfen, das System und die bürgerliche Gesellschaft zwar weitreichend verändert und sozial gestaltet hat, aber das Ziel der Überwindung nicht erreichen konnte.

In ihrem Kampf um die Durchsetzung von sozialer Emanzipation stützte sich die deutsche Sozialdemokratie bis zum 20. Jahrhundert weitgehend auf die Erkenntnisse der Marx'schen Gesellschaftsanalyse. So hieß es im Programm von Erfurt 1891: *„Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet dies wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schärfer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.“* (Programmatistische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie 1984, S. 188)

Der von Karl Kautsky in Abstimmung mit Friedrich Engels verfaßte allgemeine Teil des Erfurter Programms verknüpfte diese Analyse mit der Prognose zukünftiger Gesellschaftsentwicklung. Die von Marx im „Kapital“ formulierten Bewegungsprinzipien des Kapitalismus wurden zu einem Entwicklungskonzept verdichtet, in dem die (bürgerlichen) Produktionsverhältnisse *quasi naturgesetzlich* auf den Zusammenbruch zutrieben, und die Rolle der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie darin bestand, „Geburtshelfer“ für die neue, die sozialistische Gesellschaft zu sein. Dieser Geschichts-determinismus entwickelte eine enorme Wirkung auf Bewußtsein, Identität und Motivation der Arbeiterbewegung. Elend und Rechtlosigkeit konnten als vorübergehend begriffen werden. In dem Maße, wie Wissenschaft und Technik und damit die Industrialisierung sich beschleunigten, schien auch das Ende des Kapitalismus in greifbare Nähe gerückt. Für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung resultierte daraus eine uneingeschränkte Bejahung des technisch-industriellen Fortschritts. Mit einer Gesellschaftstheorie, die die immer größer werdende Arbeiterklasse auf der Seite objektiver wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten sah, breitete sich das Bewußtsein aus: „Mit uns zieht die neue Zeit.“

In der sozialen Nachbarschaftshilfe, im Arbeitersport- und Gesangsverein, in Gewerkschaften und sozialdemokratischem Ortsverein wurden Selbstbewußtsein und Identität, kurz: ein stabiler proletarischer Sozialcharakter herausgebildet, der kulturelle und gesellschaftliche Zukunftsorientierung bot. Diese Solidar-, Gemeinschafts- und Schutzfunktionen bewirkten tendenziell einen kulturellen Gegenentwurf zur bestehenden Gesellschaft. Die Erfahrung, daß Armut und Entrechtung kein „Naturschicksal“ sind, sondern eine Herausforderung für gesellschaftsverändernde Interventionen und politische Einflußnahme, begründete eine reformorientierte Praxis, die die alltäglichen Risiken des Kapitalismus abzuwenden und die Produktivkräfte zur Bewältigung der „sozialen Frage“ zu nutzen suchte. Im Zuge des technischen Fortschritts sollten wichtige Verbesserungen im Interesse der Arbeiterklasse durchgesetzt werden: Unter anderem die Sicherung des Koalitionsrechtes, ein einheitliches Arbeitsrecht, ein wirksamer Arbeitsschutz oder eine allgemeine Volksfürsorge.

Die schrittweise Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen verringerte die existenziellen Unsicherheiten und eröffnete eine individuelle Lebensperspektive. Diese Politik wurde allerdings nur in Ausnahmefällen mit Strategien zur Vermeidung von Naturzerstörungen verknüpft, auch wenn die Bedeutung der „Naturfreunde“ in der Arbeiterbewegung nicht verkannt werden darf. So waren es jedoch vor allem konservative Zivilisationskritiker, die sich mit der forcierten Industrialisierung vom viktorianischen Fortschrittsglauben abwandten und vor den aufziehenden Gefährdungen für die Natur und vor den Verwüstungen durch die Verstärkung warnten: „Gesellschaftskritiker und Zivilisationskritiker standen in entgegengesetzten politischen Lagern; das Thema des jeweiligen Gegners konnte daher nicht akzeptiert werden“ (Stiefferle 1984, S. 160).

### III.

Die Programme der SPD zwischen 1918 und 1959, dem Jahr des Godesberger Programms, sind von einem Abstreifen des marxistischen Gedankenguts und der Öffnung hin zur reformorientierten Volkspartei gekennzeichnet. Reichstags- und Landtagsfraktionen sowie die Gewerkschaften konnten nicht zuletzt deswegen Wahlerfolge und Zustimmung verzeichnen, weil sie auf dem Boden gegebener Verhältnisse ökonomische Erfolge in Form von Reallohnsteigerungen sowie verbesserter Arbeits- und Sozialgesetzgebung durchsetzten.





Arbeiterinnen beim Spulenwickeln in der AEG (1906)

Foto: Kunsthistorisches  
Institut der FU Berlin

Die Weimarer Republik wurde trotz der fortbestehenden kapitalistischen Eigentumsverfassung als ein Staatswesen begriffen, das durch wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und sozialpolitische und wirtschaftsdemokratische Reformen die Chance bot, die Lage der Arbeitenden entscheidend zu verbessern. Im Görlitzer Parteiprogramm von 1921 wurde die Republik als ein Übergangsstadium eingeschätzt, in dem der Sozialdemokratie eine doppelte Funktion zufiel, „Staatspartei und sozialistische Offensivkraft“ (Dowe/Klotzbach 1984, S. 38) zu sein. Inhalte und Instrumente sozialistischer Erneuerungspolitik blieben jedoch vage.

Auf den Parteitag in Heidelberg 1925 und Kiel 1927 bestimmten Hilferdings Thesen zum Finanzkapital und „organisierten Kapitalismus“ die wirtschaftspolitische Programmatik. Forderte das Heidelberger Programm noch die Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums, so trat 1927

die Sozialisierungsforderung hinter einer Konzeption von Planwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie zurück. Dadurch sollten die einzelbetrieblichen Interessen durch eine vom Staat demokratisch gelenkte Wirtschaftsordnung reformpolitisch im Interesse der Arbeitnehmer transformiert werden. Die Rolle der Technik wurde nur indirekt angesprochen, die planmäßige Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte im Rahmen einer derartigen Wirtschaftskonzeption jedoch als Gewähr dafür erachtet, daß der erzeugte gesellschaftliche Reichtum „zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vollkommenheit“ (Dokumente ..., S. 218) für alle werden wird. Im Mittelpunkt stand somit die planmäßige Förderung des Wirtschaftswachstums, bei der die Steigerung der Produktivität einen erweiterten Verteilungsspielraum zugunsten der Arbeitnehmer und ihrer Familien eröffnete.

Nach dem 2. Weltkrieg erhielt die SPD-Technik-

programmatisch in zweierlei Hinsicht einen neuen Akzent. Unter dem Einfluß der in der Phase des Faschismus und des Exils erfolgten stärkeren Betonung der demokratischen Freiheits- und Humanitätsideen des Westens formulierte die SPD 1947 auf ihrer Kulturpolitischen Konferenz in Ziegenhain eine eindeutige Absage an ökonomistische, monokausale Geschichtsdeutung und hob statt dessen die Rolle des Subjekts in der Geschichte heraus. Die Freiheit des einzelnen und der Gesellschaft, gestaltend auf die soziale, wirtschaftliche und technische Entwicklung Einfluß zu nehmen, wurde deutlicher als in früheren programmatischen Dokumenten herausgearbeitet, weil die Erfahrungen mit der kriegsgerichtet genutzten Wissenschaft und Technik die Zwiespältigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ins Bewußtsein gehoben hatten. So formulierte der erste Kongreß der Sozialistischen Internationale 1951 in Frankfurt/Main: *„Die Entwicklung der Wissenschaft und Technik hat der Menschheit die Möglichkeit gegeben, sich selbst zu zerstören oder ihren Wohlstand steigend zu erhöhen. Daher kann die Produktion nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen bleiben. Sie muß geplant werden. Diese Planung muß die fundamentalen Rechte der menschlichen Persönlichkeit sichern . . . Der demokratische Sozialismus erstrebt weit mehr als eine wirtschaftliche und soziale Ordnung. Wirtschaftliche und soziale Fortschritte finden ihre moralische Rechtfertigung in dem Maße, in dem sie der Befreiung und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen“* (Dokumente . . . , S. 300 f.).

Die folgenden Parteitage in Dortmund 1952, Berlin 1954 und München 1956 unterstreichen diese neugewonnene Einsicht. In der Münchner Entschließung „Die zweite industrielle Revolution“ wird darüber hinaus die Institutionalisierung einer ständigen Beobachtung des gesellschaftlich-technischen Wandels mit politikberatender Kompetenz gefordert: *„Einsetzung eines unabhängigen Forschungsrates in der Bundesrepublik. Er soll die gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Erscheinungen der industriellen Revolution ständig beobachten und Folgerungen daraus ziehen. Dazu gehört ein besonderes Institut für die Erarbeitung praktischer Vorschläge zur Lösung der aus der Automation erwachsenen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Probleme“* (Programme der deutschen Sozialdemokratie 1963, S. 180).

Dieser Vorschlag fand angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in den 50er und frühen 60er Jahren kein Gehör, zumal ein expansives Wirt-

schaftswachstum und die Hoffnungen der Wiederaufbauphase das traditionelle Fortschrittsverständnis neu belebten. Übrig blieb die später eingesetzte „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“. Das Godesberger Parteiprogramm bildet den programmatischen Schlußpunkt in einem Verständnis, das Technik noch weitgehend als neutral einschätzt. Risiken wie Chancen von Technik ergeben sich in dieser Perspektive wesentlich aus ihrer konkreten Anwendung, die Forderungen sind in erster Linie auf die Erweiterung von Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie sowie auf die Abfederung von technischen Gefährdungen durch den Wohlfahrtsstaat und die Sozialpolitik gerichtet. Technikbewertung, Technikkontrolle und Technikgestaltung waren bis weit in die 60er Jahre keine zentralen Diskussionsthemen – nicht in der Öffentlichkeit, nicht in der Wissenschaft und auch nicht in der sozialdemokratischen Grundsatzprogrammatische.

#### IV.

Bis Ende der 60er Jahre bestimmte ein „Mythos vom wohlthätigen Automatismus des technischen Fortschritts“ das Bewußtsein in der Bundesrepublik. Mit dem hohen Wirtschaftswachstum seit Beginn der 50er Jahre schienen technisch-ökonomischer und gesellschaftlicher Fortschritt zu Synonymen zusammenzuwachsen. Seit den 70er Jahren sind jedoch die Krisenentwicklungen der kapitalistisch strukturierten Erwerbsgesellschaft wieder unübersehbar geworden:

- Die ungebremsste, einzelbetrieblich bestimmte Wachstumslogik hat zu einer ökologischen Krise geführt, die die Grundlagen der Industriegesellschaft selbst in Frage zu stellen droht;
- eine veränderte internationale Arbeitsteilung und ein verschärfter Verdrängungswettbewerb führen, zusammen mit grundlegenden technischen Innovationsschüben (insbesondere in Gestalt der Mikroelektronik), zu wirtschaftlichen Strukturbrüchen und umfassenden Rationalisierungsbewegungen in zentralen Bereichen der Produktion;
- trotz eines bisher einmaligen finanziellen Reichtums und großer sozialer und ökologischer Bedarfe droht der Gesellschaft, die (Erwerbs-)Arbeit auszugehen;
- die Abschwächung des Wachstums verengt die Verteilungsspielräume und verschärft die Verteilungskonflikte: zwischen Arbeitslosen und Arbeitsbesitzenden, zwischen Beschäftigten in industriellen Kernsektoren und Wachstumsbranchen, zwischen den traditionell Erwerbsarbeit

ausübenden Männern und Beschäftigung suchenden Frauen.

Zudem verändert die „Elastizität“ neuer Produktions- und Informationstechnologien den Charakter technisch-ökonomischer Entwicklungen. Während die klassische Maschine auf die stete Wiederholung eines in sich geschlossenen, gleichen Ablaufs beschränkt bleibt, zeichnet sich die Informationstechnik durch „Flexibilität“ aus. Ein Computer kann heute die Lohnbuchhaltung durchführen und morgen als Kundeninformationssystem fungieren. Entscheidend für diese spezifische gesellschaftliche Formgebung der Technik ist weniger die materielle Ausrüstung (Hardware) als vielmehr das immaterielle Produktionsprogramm (Software). Nicht zuletzt diese Elastizität der Mikroelektronik hat durch die Praxis den bis in die 70er Jahre vorherrschenden Mythos eines technischen Determinismus untergraben. In der sozialwissenschaftlichen und politischen Technikdiskussion bildet sich damit langsam die Erkenntnis heraus, daß Technik in ihrem Charakter redundant ist, das heißt, daß stets mehrere Möglichkeiten technischer Entwicklung und Auslegung existieren, die fallengelassen oder weiterentwickelt werden können. Dieser Selektionsprozeß orientiert sich nur teilweise an immanenten wissenschaftlich-technischen Kriterien. Oft sind die außertechnischen „Orientierungskomplexe“ (Weingart) wichtiger, wobei die ökonomischen Rahmenbedingungen und die Logik der Beherrschung und Kontrolle zentral sein dürften.

Im Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm (Irsee 1986) sowie im Nürnberger Aktionsprogramm „Massenarbeitslosigkeit überwinden – Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“ wird dieser Zusammenhang von technischer Gestaltung und gesellschaftlichen Interessen betont: *„Technik ist wesentlich ein sozial bestimmter Prozeß. In ihn gehen die ökonomischen und sozialen Interessen sowie die kulturellen und politischen Wertvorstellungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ein. Von entscheidender Bedeutung sind die, mit dem Besitz an Produktionsmitteln verknüpften wirtschaftlichen Verwertungsinteressen... Wir sagen ja zur Technik, aber: Wir wollen den technischen Wandel sozial und human gestalten...“*

*Wir wollen den technischen Wandel zum Nutzen von Mensch und Natur gestalten. Wir wollen vermeiden, daß Entwicklung und Einsatz neuer Technologien zu einer weiteren Konzentration von Wissen, Macht und Verfügungsgewalt in immer weniger Händen führt. Wir wollen nicht weniger, sondern*

*mehr Unabhängigkeit für den einzelnen durch die Anwendung moderner Techniken erreichen. Wir fordern daher eine Dezentralisierung der Entscheidungsgewalt und eine gleichberechtigte Beteiligung der Betroffenen bei der Einführung und Anwendung neuer Techniken“ (Parteitag der SPD in Nürnberg, 25. – 29. 8. 1986. Beschlüsse, S. 678 f.).*

In diesen Ausführungen wird die Gesellschaft begriffen als System, in dem Herrschaft aufgrund ungleicher Machtverhältnisse strukturell verankert ist, zugleich jedoch Chancen emanzipatorischer Einflußnahme und Gestaltung gegeben sind. Die prinzipielle Gestaltbarkeit von Gesellschaft eröffnet alternative Technikentwicklungen. Der Irsee Programmentwurf warnt vor der Illusion, daß sich die Chancen neuer Technologien quasi im Selbstlauf ergeben. Technische Innovationen müssen wissenschaftlich und im gesellschaftlichen Diskurs bewertet und bewußt gesteuert werden. Die Gestaltung von Technik wird damit zu einer zentralen politischen Aufgabe. Die im Nürnberger Aktionsprogramm und im Irsee Programmentwurf formulierten politischen Gestaltungsansprüche sind jedoch nicht allein von Staat und Verwaltung einlösbar. Notwendig ist vor allem auch der Ausbau einer vorausschauenden Technikbewertung, um die Diskrepanz zwischen wissenschaftlich-technologischer Problemerzeugung (Herstellen-Können) und vorhandener Problemlösungskapazität (Verantworten-Können) tendenziell aufzuheben.

Angesichts zunehmender Komplexität und weit in die Zukunft reichender Wirkungsketten moderner Technologien mit oft unbeabsichtigten Nebenfolgen wächst der Informations- und Wissenbedarf des Staates, um handlungsfähig zu bleiben und die Weichen für eine ökologische und sozialverträgliche Technikentwicklung stellen zu können. Der Wissenschaft kommt die Aufgabe zu, Orientierungswissen über Chancen wie Risiken neuer Technologien für Politik und Gesellschaft bereitzustellen. Es scheint allerdings ein Paradoxon gesellschaftlicher Umbruchsituationen zu sein, daß in Zeiten des Suchens nach neuen Antworten die Bedeutung wissenschaftlichen Wissens einerseits für politisches Handeln immens an Bedeutung gewinnt, es aber andererseits das Ansehen unbestreitbarer Wahrheit und Eindeutigkeit verliert. Wissenschaft wird tendenziell politisch und damit kontrovers. In der Institutionalisierung eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik liegen Chancen, durch den Austausch gesicherten, aber auch durch die Hinterfragung nicht exakt gesicherten Wissens die Bedin-

gungen vorausschauender Technikbewertung zu verbessern.

Technikbewertung und Technikgestaltung bedürfen der Beteiligung der Betroffenen des technischen Wandels. So formuliert der Irseer Programmentwurf die Notwendigkeit eines „rechtzeitigen Bürgerdialogs über neue technologische Entwicklungen“. Die Zusammenführung von wissenschaftlichem und sozialem Wissen sowie praktischen Alltagserfahrungen bietet eine Chance, gegenwärtige Unübersichtlichkeiten und Unsicherheiten durch den Aufbau neuer Übereinkünfte über die zukünftige Gestaltung der Technik zu überwinden. Der Schock der Atomkatastrophe von Tschernobyl hat die Gefahr eines Auseinanderbrechens wissenschaftlicher und sozialer Rationalität vergrößert. Das macht grundlegende politische Innovationen notwendig, die nicht durch eine technokratische „Kleinarbeitung“ z. B. durch die Einsetzung neuer (alter) Expertengremien und modifizierter Grenzwerte zu erreichen sind. Sonst wächst die Verunsicherung der Bürger weiter, ohne von Wissenschaft und Politik hinreichende Antworten zu erhalten.

Die wachsende Diskrepanz zwischen (ganzheitlichen) lebensweltlichen Anforderungen und (hochspezialisierten) technologisch-wissenschaftlichen Rationalität macht einen offenen und kontinuierlichen Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Bürger notwendig. Die politische und wissenschaftliche Bewertung der technisch-industriellen Risiken ist auf die sozialen Erfahrungen und Zukunftserwartungen der Bürger ebenso angewiesen, wie umgekehrt die Bürger auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Auf eine kurze Formel gebracht: „Wissenschaftliche ohne soziale Rationalität bleibt leer, soziale ohne wissenschaftliche Rationalität blind“ (Beck 1986, S. 40).

Kommunikative Prozesse der Bewertung, Kontrolle und Gestaltung von Technik entwickeln Maßstäbe für eine gesellschaftlich erwünschte Zukunft. Im Irseer Programmentwurf greift die SPD diese Überlegung auf. Technische Innovationen sollen:

- Die Ausübung von Grundrechten nicht gefährden, sondern erleichtern und fördern,
- Räume zur Entscheidung über persönliche Lebensführung öffnen oder offenhalten,
- überprüfbar und revidierbar sein, damit Alternativen realisierbar, neue Entwicklungswege gangbar bleiben,
- fehlerfreundlich sein, also nicht den fehlerfreien Menschen verlangen (Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm ..., S. 47).

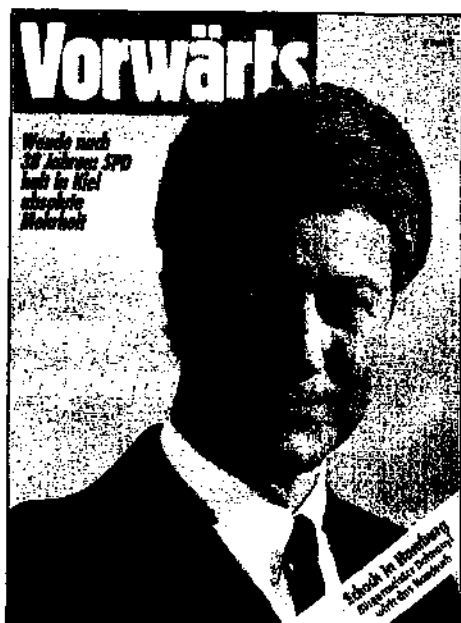
Wo Technik derartigen Bewertungsmaßstäben nicht genügt, wie in der Atomtechnik, insbesondere der Plutoniumwirtschaft, und in Fällen der Gentechnologie, müssen Gesellschaft und Politik eindeutige Grenzen setzen. Politik und staatliche Verwaltungen dürfen allerdings nicht alleine als die bestimmenden Akteure von Technikbewertung, Technikkontrolle und Technikgestaltung gesehen werden. Dies würde auch deren Handlungs- und Innovationskapazität bei weitem übersteigen. Die ökologische Umorientierung und Erneuerung der Volkswirtschaft, die von der Produktidee und der Produktionsplanung über den Produktionsprozeß bis hin zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung der verbrauchten Stoffe reichen muß, wie der Irseer Programmentwurf formuliert – eine gesellschaftspolitische Herausforderung und Gestaltungsaufgabe hoher Komplexität –, ist nur in Kooperations-, Partizipations- und auch Konfliktprozessen zwischen den gesellschaftlichen Kräften auszuhandeln: dem Staat, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Wissenschaft, den Umweltverbänden und den Verbrauchern.

Zur Technikgestaltung gehört in erster Linie eine Strategie der umfassenden Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche vorrangig der Wirtschaft und der Planungs- und Entscheidungsprozesse. Dabei wird die Gesellschaft in dem Maße die Fähigkeit zur Technikbeherrschung entwickeln, wie es gelingt, Technikbewertung und Technikgestaltung als einen fortgesetzten Lernprozeß zu organisieren, als ein partizipatorisches Projekt, auf das sich die Akteure und Beteiligten des technischen gesellschaftlichen Wandels verständigen.

#### Literatur:

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986
- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt: Einleitung zu: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1984
- Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Irsee Juni 1986
- Evers, Adalbert/Nowotny, Helga: Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt 1987
- Parteitag der SPD in Nürnberg, 25. bis 29. 8. 1986. Beschlüsse, Bonn, 1986
- Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, herausgegeben und eingeleitet von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Berlin/Bonn 1984
- Programme der Deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963
- Sieferle, Rolf-Peter: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984

# Vorwärts-Information



## Ja, ich bestelle den Vorwärts

zum monatlichen Bezugspreis von DM 9,— (für Schüler/Studenten gegen Vorlage der Studienbescheinigung monatl. DM 6,30). Diese Bestellung gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich automatisch, wenn ich nicht 6 Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums schriftlich kündige.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen diese Bestellung beim Vorwärts Verlag zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

- Ich zahle: ☐ bargeldlos \*  
☐ gegen Rechnung  
☐ vierteljährlich DM 27,—  
☐ halbjährlich DM 54,—

\* Konto-Nr. und Geldinstitut  
bitte angeben

# Christoph Butterwegge

## Sozialdemokratie und Staat

### Zum Demokratieverständnis des Irseer Entwurfs

*Dr. Christoph Butterwegge M. A., Jahrgang 1951, Diplom-Sozialwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Weiterbildung der Universität Bremen und Lehrbeauftragter an der Universität/GHS Duisburg; Veröffentlichungen zur Staatstheorie und zur Geschichte der Sozialdemokratie.*

Der Staatsteil gehört seit Gotha (1875) zu den Stiefkindern sozialdemokratischer Programmatik. Die SPD tat sich nicht zuletzt wegen der Schwierigkeit, pragmatische Tagespolitik mit einer demokratisch-sozialistischen Zukunftsvision glaubwürdig und überzeugend zu verbinden, immer schwer, ihr Verhältnis zum Gegenwartsstaat und gleichzeitig ihr Staatsziel zu bestimmen.

Das Gothaer Programm war der Versuch, die marxistische Kritik am Klassenstaat mit dem seit Lassalle klar dominierenden Staatsidealismus zu verknüpfen. Marx hat den Programmentwurf in seinen „Randglossen“ scharfsinnig kritisiert, aber zunächst offenbar verkannt, daß ein Parteiprogramm kein wissenschaftlicher Geniestreich sein muß, um richtungweisend zu wirken.

Der Vorwurf, man behandle nicht die Gesellschaft als Grundlage des Staates, diesen vielmehr als selbständiges Wesen<sup>1)</sup>, war durchaus berechtigt und trifft den Irseer Entwurf gleichfalls an einem Schwachpunkt. Zwar heißt es hier, der Staat sei „keine neutrale Instanz, die über allen gesellschaftlichen Interessen schwebt. (...) Der Staat ist, aber nicht notwendig Werkzeug der ökonomisch herrschenden Klassen oder machtvoller Interessengruppen. Er kann auch ein wichtiges Instrument für das Bemühen sein, Gesellschaft und Wirtschaft in Richtung auf mehr Demokratie zu verändern.“ (Irseer Entwurf, S. 13/25)

#### Gesellschaft und Staat – siamesische Zwillinge

Als entscheidender Grund dafür, daß der Staat seinen Herrschaftscharakter verloren habe, wird das parlamentarische Repräsentativsystem genannt: „Dank der politischen Demokratie ist unser Staat

wenigstens kein Klassenstaat mehr, während unsere Gesellschaft noch viele Merkmale einer Klassengesellschaft trägt.“ (Irseer Entwurf, S. 13/26) Zweifellos eröffnete die demokratische Republik der Arbeiterbewegung im Vergleich zum monarchischen Obrigkeitsstaat ganz neue Partizipationsmöglichkeiten. Sie hat jedoch auch Grenzen, hinter denen die Gefahr einer durch Wahlen legitimierten Minderheits-herrschaft lauert. Die formale Rechtsgleichheit der Staatsbürger beseitigt materielle Ungerechtigkeit nicht, sondern verdeckt die seit der „Wende“ ständig wachsende Kluft zwischen „neuen Armen“ und Superreichen, den Gegensatz zwischen Riesenprofiten und Hochrüstung einerseits, Sozialabbau, Schuldenrekorden und Zwangsvollstreckungen andererseits.

Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht, im parlamentarisch-demokratischen Staat sowenig wie in anderen Regierungssystemen; wer als Großunternehmer oder Bankmagnat die Schalthebel der Volkswirtschaft bedient, hat mehr als nur sein Stimmrecht: er übt politische Macht aus<sup>2)</sup>. Diese Erkenntnis des Godesberger Grundsatzprogramms scheint wieder vergessen: Der Irseer Programmentwurf tut so, als sei eine Klassengesellschaft ohne Klassenstaat denkbar, und reißt beide Sphären gerade in dem Moment auseinander, wo sie zu verschmelzen scheinen. Nie waren die Vergesellschaftung des Staates und die Verstaatlichung der Gesellschaft weiter entwickelt als gegenwärtig.

Was Wolfgang Krumbein als „staatsfixierte SPD-Position“ in der NG/FH kritisiert<sup>3)</sup>, reflektiert die Rolle wirtschaftspolitischer Entscheidungen im Rahmen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, ist – wenn man so will – eine Reaktion auf Funktionszuwächse im Übergang zum Wohlfahrtsstaat. Fiele die Staatsmaschinerie bloß für einen Tag aus, bräche das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zusammen. Politik und Ökonomie, Staat und Gesellschaft sind heute nicht nur personell miteinander verzahnt, sondern strukturell so eng miteinander verzahnt, daß man sie gemeinsam untersuchen muß und nicht mehr isoliert verändern kann.

Der Hauptmangel des Programmentwurfs ist kein methodischer, wie Krumbein vermutet, sondern inhaltlicher Natur: Die Realanalyse kommt gegenüber der Ideologiekritik zu kurz, problematischer ist jedoch, daß die Auseinandersetzung mit konkurrierenden Positionen in der Staatsfrage nicht überzeugt. Da der Klassenbezug staatlichen Handelns verlorengeht, fehlt jeder Ansatzpunkt für eine Durchsetzungsstrategie, die sich gegen das Großkapital und seine Herrschaft richten müßte<sup>4)</sup>.

## Neuer Staats- und Demokratiebegriff notwendig

Godesberg, auf dem Gipfel des „Wirtschaftswunders“ entstanden, war durchdrungen vom Glauben an die Krisenfreiheit eines modernen Wohlfahrtsstaates. Seither hat sich das Staatsbewußtsein der Bürger/innen grundlegend verändert: Akzeptanz wich größerer Distanz gegenüber staatlicher Politik, Parteien und Institutionen. Viele Menschen sind kritischer geworden und fragen: Was ist das für ein Staat, der Massenarbeitslosigkeit duldet, Sozialleistungen kürzt und Großverdiener mit Steuergeschenken überhäuft, in dem Unternehmer immer reicher und Erwerbslose immer ärmer werden, wo Jugendliche keine Lehrstelle und Asylsuchende keine Aufnahme finden, Schwangere sich mehr vor peinlichen Verhören fürchten müssen als Atomnager, wo Nazi- und Kriegsverbrecher freigesprochen, Friedensbewegte aber für gewaltfreie Sitzblockaden verurteilt werden? Ist das tatsächlich „unser Staat“? Bedarf es nicht erst tiefgreifender Strukturveränderungen, damit aus der Bundesrepublik ein demokratisch-sozialistisches Grundwerten entsprechendes Gemeinwesen wird?

Im Programmentwurf wird der Wandel des Staatsbewußtseins weitgehend ignoriert, die Kritik am Repräsentativsystem (Stichworte: Bürgerferne, Staats- und Parteienverdrossenheit) nur am Rande registriert und der daraus für eine Oppositionspartei erwachsende Handlungsspielraum überhaupt nicht thematisiert. Politik wird in Zukunft mehr als bisher außerhalb der Parlamente gemacht. Entweder stellt sich die SPD darauf programmatisch ein, oder sie läuft Gefahr, die Aktivbürger der neuen sozialen Bewegungen zu verprellen, statt mit ihnen zusammen einen Reformblock zu bilden und so die konservative Hegemonie zu brechen. Die Sozialdemokratie braucht einen Staats- und Demokratiebegriff, der für andere gesellschaftliche Kräfte (z. B. Bürgerinitiativen) offen ist und keinen Rückschritt gegenüber Godesberg darstellt.

Nicht nur der Sozialstaat<sup>5)</sup>, auch Staatsapparat und parlamentarische Demokratie befinden sich in einer Krise, die neue Fragen aufwirft. Umbaupläne der SPD dürfen sich daher nicht auf die Sozialpolitik beschränken, sondern müssen den staatlichen Willensbildungs- und Entscheidungsmechanismus mit einbeziehen. Obwohl „die Wirkung von Volksabstimmungen in bezug auf gesellschaftliche Reformen durchaus ambivalent ist“<sup>6)</sup>, bleibt das Problem ungenügender Bürgerbeteiligung auf der Tagesordnung. Die Einführung der Verbandsklage, die Gründung von Bürgerausschüssen auf Nachbarschafts-

ebene und Verwaltungsreformen bieten Möglichkeiten, dem Bedürfnis nach „mehr Demokratie“ Rechnung zu tragen, reichen aber nicht aus. Auf die Dauer wird man über bloße Reparaturen am Parlamentarismus hinausgehen und – ungeachtet damit verbundener Risiken – plebiszitäre Formen (Referenden) einführen müssen.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 28
- 2 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Susanne Miller/Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1980, 4. Aufl. Bonn 1981, S. 362: „Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“
- 3 Siehe Wolfgang Krumbein, Hilflöse Staatstheorie. Zum Staatsverständnis im Irseer Programmentwurf, in: NG/FH 2/1988, S. 168
- 4 Vgl. Kurt Neumann, Unser Staat?, Politik in der kapitalistischen Klassengesellschaft, in: Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.), Über Irsee hinaus!, Zur Kritik am Programmentwurf der SPD, 2. Aufl. Berlin (West) 1987, S. 40 f.
- 5 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegg, Die SPD und der Sozialstaat, in: Sozialismus 2/1988, S. 21 ff.
- 6 So Horst Ehmke, Eine alte Frage neu gestellt. Zur Diskussion um die Einführung von Volksabstimmungen, in: NG/FH 3/1988, S. 250

# Paul Kellermann

## Gesellschaftlich erforderliche Arbeit

### Zur Diskussion um einen zeitgemäßen Arbeitsbegriff

*Dr. rer. soc. oec. Paul Kellermann, Jahrgang 1937, ist Professor am Institut für Soziologie der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt; Veröffentlichungen u. a.: „Universität und Hochschulpolitik“ (Hrsg.), Verlag Böhlau, Wien/Köln/Graz 1986; „Arbeit und Bildung III – Zur Interdependanz organisierten Handelns und organisierter Bildung“, Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Klagenfurt 1986.*

#### Anstöße und Ausgänge

Derzeit weist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Industrieländer rund 31 Millionen, für OECD-Europa etwa 19 Millionen Menschen als erwerbslos aus (OECD 1987, S. 18). Sofern nicht paradiesische Zustände erreicht und gesichert sind, muß das Ausmaß an arbeitsfähigen Erwerbslosen – entgangener Nutzen sind Kosten – als ebenso großes Versäumnis von Möglichkeiten und Chancen, als ebenso bedeutsames Vergeuden von Kräften und Fähigkeiten gedeutet werden.

Wie nicht nur alle empirischen Untersuchungen seit über fünfzig Jahren (ich denke dabei an Marie Jahoda u. a. „Die Arbeitslosen von Marienthal“ aus dem Jahre 1933) zeigen, bedeutet die Teilhabe an organisierter Arbeit dem einzelnen weit mehr, als bloß Einkommen zu erhalten: Integration, Kommunikation, Identität; intellektuelle und physische Herausforderung; Strukturierung des Tages- und Lebensablaufs; Ausbildung von emotionalen, kognitiven und psycho-motorischen Erfahrungen etc. Dementsprechend ist Erwerbslosigkeit über den Gesichtspunkt der Vergeudung von Ressourcen hinaus als soziales Problem zu begreifen, das zu seiner Lösung selbst entsprechende Arbeitsanstrengungen erfordert. Überdies verlangte allgemein die Qualität der Arbeitsorganisation zur „Humanisierung“ ebenso wie zur Effizienzverbesserung deutlich mehr Anstrengungen.

Unter Berücksichtigung der aktuellen und offensichtlich sich verschärfenden Probleme, Defizite

und Krisen in Gesellschaft und Natur (gesellschaftliche Konflikte und Kriege, Paralyse von sozialer Integration und Kommunikation, Segmentierungen von Bevölkerungskreisen nach wirtschaftlicher Lage, kulturellem Interesse und Lebensalter, Entstehen bisher unbekannter Krankheiten und Seuchen, Vergiftung der Meere, Seen und Flüsse, von Luft und Boden) kann nicht zu Recht von „paradiesischen Zuständen“ gesprochen werden, also davon, daß der Gesellschaft die Arbeit ausgehe. Das Gegenteil ist richtig: Allein, um den gegebenen Lebensstandard den folgenden Generationen erhalten zu können, ist weit mehr Arbeit zu leisten erforderlich als entsprechend qualifiziert derzeit geleistet wird (Hans Jonas).

Die heute vorherrschenden Phrasen und ideologischen Perspektiven – weniger die manifesten und legitimen Interessen von Unternehmen in kapitalistisch verfaßten Volkswirtschaften – verhindern Erkenntnis und Organisation gesellschaftlich erforderlicher Arbeit. Allen voran macht die Ideologie des Geldes blind: Menschen, die ungestillte Bedürfnisse haben, wird gesagt, es sei kein Geld zum Kauf von Gütern und Diensten da; und Menschen, die Güter und Dienste zum Stillen von Bedürfnissen herstellen beziehungsweise anbieten könnten, wird gesagt, es sei kein Geld zur Bezahlung ihrer Arbeit da. Die Geldideologie spaltet die Einheit des Menschen, sowohl Bedürfnisse als auch Arbeitsvermögen zur Erzeugung von Mitteln der Bedürfnisbefriedigung zu haben.

Die objektive soziale Funktion gesellschaftlicher Organisation der Arbeit ist, einen optimalen Ausgleich von Nachfrage nach und Angebot an Mitteln des Lebens zustandezubringen, wozu Geld als Tauschmittel dient. Geld selbst stillt keinen Hunger, heilt keine Krankheit, baut kein Haus – nur Arbeitsleistungen, die durch Geld gesteuert werden können, bieten die erforderlichen Güter und Dienste. Geld kann solange die erforderliche Steuerung leisten, solange daran geglaubt wird, konsumierbare Gegenleistungen zu erhalten. Insofern ist Geld Ausdruck einerseits von gesellschaftlich geteiltem Glauben (der brüchig werden kann), andererseits von staatlicher Macht (soweit der Staat das Geldmonopol besitzt) zur Organisation von Arbeit. Qualität und Quantität von Geld sind in unserer Zeit die wichtigsten Variablen der gesellschaftlichen Organisation von Arbeitsleistung und damit des relativen Wohlstandes. Wo heute der Tausch von anbieterbaren und nachgefragbaren Gütern und Diensten aus Geldmangel unterbleibt, ist das gesellschaftliche Leben aus Staatsver-



schuldung suboptimal, liegt Vermögen (Arbeit und Kapital) brach.

Was Menschen zur Sicherung und Verbesserung ihrer Lebensumstände brauchen, müssen sie sich erarbeiten. Dieser grundsätzliche Zwang zur Arbeit kann durch natürliche Ressourcen gemildert, infolge widriger Umstände verstärkt werden und mag gesellschaftlich durch ungleiche Beteiligung an den durch Arbeit entstandenen Produkten und Produktionsmitteln verdeckt sein. Er ist aber menschenwesentlich und nicht aufhebbar, da ohne zielgerichtete Anstrengung kein Baby überlebt, kein Winter überstanden, keine Gemeinschaft erhalten – kurz: kein Bedürfnis befriedigt werden kann. Dem Zwang entspricht die Fähigkeit zur Arbeit; Menschen können sich erarbeiten, was sie zum Leben brauchen.

Wie Arbeitszwang und Arbeitsvermögen tatsächlich organisiert sind, hängt von den geschichtlichen Bedingungen – kulturell, wirtschaftlich, politisch – ab. Wie wirksam sie sind, bestimmt sich nach jenen Erfahrungen, in die sie eingebettet sind. Arbeit und gesellschaftliche Erfahrung – also die jeweilige historische Verfassung von Arbeit und Bildung – begründen in ihrer Wechselwirkung das gegebene Befinden einer Gesellschaft.

Sozialwissenschaft ist ebenso wenig wie Wissenschaft allgemein wert- oder politisch neutral. Sie befördert – beabsichtigt oder nicht – benennbare Interessen; täte sie das nicht, wäre sie sozial bedeutungslos. Von ihrer Herkunft – aus französischer Aufklärung, deutschem Idealismus, englischem Pragmatismus –, ist sie intentional dem Allgemeininteresse verpflichtet. Sie ist also – insbesondere an den gesellschaftlich unterhaltenen Hochschulen – objektiv gesellschaftspolitisch bestimmt; dieser Bestimmung zu entsprechen darf als legitimes Recht wie als legitime Pflicht der Wissenschaftler interpretiert werden.

### Die aktuelle Diskussion um „Arbeitslosigkeit“ und „gesellschaftlich notwendige Arbeit“

Zu Beginn dieses Jahres wurde ein Begriff in die öffentliche Diskussion gebracht, dessen Schlüsselcharakter ihn viel früher zum Angelpunkt aller Erörterungen über Erwerbslosigkeit prädestiniert hätte: gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Freilich war dieser Begriff – in der Regel in einem anderen Sinnverständnis – mit Karl Marx in Zusammenhang gebracht worden. Marx verwendete ihn im Kontext der Wertlehre: „Den Teil des Arbeitstages also, worin diese Reproduktion vorgeht, nenne ich notwendige Arbeitszeit, die während derselben ver-

ausgabte Arbeit notwendige Arbeit.“ (Marx 1960, S. 224 f.). Doch heute geht es um anderes: Um jene Struktur und jenes Volumen an Arbeitsaufwand, die zur Befriedigung der historisch gegebenen Bedürfnisse eines sozialen Systems im Sinn seiner Erhaltung und verantwortbaren Entwicklung erforderlich sind.

Im Vorfeld dieses Verständnisses gab „Der Spiegel“ in mehreren seiner ersten Ausgaben dieses Jahres Oskar Lafontaine, dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Saarlandes, anlässlich des Erscheinens seines Buchs „Die Zukunft der Gesellschaft“ Gelegenheit zur Darstellung seiner Ideen. Lafontaine schrieb: „Die notwendige gesellschaftliche Arbeit setzt sich immer aus der Haus- und Familienarbeit, die Versorgung und Erziehung der Kinder eingeschlossen, und der Arbeit zur Herstellung der lebensnotwendigen Güter zusammen ... Der zeitgemäß definierte Arbeitsbegriff umfaßt die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit, die organisierte wie die nichtorganisierte.“ (Der Spiegel 7, S. 40 f.).

Mit seinem Arbeitsbegriff forderte Lafontaine nicht nur Mitglieder seiner Partei, sondern mehr noch der Gewerkschaften heraus. Dies geht vor allem darauf zurück, daß jene politischen Institutionen derzeit unter Arbeit nahezu ausschließlich bloß Erwerbsarbeit, wenn nicht gar nur Lohnarbeit begreifen. Historisch verständlich, meinen sie doch ihre ideologische Basis zu verlieren, falls sie sich auf einen umfassenderen Arbeitsbegriff einließen; geschichtlich sahen und sehen Sozialdemokraten und Gewerkschaften sich ja in erster Linie als Interessenverwalter abhängig Beschäftigter, im Kern wohl industrieller Lohnarbeiter. Aber gerade im Bereich des sogenannten sekundären Sektors werden aufgrund des angestrebten technischen Fortschritts derzeit relativ viele Arbeitskräfte freigesetzt. Lafontaine argumentiert moralisch: „Aber wenn wir mehr Arbeit nicht erreichen, haben wir gleichwohl die Pflicht, für diejenigen, die keine Arbeit bekommen, Lösungen zu finden.“ (S. 42)

Eine der „gefundenen Lösungen“ – Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich – erfuhr ärgerlich, aber verstehbar große Aufmerksamkeit: Verstehbar einerseits, weil Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem Geldausgleich dem abhängig Beschäftigten nicht nur ein relativ freieres Leben, sondern auch wenigstens partiell Teilhabe am Wachstums des gesellschaftlichen Reichtums verschaffte; verstehbar andererseits, da die Interessen der Unternehmen in weltweiter Konkurrenz legitim auf Verringerung der

Faktorkosten aus sind, auch wenn in den letzten Jahren die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die Nettolöhne und -gehälter weit übertrafen. Höchst ärgerlich jedoch, weil diese Diskussion vom Wesentlichen ablenkt.

Im folgenden will ich zu zeigen versuchen, daß Oskar Lafontaine mit seiner Bestimmung des Arbeitsbegriffs auf der richtigen Spur ist, daß er aber nicht tief genug ansetzt. Wegen der Komplexität des Sachverhalts beschränke ich mich dabei auf drei Aspekte: auf die moralische Motivation, das Wort von der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und auf das vorgeschlagene Hauptmittel zur Überwindung der Erwerbslosigkeit, also weitere Arbeitszeitverkürzung.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht verkennt der moralische Ansatz die vorherrschenden Regeln oder Gesetze des Konkurrenzsystems innerhalb wie außerhalb der kapitalistischen Gesellschaften. Im Kapitalismus – und dieses System beherrscht die zumindest ökonomisch mächtigsten Staaten – zählt nichts als Gewinn, also die Verbesserung der eigenen materiellen Existenzbedingungen; das gilt prinzipiell persönlich, betrieblich wie national. Die alte Lehre Herbert Spencers vom „Kampf fürs Leben“ und „Überleben der Bestangepaßten“ beschreibt die Situation ebenso genau wie die Theorie von der Kapitalakkumulation die Entwicklung. Vor diesem Hintergrund muß Morallehre auf die Zukunftsgekommenen wegen ihrer Machtlosigkeit wie Religion wirken.

Die Not von Millionen Erwerbslosen wird heute überwiegend als persönliches Schicksal angesehen. Und die Tatsache der in den vergangenen Jahren gewachsenen, derzeit hohen Erwerbslosigkeit wird als wirtschaftliche Krise begriffen. Obwohl verschiedene Unternehmen, Wirtschaftszweige, Regionen oder gar ganze Volkswirtschaften ökonomische Schwierigkeiten haben, erhöhte sich freilich der Reichtum der in der OECD zusammengeschlossenen Länder stetig. Ich möchte nur eine Zahl angeben: Der durchschnittliche Anstieg des realen Bruttonationalprodukts in allen Mitgliedsländern errechnete sich zwischen 1960 und 1985 mit 3,7 Prozent pro Jahr – das bedeutet fast die Verdoppelung in fünfundzwanzig Jahren (OECD 1987, S. 44). In Anbetracht dieses Faktums läßt sich sagen, daß jene Volkswirtschaften so reich sind wie nie zuvor in ihrer Geschichte.

Inzwischen ist allerdings klar geworden, daß der Berechnung der Wirtschaftsentwicklung zwei sehr bedeutsame Annahmen zugrundeliegen, die nicht so

ohne weiteres akzeptiert werden können, wenn es um die längerfristige Existenzsicherung der Gesellschaft geht: Der auf Bezahlung beschränkte Arbeitsbegriff sowie das Übersehen – oder gar Verdrängen – der Verschwendung und Zerstörung sozialer und natürlicher Ressourcen.

Arbeit nur als Einkommenstätigkeit anzusehen, überbewertet eine einzelne, historische Form organisierter Arbeit. Aber selbstverständlich können wir sehr gut den individuellen Arbeiter – mag es eine Frau oder ein Mann sein – verstehen, dem keine andere Möglichkeit zur Reproduktion seines und seiner Familie Leben verfügbar ist, als seine Arbeitskraft gegen Lohn, gegen Geld zu verdingen. Daß Arbeiter mehrheitlich auf einen beschränkten Arbeitsbegriff fixiert sind, erscheint so leicht einsehbar. Und ebenso können wir die Rationalität einer Firma nachvollziehen, für die im allgemeinen Konkurrenzrahmen von Erzeugung und Handel Arbeit als Produktionsfaktor immer bezahlte Arbeit ist.

Aber aus gesamtgesellschaftlicher Sicht – und diese haben Sozialwissenschaftler ebenso einzunehmen wie Politiker – muß der Kern eines angemessenen Arbeitsbegriffs hierin zu finden sein: Geistige und körperliche Anstrengungen zur Sicherung und Verbesserung individuellen wie sozialen Lebens. Das meint der Ausdruck „Gesellschaftlich erforderliche Arbeit“ (Kellermann 1980). – Ein Beispiel: Wenn das Neugeborene nicht aufgenommen, gefüttert, umsorgt und erzogen wird, kann keine Gesellschaft überleben. Insoweit keine Gemeinschaft war, ist oder sein wird, die ohne Arbeit existieren kann, ist Arbeit der zentrale Punkt des Lebens, ob wir das akzeptieren wollen oder nicht.

Die Vorstellung oder Fiktion, daß das Ausmaß gesellschaftlich erforderlicher Arbeit rückläufig ist, erklärt sich aus der Fixierung an Erwerbstätigkeit im industriellen Sektor der Arbeitsorganisation. Diese mentale oder kognitive Fixierung im Denken über Arbeit hat mehrere ernste Folgen für die einzelne Person, das einzelne Unternehmen, die einzelnen Nationen und dadurch für die Erdgesellschaft insgesamt.

Die einzelnen Personen – besonders die Erwerbslosen – tendieren dazu, eine Haltung gegen produktive Technologien zu entwickeln. Und die Unternehmen beuten aus leicht verstehbaren, aber gesellschaftlich nicht akzeptablem Gewinninteresse die sozialen wie die natürlichen Ressourcen aus. Aber jene Attitüden und Interessen gefährden die „Zukunft der Gesellschaft“. Nun ist jedoch die wesentliche Funktion jener, die sich für das Allgemeinwohl

verantwortlich halten, die soziale Existenz zu sichern; und dies kann durch nichts anderes geschehen als durch die zeitgeschichtlich angemessene Organisation der Arbeit. – Was dies bedeuten kann, will ich im letzten Punkt, in meiner Kritik an dem hauptsächlich vorgeschlagenen Mittel zur Reduzierung der Massenerwerbslosigkeit klarer zu machen versuchen.

Wie jedermann weiß, ist Arbeitszeitverkürzung derzeit das am häufigsten propagierte Instrument gegen Erwerbslosigkeit. Unter Berücksichtigung, daß der industrielle Fortschritt immer mehr Menschen von schwerer körperlicher Arbeit befreite, die Effizienz der Arbeit erhöhte und schließlich die zunächst angezogene Arbeitskraft wieder entließ, scheint der Ruf nach vermehrter Freizeit vernünftig zu sein. Doch durch die Fixierung auf industrielle Arbeit wird allgemein übersehen, daß jene gesellschaftlich erforderliche Arbeit sich ausweitete, die nicht industrialisiert werden kann oder die unbeachtete Folge der Industrialisierung ist.

Die Arbeitszeit zu verkürzen anstatt die gesellschaftlich erforderliche Arbeit zu organisieren, bedeutet (sogar in bloß mittelfristiger Betrachtung), daß sich die Lebensbedingungen verschlechtern. Wie die Gegenwart uns lehrt, haben weder die kapitalistischen noch die nicht-kapitalistischen Länder bei der Behandlung von kollektiv erzeugten und kollektiv zu erleidenden Belastungen Erfolg: Noch vermehrt sich soziale Ungleichheit auf den Gebieten verwertbarer Schulung, Macht und Einkommen regional, ethnisch und religiös; noch schreitet die Vergiftung von Gewässern, Böden und Lüften fort. Hinzu kommen die Probleme, Defizite und Krisen, die weltweit militärische Auseinandersetzung, Bürgerkriege ebenso betreffen wie die Systeme der Wirtschaft oder Epidemien und Krankheiten.

In Bilanzierung von gegebenen und künftigen Bedingungen menschlicher Existenz kann wohl zu Recht behauptet werden, daß nicht der Rückgang an Arbeitsanforderungen das wirklich drängende Problem ist, sondern die Unfähigkeit zur Bestimmung und Organisation gesellschaftlich erforderlicher Arbeit.

#### Zitierte Quellen:

„Der Spiegel“ Nr. 7, 9, 10/1988.

Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt/Main 1978 (erstmalig 1933).

Paul Kellermann: Soziologische Aspekte der Arbeitsmarktpolitik. In: Freimut Duve (Hrsg.): Leben ohne Vollbeschäftigung. Die Zukunft der Arbeit 3. Reinbek bei Hamburg 1980, S. 146–181.

Karl Marx: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin 1960 (erstmalig 1867).

## Christian Leipert Grundfragen einer ökologisch orientierten Wirtschafts- und Umweltpolitik

*Dr. Christian Leipert, Jahrgang 1944, ist Projektleiter im Forschungsschwerpunkt Umweltpolitik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung; Veröffentlichungen u. a.: „Gesellschaftliche Berichterstattung“, Heidelberg 1978; als Hrsg. „Konzepte einer humanen Wirtschaftslehre“, Frankfurt 1982; div. Arbeiten zu Fragen einer ökologischen Fundierung der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik.*

### Ursachen der Umweltkrise

Die vor uns liegende Aufgabe einer Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an das Ziel der Naturverträglichkeit kann nur als gigantisch bezeichnet werden. Es gilt, die gesellschaftlich bestimmenden ökonomischen und politischen Institutionen, vorherrschende Wertvorstellungen und Orientierungsmuster sowie eingefahrene Verhaltensweisen, die sich jahrzehntelang, wenn nicht in der gesamten Entwicklung der Industriegesellschaft bewährt haben, in Frage zu stellen und auszurichten auf die neue Aufgabe einer dauerhaften Naturverträglichkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die heute noch vorherrschenden individuellen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen sowie die Zielorientierungen und Organisationsmuster wirtschaftlicher und politischer Institutionen entstammen einer Zeit, in der Natur, wenn überhaupt, als freies Gut, das im Überfluß vorhanden ist, und als beliebig verfügbares Objekt von Wissenschaft und Technik im Dienste eines auf maximale Produktion ausgerichteten Wirtschaftssystems wahrgenommen wurde. Die heutige Umweltzerstörung und Ressourcenerschöpfung ist – ökonomisch gesprochen – letztlich das Ergebnis eines Wirtschaftsprozesses, in dem Natur weitgehend zum Nulltarif oder – was Rohstoffe und Energiequellen angeht – zu geringen Preisen in Anspruch genommen wurde – und dies in einem Wirtschaftssystem, in dem die einzelnen Unternehmen unter Konkurrenzverhältnissen zur Minimierung ihrer einzelwirtschaftlichen Kosten gezwungen sind.

Dieser Zwang zur Minimierung der einzelwirt-

schaftlichen Kosten bedeutete einen massiven Anreiz zur intensiven Nutzung von kostenlos oder weitgehend kostenlos verfügbaren Produktionsfaktoren wie den Leistungen der Natur und zur maximalen Abwälzung von Kostenelementen auf Dritte, die Gesamtgesellschaft und die Natur, die heute und/oder in der Zukunft belastend wirksam werden. Unter diesen Bedingungen hat sich im Verlaufe des säkulären wirtschaftlichen Wachstumsprozesses, der mit Beginn der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert einsetzte und dessen Tempo sich nach dem 2. Weltkrieg bis Anfang der 70er Jahre spektakulär beschleunigt hatte, in allen Industriegesellschaften ein Produktions- und Konsumstil herausgebildet, dessen umweltbelastende Konsequenzen nach dem Überschreiten bestimmter Schwellenwerte der Belastbarkeit zu einem raschen Anstieg von ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftsprozesses geführt haben.

#### Naturvergessenheit der ökonomischen Theorie

Die neuere ökonomische Theorie spiegelt diesen Prozeß der Naturentfremdung des abendländischen Menschen wider. Man hat von der Naturvergessenheit der ökonomischen Theorie seit der Herausbildung der Neoklassik in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gesprochen. Die Natur spielt dort nur noch die Rolle eines stummen Produktionsfaktors. Der Wirtschaftsprozess scheint in der ökonomischen Theorie zu einer rein menschlichen Veranstaltung geworden zu sein. Die Produktionsfunktion enthält nur noch – wenn man einmal vom technischen Fortschritt abieht – zwei Produktionsfaktoren, Kapital und Arbeit. Der Boden als Standortfaktor, der früher noch explizit als dritter Produktionsfaktor behandelt wurde, wurde unter den Faktor Kapital subsumiert.

Auch die marxistische Theorie des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses nach Marx (der dies noch wesentlich differenzierter sah) blendet die Natur – die doch unerläßliche Grundlage menschlichen Wirtschaftens ist – aus. Sie betrachtet den kapitalistischen Produktionsprozeß ausschließlich als Arbeitsprozeß und als Verwertungsprozeß des eingesetzten Kapitals. Im Vordergrund steht der Gegensatz von Arbeit und Kapital, der in der Ausbeutungstheorie seine theoretische Wurzel hat. Dieser Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital hat in den realen geschichtlichen Auseinandersetzungen seinen Ausdruck wesentlich im Lohnkampf, im Verteilungskampf der Gewerkschaften um einen höheren Anteil der Löhne am Volkseinkommen gefunden.

Dieser Verteilungskampf ist im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Orientierung beider Gruppen auf das Ziel eines höchstmöglichen Wirtschaftswachstums entschärft worden. Hohes Wirtschaftswachstum ermöglichte es den Unternehmern, Lohnerhöhungen zuzugestehen, ohne daß eine Veränderung der Anteile am Volkseinkommen zu Lasten der Kapitaleseite hingenommen werden mußte. Regelmäßige wachstumsbedingte Lohnerhöhungen verminderten auf der anderen Seite den Druck der Arbeitnehmer auf die Gewerkschaften, eine dauerhafte Erhöhung der Lohnquote oder gar eine Veränderung der Vermögens- und Entscheidungsverhältnisse zu erstreiten.

Ökologische Ökonomen haben in den letzten Jahren den Blick auf den Hauptverlierer dieses Verteilungskompromisses gerichtet: die Natur. Die Brisanz des gesellschaftlichen Konflikts, der im Ausbeutungsvorwurf der Arbeiter an die Adresse der Kapitalisten gipfelte, wurde innergesellschaftlich entschärft durch die intensivierte Ausbeutung der Natur durch das sich entwickelnde Wachstumskartell von Kapital und Arbeit.

Auf der Verliererseite stehen freilich nicht nur die Natur und die Lebens- und Umweltqualität der heute lebenden Menschen, sondern auch und vor allem die Lebenschancen der zukünftig lebenden Generationen, denen durch den Prozeß der Umweltzerstörung und des Ressourcenraubbaus zukünftige Optionen beschnitten werden. Als weiterer Verlierer dieser Wachstumskoalition muß auch die 3. Welt bezeichnet werden. Das Wachstum der Wirtschaft und der Einkommen wäre gewiß geringer gewesen, wenn die Industrieländer nicht seit Beginn der industriellen Revolution einen ungehinderten Zugriff auf billige Rohstoffe, Energiequellen, Arbeitskräfte und die Verschmutzungskapazität der Umwelt in der 3. Welt gehabt hätten. Die kommunistische Agitation hat hier schon früh von einer Bestechung des Proletariats der Industrieländer durch die Kapitalistenklasse gesprochen. Der Abschied von revolutionären Hoffnungen, die sich gut marxistisch an das Proletariat richteten, ist häufig mit der Verbürgerlichung und der Anpassung des „inneren“ Proletariats, dessen Einkommensposition auch durch die verschärfte Ausbeutung des „äußeren“ Proletariats in der 3. Welt ermöglicht wurde, an die Wertstandards der kapitalistischen Gesellschaft begründet worden.

Die Verelendungstheorie von Marx trifft dieser Interpretation zufolge zu. Man darf sie nur nicht innergesellschaftlich, sondern muß sie global sehen.

## **Zukunftsziel: Wesentliche Steigerung der Umwelt- und Ressourcenproduktivität**

Der enorme Anstieg der Einkommen, des Lebensstandards und des wirtschaftlichen Wohlstands in den Industrieländern ist durch die Maximierung der Arbeits- und Kapitalproduktivität erreicht worden – also durch die Maximierung der Produktion pro Arbeitskraft bzw. pro Einheit eingesetzten Kapitals. Nicht gesehen wurde, womit dieser historisch einzigartige wirtschaftliche Fortschritt erkaufte wurde: Dem permanenten Anstieg von Arbeits- und Kapitalproduktivität ging – worauf früh schon Herman Daly hingewiesen hat<sup>1</sup> – eine permanente Verschlechterung der Rohstoff-, Energie- und Umweltproduktivität parallel.

Die damit verbundene, seit langem anhaltende Verschwendung von Ressourcen und Umwelt hat dazu geführt, daß nunmehr Leistungen der Natur zum knappsten Faktor einer langfristig nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung geworden sind. Schwerpunkt einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik der Zukunft sollte eine wesentliche Steigerung der Ressourcen- und Umweltproduktivität sein. Erreichbar ist dies jedoch nur mittels einer realen Verteuerung dieses knappsten Faktors, sei es direkt in Form höherer Preise für Rohstoffe, Energiequellen und Leistungen der Natur, soweit sie sinnvollerweise mit Preisen versehen werden können, wie z. B. mittels Abgaben auf Schadstoffemissionen oder Produktsteuern in Höhe der ökologischen und sozialen Folgekosten oder indirekt aufgrund einer geringeren Produktions- und Einkommenshöhe, die mit umweltfreundlichen sowie rohstoff- und energiesparenden Alternativen zu den vorherrschenden Produktions-, Konsum- und Technologiestrukturen verbunden ist.

Man mag es drehen und wenden wie man will, es gibt einen ökonomischen Preis für eine naturverträgliche oder sagen wir es bescheidener: für eine weniger umweltunbesorgte Wirtschaft als die heutige. Im Endeffekt äußert er sich in einem geringeren Realeinkommen der Haushalte, bestenfalls in einem geringeren Anstieg des Realeinkommens, als es bei Fortsetzung des umweltschädlichen Kurses und der dann rascher wachsenden Arbeitsproduktivität möglich wäre.

Die Wachstumsperspektive der Vergangenheit im Sinne des wirtschaftspolitischen Ziels eines maximalen quantitativen Wachstums des Bruttosozialprodukts (BSP) und der Erwartung regelmäßig steigender Einkommen mindestens in Höhe des Anstiegs der Arbeitsproduktivität kann dann nicht län-

ger aufrechterhalten werden. Eine derartige Konsequenz eines Umbaus unserer Wirtschaft auf das Ziel der Naturverträglichkeit ist jedoch von hoher Brisanz für das labile Gleichgewicht zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik, das wesentlich vom Erfolg der Wachstumsorientierung zusammengehalten wird. Bleibt das quantitative Wachstum von Produktion und Einkommen aus, drohen alte Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wieder aufzubrechen, die lange durch die gemeinsame Partizipation am Wachstum überspielt worden sind. Das gesellschaftliche Klima könnte sich im Zuge der sich wieder verschärfenden Verteilungauseinandersetzung verhärteten. Wenn aber nicht mehr aus einer kontinuierlich verfügbaren Wachstumsdividende Zuwächse verteilbar sind, geht es ans Eingemachte. Dann kann eine Verbesserung der einen Seite nur noch zu Lasten der anderen erreicht werden.

Da freilich genügend Erfahrungen vorliegen, daß eine dauerhafte Steigerung der Lohnquote unter den gegebenen institutionellen Bedingungen einer Investitions- und Preissetzungsautonomie der Unternehmen von den Gewerkschaften nicht erkämpft werden kann, könnte es sogar sein – auch darauf hat Herman Daly hingewiesen –, daß ein altes Thema der Arbeiterbewegung wieder hervorgeholt wird: nämlich das Ziel einer Veränderung der Vermögens- und Entscheidungsverhältnisse in der Wirtschaft, von der letztlich eine dauerhaft verbesserte Einkommensposition abhängt. Der soziale Frieden der Wachstumsära würde durch die Artikulation derartiger tiefgreifender Strukturfragen und daran geknüpfter Forderungen nach radikaler Umgestaltung empfindlich gestört.

## **Traditionelle Wachstumsorientierung kollidiert mit dem Ziel einer naturverträglichen Wirtschaft**

Jede der drei an der Wachstumskoalition beteiligten Institutionen – die Unternehmen, die Gewerkschaften und die Politik – hat gute Gründe, an der traditionellen Wachstumsorientierung festzuhalten. Diese kollidiert jedoch mit dem Ziel des Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung auf Naturverträglichkeit. Das heißt nicht, daß eine ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik Wachstum per se ablehnen muß. Wachstum ist nötig zum Aufbau umweltfreundlicher und ressourcenschonender Produktions-, Konsum-, Technologie- und Siedlungsstrukturen. Wir brauchen ein starkes Wachstum im Umweltwissen, in der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien, bei umweltrelevanten Qualifikationen und Ausbildungsgängen, bei der Erfindung sozialer Innovationen, die helfen, die insti-

tutionellen Barrieren auf dem Weg zu einer naturverträglichen Wirtschaft aus dem Weg zu räumen. Aber es muß eben auch viel schrumpfen: Produktionsprozesse, die stark umweltbelastend sind und verschwenderisch mit Energie und Rohstoffen umgehen, ebenso wie umweltbelastende Produkte, Technologien und Nutzungsstrukturen im Verkehr, im Energiewesen, in der Landwirtschaft etc.

Für die strukturpolitische Aufgabe der systematischen und dauerhaften Förderung von umweltfreundlichen Produktions- und Konsumstrukturen und die ebenso systematische und dauerhafte Zurückdrängung umweltfeindlicher und energieintensiver Produktions- und Nutzungsstrukturen ist das traditionelle Wachstumsziel als globale und undifferenzierte Zielgröße kein geeignetes Instrument der Orientierung, der Kontrolle und der Erfolgsmessung mehr. Wirtschaftswachstum wird bekanntlich mittels der Steigerungsrate des realen Bruttosozialprodukts (BSP) gemessen. Dieses umfaßt sämtliche wirtschaftliche Leistungen des Unternehmens- und des Staatssektors eines Jahres, unabhängig davon, welche Rolle sie für die Hebung, Senkung oder Kompensierung von Minderungen der Lebens- und Umweltqualität der Menschen spielen. Eine derartige Aggregatgröße weiterhin in der Rolle der zentralen Zielgröße der Wirtschaftspolitik zu belassen in einer Zeit, die aufgrund des Querschnittscharakters des Ökologieproblems auf differenzierte, strukturorientierte Ziel- und Steuerungsgrößen unterhalb der Ebene globaler Summenindikatoren angewiesen ist, beschwört die Gefahr kumulierender Fehlanzeigen der Wohlstandsentwicklung und wachsender Steuerungsfehler.<sup>2</sup>

Eine Abkehr der offiziellen Wirtschaftspolitik von der ausschließlichen Orientierung an rein ökonomisch-monetär definierten Zielindikatoren, vor allem der globalen Wachstumsgröße, ist freilich bisher noch nicht in Sicht. Dies zeigt gerade wieder besonders deutlich die neuere Diskussion um die Wachstumspolitik nach dem Börsenkrach im Oktober letzten Jahres. So schreiben die fünf Wirtschaftsweisen des Sachverständigenrates in ihrem jüngsten Gutachten, das mit „Vorrang für die Wachstumspolitik“ betitelt ist: „Die breite und grundlegende Verbesserung der Bedingungen, unter denen sich wirtschaftliches Wachstum entfalten kann, muß die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe für die nächsten Jahre sein.“<sup>3</sup> Alle Bereiche der Wirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik seien auf das Ziel Wachstum auszurichten, um die Strukturprobleme zu meistern und die Arbeitslosigkeit langfristig abzubauen.

Kein Wort findet sich in den nationalen und internationalen Analysen und Deklarationen über die Konsequenzen einer verzweifelt nach Mehr-Wachstum, nach höchstmöglichem Wachstum, des BSP strebenden Wirtschaftspolitik für den Zustand der Natur, für die Überlebensfähigkeit der Ökologie, und die damit verbundene Lebensqualität der Menschen. Im Gegenteil: In manchen Kommentaren zum Gutachten werden die geringen umweltpolitischen Erfolge, die bisher erreicht sind, zugunsten einer Verbesserung der Wachstumsbedingungen implizit oder explizit zur Disposition gestellt. So setzt sich der Bundesverband der Deutschen Industrie in seinem Kommentar dafür ein, den Standort Bundesrepublik „zukunftsfähig“ zu gestalten. Unternehmensbesteuerung, Energiepreise, Umweltkosten sowie Löhne und Lohnzusatzkosten hätten die Bundesrepublik inzwischen zum teuersten Standort mit der kürzesten Arbeitszeit werden lassen.<sup>4</sup>

#### **Die Wirtschaftspolitik muß auch gesetzlich auf das Ziel der Naturverträglichkeit verpflichtet werden**

Eine Wende der Wirtschaftspolitik zum Ziel der Naturverträglichkeit setzt praktisch eine Revision bzw. Erweiterung des klassischen wirtschaftspolitischen Zielkatalogs, so wie er im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz niedergelegt ist, voraus. Der Wirtschaftspolitik sollte auch gesetzlich vorgeschrieben sein, daß die von ihr vorgenommenen Maßnahmen neben den im engeren Sinne ökonomischen Zielen auch den Zielen der Wiederherstellung und der Sicherung einer befriedigenden Umweltqualität, die politisch zu definieren wäre, und dem Aufbau rohstoff- und energiesparender und gesundheitsverträglicher Produktions- und Konsumstrukturen verpflichtet sind. Dies bedeutet in der konkreten Durchführung vor allem die Durchforstung aller Produktion und Konsum betreffenden Gesetze auf die Frage hin, inwieweit sie mit dem neuen Ziel der Natur- und Gesundheitsverträglichkeit konform sind oder nicht. Der Politologe Martin Jänicke hat gezeigt, daß die Steuer- und Subventionspolitik des Bundes bis heute diejenigen Branchen und Bereiche, die sich durch ein besonders hohes Ausmaß an Umweltbelastung und Energie- und Rohstoffverbrauch auszeichnen, mit Steuererleichterungen, Zinsvergünstigungen, Finanzhilfen und geldwerten Vorteilen staatlicher Regulierungspraxis fördert.<sup>5</sup> Aufgabe einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik ist es, diesen Sachverhalt sukzessive abzubauen und freiwerdende Mittel in die Förderung umweltfreundlicher und ressourcenschonender Innovatio-

nen und Strukturwandlungsprozesse zu stecken. Über die Schwierigkeit einer solchen Aufgabe unter den heutigen institutionellen Bedingungen sollte man sich freilich keine Illusionen machen.

Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen einer Abstimmung von ökonomischen mit ökologischen Zielen ist der Aufbau eines staatlich gesetzten ökologischen Rahmens, der dafür sorgt, daß die heute herrschenden Preisstrukturen, die weitgehend noch der Ära der Inanspruchnahme von Leistungen der Natur zum Nulltarif entstammen, Schritt für Schritt angepaßt werden an die neue Situation der ökologischen Knappheit. Neben dem traditionellen Instrument der Umweltpolitik, den Auflagen, die zu Kostensteigerungen bei umweltbelastenden Produktionsprozessen und Produkten führen, stehen hierfür das Abgabensystem, soweit Schadstoffe weiter toleriert werden, und die Steuerpolitik zur Verfügung. Steuerpolitische Ansatzpunkte könnten Produktsteuern in Höhe der ökologischen und sozialen Folgekosten und/oder Rohstoff- und Energiesteuern sein.

Für die Erhebung von Rohstoff- und Energiesteuern sprechen mehrere umwelt- und ressourcenpolitische Gründe:

1) Die Marktpreise dieser Grundstoffe spiegeln die langfristige Knappheit dieser insgesamt nur beschränkt vorhandenen Vorräte nicht wider. Eine Anhebung der Preise würde zu erwünschten Einsparungseffekten führen und einen ökonomischen Anreiz zum Aufbau rohstoff- und energieschonender Produktions- und Konsumstrukturen darstellen.

2) Der Einsatz dieser Rohstoffe und Energiequellen im Produktions- und Konsumprozeß ist die Hauptursache für die heutige Umweltverschmutzung und die dadurch ausgelösten ökologischen und sozialen Folgekosten. Die Erhebung von Ressourcensteuern könnte damit teilweise auch der Abgeltung von verbrauchsbedingten Folgekosten dienen.

3) Ressourcensteuern könnten zu einem zentralen Instrument der politischen Steuerung des Ressourcenverbrauchs und damit auch der Umweltverschmutzung werden. Dieser Weg der Kontrolle der Umweltverschmutzung könnte einfacher und effizienter sein als der Weg über die Kontrolle der Abfallprodukte. Man denke nur an die Chemie. Rohstoffe und Energiequellen fallen konzentriert und an wenigen Orten an; ihre Zahl ist überschaubar. Dagegen ist die Zahl der Schad- und Giftstoffe, die bei der Transformation von Energie und Rohstoffen entstehen, unüberschaubar groß und sie fallen zudem feinverteilt auf dem gesamten Erdball an.

## Zielperspektive einer erwünschten Zukunftsentwicklung

Zielperspektive einer erwünschten Zukunftsentwicklung ist eine Wirtschaft, die von den Naturgrundlagen und von den Auswirkungen menschlichen Wirtschaftens auf die Natur her dauerhaft möglich ist, eine Wirtschaft, die die ökologischen Systeme dauerhaft nicht überfordert. Ziel ist also eine (ökologisch) nachhaltige Wirtschaft. Nachhaltigkeit heißt Nutzung erneuerbarer Quellen auf eine Weise, die ihre Regenerierbarkeit und damit ungeschmälerte zukünftige Nutzbarkeit nicht beeinträchtigt. In der Realität – vor allem in der 3. Welt – haben wir eine komplett gegenläufige Entwicklung, bei der Armut und Überlebenswille zur Zerstörung fragiler Ökosysteme zwingt und wo weltwirtschaftliche und interne wirtschaftliche und politische Bedingungen die Erzielung kurzfristiger Gewinne durch wirtschaftliche und politische Machtgruppen zu Lasten langfristiger ökologischer und ökonomischer Verluste fördern.

Eine wesentliche Restriktion einer ökologischen Politik ist es, daß es keine ökologische Kreislaufwirtschaft gibt, oder anders: vollkommenes Recycling ist unmöglich. Ein großer Teil der Energie und der Materie, die umgewandelt und genutzt worden ist, steht endgültig nicht mehr für menschliche Zwecke zur Verfügung. Deshalb ist die Vermeidung oder Reduzierung von Abfällen besser als Recycling. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit des Energiesparens und der Schonung erschöpflicher Ressourcen. Nachhaltigkeit heißt auch, daß eine Minimierung von nicht oder nur ganz langfristig abbaubaren Schadstoffen angestrebt werden sollte. Persistente Stoffe reichern sich im Boden, im Grundwasser, in Pflanzen, in Tieren, im Menschen und in den höheren Luftschichten an mit den daraus resultierenden kurz- und langfristigen negativen Wirkungen auf Ökologie und Mensch.

## Die schwache Position von Langfrist- und Zukunftsinteressen in unserer Gesellschaft

Politisch ergibt sich die Herausforderung einer ökologisch orientierten Politik aus der ihr eigenen Langfrist- und Zukunftsorientierung. Mit Ökonomie assoziiert man immer noch eine Gewinnmaximierung oder Kostenminimierung in der kurzen Frist, die freilich auf dem heutigen Niveau von Produktion und Konsum und unter den vorherrschenden, die Umwelt in starkem Maße beanspruchenden und belastenden Strukturen mittel- und langfristig zu Lasten der Natur, zu teilweise irreversiblen Schäd-

digungen und zum Raubbau an erschöpflichen, nur begrenzt vorhandenen Ressourcen führen. Diese haben dann oft auch ökonomische Nachteile zur Folge, wie steigende Kosten von Trinkwasser oder die Notwendigkeit von Sanierung der Altlasten, Gebäudeschäden oder auch schrumpfende Ressourcenbestände, wie der Rückgang von fruchtbarem Acker- und Weideland und von Waldbeständen. Und sie berühren vor allem zukünftige Generationen.

Spricht man davon, daß Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze darstellen, oder von der anzustrebenden Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie, dann ist damit – wenn es nicht bloß eine politische Parole sein soll – gemeint, daß eine wohlverstandene Ökonomie auch im Blick auf die langfristigen Konsequenzen wirtschaftlichen Handelns betrieben werden soll. Sonst stehen kurzfristig höheren wirtschaftlichen Gewinnen mittel- und langfristig steigende ökologische und soziale Folgekosten eines derartigen kurzfristigen ökonomischen Handelns gegenüber – Folgekosten, die kurzfristige Zusatzgewinne unumweltschädlicher Produktion weit übersteigen können.

Langfrist- und Zukunftsinteressen haben es in unserer Gesellschaft, die sowohl eine Wirtschafts- und Konsumgesellschaft als auch eine pluralistische Gesellschaft der Interessengruppen ist, schwer. Denn einerseits können sich die zukünftigen Generationen, die von den heutigen, oft kurzfristigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen besonders betroffen sein werden, nicht selbst an den heutigen Verteilungsauseinandersetzungen beteiligen; auch die Anwälte ihrer Interessen unter den heute lebenden Menschen verfügen über keine oder nur wenig wirksame Druckmittel und über keinerlei Vetomacht. Man denke nur an die Vetomacht hochspezialisierter Berufsgruppen wie die der Fluglotsen und vergleiche diese mit den Einflußmöglichkeiten von Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen. Hier könnte freilich eine Stärkung von Natur- und Zukunftsinteressen mit den Mitteln des Rechts wei-

terhelfen, z. B. durch die Einführung der Verbandsklage und eines neuen Haftungsrechts, das eine Gefährdungshaftung für produktbedingte Umwelt- und Gesundheitsschäden und eine neue Regelung der Beweislast vorsehen würde.

Die Negierung von Zukunftsinteressen wird ferner durch den Umstand erleichtert, daß die ökologischen Katastrophen, die bei einer Fortsetzung der heute weltweit herrschenden Trends von Naturverbrauch und Umweltbelastungen in die Zukunft nicht ausbleiben werden, von vielen aufgrund des schleichenden und nicht-linearen Charakters der Umweltschädigung und aufgrund der für menschliche und vor allem politisch-parlamentarische Begriffe sehr langen Zeitdimensionen ökologischer Prozesse und letztlich aufgrund des hohen Maßes an Unwissen über die tatsächlichen langfristigen Risiken der Umweltgefährdung für Mensch und Natur als bloße Behauptung oder als Katastrophengeschrei abgetan werden können. Von der Landwirtschaft ausgebrachte Schadstoffe brauchen z. T. Jahrzehnte, um in das Grundwasser zu gelangen. Schwermetalle und organische Verbindungen können Jahrzehnte im Boden gebunden sein, bevor sie aufgrund neuer Bedingungen schwere Schädigungen an Vegetation und im Grundwasser auslösen können.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Daly, H. E., *Steady-State Economics*, San Francisco: W. H. Freeman 1977
- 2) Vgl. hierzu näher: Leipert, C., *Folgekosten des Wirtschaftsprozesses und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*, IUG-Rep 87-22, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1987
- 3) Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Vorrang für die Wachstumspolitik*, Jahresgutachten 1987/88, Stuttgart und Mainz: Kohlhammer Verlag 1987
- 4) Vgl. FAZ vom 24. 11. 1987, Wirtschaftsteil
- 5) Jörncke, M., *Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft*, München-Zürich: Piper Verlag 1986



# Alfons L. Ims

## Die SPD, ihre Grundwerte und die Nord-Süd-Politik

### Ein Beitrag zur Diskussion um das neue Grundsatzprogramm

*Alfons L. Ims, Jahrgang 1949, Diplom-Mathematiker, ist freiberuflich in der entwicklungspolitischen Erwachsenenbildung und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit tätig.*

#### Das Dilemma

Die Sozialdemokraten befinden sich in einem grundlegenden Dilemma: Nach ihrem ideologischen Selbstverständnis empfinden sie einerseits eindeutig Solidarität mit den unterdrückten und ausgebeuteten Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern und wollen ihr Handeln auch an dieser (notwendigen) Solidarität ausrichten. Andererseits sind sie aber als Teil der kapitalistischen Industriegesellschaft in Strukturen eingebunden, die a) von ihnen wesentlich mitgestaltet wurden und werden, die b) die Ausbeutung des Südens wesentlich mitbewirken und die c) mit dieser Ausbeutung gewachsen sind und sich verfestigt haben. Da diese Strukturen Teil der „Basis des erreichten Wohlstands“ (VII, 3, 4)<sup>1</sup> sind, haben sie ein objektives Interesse an deren Fortbestehen.

Denn die „Verelendungsthese“: „die kapitalistische Wirtschaft ... schuf Abhängigkeit statt Freiheit, Ausbeutung statt Gleichheit, Verelendung statt Brüderlichkeit“ (I, 3), galt für den Frühkapitalismus allgemein und gilt heute in immer stärkerem Maße im Weltmaßstab, was das Verhältnis zwischen den Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt betrifft. Sie gilt auch für die Situation innerhalb der meisten Länder der Dritten Welt, wo die einheimischen Eliten das Erbe der Kolonialherren angetreten haben.

Bei uns jedoch von Ausbeutung und Verelendung zu reden, ist – trotz Massenarbeitslosigkeit und aller Formen neuer Armut – angesichts des wachsenden Mittelstandes und der immer kleiner werdenden Arbeiterschicht sowie den Zuständen in der Dritten

Welt Hohn und gehört in die Mottenkiste. Bei uns geht es um Sicherung und Ausbau des sozialen Netzes, um Sozialpartnerschaft, um 35-Stunden-Woche und 6-Stunden-Normalarbeitstag, um Videorecorder und Zweitwagen; in der Dritten Welt geht es ums Überleben im Elend, um Klassenkampf, Folter und Mord bei gewerkschaftlicher Betätigung, um Unterdrückung und Verhungern.

Dieses Dilemma (Solidarität der Made im Speck) gilt es mittels einer umfassenden Nord-Süd-Politik aufzulösen. Falls dies nicht gelingt, kann man der SPD mit gutem Recht in einem wesentlichen Aspekt ihrer Politik Unglaubwürdigkeit vorwerfen. Im Irreer Entwurf um ein neues Grundsatzprogramm fehlt es durch alle Themen hindurch nicht nur an klaren Aussagen, es fehlen Visionen. Im vorliegenden Beitrag wird der Versuch unternommen, einige Aspekte einer solchen Vision bezüglich der Lösung des Nord-Süd-Problems aufzuzeigen. Zunächst sollte klar sein, daß die hierzu notwendige Nord-Süd-Politik mehr sein muß als Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungshilfeprojektpolitik.

#### Von der Entwicklungshilfe zur Nord-Süd-Politik

Die Diskussion über unsere Beziehungen zur Dritten Welt ist landläufig in unzulässiger und politisch zuweilen in geradezu lächerlicher Weise auf die Diskussion über Wohl und Übel der staatlichen Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungsprojektpolitik beschränkt. Unsere Auseinandersetzung mit der Nord-Süd-Problematik ist bis auf den heutigen Tag auf die Entwicklungshilfe der Industriestaaten an die Entwicklungsländer konzentriert, während die Wirtschafts-, Agrar-, Finanz-, Technologie-, Außen- und Sicherheitspolitik etc. im Windschatten dieser eingeengten Diskussion ihr entwicklungspolitisch zerstörerisches Werk fast unbeachtet fortsetzt.

So wird in Konkurrenz mit anderen Politikbereichen das entwicklungspolitische Anliegen oft beeinträchtigt, wenn nicht gar verhindert. Von daher sind im Sinne einer widerspruchsfreien Politik gegenüber den Entwicklungsländern, die verschiedenen Politikbereiche aufeinander abzustimmen und zu einer miteinander logisch verzahnten Nord-Süd-Politik zusammenzuführen.

Es darf nicht mehr nur darum gehen, in Afrika Brunnen zu bohren (was richtig oder falsch sein kann) oder für Nicaragua zu spenden (was richtig und wichtig ist), sondern Nord-Süd-Politik bedeutet Änderung aller Politikbereiche, die den Süden betreffen. Nord-Süd-Politik bedeutet letztendlich eine gewaltige Strukturänderung bei uns.

Ein Anfang könnte darin bestehen, daß dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in all diesen Bereichen mehr Mitspracherecht eingeräumt wird – bis hin zur Übertragung der Entscheidungskompetenz. Der Vertreter bundesdeutscher Regierungspolitik wäre dann z. B. nicht mehr nur der Finanz-, sondern, bezüglich internationaler Belange, verstärkt der BMZ-Minister, und hätte nicht mehr ausschließlich finanzpolitisch, sondern verstärkt entwicklungspolitisch zu entscheiden. Des weiteren könnte durch eine erhebliche Ausweitung seiner Kompetenz das BMZ zu einer Art Außenwirtschaftsministerium aufgewertet werden. Der Vorschlag zur Stärkung des BMZ bleibt jedoch zunächst einmal an der Oberfläche, da durch ihn die Politikentscheidung selbst nicht berührt wird. Durch seine Verwirklichung würde aber zumindest eine organisatorische Voraussetzung zur besseren Umsetzung einer Nord-Süd-Politik geschaffen.

### Die Grundwerte gelten auch für die Menschen in der Dritten Welt

Richtschnur für eine solche (neue) Nord-Süd-Politik sind auch hier die Grundwerte des demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wenn man SPD-Mitglieder fragt, ob diese Grundwerte national oder international gelten, werden mindestens 90 % der Befragten im Bruston der Überzeugung und mit einem Verweis auf die internationalistische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung antworten: „Natürlich gelten sie international“. Sie finden auch Belege hierfür im Irseer Entwurf: „Ziel des Sozialismus war und ist es... auf der Grundlage allgemeinen Wohlstands *jedem* Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu ermöglichen“ (I, 5); „Freiheit ist für uns die Freiheit eines *jeden*...“ (II, 5, 1); „Die Forderung nach Gerechtigkeit gründet sich auf die gleiche Würde *aller* Menschen“ (II, 6, 1)<sup>2</sup>.

Doch was würde es bedeuten, wenn die Grundwerte konsequent international verstanden würden? „Freiheit für wenige wäre Privileg... Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht“ (II, 5, 1).

Als erste Konsequenz ergibt sich, daß wir erst dann frei sein können, wenn auch die Menschen in der Dritten Welt frei sind. Denn solange zwei Drittel der Menschheit sich in „entwürdigender Abhängigkeit“ befindet, solange ist unsere Freiheit Privileg. Die Verwirklichung von deren Freiheit wird somit eine Voraussetzung zur Verwirklichung unserer Freiheit.

„Gerechtigkeit... verlangt... die gleiche Chance der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung... mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur“ (II, 6, 1). Gleiche Chancen für alle und Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Macht! Was würde passieren, wenn die Entwicklungsländer die Chance bekämen, ihre Rohstoffe selbst zu verarbeiten? Was würde passieren, wenn Kapital und Macht getrennt werden würden und bezüglich der internationalen Finanzpolitik in Weltbank und Währungsfonds das Prinzip: „Ein Land – eine Stimme“ gelten würde? Was würde geschehen, wenn ein Viertel der Weltbevölkerung nicht mehr vier Fünftel der Energie verbrauchen dürfte?

„Solidarität endet nicht an unserer Staatsgrenze, auch nicht an den Grenzen Europas. Sie gebietet, daß auch den Menschen in der Dritten Welt das Überleben gesichert und ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird“ (II, 7, 5). Werden die beiden Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit konsequent international verstanden, dann wird diese Aussage zur Solidarität fast überflüssig. Denn unser Eintreten für die Menschen in der Dritten Welt ist keine Frage der Freundlichkeit oder Solidarität, die „gebetet“, daß... , sondern konsequenterweise eine Verpflichtung, die bereits aus den Grundwerten Freiheit und Gerechtigkeit resultiert.

### Ein Widerspruch zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität oder Eigeninteresse existiert nicht! – Oder doch?

Was geschieht nun, wenn die Forderung nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch und gerade für und mit den Menschen in der Dritten Welt in Widerspruch zu unserem Eigeninteresse gerät? Wir haben bereits gesehen, daß Freiheit für die Menschen in der Dritten Welt Voraussetzung für unsere Freiheit ist und somit in diesem Fall kein Konflikt bestehen dürfte. Bei der Frage: „Gerechtigkeit für die Menschen in der Dritten Welt und/oder Eigeninteresse“ liegen die Dinge nicht so eindeutig. Wie sollte z. B. entschieden werden, wenn sich bei näherem Hinsehen ergeben würde, daß unser Wohlstand (auch) auf einer ungerechten Entlohnung der Arbeit der Menschen in der Dritten Welt beruht, bzw. wenn die Verwirklichung der Gerechtigkeit für die Menschen in der Dritten Welt bei uns ans „Eingemachte“ ginge?

Zum Verhältnis von Solidarität und Eigeninteresse hilft uns wieder der Entwurf: „In einer Zeit, in

der Nord und Süd gleichwohl immer mehr zu einer Welt zusammenwachsen, können die Interessen des einen Teils der Welt nicht länger ohne schweren Schaden auf Kosten des anderen durchgesetzt werden. Wird kein besserer Ausgleich der Interessen gefunden, wird weltweit und zu Lasten aller mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch der Friede und damit unsere eigene Zukunft gefährdet. Wir haben nicht die Wahl zwischen Eigeninteresse und Solidarität“ (VII, 4, 2). Langfristig ist also Solidarität eine friedenspolitische Notwendigkeit und somit in unserem Eigeninteresse. Doch der Teufel steckt im Detail bzw. wird in der praktischen Politik sichtbar. Kurzfristig kann es sehr wohl zu Widersprüchen kommen, insbesondere wenn Veränderungen in der Dritten Welt „die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die weltwirtschaftliche Position der Bundesrepublik beeinflussen“ (VII, 4, 1).

Wenn nun also die Nord-Süd-Politik das eingangs beschriebene Dilemma zu lösen hat, folglich in dem beschriebenen, umfassenden, ressortübergreifenden Sinne verstanden werden muß und drittens auf den Grundwerten basieren soll, ist zu prüfen, ob und wie sich dies bezüglich ihrer beiden Hauptaspekte: Friedens- und Wirtschaftspolitik auswirkt.

#### Nord-Süd-Politik ist Friedenspolitik

Für die Sichtweise: Nord-Süd-Politik = Friedenspolitik wurde eben bereits eine Begründung genannt: der Ausgleich zwischen Nord und Süd ist eine friedenspolitische Notwendigkeit. Hinter dieser Sichtweise steht die Erkenntnis, daß nicht nur Krieg zu Hunger und Elend führt, sondern auch umgekehrt Hunger und Elend zu Krieg führen. Von daher ist Nord-Süd-Politik, die Hunger und Elend beseitigen will, „Kriegsverhinderungspolitik“.

Es ist ein Verdienst der SPD, immer wieder auf diese Verbindung hinzuweisen: „Wir sehen in der Verelendung von Entwicklungsländern eine Gefahr für den Weltfrieden“ (III, 5, 1). Doch bei diesem Hinweis bleibt es dann meist. Die Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms bietet die Möglichkeit klarzustellen, daß nach Auffassung der Sozialdemokraten der Nord-Süd-Konflikt, resultierend aus kolonialistischer und neokolonialistischer Ausbeutung, Unterdrückung und (Zins-)Versklavung, den gleichen friedensgefährdenden Sprengstoff enthält wie der Ost-West-Gegensatz. So sollte, analog dem Konzept einer Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten (II, 2), im neuen Grundsatzprogramm ein Konzept (die Vision) für eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit dem Süden enthalten sein.

Beide Politikfelder, Ost-West- und Nord-Süd-Politik, müssen gleichberechtigt nebeneinanderstehen, denn es ist nicht einzusehen, warum der Frieden mit dem Osten eine andere Qualität haben soll als der mit dem Süden.

Man könnte einwenden, daß die Bedrohung aus dem Osten größer sei als die aus dem Süden. In der Tat steht uns im Osten ein gleich mächtiger Partner gegenüber, was angesichts unserer Wirtschaftsmacht vom Süden nicht behauptet werden kann. Da aber „Gerechtigkeit . . . mehr Gleichheit in der Verteilung von . . . Macht“ (s. o.) verlangt, ist diese Position nicht haltbar. Frieden ist nicht teilbar in einen östlichen, der durch vertrauensbildende Maßnahmen und militärische Abrüstung und einen südlichen, der durch Festhalten an kolonialistischen Machtstrukturen zu erreichen ist.

Von daher müssen wir „mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln jene Kräfte unterstützen, die überholte Besitz- und Machtstrukturen verändern und Demokratie durchsetzen wollen“ (III, 5, 3). Dies gilt zum einen für die „in vielen Ländern des Südens wirtschaftlich, politisch und militärisch herrschenden Kasten und Klassen, die zu politischen und sozialen Reformen gedrängt oder entmachtet werden müssen“ (III, 5, 3) und andererseits für all jene bei uns, die von dieser Unteilbarkeit des Friedens nicht überzeugt sind und an „überholten Besitz- und Machtstrukturen“ bei uns festhalten wollen.

#### Nord-Süd-Politik als Wirtschaftspolitik oder: Der Wohlfahrtsstaat auf Weltebene

Wenn nun Nord-Süd-Politik Friedenspolitik ist, dann ist, analog der Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten und der damit verbundenen *massiven militärischen Abrüstung* (beider Seiten), eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Süden am ehesten durch eine *massive wirtschaftliche Abrüstung* (des Nordens, d. h. auch bei uns) zu verwirklichen.

Diese wirtschaftliche Abrüstung ergibt sich als Konsequenz aus der Verpflichtung gegenüber dem Grundwert „Gerechtigkeit“ und dessen mangelnder Verwirklichung bezüglich der Nord-Süd-Beziehungen. „Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; ihr Sinn ist es, das menschliche Dasein zu sichern und zu bereichern. Nach Meinung der Sozialdemokraten ist sie so zu organisieren,

- daß sie die Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgt und den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilt . . .
- daß sie Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung ermöglicht . . .“ (VII, 1, 1).

Ich unterstelle, daß diese Aussagen wiederum nicht rein national zu verstehen sind, sondern sich auch auf den internationalen Kontext des Nord-Süd-Verhältnisses beziehen. Konsequenterweise lautet dann die Forderung: Schaffung eines *Wohlfahrtsstaats auf Weltebene*. Um hierzu fähig zu sein, muß Wirtschaftspolitik in vielen Bereichen zunächst einmal (wieder?) handlungsfähiger werden.

### Nationale Politik und Internationalisierung des Kapitals

Nationale Politik stößt sehr schnell an Grenzen; so könnte man fast meinen, Karl Marx hätte nicht gesagt: „Proletariat aller Länder“, sondern „Kapitalien aller Länder vereinigt Euch“. Denn während der erste Aufruf an den Adressaten offensichtlich fast ungehört vorbeigegangen ist, hat sich das Kapital inzwischen sehr wohl inter- und transnational organisiert. „Nationalstaaten werden hilflos, wo sie sich weltwirtschaftlichen Prozessen und internationalen Kapitalbewegungen gegenübersehen, die von nationaler Politik kaum noch zu beeinflussen sind und sich bisher internationaler Kontrolle oder Steuerung entziehen“ (Präambel, 9).

„Den Kräften des internationalen Kapitals stehen bisher weder interregional noch international politische Instanzen gegenüber, die stark genug wären, wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu steuern“ (VII, 2, 2). D. h. um handlungsfähiger zu werden, muß der Internationalisierung des Faktors Kapital eine Internationalisierung der Politik gegenübergestellt werden. Dies kann auf vier Ebenen (gleichzeitig) geschehen: a) im Rahmen der Vereinten Nationen, b) im Zusammenhang mit der Europäischen Einheit, c) durch konsequente Unterstützung der Süd-Süd-Kooperation und d) durch „Internationalisierung“ der nationalen Politik.

### Internationalisierung der Politik durch Stärkung, Demokratisierung und Entkolonialisierung der Vereinten Nationen

In den Absätzen, die der Internationalen Gemeinschaft gewidmet sind<sup>3</sup>, findet sich keine programmatisch umsetzbare Aussage bzgl. einer „internationalen Kontrolle oder Steuerung“ bzw. eines Aufbaus „interregional oder international politischer Instanzen“, deren es doch nach dem eben Gesagten so dringend bedarf.

Im neuen Grundsatzprogramm könnte es heißen<sup>4</sup>:

„Die Vereinten Nationen bieten ein Forum, auf dem zur Sprache kommen kann, was die Regierun-

gen und oft auch ihre Völker bewegt oder bedroht, auf dem weltweite oder regionale Vereinbarungen vorbereitet und gefördert werden können. Wir sehen in solchen Vereinbarungen eine Möglichkeit, Bedrohungen des Friedens, wie sie sich aus der Verelendung des Südens ergeben, abzuwenden und das Zusammenleben der Völker sicherer zu machen. Durch sie kann auch der Verlust an Handlungsfähigkeit ausgeglichen werden, den nationale Regierungen gegenüber sich verselbständigenden weltwirtschaftlichen Prozessen und transnationalen Kapitalbewegungen erlitten haben. Sie können und müssen aber auch zu einem Instrument des Ausgleichs des strukturellen Ungleichgewichts zwischen dem Norden und dem Süden werden.

Die Bedeutung der Vereinten Nationen wird in dem Maße wachsen, wie für globale Gefährdungen und Aufgaben auch globale Ansätze und Instrumente notwendig werden. Um im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität handlungsfähig und somit diesen Anforderungen gerecht werden zu können, müssen die Vereinten Nationen und die vielfältigen, mit ihnen direkt oder indirekt verbundenen Organisationen durch eine gründliche Reform neu strukturiert werden. Dies bedeutet auch Entkolonialisierung und Demokratisierung insbesondere der Organisationen, die von den Reichen beherrscht werden und die über die Armen bestimmen, insbesondere das GATT, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds“.

Einen größeren Handlungsspielraum des Faktors Politik gegenüber dem Faktor Kapital könnte auch erreicht werden, indem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gestärkt würde. Die ILO könnte bei der Verwirklichung des *Wohlfahrtsstaats auf Weltebene* eine wichtige Rolle übernehmen. Allgemeinverbindliche Richtlinien für das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital könnten bei ihr erarbeitet werden. Für deren Einhaltung „sind internationale Gerichtshöfe zu schaffen, vor denen sich die multinationalen Unternehmen bei schwerwiegenden Rechtsverletzungen zu verantworten haben“<sup>5</sup>.

Das System der Dreigliedrigkeit der ILO könnte auch Pate stehen bei der Reformierung und Demokratisierung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Bei der ILO ist das nationale Stimmrecht dreigeteilt: zur Hälfte wird es vom Faktor Politik und je zu einem Viertel vom Faktor Arbeit und vom Faktor Kapital ausgeübt. Übertragen auf den IWF würde dies bedeuten, daß zwar einerseits das Prinzip Kapital = Macht (Einlagen = Stimmrecht) beibehalten werden würde, andererseits jedoch – fast revolu-

tionär – neue Koalitionen (und somit Entscheidungen) möglich wären.

### In der EG liegt die Zukunft

„Um sich behaupten zu können und Spielräume zu gewinnen, braucht die Bundesrepublik Deutschland die regionale Zusammenarbeit ... Unsere außenwirtschaftliche Abhängigkeit konzentriert sich ... auf Europa ... In diesem Wirtschaftsraum ... liegt unsere Zukunft“ (VII, 3, 1) und 3). Die Frage ist, wie ein politisch geeinigtes Europa auch für die Menschen in der Dritten Welt eine Zukunft sein kann.

Es ist richtig: In Europa „liegt unsere Zukunft“. „Deshalb erstreben wir ein System mit eigener europäischer Währung, die sich gegenüber anderen Leitwährungen behaupten kann“ (VII, 3, 3). Inwiefern ist sichergestellt, daß diese neue (Leit?)-Währung für die Länder des Südens nicht nur eine weitere „Leidwährung“ wird? Um dies zu verhindern, wäre es denkbar, daß durch eine Erweiterung des Lomé-Abkommens der ECU für die AKP-Staaten eine ähnliche Rolle übernehmen könnte, wie der französische Franc gegenüber dem Franc CFA (der Währung der frankophonen afrikanischen Länder mit einem festen Kurs zum FF von 1 : 50).

In Europa liegt unsere Zukunft: „Deshalb muß der gemeinsame Agrarmarkt im Interesse der Verbraucher und der Bauern so neu geordnet werden, daß die natürlichen Lebensgrundlagen Europas keinen Schaden leiden“ (VII, 3, 3). Der gemeinsame Agrarmarkt muß auch im Interesse der Menschen im Süden geändert werden, denn es ist widersprüchlich und irrsinnig, wenn einerseits mit BMZ-Geldern landwirtschaftliche Produktionsbedingungen verbessert werden sollen, andererseits die Produzenten ihre Produkte nicht vermarkten können, weil die EG ihre Überschüsse auf dem Weltmarkt oder vor ihrer Haustüre abkippt. Es ist ein Widersinn, wenn hochsubventioniertes EG-Rindfleisch, mit Produktionskosten in Höhe von 2 500 bis 3 000 \$ pro Tonne, auf dem Weltmarkt für runtersubventionierte 1 000 \$ verkauft wird, derweil Argentinien als traditionelles Fleischexportland, mit Produktionskosten von 1 200 \$ pro Tonne, nicht weiß, wo es die für die eigene Entwicklung (und den Schuldendienst) notwendigen Devisen erwirtschaften soll. Es darf nicht sein, daß wir unsere Agrarprobleme auf dem Rücken der Entwicklungsländer lösen wollen.

### Unterstützung der Süd-Süd-Kooperation

Genauso wie für uns ein politisch geeintes Europa neue und größere Handlungsspielräume öffnet, ist

eine verstärkte Zusammenarbeit der Entwicklungsländer geeignet, der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitals Paroli bieten zu können. Somit ist es „gemeinsame Aufgabe von West und Ost, den Völkern des Südens Wege freizumachen ... zu regionalen Zusammenschlüssen, die ihren Bedürfnissen entsprechen und ihnen international mehr Einfluß geben“ (III, 5, 2).

„Regionale Zusammenschlüsse können die Stellung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft stärken und im Wege der Vereinbarung neue Regeln für wirtschaftliche Zusammenarbeit durchsetzen, die einen Interessenausgleich zwischen Ländern unterschiedlicher Entwicklungsstufe, Größe, Gesellschaftsordnung und Kultur und damit eigenständige Entwicklung ermöglichen. Regionalisierung der internationalen Beziehungen behindert die globale Zusammenarbeit nicht. Sie kann gerechte globale Vereinbarungen erleichtern und fördern durch gemeinsame und dadurch wirksamere Interessenvertretung benachteiligter Regionen“ (VII, 4, 9).

### „Internationalisierung“ der nationalen Politik

Unter dieser auf den ersten Blick eher widersprüchlichen Überschrift soll der Versuch verstanden werden, die nationale Politik so weit wie möglich international operationabel zu machen. Der Faktor Kapital hat sich war transnational organisiert, doch ist er bezüglich Stammkapital, Firmensitz, Mutterunternehmung etc. immer noch national. Somit bestehen auch nationale Handlungsspielräume, die ausgereizt werden können.

Es ließe sich z. B. unsere nationale Gesetzgebung so ändern, daß über die Muttergesellschaft transnationaler bundesdeutscher Unternehmen deren Töchterniederlassungen in der Dritten Welt mitkontrolliert werden könnten. In einem SPD-Beschluß von Nürnberg heißt es z. B.: „Rechtsverletzungen von Konzernen in den Ländern der Dritten Welt müssen auch in den Industriestaaten strafrechtlich verfolgt werden können“. Oben wurde bereits auf die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Gerichtshofes hingewiesen. „Die nationalen Regierungen müssen verpflichtet werden, die Urteile dieses Gerichtshofes durch die zuständigen nationalen Organe zu vollstrecken“<sup>6</sup>.

Unser Betriebsverfassungsgesetz könnte so erweitert werden, daß die Bildung transnationaler Betriebsräte möglich wird. Der Faktor Kapital entscheidet über die Belange in den Tochterunternehmen in der Dritten Welt. Der Faktor Arbeit muß an diesem Entscheidungsprozeß beteiligt werden. Den

transnationalen Unternehmen könnte eine Informationspflicht auferlegt werden; z. B. Pflicht zur Vorlage einer Weltbilanz. Subventionen und Steuererleichterungen könnten an die Art und Weise des Auslandsengagements geknüpft werden (z. B. Übernahme und Einhaltung der Sozialklausel). All diese Möglichkeiten bestehen, jedoch bedarf es zu ihrer Umsetzung des politischen Willens.

Wir alle wissen, daß die Länder der Dritten Welt durch Kolonialismus und Neokolonialismus in ein System internationaler Arbeitsteilung eingezwängt wurden, das uns einerseits billige Rohstoffe und andererseits Absatzmärkte für unsere teuren Fertigprodukte bietet. Wir wissen auch, daß dies zu „Unterschieden in Einkommen und Vermögen“ führt. Inwiefern jedoch diese Zusammenhänge, Verfall der terms of trade, „Leistungen fördern, die den Freiheitschancen aller zugute kommen“, ist äußerst fraglich und die seit nunmehr 20 Jahren geführte Diskussion um eine Neue Weltwirtschafts- und Sozialordnung zeigt, daß Menschen in der Dritten Welt alles andere als einer „freien Zustimmung“ hierzu fähig sind.

#### „Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gesellschaft“ – weltweit

Spätestens bei der Problematik Arbeitsplatz wird auch das internationale Verständnis des Grundwertes Solidarität arg in Mitleidenschaft gezogen. So werden z. B. die Stahlarbeiter in Korea, obwohl sie angesichts der Qualität ihres Arbeitsplatzes dringend darauf angewiesen wären, nicht als potentielle Solidaritätspartner gesehen, mit denen die deutschen Stahlarbeiter gleiche Interessen haben, sondern als Konkurrenten, die uns die Arbeitsplätze klauen.

Willy Brandt bezeichnet in der Einleitung zum Bericht der Nord-Süd-Kommission „die Nord-Süd-Beziehungen als die große soziale Herausforderung unserer Zeit“ und es ist, frei nach dem Godesberger Programm, „der Widerspruch unserer Zeit, ... daß der Mensch die Produktivkräfte aufs höchste entwickelte, ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne“ auch den Menschen in der Dritten Welt „einen gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen“. Wenn sich dies in dieser Klarheit und in seiner ganzen Tragweite endlich auch in den Köpfen der Sozialdemokraten festsetzen würde, bekäme die Nord-Süd-Politik, zumindest in den eigenen Reihen, endlich das Gewicht, das ihr zusteht.

#### Anmerkungen

1. Wenn keine weiteren Angaben gemacht werden, beziehen sich die Zitate auf den Inseer Entwurf; dabei wurde folgende Zitierweise gewählt: die erste (römische) Ziffer benennt das Kapitel, die zweite Ziffer benennt die Zwischenüberschrift und die dritte Ziffer gibt den Absatz unter dieser Zwischenüberschrift an.
2. Hervorhebungen vom Verfasser.
3. III, 6, 1 und 2; sie sind, vielleicht mit Ausnahme des ersten, deskriptiven Satzes, so allgemein gehalten, daß sie auch in einem CSU-Grundsatzprogramm stehen könnten.
4. Vergleiche III, 6, 1 und 2.
5. Vergleiche Beschluß des Nürnberger Parteitag vom August 1986.
6. Vergleiche Beschluß des Nürnberger Parteitag vom August 1986.

## Jörg Becker Die verschlafene Revolution Zum grenzüberschreitenden Datenverkehr

*Dr. Jörg Becker, Jahrgang 1946, ist Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule in Darmstadt; er ist Wissenschaftlicher Direktor der Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung mbH KomTech in Frankfurt.*

1978 fand im spanischen Badeort Torremolinos die erste internationale Konferenz über „Transborder Data Flow“ (TDF; grenzüberschreitender Datenverkehr) statt, organisiert vom Intergovernmental Bureau for Informatics (IBI) mit Sitz in Rom. In den Konferenzdokumenten von IBI, einer Sonderorganisation der UNESCO mit weitreichend eigenständiger Sonderstatus, hieß es, daß weltweit gemeinsame Anstrengungen nötig seien, um die durch TDF jedes Land berührenden Probleme zu untersuchen und zu lösen. Dem Problem einer Balance zwischen dem Prinzip der „free circulation of information“ und den zu schaffenden notwendigen Regulierungen habe die höchste Aufmerksamkeit zu gelten. Insbesondere seien die politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und juristischen Dimensionen zu beachten.

Speziell die Situation der Länder der Dritten Welt müsse in solchen Debatten berücksichtigt werden, da das sehr ungleiche technische Niveau zwischen Industrie- und Entwicklungsländern besondere Probleme und Spannungen mit sich bringe.

Diese SPIN I genannte Konferenz (= Strategies and Policies for Informatics) sollte mit einer SPIN II-Konferenz ihren Nachfolger 1984 in Kuba haben. Die SPIN II-Konferenz fand jedoch bislang nicht statt; vielmehr zerstritten sich über den Austragungsort dieser Konferenz die beiden IBI-Mitglieder Kuba und Frankreich mit der Konsequenz, daß Frankreich 1984 seinen Austritt aus dem IBI erklärte. Während IBI gegenwärtig vor allem im arabischen Raum neue Mitglieder einzuwerben versucht, um seine internationale Legitimation überhaupt noch aufrechterhalten zu können, ist in der Bundesrepublik weder Politikern noch Wissenschaftlern ausreichend klar, was TDF, was IBI, was eigentlich die ganze Debatte ist und soll.

Die UNESCO-Sonderorganisation IBI ist eine auf lateinamerikanische und auf die romanischen Länder Westeuropas bezogene internationale Organisation mit Mitgliedschaften auf Regierungsebene. Die USA, England, die BRD und die sozialistischen Länder waren nie Mitglieder von IBI; asiatische Staaten sind kaum vertreten; relativ erfolgreich war IBI mit seinen Anwerbungsaktivitäten in Schwarzafrika; bis vor kurzem von F.A. Bernasconi, dem argentinischen Generaldirektor geleitet, „leidet“ IBI nach wie vor an dem Merkmal, eine im wesentlichen lateinamerikanische Organisation zu sein. Dieser kurze Abriss über IBI führt zu einer ersten These über TDF:

### These 1

Der grenzüberschreitende Verkehr mit Daten wird zukünftig von strategischer Bedeutung für den außenwirtschaftlichen Handlungsraum sämtlicher Länder werden. Im Sinne einer antizipierenden, also weitsichtigen Politik der internationalen Technologiefolgenabschätzung haben dies die relativ weit industrialisierten Länder Lateinamerikas bereits frühzeitig erkannt und sich dafür ihr eigenes Politikforum geschaffen. Vom Westen boykottiert, von Akademikern im Westen unbeachtet, von den sozialistischen Staaten Osteuropas lediglich mit verunsicherter Distanz wahrgenommen, ist IBI, diese aus der Dritten Welt selbst kommende Initiative, nach nur kurzer Dauer tot. TDF-Diskussionen haben sich inzwischen in andere internationale Gremien verlagert. Hier sind auch die inhaltlichen Themen anders,

hier liegen dann auch wieder die altbekannten westlichen Dominanzstrukturen vor.

In einer sehr eng gehaltenen IBI-Definition ist TDF „die grenzüberschreitende Bewegung von Daten und Informationen zur Verarbeitung und Speicherung in Computer-Systemen“ (Transborder Data Flow 1980). Diese Definition gibt dem Laien jedoch keinerlei Möglichkeit, den Umfang, die Art und Qualität, die Reichweite und Folgen von TDF richtig einschätzen zu können. Erst wenn man diese Formel anhand einiger Beispiele mit Leben erfüllt, kann eine politische Einschätzung von TDF geleistet werden. Einige bereits verwirklichte Beispiele von TDF sollen hier weiterhelfen:

- Hausfrauen auf Barbados arbeiten an Terminals in ihren privaten Wohnungen (Büroarbeit, Rechnungswesen, Buchhaltung) (über Satelliten verbunden) direkt für Bürounternehmen mit Sitz in den USA.
- Wenn einem Unternehmen die Datenschutzgesetze in seinem eigenen Land zu streng (investitionshemmend) erscheinen, dann werden solche Daten über internationale Leitungen gern in Rechner in einem Land mit schwachen oder nicht vorhandenen Datenschutzgesetzen ausgelagert.<sup>1)</sup>
- Das interne, innerpolnische Buchungssystem bei Flugreservierungen wird auf einem Rechner in Atlanta gespeichert und gerechnet.
- Die Feuerwehr in Malmö hat in ihren mobilen Einsatzwagen Terminals, die die exakten Daten des zu bekämpfenden Brandherdes melden. Die Rauchdetektoren in den Industrieanlagen sind über Satellit mit einem Großrechner in Ohio verbunden, der den Terminals in den Feuerwehrautos optimierte Feuerlöschvorschläge anweist.
- Kanadische Studien gehen davon aus, daß jährlich viele tausend Arbeitsplätze in Kanada aufgrund von intensivem TDF mit den USA in dieses Land abwandern.
- Die negative Handelsbilanz der EG aufgrund von TDF mit den USA steigt jährlich an.
- Das schwedische Möbelhaus IKEA baut gegenwärtig ein weltweites flexibles Informationssystem auf, dem alle ca. 80 Filialen angeschlossen sind. Die täglich stattfindende Kombination der Verkaufsdaten aller Filialen erlaubt der schwedischen Konzernzentrale, Produktion, Auslieferung und Marketing ihrer Produkte sowohl filialspezifisch als auch global optimal aufeinander abzustimmen.
- „Remote sensing satellites“ in Kombination mit leistungsfähigen Datenbanken geben den daran

interessierten Industriekreisen in westlichen Industrieländern Aufschluß über noch nicht entdeckte Bodenschätze und Rohstoffvorkommen in Ländern der Dritten Welt, ohne daß dies die davon betroffenen Länder wüßten.

- Die westlichen Großbanken transferieren täglich auf elektronischem Wege rund 400 Mrd. Dollar quer „über“ den Globus. Elektronische Steuerhinterziehung in großem Ausmaß durch die Banken scheint als Kavaliersdelikt verstanden zu werden.

Diese Beispiele, die sich mühelos vermehren ließen, stellen den Anfang des Aufbaus globaler Informationsnetze dar. Sie sind deswegen als noch im Aufbau befindlich zu bezeichnen, weil eine kompakte Kombination der für ein solches System notwendigen drei Systemebenen noch nicht gegeben ist:

1. telekommunikative Verbindungen (Seekabel oder Satelliten),
2. computergestützte Netze,
3. Endgeräte.

Insbesondere der hoch-kompetitive, „wilde“ Endgerätemarkt ist noch eine Schwachstelle solcher globalen Informationsnetze. Trotz dieser Einschränkungen zeigen die Beispiele, daß sich TDF auf alle internationalen Transaktionen von Produktion, Handel, Werbung, auf alle Branchen, sogar auf die Situation des Individuums in seinen eigenen vier Wänden bezieht. Damit berührt TDF ökonomische, politische, soziale, juristische und kulturelle Belange. Im Gegensatz zur und in einer bewußt politischen Erweiterung der engen TDF-Definition durch IBI soll das Charakteristische von TDF in einer zweiten These formuliert werden:

## These 2

TDF ist Ausdruck einer radikalen Veränderung der gesamten internationalen Arbeitsteilung. Als orts- und zeitunabhängiges und höchst flexibles internationales Informations- und Kontrollsystem hebt TDF tendenziell den Unterschied zwischen innen und außen, also zwischen dem eigenen souveränen Nationalstaat und einem fremden Staat auf. Mit dieser Durchlässigkeit von innen und außen brechen traditionelle politische oder juristische Steuerungsmomente in sich zusammen. Internationale Politik wird insgesamt weniger steuerungsfähig. Effektive Handlungsmöglichkeiten, besonders auch für die Dritte Welt, ergeben sich im wesentlichen nur noch auf dem Endgerätemarkt.

Wie die meisten, an einer Hand abzuzählenden wissenschaftlichen Arbeiten in der BRD über TDF

zeigen, speist sich bundesdeutsches Interesse an diesen Fragen aus einer völlig anderen Denkrichtung und Interessenlage, nämlich aus der Tradition des Datenschutzes für personenbezogene Daten. Hessens weltweite Vorreiterrolle – es war weltweit das erste Land mit einem Datenschutzgesetz – steht hierfür exemplarisch. Der Grundgedanke des Datenschutzes wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1983 über eine geplante Volkszählung noch einmal sehr deutlich: Dem Datenschutz geht es um die „informationelle Selbstbestimmung“ des Individuums, um einen juristisch und verfassungsrechtlich abgeleiteten Schutz des einzelnen vor demokratisch nicht zu legitimierenden Kontrollzugriffen durch staatliche Behörden. In dieser Tradition sind auch die entsprechenden Resolutionen des Europarates und anderer europäischer Gremien über TDF und Menschenrechte zu verstehen.

Auch wenn der Datenschutzgedanke natürlich seine Relevanz für Länder der Dritten Welt hat<sup>2)</sup>, so verkürzt er die TDF-Problematik doch um wesentliche Aspekte: 1. Der Anteil grenzüberschreitender und zugleich personenbezogener Daten wird auf nur wenige Prozent eingeschätzt. Rund 2/3 aller TDFs bestehen aus nicht-personenbezogenem Daten- und Informationsaustausch von Banken, Versicherungen und dem Verkehr zwischen der Zentrale von Töchtern von transnationalen Konzernen. 2. Der Schutzgedanke des einzelnen vor einem übermächtigen Staat greift gerade für viele Länder der Dritten Welt zu kurz, da sich hier – aus anderen Traditionen kommend – zusätzlich auch ein Schutzgedanke von Kollektiven entwickeln mußte. 3. Eine juristische Diskussion von TDF kann die ökonomischen Implikationen für neue Formen der internationalen Arbeitsteilung nicht fassen. Aus diesen Überlegungen folgt eine dritte These:

## These 3

Wird TDF in der internationalen Politik aus der juristischen Perspektive des Datenschutzes betrachtet, so erhält eine solche Diskussion allzu leicht Vernebelungscharakter, da unter diesem Blickwinkel infrastrukturelle Veränderungen der globalen Ökonomie nicht gesehen werden können.

Eine weitere Denktradition, die sich intensiv mit TDF beschäftigt hat, geht auf das kritische Engagement der Blockfreien Bewegung und der Gruppe der 77 innerhalb des US-Systems und das der Studentenbewegung und kritischer Wissenschaftler Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre in den westli-



chen Industrieländern zurück. Es waren deren Aktivitäten, die die Bedeutung der transnationalen Konzerne für Länder der Dritten Welt kritisch beleuchteten. Und in diesem Zusammenhang konzentrierte sich das Interesse recht bald auf Fragen der Direktinvestitionen von transnationalen Konzernen in Ländern der Dritten Welt. Es war auch die Absicht des im UN-System verhandelten „Code of Conduct on Transnational Corporations“, solche Direktinvestitionen zu regeln – doch bei solchen Absichten ist es bislang geblieben; der „Code of Conduct“ hat sich längst im UN-Gestrüpp festgefahren. Da die wesentlichen Akteure von TDF transnationale Konzerne sind, da auch Direktinvestitionen über TDF abgewickelt werden, mußte sich das politische und wissenschaftliche Interesse des bei der UNO ansässigen „Centre on Transnational Corporations“ in New York (UNCTC) recht bald auf TDF-Politik konzentrieren. Es war und ist besonders dem dort arbeitenden westdeutschen Wissenschaftler Karl Sauvant zu verdanken, daß inzwischen zahlreiche empirische Grundsatz- und Länderstudien über TDF erarbeitet werden konnten. Eine Vielzahl politischer Gründe (Entwicklungsmüdigkeit, Wendepolitiken, Verschuldung der Dritten Welt, Entpolitisierung der Wissenschaftler in den USA und West-Europa, Zunahme oberflächlicher Systemvergleichsdiskussionen à la „Marktwirtschaft vs. staatliche Planwirtschaft“) hat im Vergleich zu Anfang der 70er Jahre eine kritische Diskussion über die Rolle der transnationalen Konzerne in den internationalen Beziehungen – und damit auch über TDF – inzwischen erstickt. Daraus folgt als vierte These:

#### These 4

TDF kann in all seinen Dimensionen nur adäquat verstanden werden, wenn gleichzeitig auch das fördernde/hindernde Entwicklungspotential von transnationalen Konzernen analysiert wird. Das kulturpolitische Klima in der Bundesrepublik ist gegenwärtig jedoch so beschaffen, daß kaum eine Institution stark genug ist, eine solche Diskussion ungestraft zu überstehen.

Von kanadischen Erfahrungen ausgehend, wo der sog. Clyne-Report an die Regierung bereits 1979 davor warnte, daß eine Zunahme von TDF mit den USA die kanadische Souveränität untergrabe, erhielt die TDF-Diskussion in den letzten Jahren einen neuartigen Akzent dadurch, daß westeuropäische Länder ihre steigende Abhängigkeit bei TDF von den USA registrierten. Mit dieser Diskussionsverlagerung war den TDF-Diskussionen zwar einer-

seits die politische Sprengkraft einer Grundsatzdiskussion im Nord-Süd-Konflikt genommen, andererseits machte sie zunehmend auch Spannungen im nordatlantischen Bündnis sichtbar. Während ein hoher US-Beamter aus dem Telekommunikationsbereich bereits am 15. 1. 1978 in der „Washington Post“ einen Artikel unter der Überschrift „The Coming Information War“ mit Stoßrichtung gegen die EG veröffentlichte, vermittelten einige Datenbankgutachten von Jürgen Schulte-Hillen der in der BRD interessierten Öffentlichkeit einen Einblick über die TDF-Abhängigkeit der BRD von den USA. Einige Stichworte hierzu:

- Bestimmte US-amerikanische Datenbanken sind Kunden aus der BRD verschlossen;
- die meisten Daten in bundesdeutschen Datenbanken sind US-amerikanischen Ursprungs;
- einige US-amerikanische Datenbanken enthalten mehr Forschungsarbeiten aus der BRD als die entsprechenden Datenbanken in der BRD;
- die Klassifizierung und Re-Klassifizierung der US-amerikanischen Daten, die als sicherheitsrelevant eingestuft werden, nimmt zu und behindert immer mehr den freien Fluß von High-Tech-Daten aus den USA in die BRD.

Diese nun neuartigen Konfliktformationen bewirkten, daß innerhalb der USA hinter den Kulissen TDF zu harten Auseinandersetzungen zwischen der Export- und Importindustrie und zwischen dem Verteidigungs- und dem Außenministerium führt(e), daß zwischen der EG und den USA TDF hinter den Kulissen zu enormen Spannungen im Co-Com (Coordinating Committee for East-West-Trade-Policy) und bei den Bedingungen für den Technologietransfer beim SDI-Projekt führt(e).

Von hochrangiger politischer Seite wurde dieser Konflikt innerhalb des nordatlantischen Bündnisses in der BRD öffentlich erstmals durch einen Vortrag von Peter Glotz auf einer Tagung in der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 1986 thematisiert. Sieht man von der sehr spezifischen historisch-kolonialen Qualität des Verhältnisses im Nord-Süd-Konflikt ab (obwohl das theoretisch unzulässig ist), dann zeigt sich zumindest oberflächlich, daß die Bundesrepublik bei TDF gegenüber den USA mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hat, wie die Dritte Welt gegenüber den westlichen Industrieländern: Souveränitätsverlust, Verlust der kulturellen Identität, Zunahme von Außensteuerung und Verwundbarkeit, steigende negative Handelsbilanz, Zunahme an ökonomischer, finanzieller und technischer Außenpenetration, passiv-reaktive Rolle in

der internationalen Arbeitsteilung, usw. Diese Zusammenhänge und Überlegungen führen zu einer fünften These:

#### These 5

In vielen Fragen der High-Tech-Politik, und das gilt besonders für TDF, steckt jede bundesdeutsche Position in einem Glaubwürdigkeitsdilemma: Man kann der Dritten Welt schlechterdings keine radikale free-flow-Position aufzwingen, wenn man in seinem eigenen Verhältnis gegenüber den USA zu einer anderen, differenzierten Politik gezwungen wird. Aus der Sicht der Bundesrepublik impliziert eine konsistente TDF-Politik die kritische Auseinandersetzung mit dem Konfliktpartner USA und berührt damit Fragen einer Europäisierungsstrategie. Aus Angst davor, in eine Position des „Anti-Amerikanismus“ abgedrängt zu werden, scheut sich ein Großteil der westdeutschen Öffentlichkeit, diese Debatte offensiv und öffentlich zu führen.

Wird TDF also immer mehr zu einem ökonomischen und technischen Konflikt der westlichen Industrieländer untereinander, so kann es nicht wundern, wenn die wichtigsten Debatten hierüber seit vielen Jahren in der OECD geführt werden (im übrigen ohne besonders aufmerksame oder engagierte Beteiligung der BRD). Frei von allen politisch-moralischen Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt kann dieses Gremium TDF-Regeln so entwickeln, wie es dem kollektiven Interesse der Industrieländer paßt. Hier ist es eigentlich nur das stets „gaullistische“ Frankreich (sei es konservativ oder sozialistisch), das Grundsatzdebatten über Souveränität, amerikanische Dominanz, nationale Selbstbestimmung usw. initiiert. Es ist auch Frankreich zu verdanken, daß die 1985 verabschiedeten „OECD Guidelines on TDF“ eine Formel enthalten, „to promote access to data and information related services“. Dieses hier propagierte „Recht auf Zugang“ zielt natürlich auf US-amerikanische Datenbanken, stammt als Argumentationsmuster aber übrigens aus der von der Dritten Welt und der Blockfreien Bewegung initiierten Debatte um ein „Right to Communicate“.

Dieser kleine Zusatz in der OECD-Deklaration – in der BRD als Sieg der EG über die USA apostrophiert – darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentlichen Auseinandersetzungen um TDF in der gegenwärtigen Uruguay-Runde der GATT stattfinden werden. Denn nach US-amerikanischen Vorstellungen und dem dazugehörigen Druck soll diese Runde ganz wesentlich von der Deregulierung des

Dienstleistungssektors (Bankwesen und Versicherung, Telekommunikation, Datenverarbeitung usw.) geprägt werden. Das aber läuft im Prinzip auf eine weltweite Liberalisierung von TDF hinaus.

Gegenwärtig scheinen die Vorbereitungen für diese GATT-Runde so auszusehen, daß die EG-Staaten dieser Liberalisierung bereits zugestimmt haben<sup>3)</sup>. Die dadurch mögliche Penetration Westeuropas durch US-amerikanisches Kapital wird enorme Folgen für die Industrie- und Arbeitsmarktpolitik der EG-Staaten mit sich bringen. Aus der Dritten Welt scheinen sich innerhalb des GATT bislang nur noch Brasilien und Indien gegen die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs zu wehren. Der indische Finanz- und Handelsminister Vishwanath Pratap Singh führte dazu aus: „Dienstleistungen umfassen sowohl das Bank- und Versicherungswesen als auch Beerdigungsinstitute und das Friseurhandwerk. Gegen eine Liberalisierung der Friseure hätten wir nichts einzuwenden. Aber unsere Banken sind nicht nur Finanzinstitutionen, sondern auch ein Teil unserer Sozialpolitik.“

Gegen das protektionistische Informatikgesetz Brasiliens vom Oktober 1984 und gegen die nach Meinung der US-Regierung protektionistische Politik der Deutschen Bundespost hat die Regierung der USA inzwischen politische und juristische Schritte eingeleitet. Es kann davon ausgegangen werden, daß der Widerstand Brasiliens und Indiens im GATT durch eine Politik des „Teile-und-Herrsche“ demnächst gebrochen wird: Bei kleinen Zugeständnissen der USA im Bereich des weltweiten Güteraustausches (Textilprodukte) dann eine Liberalisierung der Dienstleistungsprodukte durchgesetzt. Am GATT-Konflikt läßt sich eine sechste These festmachen:

#### These 6

Außenwirtschaftspolitik ist der Bereich, der sich am stärksten der Steuerung eines Nationalstaates in einer spezifischen politischen Richtung entzieht. Opportunismus und Pragmatik beherrschen dieses Feld und müssen es oft beherrschen. Aus diesem Grunde gibt es in der Außenwirtschaftspolitik keine prinzipiellen Differenzen zwischen der SPD, der CDU und der FDP. Allen Parteien ist das Argumentationsmuster: „Der Export sichert unseren sozialen Fortschritt“ eine Grundlage ihres Handelns. Da TDF jedoch die neue internationale Arbeitsteilung derart verändern könnte, daß die BRD marginalisiert wird, könnte dieses Argument in sein Gegenteil umschlagen: „Die Exportabhängigkeit der BRD verhindert sozialen Fortschritt“.

Eine erste, soeben fertiggestellte empirische Untersuchung über die institutionellen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungsfaktoren für TDF in der Bundesrepublik Deutschland kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß TDF für die Bundesrepublik gegenwärtig kaum von Bedeutung sei, und wenn, dann auch nur für einige ökonomische Sektoren. Zwar sei die Zahl der Mieteitungsverbindungen für Datenübertragung zwischen 1978 und 1985 von knapp 200 auf mehr als 1 400 gestiegen, habe der Bestand an Datenübertragungseinrichtungen in diesem Zeitraum von 65 000 auf 286 000 zugenommen, doch liege der Auslandsverkehr gleichbleibend bei nur rund 1 %.

Eine solche Argumentation, die sich im wesentlichen auf das quantitative Verkehrsvolumen von TDF stützt, könnte leicht zu vorschnellen, relativistischen Schlußfolgerungen über die gesellschaftliche Relevanz von TDF führen. Denn in der Tat vermittelt sich diese Relevanz sehr viel weniger über die Quantität als die Qualität von neuartigen, grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Daß am 4. 9. 1987 beim ersten Fernverkauf per Satellitenfernsehen zwischen Frankreich und Japan nicht nur ein französisches Schloß, sondern auch drei Paar Damenstrümpfe für DM 120 verkauft wurden – noch dieses absurde Beispiel von TDF läßt ahnen, welche qualitativ neuartigen Veränderungen des internationalen Handels ins Haus stehen.

Wenn die genannte TDF-Studie zu dem Schluß kommt, daß die zukünftige Bedeutung von TDF im wesentlichen von der zukünftigen Qualität der Fernmeldeinfrastruktur, den Zugangsbedingungen zu ihr und der Quantität zukünftiger Informationsquellen abhängig sei, so stimmt das nur teilweise. Sehr viel wichtiger für die Relevanz des zukünftigen TDF ist die Frage, wie sich die Qualität sozialer Beziehungen verändern wird, sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab.

Spät, sehr spät hat der Deutsche Gewerkschaftsbund dieses Problem erkannt. Von Mitarbeitern der IG Metall, traditionell die westdeutsche Gewerkschaft, die die meisten Erfahrungen in der internationalistischen Gewerkschaftsarbeit aufzuweisen hat, wurde vor kurzem eine Studie unter dem Titel „Informationen ohne Grenzen“ vorgelegt. In dieser Studie geht es nicht um den quantitativen Umfang von TDF, wohl aber um die qualitativen Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung. Bestürzt kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß TDF den Unternehmen neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet (Flexibilisierung, Rationalisierung,

Zentralisierung der Entscheidungen, zunehmende Abhängigkeit der Zulieferindustrien usw.) und daß gleichzeitig eine erhebliche Paritätsverschiebung im Arbeitskampf zuungunsten der Gewerkschaften stattfindet. Aus solchen Überlegungen folgt schließlich eine generelle und siebte These:

### These 7

Die gegenwärtig erst beginnende Zweite Industrielle Revolution wurde von den sozialstaatsorientierten Interessengruppen (besonders die Gewerkschaften, die Sozialdemokraten und die Kirchen) bislang verschlafen. Es ist eine erst jetzt beginnende Zweite Revolution, weil die technische Entwicklung der Produktivkräfte erst jetzt eine umfassende Ökonomisierung der Ware „Information“ ermöglicht. Ihrer Tradition entsprechend haben sich die genannten Interessengruppen bislang lediglich auf Umstrukturierungsprozesse am Arbeitsmarkt konzentriert, ohne zu sehen, daß diese Zweite Revolution sämtliche gesellschaftlichen Sektoren, auch das Feld der Internationalen Beziehungen, verändern wird. Erst eine die Einzelaspekte zusammenfassende Politikperspektive könnte es diesen Gruppierungen ermöglichen, eine Strategie für das Überleben des Wohlfahrtsstaates in den 90er Jahren zu entwickeln.

### Anmerkungen

1. Ein interessanter Fall von Umgehung des Datenschutzgesetzes im Lande Baden-Württemberg zeigte sich im Sommer 1987. Nachdem die Landesbeauftragte für den Datenschutz dieses Bundeslandes, Frau Dr. Ruth Leuze, in ihrem 2. Tätigkeitsbericht von 1981 eine sehr detaillierte und umfangreiche Dokumentation vorgelegt hatte, warum das in Mannheim ansässige Zentralinstitut für Seelische Gesundheit bei Speicherung und Verarbeitung der Personaldaten von psychisch Kranken gegen das Datenschutzgesetz von Baden-Württemberg verstößt, überraschte dieses Institut die Öffentlichkeit im Mai 1987 mit der Meldung, daß es seine Forschungen in Zukunft mit Daten aus dem Psychiatrischen Fallregister Dänemarks durchführen werde. Da das Danish Ethical Committee und der Danish Board of the Psychiatric Case Register diese Forschungsarbeiten genehmigten, ist davon auszugehen, daß das dänische Datenschutzgesetz „weicher“ ist als das in Baden-Württemberg (Zentralinstitut 1987).
2. Nach mir vorliegenden Informationen wurde das von der schwedischen Firma Ericsson in Zambia vor kurzem neu installierte Telefonnetz bewußt und von Anfang an so konzipiert, daß das zambische Informationsministerium die Kontrolle darüber hat, wer landesweit mit wem telefoniert.
3. Weder aus der Presse noch aus der wissenschaftlichen Literatur ist ersichtlich, welche Position die sozialistischen GATT-Mitglieder (Kuba, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn) und die um eine Mitgliedschaft bemühte UdSSR hier einnehmen.

- Frank-Michael Behr (1986): *Analyse des grenzüberschreitenden Datenflusses zwischen Kanada und den USA*. Folgerungen für die Europäische Gemeinschaft. Gutachten für die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt: PSYDATA 1986 (mimeo).
- Jörg Becker (1981): „Euro-amerikanische Konflikte im Bereich des Grenzüberschreitenden Datenverkehrs (GDF)“, in: *Nachrichten für Dokumentation*, 6/1981, S. 214-220.
- Jörg Becker (1987a): „Grenzüberschreitender Datenfluß (GDF) zwischen Ost und West: Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Nachrichten für Dokumentation*, 1/1987, S. 1-5.
- Jörg Becker (Hg.) (1987b): *Transborder Data Flow and Development*, Bonn: Friedrich Ebert-Stiftung 1987.
- Michael Bergmann (1985): *Grenzüberschreitender Datenschutz*, Baden-Baden: Nomos 1985.
- Michael Bergmann (1987): „Auf dem Weg zu einer rechtlichen Regelung des grenzüberschreitenden Datenflusses“, in: *Freiheitsicherung durch Datenschutz*, hrsg. v. Harald Hohmann, Frankfurt: Suhrkamp 1987, S. 203-218.
- Lothar Brock (1985): „Menschenrechte und Entwicklung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 27/1985, S. 3-16.
- Centre on Transnational Corporations (Ed.) (1984): *Transborder Data Flows: Transnational Corporations and Remote-Sensing Data*, New York: United Nations 1984.
- J.V. Cline (Chairman) (1979): *Telecommunications and Canada*. The Implications of Telecommunications for Canadian Sovereignty, Ottawa: Minister of Supply and Services 1979.
- Erhard Denninger (1987): „Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung“, in: *Freiheitsicherung durch Datenschutz*, hrsg. v. Harald Hohmann, Frankfurt: Suhrkamp 1987, S. 127-172.
- John M. Eger (1978): „The Coming Information War, Censorship, Restrictions on Data Flow. A Growing Threat to U.S. Interests“, in: *Washington Post*, Jan. 15, 1978.
- John Elliott (1985): „India sees focus on services as a diversion“, in: *Financial Times*, Sept. 20, 1985, S. 6.
- Jan Freese (1979): *International Data Flow*, Land: Studentliteratur 1979.
- Diamond Fisher and L.S. Harms (Eds.) (1983): *The Right to Communicate: A New Human Right*, Dublin: Boole Press 1983.
- Peter Glotz (1987): „Datenbanken und die Atlantic Crisis“, in: Jörg Becker (1987b), S. 41-46.
- Klaus W. Growlich (1987): „Information Economies and the Uruguay Round“, in: *Transnational Data and Communications Report*, 7/1987, S. 13-14.
- Canute James (1987): „Marriage of Convenience“, in: *South*, August 1987, S. 42-43.
- Thomas Klebe and Siegfried Roth (Hg.) (1987): *Informationen ohne Grenzen*. Computernetze und internationale Arbeitsteilung, Hamburg: VSA-Verlag 1987.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1985): *Diskussionspapier über eine Informationspolitik der Gemeinschaft*, Bruxelles 1985 (SEC/84/1928 as of Febr. 13, 1985) (mimeo).
- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz in Baden-Württemberg (1981): *2. Tätigkeitsbericht*, Stuttgart 1981, S. 10-30.
- Alain Madec (1982): *Les Flux Transfrontières de Données: Vers une Economie Internationale de l'Information?*, Paris: La Documentation Française 1982.
- Hans-Joachim Mengel (1984): *Internationale Organisationen und transnationaler Datenschutz*. Einführung und Dokumentation, Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag 1984.
- Jürgen Müller (1987): „Grenzüberschreitender Datenfluß bis jetzt nur für wenige Länder und Sektoren von Bedeutung“, in: *D/W-Wochenbericht*, 6/1987, S. 79-83.
- Michael Moffitt (1983): *The World's Money*. International Banking

from Bretton Woods to the Brink of Insolvency, New York: Simon & Schuster 1983.

Office of Technology Assessment, U.S. Congress (1985): *Automation of America's Offices*, Washington: U.S. Government Printing Office 1985, S. 211-230.

„OECD Sets TDF Rules of the Road“ (1985), in: *Transnational Data Report*, 3/1985, S. 115.

Karl Sauvant (1984): „Transborder Data Flows: Importance, Impact, Policies“, in: *Information Services & Use*, 1984, S. 3-30 (Reprint in: Jörg Becker (1987b), S. 47-76).

Karl Sauvant (1986): *International Transactions in Services*. The Politics of Transborder Data Flows, Boulder, Col.: Westview 1986.

Herbert I. Schiller (1983): „Computersysteme: Macht für wen und wozu?“, in: *Informationstechnologie und internationale Politik*, hrsg. v. Jörg Becker, Jens Harms and Verena Metzke-Mangold, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1983, S. 57-69.

Jürgen Schulte Hillen and Beatrix von Wietersheim (1984): *JuDo-online-Datenbankbenutzung in der Bundesrepublik Deutschland*, München: Saur 1984.

Jürgen Schulte-Hillen and Beatrix von Wietersheim (1986): *Analyse von Beschränkungen des Zugangs zu außergemeinschaftlichen Informationsquellen*, Gutachten für die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Köln: Scientific Consulting Dr. Schulte-Hillen 1986 (mimeo).

„Strümpfe per Satellit“ (1987), in: *Frankfurter Rundschau*, 5. 9. 1987, S. 18.

„Transborder Data Flow: Its Environment and Consequences“ (1980), in: *Transnational Data Report*, 3-4/1980, S. 41.

Lucius N. Wochner (1981): *Der Persönlichkeitsschutz im grenzüberschreitenden Datenverkehr*, Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag 1981.

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, Mannheim (1987): *Presse-dienst vom 19. 5. 1987*.

## Dieter Boden Perestrojka – Die Rolle der Sowjetliteratur

*Dr. Dieter Boden, Jahrgang 1940, ist Referent für Außen- und Sicherheitspolitik in der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages; von 1968 bis 1986 Auswärtiger Dienst.*

### I.

Schon früh hat sich die Literatur des neuzeitlichen Rußland, wie es aus den radikalen Reformen Peter des Großen hervorgegangen ist, als Tribüne für öffentliche Themen verstanden. Dies unterscheidet sie von der deutschen, die sich aus einer Vorliebe für die ästhetischen Kategorien des Schönen, des sublim Geistigen und Gebildeten der Politik in der Regel ferngehalten hat. Auch wegen des Fehlens anderer

geeigneter Foren ist in Rußland vom Ausgang des 18. Jahrhunderts an der Literatur immer wieder eine gewichtige gesellschaftliche Rolle als Fürsprecher für politische, soziale und Menschenrechte zugefallen. Diese Tradition blieb bis in die frühe Sowjetzeit hinein intakt; erst Stalin hat sie gewaltsam unterbrochen. Gorbatschow unternimmt heute den Versuch, der Literatur ihre frühere öffentlich-kritische Funktion zurückzugeben.

Vielgestalt, Kraft und Menschlichkeit, die wir an der russischen und frühen sowjetischen Literatur so sehr bewundern – aber auch ihr Zustand stetiger Gefährdung – rühren nicht zuletzt von ihrem selbstgestellten öffentlichen Auftrag her. Mit dem Volk gegen die Regierung zu sein – dies gehörte seit der Epoche Peters des Großen zu den Traditionen intellektuellen Lebens in Rußland. Als Folge neigten nicht wenige Schriftsteller dazu, in ihren Werken die Form auf Kosten des Inhalts zu vernachlässigen. Dies alles hat es seit jeher den Interpreten russischer Literatur schwer gemacht, die Grenze zwischen politischem Schrifttum und Belletristik exakt zu bestimmen.

Der Anspruch der Literatur, sich in die öffentlichen Dinge einzumischen, hat schon früh Anstrengungen der Staatsmacht auf den Plan gerufen, sich ihrerseits die Schriftsteller gefügig zu machen. Die Geschichte der russischen Literatur von ihrer klassischen Blütezeit des 19. Jahrhunderts bis in die Sowjetzeit der 1920er Jahre hinein ist von den Spuren dieser Auseinandersetzung tief gezeichnet. Es ist die Geschichte einer komplizierten Wechselbeziehung. In ihr hat sich gelegentlich auch die Literatur auf fragwürdige Kompromisse eingelassen, indem sie für staatliche Belange Partei ergriff. So haben auch namhafte Schriftsteller wie etwa Gontscharow, Schöpfer des „Oblomow“, nichts Anstößiges darin gefunden, für die Obrigkeit als Zensoren tätig zu sein – von krasseren Fällen wie dem des Literaten und Zeitgenossen Puschkins Bulgarin ganz zu schweigen, der in den Diensten der Geheimpolizei stand.

Schon mit dem ersten bedeutenden russischen Schriftsteller der Neuzeit, Alexander Radischtschew, war der Weg des Konflikts vorgezeichnet. Seine 1790 erschienene „Reise von Petersburg nach Moskau“ ist im Kern eine vehemente Anklageschrift gegen die Leibeigenschaft und andere soziale Mißstände der Zeit, wobei sich Radischtschew geschickt der literarischen Zeitmode des Sentimentalismus zu bedienen verstand. Zarin Katharina, die dies durchschaute, schickte den Autor prompt in die sibirische Verbannung.

Die anschließende Epoche des 19. Jahrhunderts ist dennoch voll unbotmäßiger Literaten, die sich mutig öffentlicher Dinge angenommen haben. Keinem der großen russischen Schriftsteller von Puschkin oder Dostojewski bis Leo Tolstoj ist in der Folge der Zusammenstoß mit der Staatsmacht erspart geblieben. In diesem fortdauernden Spannungsverhältnis gewann die russische Literatur Weltgeltung – und zugleich einen wachsenden Spielraum an Unabhängigkeit. Das öffentliche Engagement wurde zu einem ihrer Markenzeichen. Es war symptomatisch, daß ein Kritiker dem „unpolitisch“ debütierenden jungen Autor Tschechow in den 1880er Jahren vorhielt, er werde „in betrunkenem Zustand unter einem Zaun enden“, wenn er sich künftig nicht stärker auf seinen öffentlichen Auftrag besinne.<sup>1</sup>

Für dieses Engagement hat schon die russische Literatur einen hohen Preis entrichtet. Es fällt schwer, einen Schriftsteller von Rang zu nennen, der nicht von staatlichen Repressionsmaßnahmen getroffen worden wäre. In sowjetischer Zeit hat dies dann unter Stalin die Ausmaße eines erschreckenden Blutzollens angenommen. Jedoch ist der Einsatz für die politischen, sozialen und Menschenrechte nicht umsonst gewesen. Daß Zar Alexander II. sich 1861 zum Dekret über die Befreiung von der Leibeigenschaft bereitfand, wäre ohne das Wirken von Schriftstellern wie Radischtschew, Puschkin, Herzen oder Turgenjew nicht vorstellbar gewesen. Ebenso war es ein Erlebnisbericht Tschechows über die grausame Wirklichkeit des Strafvollzugs auf der Insel Sachalin, der in den 1890er Jahren den entscheidenden Anstoß zu Reformmaßnahmen der zaristischen Behörden gab. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen. Die beherzte Kritik an den Mißständen unter dem Zarismus, die sich bei einigen Schriftstellern wie Maxim Gorkij mit politischem Engagement für die sozialrevolutionäre Bewegung verband, hat auch den Umsturz von 1917 mit herbeiführen helfen.

Den ersten Schritten des Sowjetstaates gaben auch prominente Schriftsteller des bürgerlichen Lagers, wie etwa Alexander Blok, spontan ihre Zustimmung. Allerdings waren es wiederum Literaten, darunter Samjatin und Bulgakow, die schon früh Fehlentwicklungen und Auswüchse der neuen Ordnung geißelten. Stalins Machtübernahme führte die Sowjet-Literatur an einen Scheideweg: spätestens seit Ende der 1920er Jahre wurde Kritik nur noch in der Form der „Parteilichkeit“ geduldet. Dem bald darauf einsetzenden physischen Terror fielen einige der Begabtesten, darunter Mandelschtam, Babel und Pilnjak in den Lagern des Gulag zum Opfer.

Unter Stalin blieb die Literatur für lange Jahre Magd der Politik und sank unter dem Etikett des „sozialistischen Realismus“ zu einem Akklamationsinstrument herab, dessen sich die Sowjetmacht nach Belieben bediente. Zerrissen wurde auch die Nabelschnur zur europäischen Entwicklung; Stalins Kulturfunktionäre hielten ihre Schriftsteller in strikter Quarantäne, um sie gegen jedes Risiko einer Infektion mit unerwünschtem Gedankengut von draußen abzuschirmen. Die Folge war eine beispiellose Verödung; wenig von dem, was zwischen 1930 und 1953 in der Sowjetunion erscheinen konnte, verdient den Namen der Literatur. Die Ohnmacht konnte auch in den Folgejahren weder durch das mutige Auftreten einzelner, wie etwa Jewtuschenkos, oder durch dosiert verordnete „Tauwetter“-Perioden unter Chruschtschow und Breschnew dauerhaft überwunden werden.

## II.

Gorbatschows Perestrojka hat es sich heute zum Ziel gesetzt, die Versteinerungen der Sowjetgesellschaft durch Rückbesinnen auf die ursprünglichen Ideale der Oktober-Revolution aufzubrechen. Diese in den Worten des Schriftstellers Krasnikow „letzte Chance auf eine Zukunft“<sup>2</sup> hat ohne einen breiten Dialog mit der Gesellschaft keine Aussicht auf Gelingen. Die Literatur, so das Konzept Gorbatschows, soll dabei wieder in ihrer traditionellen Rolle vermittelnd, anregend und kritisch reflektierend tätig sein.

„Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, wie sehr wir die Unterstützung einer solchen Gruppe wie der Schriftsteller brauchen“ – diese Bemerkung Gorbatschows in einer Rede am 19. 6. 1986 klingt wie eine Beschwörung. Tatsächlich trifft der Reformkurs der neuen sowjetischen Führung nirgends auf solch breite Zustimmung wie unter den Schriftstellern und anderen Vertretern der Intelligenz. Nicht zufällig waren es auch Literaten, die schon in den 1970er Jahren die heute unter Gorbatschow in Gang gesetzte gesellschaftliche Öffnung angebahnt hatten, etwa durch die Werke Jurij Trifonows, dessen 1976 zuerst erschienene Erzählung „Haus an der Moskwa“ die Abrechnung mit den Verbrechen der Stalin-Zeit mit eingeleitet hatte. Vergleichbare kritische Ansätze waren schon früh im Film zutage getreten, einer Kunstgattung, die sich in der Sowjetunion seit Lenins Zeiten besonderer Förderung und Beachtung erfreut.

Gorbatschow scheint entschlossen, den Schriftstellern wieder einen ausgedehnten Freiraum nach

innen wie nach außen zuzugestehen, damit sie die ihnen zugedachte Rolle beim angestrebten geistigen Neuaufschwung der Gesellschaft glaubwürdig spielen können. Eine ideologische Abstützung bietet auch diesmal Lenin, den Gorbatschow selbst in einer Rede (8. 1. 1988) mit dem Ausspruch zitierte, daß die Literatur Teil einer Angelegenheit sei, die die ganze Partei beträfe. „Selbst die extremsten Standpunkte enthalten Nützliches und Vernünftiges“, erläutert er dazu in seiner Programmschrift „Perestrojka“. „Deshalb ist es für mich kein Drama, wenn es zu Polemik kommt. Wenn Standpunkte aufeinanderprallen, ist das normal.“<sup>3</sup> Dieses Bekenntnis zu einem geradezu bürgerlich-liberal gesetzten geistigen Ermessensspielraum gründet sich auf die Einsicht, daß der Sowjetgesellschaft durch Stalins Vernichtungsfeldzug gegen die Literatur als kritischer Instanz unermesslicher Schaden zugefügt worden ist. Wären Stalinsche Entartung oder Breschnewsche Stagnation bei funktionierender Literatur so denkbar gewesen? Die Frage muß ohne Antwort bleiben.

Die sowjetischen Schriftsteller scheinen bereit, Gorbatschows Angebot anzunehmen, aktiv bei „geistiger Bereicherung und sittlicher Erziehung“ mitzuwirken, wie es im neuen Programm der KPdSU heißt. Unüberhörbar knüpfen sie daran jedoch Bedingungen, etwa die Forderung nach erweiterter Organisationshoheit. Beim 8. sowjetischen Schriftsteller-Kongreß im Juni 1986 wurde sogar der Ruf nach Abschaffung der Zensur laut. In bedrückender Erinnerung ist das Walten einer geistlosen Kultur-Bürokratie, die gehalten war, „aus einem Baum einen Telegraphenmasten zu machen“, wie der Dramatiker Schatrow beklagte. Tatsächlich sind nun erste Anzeichen einer Entbürokratisierung deutlich erkennbar; so fiel Anfang 1987 die bisherige Vorschrift für die Buchverlage, ihre Programme durch das hierfür zuständige staatliche Komitee für Druck- und Verlagswesen vorweg genehmigen zu lassen. Die Feststellung des Autors Wosnessenskij, daß ein Schriftsteller in der Sowjetunion nur 10 % seiner Energie in sein Werk investieren muß, aber 90 % in den Kampf um dessen Veröffentlichung, könnte schon bald der Vergangenheit angehören.

Die Öffnung nach innen entspricht eine solche nach außen: Die Zeit rationierter West-Auslandsreisen sowjetischer Autoren, über die entscheidungscheue Kulturbürokraten nach Kriterien ideologischer Zuverlässigkeit befanden, ist bereits jetzt einer großzügigeren Praxis gewichen. Für die Zukunft zeichnet sich eine Regelung ab, bei der die Autorenverbände, und nicht mehr staatliche Stellen, das

## Afghanistan als Testfall

Um jeden Preis sollte wenigstens ein Hoffnungsschimmer auf den vom Dunst der Ungewißheit umhüllten Moskau-Gipfel fallen. Dafür erschien den großmächtigen Paten eine Schauausstellung gemeinsamen Bemühens um das Lösen des afghanischen Knotens hervorragend geeignet. Dem zur zügigen Heimholung seiner Divisionen fest entschlossenen Gorbatschow mußte jede Modalität willkommen sein, so sie nur einigermaßen das Gesicht zu wahren versprach. Und für den auf einen passablen Abschied vom Weißen Haus – möglichst mit Schlüsselübergabe an den Nachmieter Bush – bedachten Reagan war die Gelegenheit verlockend, sich als Sheriff mit einem *Last Hurrah* in der Weltarena empfehlen zu können.

Die Folgekosten dieses kurzschlüssigen, perspektivlosen Kalküls dürften nicht allein auf die für einen unerbittlichen Machtkampf präparierten und mobilgemachten Afghanen zukommen. Die voller Hast und ohne den geringsten Ansatz zu einer innenpolitischen Konsolidierung in Genf zusammengeschusterten Vertragspapiere halten Tür und Tor für Entwicklungen offen, an deren Ende die eigentlichen Hauptkontrahenten noch ihre Zeche zu zahlen hätten.

Schon in den ersten Monaten des iranischen Theokraten-Regimes war erkennbar, daß am ehesten das östliche Nachbarland Afghanistan dem revolutionären Funkenflug eines islamischen Extremismus ausgesetzt sein würde. Die dort beheimateten Völkerschaften, in archaischen Stammes- und Klanstrukturen religiös feudalistischer Prägung zergliedert, verschiedenen Sprachgruppen angehörend und zu Dreiviertel Analphabeten, entziehen sich in diesem unwirtlichen Raum traditionell jeglicher staatlicher Zentralgewalt und weisen ein Identitätsbewußtsein einzig durch ihr vom Koran bestimmtes Moralverständnis aus. So standen denn auch jene Jungtürken nationalkommunistischer Couleur, die in Kabul die Macht ergriffen hatten, um dieses gesellschaftlich diffuse Gefüge unvermittelt nach ihrem Muster umzukrempeln, von vornherein auf verlorenem Posten. Dabei konnten auch aus westlicher Sicht einige ihrer Vorhaben, wie Bodenreform, Gleichstellung der Geschlechter, ein umfassendes Schul- und Gesundheitsfür-

sorgesystem, durchaus vernünftig erscheinen; von den regionalen und örtlichen Herrschaftsbesitzern jedoch wurden sie samt und sonders als offene Kampfansage begriffen; also wurde die in den Gebirgstälern vegetierende Bevölkerung zur Sabotage derart gottloser Machenschaften angestiftet.

So stellte sich die afghanische Situation dar, als in der Altmännerkonklave Breschnews Ende 1979 der fatale Beschluß zustande kam, den verzweifelten, untereinander bis aufs Messer zerstrittenen Genossen „brüderliche Hilfe“ in Form einer Expeditionstreitmacht angedeihen zu lassen. Für die Mullahs bedeutete dies ein himmlisches Aufbruchsignal zum Heiligen Krieg.

Für die US-Globalstrategen war es sogleich ausgemachte Sache, daß das eigentliche Motiv der Sowjets nur die Schaffung einer Absprungbasis zum Öl-Golf sein konnte. Das war ausreichend, um – unter Milliardenaufwand – die afghanischen Rebellen über den Klienten Pakistan für einen regelrechten Stellvertreterkrieg auszurüsten. Im Eifer des Weltmachtgefechts konnte sie auch nicht stören, daß sie inzwischen im Golf mit den Iranern (als den engsten Bundesgenossen der Freischärler) konfrontiert waren, wo schon mal eines ihrer Kriegsschiffe mit Stinger-Raketen aus pakistanischen Arsenalen beschossen wurde.

Auf dem Guerilla-Schlachtfeld am Hindu-kusch haben sich Sowjets in direktem und Amerikaner in mittelbarem Einsatz effektiv zu Komplizen ihres gemeinsamen Gegenspielers Khomeini gemacht, dessen Tagtraum eine fundamentalistische Allianz von Schiiten und Sunniten ist – über Grenzen und historische Gegensätze hinweg. In den iranischen Stützpunkten und Ausbildungslagern der Mudschahedin hat die Ablehnungsfront gegen jedwede „nationale Versöhnung“ mit den Ungläubigen ihr starkes Rückgrat. Afghanistan soll zum Modellfall für einen islamischen Schulterschuß in der Mittelostregion werden. Die neuerdings Garantie-mächte für Blockfreiheit und Stabilität des Landes haben die Bürgerkriegsparteien zum gnadenlosen Endkampf hochgerüstet und sind sich einig „symmetrisch“ damit fortzufahren. Wird so verstandene Selbstbestimmung mit Aussicht auf Selbstvernichtung die afghanische Frage lösen?

Klaus Bloemer

letzte Wort haben. Das Münchener Gastspiel der Sowjetbühnen im Januar/Februar 1988 ist bereits nach einem liberalen Genehmigungsverfahren abgewickelt worden; dem künstlerischen Ertrag der Veranstaltung ist dies durchaus zugutegekommen.

### III.

In welchen Formen und mit welchen Inhalten vollzieht sich nun die Regenerierung der Sowjetliteratur unter Gorbatschow? Sicherlich steht der Prozeß noch am Anfang. Die Saat ist ausgebracht, aber noch nicht aufgegangen. „Man kann nicht, wie mit einem Zauberstab, alles mit einem Mal ändern“, bemerkte hierzu Schatrow.<sup>4</sup> Und die Rücknahme der bisher üblichen Repression ist zwar geeignet, günstige Rahmenbedingungen zu setzen, ohne aber schöpferische Kräfte unmittelbar hervorbringen zu können.

Ein Neuanfang zeichnet sich dennoch klar ab. Er wirkt am spektakulärsten auf der Bühne, wo Autoren wie Burawskij („Sprich!“) oder Radzinskij („Sportliche Szenen“), vor allem aber die systemkritischen Dokumentarstücke von Schatrow („Diktatur des Gewissens“, „Weiter . . . Weiter . . . Weiter“) für Furore sorgen. Gorbatschow gibt dem demonstrativ seine Unterstützung, indem er gerade kritische Theateraufführungen, wie zuletzt im November 1987 die Premiere von Schatrows „Frieden von Brest“ im Moskauer Wachtangow-Theater, besucht und hierüber die Medien berichten läßt. „Die Revolution sagt dem Theater: Theater, ich brauche Dich!“ – dieser Satz von Lenins Kulturminister Lunatscharskij hat heute neue Aktualität erhalten. Überall in Moskau und Leningrad schießen neue Theaterkollektive und Laienspielzirkel wie Pilze aus der Erde. Die sowjetische Bühnenkunst entwickelt einen Schwung, der deutsche Beobachter zu neidvoll-bewundernden Kommentaren bewegt. Peter Iden etwa sah beim Münchener Gastspiel der Sowjetbühnen im Januar 1988 ein staunenswertes Ausmaß an „Elan, kritischer Energie, Intelligenz, Fantasie, Dringlichkeit und Spiellust“. Er kommt zu dem Schluß: „Dieses neue russische Theater hat, was in unserer ästhetischen Praxis so bitter fehlt: eine leitende Idee.“<sup>5</sup>

Leitende Idee ist das gesellschaftliche Reformkonzept Gorbatschows. Von ihm ist heute die Literatur in ihrer ganzen Breite erfaßt. Wie schon im 19. Jahrhundert haben dabei die sogenannten „dicken Journale“ eine Pionierrolle; Neuerscheinungen werden dort zuerst gedruckt. Buchveröffentlichungen folgen in der Regel kurz darauf. Seit jeher wird das

Lesen in der Sowjetunion mit einer westlichen Maßstäben nicht vergleichbaren Passion betrieben; heute hat es das Ausmaß einer kollektiven Manie angenommen. Selbst Gedichtbände, wie etwa die Andrej Wosnessenskis sind bei einer Auflage von 100 000 Exemplaren innerhalb eines Tages vergriffen.

Thematisch steht die Literatur ganz im Banne der Aufarbeitung der Vergangenheit. Gorbatschows Aufruf zur Beseitigung der „weißen Flecken“ in der Sowjetgeschichte, Chiffre für die Abrechnung mit dem Stalinismus, wird von ihr sehr Ernst genommen. Die öffentliche Auseinandersetzung mit den Ursprungsideen der Oktoberrevolution, etwa denen Bucharins oder Trozkijs, mit den Entartungen und Verzerrungen dieser Ideen unter Stalin – dies alles wird heute maßgeblich von der Literatur in Bewegung gebracht, noch bevor die Geschichtswissenschaft oder die Partei selbst die Initiative ergriffen haben. Programmatische Bedeutung haben dabei neben den Theaterstücken Schatrows die Erzählwerke von Autoren wie Rybakow („Die Kinder des Arbat“), Granins („Der Auerocks“) oder Dudinzew („Weiße Gewänder“), in denen die Verbrechen Stalins ohne Beschönigung beim Namen genannt werden.

Endlich das Wort gegeben wird verfeimten, verdrängten oder vernichteten Sowjet-Autoren der ersten Generation wie Chlebnikow, Samjatin, Bulgakow, Babel oder Platonow. Wie ein Signal wirkte die erstmalige Veröffentlichung von Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“. In immer kürzeren Abständen folgten andere Premieren: Erstmals konnte Anna Achmatowas „Requiem“, eine erschütternde dichterische Klage über die Verwüstungen des Stalin-Terrors, ungekürzt erscheinen. Erstmals in der Sowjetunion verlegt wurden kürzlich Werke der Emigranten Nabokow und des 1972 exilierten Nobelpreisträgers von 1987, Brodskij. Das Bild ergänzen Erstveröffentlichungen bisher ignorierten ausländischer Autoren, wie etwa Franz Kafkas „Schloß“ oder der für Anfang 1989 angekündigte Druck von George Orwells „1984“. Und selbst das bisherige Tabu um Solschenizyn scheint aufzubrechen; vorgesehen ist jetzt eine sowjetische Ausgabe von dessen „Krebstation“. Mit Staunen entdeckt der Sowjet-Leser, daß Stalin „eine wunderbare Literatur“ (Dmitrij Lichatschow) vernichtet hat, die bis in die 1920er Jahre zu den Gipfeln der gesamteuropäischen Entwicklung zählte.

Übermächtig ist vorerst noch die Beschäftigung mit der Vergangenheit, das Aufräumen des von Stalin hinterlassenen Schutts. Einem Volk, das sein Ge-



dächtnis verloren habe, drohe der Untergang, sagte dazu kommentierend der Schriftsteller Saljgin. Daraus resultiert eine starke Rückwärtsgewandtheit der heutigen Sowjetliteratur, die gelegentlich als nekrophiler Zug bespöttelt worden ist. Wie schon im 19. Jahrhundert bleibt diese Literatur formal wenig entwickelt. Wo beispielsweise heute auf der sowjetischen Bühne experimentiert wird, da sind eher der Rückgriff auf avantgardistische Autoren der 20er Jahre oder Inspiration durch westliche Inszenierungen im Spiel als eigene neue Konzepte. Im Zeichen eines neu gewonnenen Freiraums wird heute dem Ideengehalt überragende Bedeutung zugemessen. Es sind der tiefe moralische Ernst und die Aufrichtigkeit, mit denen dieser Gehalt vermittelt wird, die auf westliche Betrachter so faszinierend wirken.

Ein Weiteres kommt hinzu: hinter der Beschäftigung mit den unterdrückten Werken der Literatur der 1920er Jahre wird oftmals eine geradezu beklemmende Auseinandersetzung mit der Sowjet-Wirklichkeit unserer Tage sichtbar. Das Beispiel von Bulgakows 1925 entstandener Erzählung „Hundeherz“, die erst 1987 in der Sowjetunion erscheinen konnte, mag für viele stehen: es ist eine Satire auf den mißratenen „neuen Menschen“ des Sozialismus, zugleich aber auch ein genialer Vorgriff auf die Probleme der Gen-Manipulation.

Daneben wenden sich die sowjetischen Schriftsteller immer stärker den aktuellen Problemen ihrer Gesellschaft zu. Dies gilt etwa von Astafjews 1986 erschienene Erzählung „Der traurige Detektiv“, die einen Einblick in die Kriminalität in der Sowjetunion gibt. Oder von Tschingis Aitmatows auch im Westen verlegtem Roman „Der Richtplatz“, in dem Drogensucht und hemmungsloser Materialismus als Wesenszüge der heutigen Sowjetgesellschaft bloßgestellt werden.

#### IV.

Als sich Ende der 1920er Jahre die Unterdrückungsmaßnahmen Stalins klar abzeichneten, befürchtete der Schriftsteller Samjatin, die Sowjetliteratur habe nun nur noch eine Zukunft – ihre Vergangenheit. Ob der Versuch ihrer Wiederbelebung heute gelingen wird, ist eine offene Frage. Daß ihr Schicksal mit dem Gesamtreformwerk Gorbatschows eng verbunden ist, liegt auf der Hand. Gorbatschow läßt an seinem Ziel keinen Zweifel: er setzt auf eine erneute gesellschaftliche Vorreiterrolle der Literatur, um mit ihrer Hilfe den lange unterbrochenen Dialog zwischen Sowjetmacht und Bürgern herzustellen. Von Bundespräsident von Weizsäcker stammt der Satz, daß „jede Äußerung kultureller Befindlichkeit

früher oder später auf die Politik einwirkt“.<sup>6</sup> Gorbatschow scheint fest mit einem solchen Rückkopplungseffekt zu rechnen.

Die sowjetischen Schriftsteller stehen dabei vor einer schwierigen Gratwanderung. Wollen sie ihre Funktion als gesellschaftliches Gewissen glaubhaft wahrnehmen, so gilt es zunächst die Sündenfälle der Vergangenheit rückhaltlos aufzuarbeiten und die verlorene Unabhängigkeit wiederzuerlangen. Kritische Distanz zur Obrigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung – bei allem Wohlwollen, das man den Zielen von Gorbatschows Perestrojka entgegenbringen mag. Die jüngste Geschichte lehrt zur Genüge, in welche Sackgasse das Paktieren mit der Staatsmacht zu Zwecken von „Parteilichkeit“ führen kann. Wachsamkeit ist aber auch zur anderen Seite hin geboten: schon sammelt sich eine neue Garde von ideologischen Gralshütern, um darüber zu wachen, daß die Schleusen für sozialismuskritisches Gedankengut nicht zu weit geöffnet werden. Hier den richtigen Mittelweg zu steuern, wird des Augenmaßes bedürfen.

Solchen Schwierigkeiten zum Trotz zeigt sich die Sowjetliteratur entschlossen, die ihr mit der Perestrojka zugefallene Chance zu nutzen, um in Anknüpfung an frühere Traditionen als treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderungen zu wirken. Alle Zeichen sind auf einen Aufschwung gestellt. Es herrscht eine Aufbruchstimmung, die an die frühen 1920er Jahre erinnert. Die Sowjetliteratur befreit sich heute von inneren Beschränkungen und öffnet sich nach Jahren des Verstumms und der Stagnation auch wieder nach außen. Sie hat sich auf den Weg gemacht, den ihr gebührenden Platz im europäischen Konzert wieder einzunehmen. Es ist ein Prozeß, der unsere Sympathie verdient; er kann dazu beitragen, den notwendigen Ost-West-Dialog um eine wichtige Dimension zu erweitern.

#### Anmerkungen

- 1 Dimitrij Tschizewskij, Zwischen Ost und West. Russische Geistesgeschichte, Bd II, Hamburg 1961, S. 91
- 2 Gennadij Krasnikow, „Pri popytke k... ispovedi“ („Beim Versuch einer ... Beichte“); Literaturnaja Gazeta vom 14. 10. 1987, S. 5
- 3 Perestrojka. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt; München 1987, S. 101–2
- 4 „Die geistige Entstalinisierung ist noch nicht zu Ende“; Süddeutsche Zeitung vom 4. 2. 1988, S. 11
- 5 „Die Wirklichkeit muß veränderbar sein“; Frankfurter Rundschau vom 19. 1. 1988, S. 7
- 6 „Kultur ist kein politischer Raum“, Rede zur Verleihung der Goethe-Medailen in München am 10. 4. 1987; Bulletin der Bundesregierung Nr. 38 (1987), S. 43

# Thomas Hofmann

## Politische Operationalisierung erforderlich

### Zum Aufsatz von P. Brandt/G. Minnerup „Osteuropa und die deutsche Frage“

*Thomas Hofmann, Jahrgang 1952, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften.*

Es ist erfreulich, daß in der NG/FH im Augustheft 1987 mit P. Brandt und G. Minnerup zwei Vertretern eines deutschland- und europapolitischen Denkansatzes das Wort erteilt wurde, der dazu beitragen kann, die deutlich gewordenen Defizite der herkömmlichen Entspannungspolitik in vorwärtsgewandter Weise aufzunehmen und u. a. das widersprüchliche Verhältnis zwischen der westeuropäischen Linken und den osteuropäischen Oppositionsbewegungen neu zu definieren. Die Entscheidung der Redaktion zum Abdruck dieses Beitrages ist nicht zuletzt wegen der elenden Verballhornung zu begrüßen, welche die von Brandt/Minnerup und anderen vertretene Position aus durchsichtigen Gründen in Publikationen DKP-freundlicher Autoren<sup>1)</sup> erfährt.

Die Verfasser schlagen vor, die offensichtliche Neuausrichtung in der sowjetischen Außenpolitik, ihre verstärkte Orientierung auf Westeuropa als eine potentiell von den USA unabhängige Gruppe hochentwickelter Industriestaaten von westeuropäischer Seite gleichfalls mit einem konzeptionellen Neuansatz zu beantworten, der beiderseitige wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessenlagen in der „Perspektive einer gesamteuropäischen Kooperationsstruktur und eines neuen sicherheitspolitischen Arrangements in Europa“ bündelt. Das Ziel wäre in der Formulierung der Autoren „ein demokratisches und sozialistisches Europa ... ohne die Amerikaner, aber abgesichert durch einen neuartigen historischen Kompromiß mit der europäischen

und Weltmacht Sowjetunion, der auf gegenseitigen und gemeinsamen Interessen basierte und ... nicht nur die sowjetische Unterdrückung Osteuropas obsolet machte, sondern günstigere Voraussetzungen für eine fundamentale demokratisch-sozialistische Umgestaltung der Sowjetunion selbst schaffte ...“. Dabei gehen Brandt/Minnerup davon aus, daß die Realisierungschancen eines derartigen Konzeptes entscheidend von der Haltung der beiden deutschen Staaten sowie der demokratisch-sozialistischen Kräfte Europas zur deutschen Frage abhängig sind, da die skizzierte Veränderung des Status quo in Europa vor allem das Verhältnis zwischen Deutschland (Ost und West) und der Sowjetunion betreffen würde, das den eigentlichen Kern der politischen Realitäten in Europa ausmache. Daher müsse jeder, der an einem Europa unter den genannten Vorzeichen interessiert sei, „den deutschen Stier bei den Hörnern ... packen und aktiv nach progressiven Wegen zur Lösung der deutschen Frage ... suchen“.

Unabhängig davon, für wie einleuchtend man den vorgeschlagenen Weg halten mag, eine auch in der jeweiligen Innenpolitik der Bundesrepublik und der DDR hochbrisante „Lösung der deutschen Frage“, etwa im Rahmen von Konföderationsmodellen, als Ausgangspunkt einer Überwindung der Blockkonfrontation in Europa zu wählen, ist dieser Denkansatz angesichts der gegenwärtigen Veränderungen des internationalen Systems der 60er und 70er Jahre ein fruchtbringender Beitrag zu einer unausweichlichen Diskussion. Er steht erkennbar in der Tradition der Vorstellungen von Europa als einer „dritten Kraft“<sup>2)</sup> zwischen den weltpolitischen Antagonisten USA und UdSSR, wie sie in der Nachkriegszeit und vor der programmatischen Ratifizierung der Westorientierung der Bundesrepublik in der nichtkommunistischen Linken überaus verbreitet waren. Daher sollten die Vorschläge von Brandt/Minnerup, auch wenn sie quer zu den gewohnten Vorstellungen liegen, von Routiniers der Entspannungspolitik herkömmlicher Art nicht vorschnell als „Traumtänzeri“ abgetan werden. Mit Sicherheit formulieren die Autoren ein anzustrebendes Ziel, wenn sie schreiben, „daß durch derartige ‚Europäisierung Europas‘ auch die politischen Horizonte und Fixpunkte drastisch verändert würden und der politisch-ideologischen Debatte endlich die Zwangsjacke genommen würde, die ihr seit vier Jahrzehnten durch die bipolare Blockspaltung auferlegt wird ...“.

Meine Einwände betreffen weder die systematische Anlage noch die Zielsetzungen des von Brandt/Minnerup skizzierten Konzeptes, sondern richten

sich gegen bestimmte Annahmen, mit welchen die politischen Probleme einer Operationalisierung dieses Denkansatzes eher umgangen und verharmlost als einer offenen und kontroversen Erörterung zugeführt werden.

### Die westeuropäische und westdeutsche Linke als Subjekt eines epochalen politischen Projektes

Die Verfasser sehen die westeuropäische Linke bzw. in der Bundesrepublik eine rot-grüne Formation aus SPD, Gewerkschaften und Grünen als mögliche Subjekte und Träger einer Politik, die auf künftige Regierungsmehrheiten gegründet, „der Sowjetunion das Angebot einer ökonomischen und Sicherheitspartnerschaft“ zu machen hätte, die auf einer vertraglichen Regelung folgender Sachverhalte beruhen soll:

- umfangreiche wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit;
- das Ausscheiden beider deutscher Staaten aus ihren Militärblöcken;
- Herstellung wechselseitiger struktureller Nichtangriffsfähigkeit;
- Abschluß eines seit 1945 ausstehenden Friedensvertrages und Abzug aller ausländischen Truppen;
- Herbeiführung eines konföderationsähnlichen Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten.

Diese Stichworte, die im Kontext des Beitrages von Brandt/Minnerup als eine Art außenpolitischer Programmtext für eine rot-grüne Regierungsmehrheit zu verstehen sind, enthalten hinsichtlich ihrer politischen Realisierbarkeit eine große Anzahl von innen- wie außenpolitischen Vorbedingungen und schwer zu kalkulierenden Risiken, die weit ausführlicher als geschehen reflektiert, durchgeprüft und kontrovers erörtert werden müßten, wenn die Verfasser sich nicht unnötig der Härte derjenigen aussetzen wollen, die in der Pose des illusionslosen Realismus immer schon den ausgetretenen Wegen der Vergangenheit den Vorzug gegeben haben. Dies beginnt schon mit der Frage, ob eine theoretisch denkbare rot-grüne Regierungsmehrheit die innenpolitischen Auseinandersetzungen, die um einen außenpolitischen Paradigmenwechsel dieser Größenordnung notwendig entbrennen müßten, überhaupt durchstehen wollte und könnte. Ich verzichte in diesem Zusammenhang auf Darlegungen zum leidigen Thema „rot-grüne Zusammenarbeit“, aber ein Jahr nach dem ohne Not verursachten Bruch der rot-grünen Koalition in Hessen kann Skepsis und Abwehr

nicht ausbleiben, wenn unverdrossen Programmpunkte für eine derartige Konstellation auch auf Bonner Ebene aufgelistet werden.

Brandt/Minnerup beklagen mit Recht, daß „die Außenpolitik... noch nie eine Stärke der Linken gewesen (ist)“ und verweisen zur Begründung auf das gewohnte linke Denkmuster, wonach „die Veränderung der Welt als die historische Summe aus der Austragung der sozialen Konflikte“ in der Innenpolitik begriffen wird, wohingegen „die Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen... meist als nebensächlich“ angesehen werde. An anderer Stelle heißt es: „Die einzig relevante nationale Kraft mit einem objektiven Interesse an der deutschen Einheit sind wie seit 1945 die Arbeiterbewegung und – um die... grün-alternativen Schichten einzubeziehen, die Linke.“

Zwischen diesen beiden Feststellungen, von denen die eine der subjektiven Bewußtseinslage der westdeutschen Linken, die andere – in einem fragwürdig-hegelianischen Sinne – deren angenommener „historischer Mission“ gilt, existiert eine Kluft, die mit der ehrwürdigen marxistischen Unterscheidung zwischen der „Klasse an sich“ und der „Klasse für sich“ auf den Begriff gebracht werden könnte. Es mag sein, daß die am Ende des 20. Jahrhunderts auf unserem Planeten eine Lage besteht, die es eigentlich erforderlich machte, daß die Linke in den hochindustrialisierten Staaten Europas die Initiative ergriffe und mit der politischen Operationalisierung auch unkonventioneller Konzepte begänne. Angesichts der zu überschenden Veränderungen des internationalen Systems könnten diese u. U. geeigneter als herkömmliche Denkmodelle sein, um den aufziehenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gefahren beim Übergang ins 21. Jahrhundert angemessen zu begegnen.

Allein – mir fehlt der Glaube, daß die westeuropäische Linke den konzeptionellen Mut und die intellektuelle Disziplin aufbringt, deren es zuallererst bedarf, um eine derartige Kraftanstrengung zu vollbringen. Die Klage von Brandt/Minnerup über die weitverbreitete Unfähigkeit der Linken, über internationale Konstellationen nachzudenken, ist durch den Hinweis auf ein weiteres Spezifikum linken Bewußtseins zu ergänzen: den Hang zur Beschränkung des eigenen politischen Denkens und Handelns auf die Immanenz der von den jeweils Mächtigen geschaffenen Verhältnisse, sofern man das Gefühl hat, dabei nicht ganz leer auszugehen. Es ist eine Mentalität, die aus sozialer und politischer Domestizierung resultiert und wenig Voraussetzungen zur Ent-

faltung historischer Initiativen bietet. Wahrscheinlicher als die Vorstellung eines rot-grünen Reformbündnisses als Subjekt und Träger des von Brandt/Minnerup skizzierten epochalen Projektes erscheint die von den Verfassern am Ende ihres Beitrages selbst angedeutete Möglichkeit, daß einzelne Elemente ihrer Konzeption als Ergebnis eines Handelns zwischen der – in der Herstellung politischer Hegemonie selbstbewußteren und versierteren – deutschen Rechten und einer modernisierten sowjetischen Führung zum Tragen kommen. (Einen Vorgeschmack, wie schnell sich hier unerwartete Entwicklungen ergeben könnten, bot erst kürzlich der bayrische Ministerpräsident Strauß bei seinem Moskau-Besuch am Ende des Jahres 1987.) Für die Linke fallen dann vielleicht vom Tisch der Mächtigen ein paar Krumen ab, womit sie sich in der Regel ja immer zufriedengegeben hat.

Unkonventionelle und visionäre Denkmodelle wie das von Brandt/Minnerup vorgestellte sind in einer Zeit des sich selbst bescheidenden Vor-sich-hin-Wurststeins notwendig. Es kann von ihnen nicht verlangt werden, daß sie von vornherein und in allen Details tagespolitisch durchdekliniert und kleingearbeitet sind. Andererseits müssen derartige Sollbruchstellen kenntlich gemacht werden und sollten nicht hinter allgemeinen Formulierungen verborgen werden.

#### **Die DDR als Teil eines konföderationsähnlichen Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten**

Obwohl der Lösung der deutschen Frage, nicht im Sinne einer „Restauration des alten Deutschen Reiches“, wie von den Verfassern ausdrücklich betont wird, sondern im Rahmen von Konföderationsmodellen, wie sie in den 50er Jahren bereits im Gespräch waren, in der Konzeption von Brandt/Minnerup die Bedeutung eines Dreh- und Angelpunktes beigemessen wird, („Der Schlüssel zur Realisierung dieser Konstellation ... liegt in Deutschland ...“) bleiben ihre Ausführungen über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten, mögliche Wege zu seiner Weiterentwicklung sowie die dabei zu überwindenden Erblasten des „Kalten Krieges“ verhältnismäßig unbestimmt und lakonisch. Dies mag am gewählten Gang der Argumentation liegen, in der die DDR mehr als exemplarisches Beispiel dient, an dem Übereinstimmungen und Unterschiede in der Grundsituation der osteuropäischen Staaten im Einflußbereich der Sowjetunion diskutiert werden, denn als – im Sinne einer Existenzberechtigung – Ausdruck einer historisch legitimen Strömung in der

deutschen Arbeiterbewegung, die auf die Jahre nach 1917 zurückgeht und nach 1945 in den internationalen Konstellationen eine (überaus problematische!) Ausprägung als „Arbeiter- und Bauern-Staat“ erfahren hat.

Dieser Aspekt des deutsch-deutschen Verhältnisses kann nicht unberücksichtigt bleiben, wenn an die westdeutsche Linke die Aufforderung ergeht, als Reaktion auf eine Veränderung der sowjetischen Außenpolitik über die Lösung der deutschen Frage im Rahmen von Konföderationsmodellen nachzudenken. Denn 40 Jahre nach der Herausbildung der grundlegenden Konturen des internationalen Systems der Nachkriegszeit, als dessen Bestandteil auch der kommunistisch-regierte deutsche Staat angesehen werden muß, kann die DDR nicht als einzig auf die „Bajonette der Roten Armee“ gegründetes Kunstprodukt sowjetischer Westpolitik aufgefaßt werden, eine Art wider Erwarten nicht kollabierte Sowjetische Besatzungszone, über deren weiteres Schicksal, etwa als Teil einer deutschen Konföderation, im wesentlichen zwischen einer rot-grünen Regierung in Westdeutschland und einer modernisierten sowjetischen Führung zu entscheiden wäre. Auch kann über die SED wohl kaum in Analogien zur aufgepöppelten Bourgeoisie kolonisierter Länder nachgedacht werden. Auch wenn Brandt/Minnerup dies nicht so meinen, entgehen ihre die DDR betreffenden Ausführungen nicht der Gefahr, dahingehend mißverstanden zu werden. Fragwürdige Traditionsbestände westdeutscher Sichtweisen des sozialistischen deutschen Staates könnten so eher befördert werden, als daß ihnen im Sinne einer von Günter Gaus als Vorbedingung für weitere deutsch-deutsche Fortschritte geforderten „Entdämonisierung der DDR“ widersprochen würde.

Ursächlich dafür, daß diese naheliegenden Probleme einer „progressiven ... Lösung der deutschen Frage“ von Brandt/Minnerup ausgespart werden, ist m. E. ihre Auffassung, wonach „die Spaltung Deutschlands ... nicht das Ergebnis eines innerdeutschen Bürgerkrieges“, sondern ausschließlich die Folge von Interessengegensätzen unter den vormaligen Verbündeten der „Anti-Hitler-Koalition“ gewesen ist. Ohne dem auf der Ebene der faktischen Vorgänge grundsätzlich zu widersprechen, muß im Rahmen der historischen Interpretation dieser Vorgänge gefragt werden, ob nicht fanatischer Antikommunismus einerseits und stalinistische Repression andererseits, denen vor der weltpolitischen Kulisse des Kalten Krieges in den beiden 1949 neuentstandenen Staaten wechselseitig mit deutscher Gründ-

lichkeit gebröunt wurde, neben ihrer instrumentellen Funktion im Rahmen des globalen Ost-West-Konfliktes auch als Ausdruck einer zugespitzten politischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen sozialen Schichten in Deutschland gewertet werden müssen. Dies würde bedeuten, daß der Spaltung Deutschlands neben der unzweifelhaften und alles überlagernden Priorität globalstrategischer Interessen der USA und der UdSSR auch die Dimension eines innerdeutschen Klassenkampfes innewohnt, bei dem es beidseitig um die Ausschaltung des „Klassenfeindes“ von der (Mit-)Entscheidung über die Gestaltung der grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen ging, möglichst in ganz Deutschland, notfalls auch in den Teilgebieten des Deutschen Reiches, in denen man jeweils die besseren Karten, d. h. die Rückendeckung der einen oder anderen Siegermacht hatte.

Die Verfasser verweisen im Zusammenhang mit ihrer Annahme, wonach die deutsche Teilung wesentlich ein Resultat des Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR gewesen sei, darauf, daß diese Entwicklung nicht als Folge eines innerdeutschen Bürgerkrieges eingetreten sei. Dem kann die Hypothese entgegengesetzt werden, daß das Ausbleiben des Bürgerkrieges ein Ergebnis der Teilung gewesen sein könnte. Ob es nicht mit Notwendigkeit zu bürgerkriegsähnlichen Ereignissen gekommen wäre, wenn die gesellschaftlichen Bestrebungen einer – möglicherweise vereinten – Arbeiterbewegung und die gegenläufigen Interessen der bürgerlichen Eliten nach 1945 innerhalb eines ungeteilten Staates aufeinandergetroffen wären, wie das am Ende des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik der Fall gewesen ist, muß dahingestellt bleiben. Im realen historischen Prozeß waren die nach 1945 in Deutschland ausgetragenen Auseinandersetzungen um die soziale und politische Gestaltung der künftigen Gesellschaftsordnungen verschränkt mit den Konstellationen des alles überlagernden „Kalten Krieges“. Daher wurden sie in die bekannten Formen der Systemauseinandersetzung zwischen zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung transformiert. Wenn heute über progressive Wege zur Lösung der deutschen Frage nachgedacht wird, dann ist nicht davon abzusehen, daß es sich bei der gegenwärtigen deutschen Zweistaatlichkeit auch um geronnene soziale Antagonismen handelt, deren Rückverwandlung von staatlichen in gesellschaftspolitische Gegensätze eine große Anzahl komplizierter Fragen nach sich zieht, die nicht nur semantischer Lösungen bedürfen.

Die innerdeutschen Auseinandersetzungen während des „Kalten Krieges“ wirken bis heute im öffentlichen Bewußtsein in beiden Staaten und im persönlichen Denken ihrer Bürger nach und beeinflussen die gegenseitigen Beziehungen auf politischer und privater Ebene.

Die in der Bundesrepublik unter einer Bevölkerungsmehrheit verbreiteten Vorstellungen über die Gesellschaftsordnung der DDR und den Verlauf der Nachkriegsgeschichte sind, wie zahlreiche Befragungen und Untersuchungen auch in jüngster Zeit ergeben haben, in hohem Ausmaß den Propagandaklischees der 50er Jahre verhaftet geblieben. Obwohl die überwiegende Zahl der Bundesbürger damit über ein Bild der Nachkriegsgeschichte und des anderen deutschen Staates verfügt, das gemessen am Stand der zeitgeschichtlichen Forschung, aber auch im Verhältnis zum tatsächlichen Stand der deutsch-deutschen Beziehungen völlig unzulänglich ist, werden diese Sichtweisen der späten 50er und frühen 60er Jahre z. B. im staatlichen Bildungswesen nicht kritisch aufgearbeitet, sondern bewußt trainiert (vgl. den Erlaß der Kultusministerkonferenz „Die deutsche Frage im Unterricht“ von 1978). Dabei verbindet sich ein politischer Antikommunismus untergründig mit dunkelhaftem Hochmut gegenüber der „proletarischen“ DDR. Eine von Brandt/Minnerup geforderte Suche nach progressiven Wegen zur Lösung der deutschen Frage, die darauf abzielt, den Status quo in Deutschland zu überwinden, könnte auf ein gefährliches geistiges Vakuum stoßen, wenn nicht zunächst das im öffentlichen Bewußtsein existierende Bild des Status quo verändert wird.

Ohne eine Revision der bundesrepublikanischen Auffassung der deutschen Nachkriegsgeschichte, die in breitesten Bevölkerungskreisen zu einer Veränderung der deutschland-politischen Wahrnehmungsweisen führte, muß ein Arrangement zwischen einer wie auch immer zusammengesetzten westdeutschen Regierung und einer reformerischen Sowjetführung, bei dem Staat und Bevölkerung der DDR in der Rolle eines Objektes zum Teil einer deutschen Konföderation würden, das Verhältnis zwischen westdeutscher und ostdeutscher Bevölkerung sowie die politische Kultur in diesem konföderierten Deutschland mit einer Hypothek belasten, die den historischen Vergleich zur Rolle Elsaß-Lothringens im Deutschen Reich nach 1871 nahelegt.

Für eine notwendige Korrektur des selbstzufriedenen bundesdeutschen Selbstverständnisses sowie des dazugehörigen Geschichtsbildes könnte die gemeinsame Erklärung von SPD und SED vom 27.

August 1987 wichtige Anstöße liefern, wenn dieses Dokument nicht nur in der DDR beachtet wird, sondern auch in der Bundesrepublik auf wirksame Weise zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion würde.

Zu dem in der NG/FH 8/87 enthaltenen Beitrag von Peter Brandt und Günter Minnerup sei abschließend gesagt: er enthält hochinteressante und in ihrer Unkonventionalität überaus anregende Denkansätze, die aber, wie ich an zwei Problemfeldern zu zeigen versucht habe, der weiteren kontroversen Erörterung bedürfen. Wenn es dazu käme, wäre dies ein gutes Zeichen.

## Till Bastian Gibt es 1988 noch eine „Deutsche Frage“?

*Dr. med. Till Bastian, Jahrgang 1949, ist Arzt und freier Schriftsteller; Veröffentlichungen: Bunker + Valium, München 1986; Die beste Welt der Medizin, Neckarsulm 1986; Nach den Blüten stirbt der Mensch, München 1987.*

### I.

In letzter Zeit ist in unseren Landen wieder häufig von einer „deutschen Frage“ die Rede; und die, die sie stellen, fügen meist gleich noch an, daß diese gar noch „offen“ sei. Was ist damit gemeint? Fragebedürfnis zeichnet den Menschen aus, ebenso wie auch die Fähigkeit, den größten Unsinn zu glauben, um die eigene Unsicherheit zu bannen<sup>1</sup>; aber eben gerade darum muß manche Frage sich selber hinterfragen lassen, und für die hier erwähnte gilt dies allemal. Was also ist mit dieser eigentümlichen „deutschen Frage“ bezeichnet; warum soll sie „offen“ (was wohl heißen soll: unbeantwortet) sein? Formulieren wir die Frage, und sehen wir uns dann, fortiter in re et modo, nach Antworten um! „Deutsche Frage“ – das kann doch allenfalls heißen: Hat der Begriff der „deutschen Nation“ noch einen Sinn? und kann, falls wir hier zu einer positiven Auskunft kommen, diese „deutsche Nation“ irgendwann einmal, in naher oder ferner Zukunft, nochmals in einem *Nationalstaat* zusammenfinden?

### Anmerkungen

- 1) vgl. z. B. R. Kühn, Nation, Nationalismus, Nationale Frage, Köln 1986, S. 65/66. Hier werden Wolf Biermann und Peter Brandt, aber auch die Schriftsteller Günter Grass und Peter Hürding schon deshalb dunkel raunend in einen Zusammenhang mit rechtsextremen Bestrebungen gebracht, weil sie sich zu dem linken Tabu-Thema „deutsche Frage“ überhaupt äußern. Überdies wird die linkspluralistische Berliner Zeitschrift „Das Argument“ wegen „prinzipienloser Offenheit nach allen Seiten“ getüffelt, weil sie ihre Spalten für diesen Themenkreis gestiftet hat.
- 2) siehe auch: W. Loth, Die Teilung der Welt 1941–1955, München 1983, S. 194 ff.

Es ist wichtig, diese Verflechtung zweier verschiedener Fragen zu „entzerren“, zumal die Fragestellungen auf völlig verschiedenen Ebenen liegen – einmal geht es um die Brauchbarkeit eines mehr oder minder wohldefinierten Begriffes, zum anderen um die Möglichkeiten politischer Gestaltung in Mitteleuropa. Das eine nicht mit dem anderen einfach in eins zu setzen, ist eine wichtige Voraussetzung, um Übersicht zu behalten und Verwirrung zu vermeiden.

### II.

Beginnen wir mit dem Begriff „Nation“, der ja nicht mit „Volk“ oder „Staat“ identisch ist. Wir kennen Staaten mit großen Nationalitätenproblemen, nicht nur die Sowjetunion – auch Frankreich wäre zu erwähnen (Britannien, Korsika) oder Spanien (Baskenland). Die „Nation“ entspricht weit eher einem politischen Kampfziel als einem wohldefinierten Terminus wissenschaftlicher Deskription; daher ihre vage Unbestimmtheit. In Enzyklopädien wird die Nation entweder durch eine umfangreiche Merkmalareihe mehr skizziert denn definiert („... eine soziale Großgruppe, die durch die Gemeinsamkeit von Abstammung, Wohngebiet, Sprache, Religion, Welt- und Gesellschaftsvorstellungen, Rechts- und Staatsordnung, Kultur und Geschichte sowie durch die Intensität der Kommunikation konstituiert wird. Nicht immer sind alle diese Merkmale vorhanden.“ Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Mannheim 1976), oder sie wird, ohne selber definiert zu werden, von der sie fördernden und fordernden Bewegung her bestimmt („... seit dem 18. Jahrhundert

eine politische Gemeinschaft von staatstragender Kraft, sie ist gekennzeichnet durch das Bewußtsein der politisch-kulturellen Eigenständigkeit, das Nationalbewußtsein und den Willen der Zusammengehörigkeit.“ Brockhaus-Enzyklopädie, Wiesbaden 1971).

All dies kann kaum befriedigen, weist auf schillernde Vielgestaltigkeit hin. Sicher hat es eine nationalstaatliche Bewegung gegeben, die emanzipatorische Ziele auf ihre Fahnen geschrieben hatte und die den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorangetrieben hat; an der Schwelle zum dritten Jahrtausend christlich-abendländischer Zeitrechnung jedoch muß solche Zielbestimmung, sollte sie sich nicht präziser fassen lassen, verdächtig werden – insbesondere, wenn wir bedenken, welche Verbrechen in ihrem Namen geschehen sind. Gerade an der Geschichte der deutschen Nationalbewegung kann sich dies demonstrieren lassen. Deshalb muß jetzt von der deutschen Nation die Rede sein.

### III.

Mit der Wahl Konrad I. von Franken zum König des Ostfränkischen Reiches im Jahre 911 war es mit der Karolingerherrschaft in der Nachfolge Karls des Großen endgültig vorbei. Für fast 1 000 Jahre lebten die Menschen deutscher Sprache in einem Pluralismus vieler kleiner und großer Partikularstaaten – religiöse Fragen (der Kampf mit dem Islam, das Kirchenschema, die Reformation), aber auch der Gegensatz von arm und reich, von Stadt und Land waren ihnen wichtiger als „nationale“ Fragen, für die sie wohl kaum Verständnis gehabt hätten. Das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ war alles andere als ein Nationalstaat im modernen Sinne: eine Art Föderation, vom Kaisertum zusammengehalten. Selbst als sich anderswo – etwa im Nachbarland Frankreich – von einem erstarkten Zusammengehörigkeitsgefühl getragene Nationalstaaten herabildeten, gab es entsprechende Bewegungen in deutschen Ländern nicht in nennenswerten Dimensionen. Die geistige Elite stand dem Thema Nation und Nationalstaat ohnedies sehr skeptisch gegenüber. Christoph Martin Wieland (1733 – 1813) schrieb in seiner Vorrede zu Schillers Geschichte des Dreißigjährigen Krieges über den deutschen Staatenpartikularismus, daß „die Vorteile, welche aus dieser Zerteilung im ganzen für uns entspringen, das Nachteilige bei weitem überwiegen; oder vielmehr, daß sie es gerade ist, der wir diese Vorteile zu verdanken haben“. Johann Gottfried Herder (1744 – 1781) beantwortete die Frage nach dem Wesen der Nation mit den

Worten: „Ein großer ungejäteter Garten voll Unkraut, ein Sammelplatz von Torheiten und Fehlern wie von Vortrefflichkeit und Tugend.“ Gotthold Ephraim Lessing (1729 – 1781) bekannte: „Ich habe von der Liebe des Vaterlandes keinen Begriff und sie scheint mir eine heroische Schwachheit, die ich gerne entbehre.“ Selbst Johann Wolfgang von Goethe (1749 – 1832) notierte angesichts der Gründung des Rheinbundes, die den Untergang des Heiligen Römischen Reiches besiegelte, in seinem Tagebuch: „Zwiespalt des Bedienten und Kutschers auf dem Bock, welcher uns mehr in Leidenschaft versetzte als die Spaltung des Römischen Reiches.“

Erst in den antinapoleonischen Befreiungskriegen entstand eine patriotische Nationalbewegung – die sofort höchst bedenkliche Töne anstimmte: „Schlagt sie tot! Das Weltgericht / fragt euch nach den Gründen nicht“ reimte Heinrich von Kleist, um seine Mitbürger auf den Kampf gegen den französischen „Erbfeind“ einzustimmen. Als der Philosoph Johann Gottlieb Fichte 1807 nach Berlin zurückkehrte, von wo ihn die Truppen Napoleons vertrieben hatten, hielt er dort seine berühmte-bertüchtigte „Rede an die deutsche Nation“, in der er die Überlegenheit des deutschen Wesens zu begründen versuchte (sie leitet sich seiner Meinung nach aus der Sprache her): „Charakter haben und deutsch zu sein, ist ohne Zweifel gleichbedeutend.“

Erst im 19. Jahrhundert wurde die „deutsche Nation“ im öffentlichen Bewußtsein als ein Ziel von hohem, ja höchstem Wert angesehen (und zwar größtenteils mit sehr fragwürdiger Begründung); wurde das Ziel eines deutschen Nationalstaates formuliert und der real existierenden Staatenvielfalt schwärmerisch entgegengehalten. Rasch brach der Streit um die „großdeutsche“ oder „kleindeutsche“ Lösung aus; das Maximalziel gibt das 1841 auf Helgoland entstandene „Deutschlandlied“ des Hoffmann von Fallersleben in der vom baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder hochgeschätzten ersten Strophe an: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt!“ Freilich, der Dichter war Demokrat und mußte dafür büßen; manche seiner Verse klingen heute wie ein kritischer Kommentar zu der von ihm selbst mitgetragenen Nationalbewegung („Seht, was ein Kalbfell kann! Wohl Tausende lockt es zusammen; / auf den Ruf der Vernunft stellt sich kein einziger ein“) – aber der deutsche Patriotismus ist eben, wohl infolge seiner Nachzügler-Rolle, von vornherein sehr zwiespältig gewesen. Im Umfeld deutscher Geschichte ist der Begriff der Nation problematischer als andernorts.

#### IV.

Der preußisch-österreichische Krieg 1866 beendet die Träume vom großdeutschen Nationalstaat, wie sie noch die Paulskirchenversammlung lebhaft diskutiert hatte. Fünf Jahre später, 1871, wurde in Versailles die Gründung der kleindeutschen – d. h. Österreich ausschließenden – Reichsnation gefeiert, was übrigens mancher Zeitgenosse als tiefgreifende Spaltung des deutschen Volkes bedauerte. Die Geschichte dieses deutschen Reiches begann mit einer Annexion, nämlich der von Elsaß-Lothringen, die Otto von Bismarck später selbst als großen Fehler bedauerte. Ein Staat, der mit dem Säbel gegründet worden sei, werde auch mit dem Säbel ins Grab gebracht werden, orakelte August Bebel, der Nestor der Sozialdemokratie – womit er letztendlich recht behielt.

Das neugegründete deutsche Reich war von vornherein ein äußerst aggressives Gebilde. Es strebte nach einem „Platz an der Sonne“ und nach Kolonialbesitz – wo es sich diesen erstritt, regierte es mit äußerster Härte (wie der Völkermord an den Hereros in „Deutsch-Südwest-Afrika“ 1904–1907 illustriert). In den Weltkrieg ist es keineswegs „hineingeschlittert“, wie die Forschungen der von Fritz Fischer begründeten Schule zeigen, sondern die politischen Verantwortlichen haben die Konfrontation bewußt gesucht. 1914 war es dann soweit: „Um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens“ heißt es in der Proklamation des Kaisers vom 6. 8. 1914. „So muß denn das Schwert entscheiden.“ Vier Jahre später war die Niederlage des deutschen Heeres vollkommen. Das 1871 gegründete Reich war eben nicht nur ein aggressives, sondern auch ein sehr instabiles Staatswesen – nicht einmal fünfzig Jahre nach seiner Gründung stand es 1918/19 schon hart am Rande des Zusammenbruches.

Von einem „Gemeinwesen“ will ich nur bedingt sprechen, denn nur für ganze 14 Jahre, 1919 bis 1933, herrschten wenigstens halbwegs demokratische Verhältnisse. Dann, 1933, übernahm der Nationalsozialismus die Macht. Bertrand Russell, kein schlechterer Prophet als August Bebel, kommentierte schon 1935: „Thyssen glaubt, mit Hilfe der Nazi-Bewegung sowohl den Sozialismus vernichten als auch seinen Umsatz gewaltig steigern zu können. Die Annahme, daß er recht hat, scheint jedoch ebenso unbegründet zu sein wie zu glauben, daß seine Vorgänger im Jahre 1914 recht hatten. Für ihn ist es unumgänglich, das deutsche Selbstvertrauen und nationalistische Empfinden bis zu einem gefährlichen Grad aufzupeitschen; das Ergebnis ist

höchstwahrscheinlich ein Krieg mit unglücklichem Ausgang.“<sup>2</sup>

Anderthalb Jahre, bevor Deutschland 1939 erneut den Krieg gegen den Rest der Welt vom Zaun brach, verwirklichten die Nationalsozialisten im März 1938 mit dem Anschluß Österreichs (der „Ostmark“) die großdeutsche Reichsidee. Die Bewohner der aus dem Zerfall der Habsburgermonarchie hervorgegangenen österreichischen Republik hätten den Anschluß gewiß schon nach dem Ersten Weltkrieg gewollt; die Alliierten untersagten jedoch alle derartigen Bestrebungen. Jetzt realisierte die deutsche Wehrmacht einen deutschen Nationalstaat, der bald über die von Hoffmann von Fallersleben besungenen Grenzen hinausreichte und tausend Jahre währen sollte. Tatsächlich hatte das einzige großdeutsche Reich, das es je gab, ganze sieben Jahre Bestand; als es 1945 in Schutt und Asche versank, hatte es den blutigsten aller Kriege entfesselt und Millionen von Menschen Leben und Gesundheit geraubt.

#### V.

Nach 1945 kehrten die Deutschen wieder zum Staatenpluralismus zurück, wie er vor 1871 für fast tausend Jahre geherrscht hatte. Die deutsche Reichsnation, ob in der „kleindeutschen“ (1871 bis 1938) oder „großdeutschen“ Variante (1938 bis 1945), war im geschichtlichen Ablauf nur ein kurzes, freilich äußerst grausames und blutiges Intermezzo: Zwei Weltkriege von insgesamt 10 Jahren Dauer in vierundsiebzig Jahren Reichsgeschichte mit einer kurzen demokratischen Episode!

Aus dem Zerfall des „tausendjährigen Reiches“ gingen nach 1945 drei Staaten hervor: die neutrale Republik Österreich sowie die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, die beide verschiedenen Bündnisssystemen zugeordnet sind. Die übergroße Mehrheit der Europäer begrüßt diesen Zustand – was angesichts der historischen Erfahrungen mit nationalstaatlicher deutscher Machtpolitik kaum verwundern kann.

Wenngleich die Staatlichkeit der DDR heute kaum noch bestritten wird – vorbei sind die Zeiten, in denen der jüngst verstorbene Kurt Georg Kiesinger vom „Phänomen DDR“ sprach und mit dem Satz „Erkennen, aber nicht anerkennen!“ den Satirikern Brot und Arbeit lieferte –, so soll offenbar doch der Begriff der Nation als Vehikel zu einer angestrebten „Gesamtstaatlichkeit“ dienen.

Dem ist entgegenzuhalten: Die Frage des Begriffs der Nation dürfte jeden, der ihn ernsthaft (d. h. nicht bloß als demagogisches Schlagwort) verwendet, letz-



ten Endes in große Schwierigkeiten bringen – wie soll die „deutsche Nation“ definiert werden? Üblicherweise wird, einem ungeklärten Vorverständnis folgend, darunter die Bevölkerung der BRD und der DDR gemeinsam verstanden – eine völlig willkürliche Festlegung. Warum die Bewohner Österreichs ausschließen? Eine sachlogische Begründung dafür gibt es nicht, und wenn man „politische Realitäten“ heranzieht, wäre es wohl besser, den Terminus Nation ganz fallen zu lassen. Alles, was in Europa an politischen Zielen sinnvoll anzustreben ist (Verwirklichung der Demokratie, Beachtung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Kooperation statt Konfrontation – und zwar über durchlässige Grenzen hinweg), kann klar und eindeutig auch ohne diesen überlebten Begriff formuliert werden. Wer dennoch von der Nation spricht oder in volkstümlicher Weise an diese appelliert, macht sich verdächtig, weitergehendes zu wollen („Schlesien ist unser!“).

Ist denn ein grenzübergreifendes Nationalbewußtsein in der Bevölkerung der BRD noch lebendig? Ich bezweifle dies sehr (und bin darob nicht traurig gestimmt). „Die kleindeutsche Reichsnation verflüchtigt sich zu einer papierernen Größe“, schreibt der Historiker Hans-Ulrich Wehler, „und die Zeit arbeitet unnachgiebig dafür, daß diese Nation die politische Phantasie immer weniger zu mobilisieren vermag.“<sup>3</sup> Groteske Künstlichkeiten wie die Vererbbarkeit des Vertriebenenstatus vermögen dies letztlich nicht zu ändern. Bald wird die gewaltige Mehrzahl der Bundesbürger nach 1945 geboren sein; und wenn 1992 mit der Herstellung des Binnenmarktes die Freizügigkeit in der EWG eine neue Dimension erhält, werden sich rasch neue Bindungen ergeben, die das Festhalten am überkommenen Nationalbegriff immer fragwürdiger machen. Unter solchen Bedingungen ist das Beharren auf einer blutbesudelten, weltweit mißliebigen, fragwürdigen Tradition schlicht kontraproduktiv. Kooperative, freizügige Beziehungen zwischen den Deutschen in ihren drei Staaten wie zwischen den anderen Völkern Europas lassen sich herstellen und beschreiben, ohne daß es des hohlen Schlagwortes weiterhin bedürfte.

Die Frage eines wiederzubegründenden deutschen Nationalstaates ist damit ebenfalls von der Tagesordnung verschwunden. „Zwei sind es, zwei müssen es bleiben!“ sagte der italienische Außenminister Andreotti 1984 in einem Moment der Offenheit über die BRD und die DDR; und mit Sicherheit hat er damit – die CDU mag sich für die Formulierung

gen ihrer deutschlandpolitischen Programmatik noch so drehen und winden – die Gefühle all unserer Nachbarn in zutreffende Worte gefaßt.

Der eher konservativ gesonnene Sebastian Haffner schließt sein Buch „Von Bismarck bis Hitler“ mit einer Feststellung ab, an der es nichts herumzudeuteln gibt: „Die Geschichte der letzten 42 Jahre hat vom Deutschen Reich immer weiter weggeführt ... Ein Rückblick auf seine Geschichte macht es fraglich, ob das wirklich zu beklagen ist. Die Geschichte mit all ihren Taten und Leiden, Brüchen und Schrecken ist übrigens nur knapp doppelt so lang wie der Abstand, der uns heute von ihr trennt. Und der Abstand wächst von Jahr zu Jahr.“<sup>4</sup>

Im Mai des Jahres 2023, in knapp einer Generation, ist der Zeitpunkt erreicht, an dem die Bundesrepublik auf eine eigene Geschichtlichkeit zurückblicken kann, die dann länger währt als die Existenz der klein- und großdeutschen Reichsnation von Bismarck bis Hitler Bestand hatte. Das diffuse Zusammengehörigkeitsgefühl, das die einzig halbwegs faßbare Wurzel des Nationalitätentums bildet, wird sich dann verflüchtigt haben und neuen, binneneuropäischen Bindungen gewichen sein – sind doch schon heute die Tage kaum noch vorstellbar, wo man zu Weihnachten Kerzen ins Fenster stellte, um der „Brüder und Schwestern im Osten“ zu gedenken.

Es ist möglich, ja wünschenswert, daß es künftig in Europa zu neuen, auch übernationalen Bindungen kommt, daß dadurch die Grenzen offener, durchlässiger werden – dies ist aber nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Entwicklung denkbar; ein deutscher Sonderweg hin auf einen neuen gesamtdeutschen Nationalstaat ist weder wünschenswert, noch würde er von unseren Nachbarn geduldet. Steht die Einigung, steht das Zusammenwachsen Europas auf der Tagesordnung, so ist die „nationale Frage“ der Deutschen endgültig vom Tisch. Ich kann im übrigen auch gar nicht erkennen, daß die Mitbürger meines Heimatlandes, der Bundesrepublik Deutschland, mit dieser Entwicklung unzufrieden wären.

In der Anfangszeit des Ersten Weltkrieges, 1915, veröffentlichte der Reformpolitiker Friedrich Naumann (1860 – 1919) das Buch „Mitteleuropa“, mit dem er das Programm einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und eines übernationalen Staatesbundes formulierte. Die Einzelheiten des Programmes sind Historie; insbesondere die deutsch-nationale Tendenz, die Naumanns Gedanken auch zugrunde liegt, ist glücklicherweise überwunden. Aber seine Ausrichtung auf eine die nationalen Grenzen überwindende europäische Konföderation

gibt eine jener Traditionslinien an, an die anzuknüpfen wäre, wenn heute von deutscher Geschichte zu reden ist – anzuknüpfen wie auch an den Humanismus eines Lessing, der in seiner Ringparabel das klassische Gleichnis des über Völker und Rassen, Nationen und Staaten hinausgreifenden Humanismus prägt. Hier liegen die positiven Aspekte deutscher Geistesgeschichte verborgen, die es neu zu entdecken gilt; wer als Deutscher des Jahres 1988 die Zukunft politisch gestalten möchte, weil es auf unserem krisengeplagten Planeten noch immer recht vormenschlich zugeht, wird bei allem, was er fordert und plant, den schillernden, blutbesudelten Begriff der Nation sehr leicht entbehren können. Die Gespensterdebatte über die Möglichkeit eines neuen deutschen Nationalstaates wird er entschieden in die „Rumpelkammer schlecht gestellter Fragen“ (Norbert Wiener) verweisen. „Es ist uns möglich, davon

auszugehen, daß die Bundesrepublik Deutschland unser Staat ist, daß das Gebiet der DDR zwar einmal zu einem größeren deutschen Staatsgebiet gehörte, nun aber ebensowenig dazugehört wie Österreich oder das Elsaß. Und man wird auch kaum leugnen können, daß eine derartige Einstellung, wenn sie ausdrücklich eindeutig artikuliert wird, so etwas wie eine friedens-, zumindest ruhestiftende Funktion in der Mitte Europas hätte“ (Manfred Hättich, Direktor der Akademie für politische Bildung/Tutzing).

- 1 Vgl. T. Bastian, Ökologie und Humanität – Konflikt oder Partnerschaft? Universitas 5/1988
- 2 B. Russell, Die geistigen Väter des Faschismus (1935), in: Philosophische und politische Aufsätze, Stuttgart 1971, S. 130
- 3 H. U. Wahler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? München 1988, S. 65
- 4 S. Haffner, Von Blomberg zu Hitler, München 1987, S. 325

## Elke Hennig Die „nationale Identität“ einer „Versöhnungs- gesellschaft“? Gedankensplitter zu einem Aspekt neokonservativer Geschichtspolitik

*Prof. Dr. Elke Henning, Jahrgang 1943, ist Professor für Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft und seit 1981 an der Gesamthochschule Kassel tätig. Veröffentlichungen: Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland, Frankfurt 1982; Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt 1983; Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Stuttgart 1982.*

### I.

Es gibt – wie Helga Grebing (1986) konstatiert – einen modifizierten „deutschen Sonderweg“: „Was sonst – wenn nicht ‚deutscher Sonderweg‘?“ Es gibt eine gespaltene, antagonistische Kontinuitäts- und Bruchlinie, die nicht nur eindimensional auf den Fa-

schismus (und das ist mehr als „Terror“) zuläuft, sondern die als soziale Demokratie und als Ausdehnung des Rechtsstaatsgedankens auf die Arbeits- und Güterordnung (H. Heller) auch das von der Arbeiterbewegung getragene Konzept einer sozialstaatlich garantierten Gleichheit und Freiheit einschließt. Die geschichtspolitische Debatte der 80er Jahre verweist auf diesen doppelten deutschen Sonderweg, der (vergrößert „abgespielt“) noch die Teilung Deutschlands bestimmt. Ebenfalls ist es charakteristisch, daß der neu-deutsche Legitimationsentwurf über und als „Geschichte“ vorgetragen wird.

### II.

Der „Historikerstreit“ interessiert weniger als Streit von und unter Historikern. Diesbezüglich – d. h. aus der Warte der „scientific community“ mit ihren Gepflogenheiten des an Standards und Methoden orientierten Diskurses – ist der Streit belanglos, verspricht vor allem keinen Erkenntnisfortschritt (wenngleich zentrale Forschungsprobleme bezeichnet werden). Als Impresario der Sache tritt kein Teilnehmer auf!

Für den wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Zustand der „Historikerkunft“ (Nipperdey) ist es bemerkenswert, daß – was bei den Aktivisten durchaus besondere Aggressionen und vehemente Abgrenzungen auslöst – der Streit von einem Außensteiter vom Zaun gebrochen wird. Habermas, ei-

nem Soziologen und Philosophen, wird das intellektuelle Vermögen eines historischen Proseminaristen abgesprochen, sein Eröffnungsartikel in der „Zeit“ (11. 7. 1986) gilt einem der Propagandisten als „Rufmordkampagne... im Stile der noch allzu vertrauten APO-Pamphlete“ (Hillgruber, in: GWU 1986, 725 f.). Auf ihrem Historiker-Tag (1986) sind die Historiker unfähig, den Streit in ihren Reihen, vor ihrem Forum als wissenschaftlichen Diskurs auszutragen bzw. ihn auf dieses Niveau anzuheben. (Meier 1986)

Der „Historikerstreit“ ist Ausdruck und wissenschaftliche Erscheinung jener politischen, sozialen und sozialpsychologischen Prozesse der Ausprägung politischer Kultur *jenseits* der bundesrepublikanischen „Gründerzeit“ (1945–1953/54), ein „backlash“ auf den Verlust eines historischen Interpretationsmonopols „der“ Universitätshistorie durch sozial verankerte alternative Geschichtsbewegungen und ein „bandwagon“-Effekt auf die politischen Wendemarken seit 1982 (sowie auch auf entsprechende politische Stimuli und Gratifikationen). Diesen Verursachungskomplex gilt es weiter zu analysieren, um den Aussagegehalt des Streits bewerten zu können. Zunächst mag es genügen zu erwähnen, daß „damit“ – so der Vorsitzende des Historiker-Verbandes, Christian Meier (FAZ v. 20. 11. 1986), in Vermischung mit wissenschaftlichen Streitfragen (über die Bewertung des Terrors, des Gesamtcharakters des Nationalsozialismus und des Vergleichs) – „das, was unsere bundesrepublikanische Identität ist und sein kann, zur Debatte“ steht. Die Äußerungen der Historiker und Journalisten und Politiker, also: die *breite öffentliche Resonanz* der Kontroverse über die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Nolte: FAZ, 6. 6. 1986), und über „die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“ (Habermas: Zeit, 11. 7. 1986) sowie schon über die Staatsfeiern zur „Entsorgung der Vergangenheit“ (Habermas: Zeit, 17. 5. 1985) und die (weitgehend unkritisch-jubelnde Rezeption und ständige Zitation der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985) sind Zeichen von Prozessen, die sich „hinter dem Rücken“ der Diskutanten vollziehen. Die Verdichtung und Kumulation, die herausragende Publikation und die affektive Brisanz deuten den metawissenschaftlichen Gehalt der Kontroverse an, hierauf soll hier eingegangen werden. Dieser Aspekt soll aus dem wissenschaftsförmigen Beiwerk herausgesucht werden. Auf der Grundlage „analytischer Impressionen“ handelt es sich dabei um einen politischen Diskussionsbeitrag (Habermas 1985, 268).

### III.

Was ist „neu“ am Historikerstreit bzw. am Projekt neokonservative Geschichtspolitik? Neu ist vor allem die „klimatische“ Änderung, daß die Hypothek gegenüber der *publizistischen* Vertretung rechtsextremer Affekte und entsprechender Ideologiefragmente niedriger geworden ist (anders Graml 1984, 68, für die Geschichte und den *offenen* Rechts extremismus). Die politische Kultur hat sich geändert: Nationale Argumente sind honorierter geworden; wissenschaftsförmig vorgetragen oder von *anerkannten* Wissenschaftlern formulierte Revisionismen finden Eingang in verbreitete, auf ihren Ruf als Medien für bürgerliche Intelligenz, Eliten und Multiplikatoren bedachte Zeitungen. Immer mehr Hochschullehrer sind beteiligt, immer mehr Politiker bedienen sich einzelner Argumente und Worthülsen aus diesem Bezugsgeflecht.

Strauß hält es für falsch, wenn sich die Deutschen „immer als die Prügelknaben der Weltgeschichte“ betrachten und immer „die unseligen Geister der Vergangenheit“ beschwören. Die „ewige Vergangenheitsbewältigung“ und die „Dauerbüßeraufgabe“ lähmen das Volk, mit dem Bundeskanzler aber soll es sich wieder lohnen für „unser deutsches Vaterland“ einzutreten. Genießen wir doch mehrheitlich die „Gnade der späten Geburt“ und wollen einen „Schlußstrich“ ziehen. Kohls „Weichenstellung für die Zukunft“ faßt all dies, in andeutend-sybillinischer Form, zusammen (Die politische Meinung, 230, Jan./Febr. 1987, 9).

Klarstellungen kommen von dem rechtsradikalen bis weltanschaulich-(christlich-)konservativen Rand der Diskussion. Hornung, politischer Didaktiker in Freiburg, lehrt, daß der „Wandel von einem antitotalitären zu einem rein moralischen Geschichtsbewußtsein“ rückgängig gemacht, daß die „verhängnisvolle Kluft von Nation und Demokratie“ überwunden werde (Mut, 235, März 1987, bes. 13 ff.). Die NS-Zeit taue nicht mehr als „Polit-Keule“ (NE, 9/86, 19 f.), wenngleich der Geschichtsunterricht (gerade durch die jüngeren Lehrer) bemüht sei, diese Chimäre zu konservieren (dazu Hopf u. a. 1985), was jedoch „Überdruß“ erzeuge. Diese Töne spielen auch Ulrich Lohmar und Heinz-Dietrich Ortlieb, wenn sie die „Scharfrichter im Büßergewand“ oder den „braunen Knüttel“ ablehnen (Mut, 225, Mai 1986, 9 f.; Mut, 226, Juni 1986, 9 f.).

### IV.

Wie aber lassen sich die Motive deuten, wenn die „Wunde Hitler“ (Willms) geschlossen werden soll?

Erik Reger (1947, 16) weist darauf hin, die Nationalsozialisten hätten überall „gestohlen“: „Uns aber haben sie mehr gestohlen, nämlich Deutschland selbst.“ Deutschland kann somit nur als ein Akt praktisch gewordener Faschismuskritik wieder hergestellt und angeeignet werden. Wie auch bei Mitscherlich findet sich hier eine kritische Bestimmung der erneuten Nationwerdung: „Deutschland erwache!“ Nach der Ausnahme zur Normalität überzugehen, setzt einen kritischen Begriff der Normalität voraus. Diese Komponenten werden mit den heutigen Begriffen nationale Identität und Normalisierung nicht mehr bezeichnet, die Dialektik wird nicht mehr gesehen, so daß die Postulate zur Affirmation verflachen. Erst von dieser Affirmation aus stellt sich auch der Status quo ante als „Bewältigungstabus“ (Knüttler) dar.

Jürgen Habermas (1985, 51) charakterisiert die neokonservative Nachhilfe für ein „gesundes Traditionsbewußtsein“ durch einen „Mut zur Vergangenheit“, analog zum „Mut zur Erziehung“. (Und Diwald titulierte 1985 eine Arbeit mit „Mut zur Geschichte“!) „Die Neokonservativen“, so Habermas, zerteilen die Vergangenheit (so wie politisch-kulturell der Nationalsozialismus in Alltag und System, in unverbundene Partikel von Einzelschicksal und unbeflüßbarer Führung sowie unbegriffener Struktur aufgespalten und damit erträglich wird); sie „sehen ihre Aufgabe einerseits in der Mobilisierung der Vergangenheiten, zu denen man sich zustimmend verhalten kann, andererseits in der moralischen Neutralisierung anderer Vergangenheiten, die nur Kritik und Ablehnung herausfordern können.“ Deshalb also die harsche Anklage gegen diejenigen, die die falsche Geschichtsarbeit leisten, denn dies sind „jene schmutzigen politischen Geschäftsmacher, die Antifaschismus sagen, aber Macht und Einfluß meinen“, oder es sind jene fünften Kolonnen der „teils unfreiwilligen, vielleicht aber auch absichtlichen Helfer jener politischen Geschäftsmacher, denen es darum geht, ein eingeredetes Schuldbewußtsein zu benutzen, um die deutsche Politik durch moralische Erpressungen zu manipulieren“ (Knüttler, 8 f.). Klarer äußert sich der Politologe Knüttler in einer von Lorenz Niegel (CSU-MdB) herausgegebenen Broschüre nicht. Vielleitige Offenheit! Sind es Juden, Kommunisten, ehemalige KZ-Insassen und Verfolgte, die „Wiedergutmachung“ fordern und moralisch erpressen? Wie würde/sollte eine nicht-manipulierte, durch Erpressung nicht zu beeinflussende „deutsche Politik“ aussehen?

Versuchen wir, uns diesen Fragen zu nähern (ob-

wohl wir feststellen, daß Knüttlers aggressiv-andeutender Ton typisch ist für die gebräuchliche Mischung von Fragen und Wertungen, von Wissenschaft und Politik von Seins- und Sollensaussagen). Ein Beantwortungsversuch unterscheidet zwischen mehreren Ebenen und Motiven sowie zwischen einer mehr innen- oder mehr außenpolitischen Nutzanwendung.

Innenpolitische Ruhe und außenpolitische Berechenbarkeit sind die ersten allgemeinen Motive. Ein „ruhiges Selbstbewußtsein eines tüchtigen Landes“ wird als Garant gegen den Hasard, gegen die Gesinnungsethik dargestellt (vgl. Hans-Peter Schwarz, Konrad-Adenauer-Stiftung: Presseinformation v. 4. 2. 1987, 3; Stürmer 1983, 99 und FAZ v. 25. 4. 1986, Das Parlament v. 17./24. 5. 1986).

Ein weiteres allgemeines Motiv ist die generell sinnstiftende und orientierende Bedeutung von Werten. Orientierung wird als anthropologische Konstante begriffen (Stürmer 1983, 99); es kommt also darauf an, wie und von wem dieses Bedürfnis gestillt wird. Der „Glaubenskampf“ in der „Fachhistorie“ entspricht also den Erfahrungen aus dem Weimarer „Bürgerkrieg“. In den Zweifeln der Geschichtswissenschaft spiegelt sich „ein nagender Zweifel der Nation, wie sie denn selbst beschaffen sei“ (Stürmer 1983, 84). „Was stiftet Sinn und Zusammenhang?“, fragt Stürmer (ebda): „Nation und Staat, oder Klasse und Gesellschaft?“ Stürmer selbst entscheidet sich für die Nation, um das „Sinnvakuum“ zu schließen (vgl. ebda, 91, 98 f.) (Vgl. Bergahn 1987).

Besonderes Motiv ist die Wiederherstellung eines neutralen Raumes. Jedwede Güterabwägung soll möglich sein, ohne daß politisch-moralisch auf Fesseln und Bedingungen eines Demokratie fordernden NS-Deutungsmusters hingewiesen werden kann. Die moralisch-politische Wirkung des Faschismusvorwurfs soll aufgehoben werden. „Die Pflege des NS-Traumas“ enthält auch „die anachronistische Vorstellung von einer deutschen Weltgefahr“ (PM, Mai/Juni 1985, 22), weckt also antideutsche Aversionen und schließt (etwa beim Waffenhandel, bei der Südafrika-Politik, aber auch bei Durchsetzung des autoritären Staates) besondere antizipierende Zurückhaltung ein, worin ein Gutteil der Konflikte zwischen und innerhalb von CDU, CSU und FDP beschlossen liegen. Wer radikalere Politik und Staat fordert, muß deshalb auch der radikalere Revisionist sein (Strauß)! – (Vgl. auch Maschke – zit. in Klöbbe 1987, 37; Kaltenbrunner in Mut, 234, Febr. 1987, 16 f.; NE, 2/87, 6)

Eine besondere Akzentuierung der allgemeinen Motive prägt auch die Kohl'sche Wertpolitik, die „der Ideologie des Aussteigens einen Zukunftsentwurf der selbstbewußten Zuversicht“ entgegensetzt. Dies richtet sich gegen die GRÜNEN und „beachtliche Teile der SPD“. Dieser „Mut zur Zukunft“ impliziert deshalb ebenfalls „nationale Identität“ neben der Heimatliebe, einer „Renaissance christlich geprägter Wertvorstellungen“, der Aufwertung der Familie, der Subsidiarität und der Sekundärtugenden „Leistung, Sorgfalt, Zuverlässigkeit“ (Kohl 1987, 11 f.). Die neokonservative „supply-side-economy“ mit Gratifikation für den Erfolgreichen und einer finanziell abgedeckten Mißachtung der Erfolglosen benötigt flankierende Deutungsmuster, die auch einen gemäßigten – d. h. außenpolitisch nicht-chauvinistischen – Nationalismus einschließen.

Stürmer vertritt die zuletzt erwähnte Schwerpunktsetzung (ohne hier die Urheberschaft von Kohl und Stürmer klären zu wollen). Allerdings akzentuiert Stürmer die außenpolitische Komponente stärker, sein Mitteleuropa-/Europa-Konzept will einem außenpolitisch wirksamen Nationalismus (im Sinne national-eigeninteressierter Sinnbestimmung bündnis- und abrüstungspolitischer Entscheidungen) zuvorkommen. „Nationalneutralismus“ und die „Idee deutscher Alleingänge“ (Stürmer 1983, 99) schrecken Stürmer ab. Prägend ist seine Furcht vor einer „deutsch-gaullistischen Karikatur“; sein „Ernstfall“ ist nicht mehr Hitler, sondern die Idee eines Dritten Weges. „Wenn man in Deutschland neutralistisch sein will, so muß man auch nationalistisch sein oder jedenfalls national“ (1982, 71, 76). Stürmer reagiert primär daher nicht von sich aus; er stellt die Situation und seine publizistische Beteiligung am Historikerstreit und der Aufwertung des Zielwertes „Nationalstaat“ so dar, daß er auf den spaltenden Nationalismus der DDR antworten muß. Indem die DDR und Teile einer geschichtslosen Alternativbewegung in der Bundesrepublik die „Identitätsfrage“ stellen, entwickelt sich – „aus der Stimmung der Apokalypse“ – ein „Nationalneutralismus“, die rettende „Idee der Nation“ muß deshalb vom Neokonservatismus aus wieder besetzt werden.

## V.

Neokonservative Geschichtspolitik ist ein primär innenpolitisches Deutungsmuster. Orientierungskrise und Wertewandel wirken sich, so Lübke, primär für neue soziale Bewegungen (und die GRÜNEN) aus, wenn diese Felder nicht anders besetzt und organisatorisch eingebunden werden. Nahe an

der regionalistischen Staatsausdifferenzierung (Lübke) und am Konzept eines Bundes (Eichberg) votiert neokonservative Geschichtspolitik gegen Neutralisierung und dritte Wege für Subsidiarität und „gesunde Wirtschaft im starken Staat“.

Das Produktionsmodell neokonservativer und ordo-liberaler Angebotsökonomie enthält die Verringerung sozialer Kosten und deren Umverteilung auf Selbsthilfegruppen und Einzelinitiativen. Deshalb die Wertpolitik der „Versöhnungsgesellschaft“ (Späth), die Betonung z. B. der Familie, der Vereine und das Bemühen, „ein neues soziales Klima, eine Kultur der Nachbarschaft“ (Kohl, Regierungserklärung 1987) zu schaffen. Diese Gesellschaftspolitik reagiert auf „staatliche Überlastungssymptome“, die „Ordnungspolitik der primären Beziehungen“ bzw. der „Ausbau der kleinräumigen, kulturellen und sozialen Infrastruktur“ (Späth 1985, 176) treten in den Vordergrund. Solche Gesellschaftspolitik ersetzt partiell die Sozialpolitik. Dieser Wendung entspricht die Wertpolitik, die sich als Aufwertung der politischen Kultur versteht. Entsprechende Werte (Sekundärtugenden, Heimat, Geschichte, Nation) und Anstalten (Museen, Ausstellungen) rücken in den Vordergrund, wobei alle Anstrengungen unternommen werden, durch staatliche Maßnahmen der Diskussions- und Mittelsteuerung die Ambivalenz derartiger Politik zu sistieren.

Die Gesellschaftspolitik mit den Akzenten auf „Glanz und Glorie“, Identität, Entkriminalisierung/Normalisierung/Historisierung, mit Zurückweisung des Antifaschismus und dem Hinweis auf die Aufbauleistungen und Wertorientierungen der Nachkriegszeit entspricht besagter Gesellschaftspolitik, wobei die Grenzen zu einer stärker auf Souveränität und Aufhebung der deutschen Teilung setzenden Politik fließend sind (Dregger). Hier ergeben sich auch Berührungspunkte des „alten“ Konservatismus mit rechtsradikalen und extrem rechten Varianten nationalistischer Geschichtspropaganda, während der neokonservative Revisionismus Berührungspunkte mit regionalistischen, neu-rechten und radikalen konservativ-kulturreformistischen Akzentsetzungen aufweist (vgl. grundsätzlich Dubiel 1985, 12 ff.). Gerade wegen dieser Berührungspunkte, also auch wegen der Breite der Akzentsetzungen, Bezugskulturen, Verweise und Stilelemente, wegen der publizistischen Streuung vom neonazistischen Pamphlet bis zur FAZ, vom Bundestagsabgeordneten, Hochschullehrer bis zum Propagandisten darf die Wirkung der geschichtspolitischen Revisionismen nicht unterschätzt werden. Das eman-

zipatorische Konzept eines sozialen Rechtsstaates mit allgemeinen Bürger- und Menschenrechten muß demgegenüber als die andere demokratische Variante der Reaktion auf aktuelle ökonomische und Orientierungskrisen neu belebt werden.

## Anmerkungen

Berghahn, Volker 1987: Geschichtswissenschaft und große Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/87 v. 14, 3., 25-37  
 Dubiel, Helmut 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt  
 Gramel, Hermann 1984: Alte und neue Apologeten Hitlers, in: *Benz, Wolfgang* (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, Frankfurt, 68-96  
 Grebing, Helga u. a. 1986: Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1943, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz  
 Habermas, Jürgen 1985: Die Neue Übersichtlichkeit, Frankfurt  
 Hennig, Elke 1987: Raus „aus der politischen Kraft der Mittel“, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 38, Jg., 160-170

Hoff, Christel u. a. 1985: Wie kamen die Nationalsozialisten an die Macht, Frankfurt/New York  
 Klönne, Arno 1987: „Die deutsche Geschichte geht weiter“. Warum die Rechte aus dem „Schatten Hitlers hervortreten“ will, in: *Das Argument* 161, 29. Jg., 33-40  
 Knüttel, Hans-Helmuth, Vorwort zu: *Niegel, Lorenz* (Hrsg.) 1986: Der 8. Mai 1985 im Meinungsbild, Bonn  
 Kohl, Helmut 1987: Weichenstellung für die Zukunft, in: *Die politische Meinung* 230, 32. Jg., 7-13  
 Meier, Andreas 1986: Auf der Flucht vor Widersprüchen? 36. Hilarientag in Trier ließ viele Fragen offen, in: *Das Parlament*, Nr. 43 v. 25. 10., 16  
 NE = Nation Europa  
 PM = Die politische Meinung  
 Reger, Erik 1947: Vom künftigen Deutschland, Berlin  
 Späth, Lothar 1985: Wende in die Zukunft, Reinbek b. Hamburg  
 Stürmer, Michael 1983: Kein Eigentum der Deutschen: Die deutsche Frage, in: *Weidenfeld, Werner* (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*, Bonn = Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 200, 83-101

## Kritik

### Zwischen Nutzbarkeit und Nützlichkeit

Sven Papcke (Hg.): *Ordnung und Chaos. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1986, 458 S., DM 98,-*

Es muß daran liegen, daß sie von Geburt an so umstritten war und deswegen stets die Zwangsvorstellung hatte, sich überall und andauernd zu rechtfertigen, ihre Seriosität als Wissenschaft belegen zu müssen – da erscheinen dann Rückbesinnungen auf und Eingeständnisse von Irrwegen immer gerade unangebracht; für manche von Anfang an bis heute. Und so hat sich die Soziologie zwar immer schon des langen und breiten über ihre Ursprünge und Vorläufer, ihre Großväter und Väter von Comte bis Durkheim, von der Aufklärung bis zu Max Weber ausgelassen, aber über ihre engere, vor allem also neuere Geschichte befi-

gigt sie sich einer bemerkenswerten Zurückhaltung.

Vor allem der Einbruch des Nationalsozialismus in ihr seinerzeit noch ungefestigtes Fach wird bis heute in einem Maße ignoriert, das System dahinter vermuten läßt. In den drei führenden Fachblättern der Soziologie in Deutschland finden sich im Zeitraum von 1948 bis 1979 z. B. ganze fünf Beiträge zu diesem Problem. Man könnte das als typisches Verdrängungsverhalten abhaken, wenn dahinter nicht eine eigentümliche Tradition steckte: Auch in den Jahren 1922 bis 1933 ist auf vier Soziologentagen, wo sich alles traf, was damals Rang und Namen hatte, der Nationalsozialismus als politische Bewegung nicht ein einziges Mal zur Diskussion gestellt worden.

Diese Informationen kann man einem Sammelband zu Aspekten der Soziologie in Deutschland entnehmen, den der Münsteraner Soziologe Sven Papcke jetzt – man muß sagen: endlich – herausgegeben hat. An Fallstudien zur Fachgeschichte, an biographischen Beispielen, aber auch an theoretischen

Grundlegungen entlang weisen Papcke und seine 16 Mitarbeiter in ihren Beiträgen nach, was für enorme Defizite das Selbstverständnis der Soziologie als einer Wissenschaft bestimmen, die sich ja nicht nur über die Gesellschaft äußert, sondern zugleich auch in ihr und von ihr lebt.

Max Weber, einer ihrer Klassiker, hat sie einmal als eine Wissenschaft definiert, die „soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will“. Allerdings dürfte dies nur unter dem Gebot der absoluten „Werturteilsenthaltlichkeit“ geschehen – und damit geriet die Soziologie in ein doppeltes Dilemma: Die Politiker förderten sie mit der erklärten Absicht, Entscheidungshilfen für ihr Tun und Lassen geliefert zu bekommen, während die Professoren dafür um so höher in die dünne Luft des rein akademischen Disputs abhoben, um bloß die Unberührtheit ihrer Disziplin von den Anfechtungen der Politik zu bewahren. Heraus kam dabei eine großenteils recht „weirferne Wis-

senschaft", und so nennt Papcke auch seinen Aufsatz über die deutsche Soziologie der Zwischenkriegszeit.

Wie er, umkreist auch Karl-Siebert Rehberg in seinem Beitrag über die theoretischen Auseinandersetzungen zur Rolle der Soziologie diesen Widerspruch zwischen „Deutungswissen der Moderne oder „administrativer Hilfswissenschaft“? Es ist der Streit zwischen jenen, die jeden Versuch der Soziologie, eine „Theorie der Gesellschaft“ zu entwerfen, als in die Irre schweifende Sozialphilosophie abtun, und denen, die in der historisch-politischen Auseinandersetzung mit ihrem Gegenstand erst dessen Stellenwert zu bestimmen versuchen.

Erinnert sei da nur an jenes schlimme Verdikt des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, der Ende der sechziger Jahre die Soziologie kurzerhand zum „unständigen“ Fach deklarierte, indem er allen Eltern empfahl, ihre Kinder lieber etwas „Anständiges“ studieren zu lassen: Dahinter steckte nicht etwa nur der Zorn eines konservativen Linken auf die „Systemveränderer“ von damals, sondern auch der gehörige Widerwille eines Politikers gegen den Anspruch einer Wissenschaft, mehr liefern zu wollen als eine Anhäufung von Daten und Zahlen über alle möglichen Vorgänge in unserer Gesellschaft, soweit sich diese eben in Zahlen und Daten fassen lassen. Gerade mit letzteren bewies sie aber stets nur ihre *Nutzbarkeit*, kaum aber schon ihre gesellschaftliche *Nützlichkeit*.

Im Sinne dieser Nutzbarkeit wurde die Soziologie aber konsequenterweise von den Nazis gleichgeschaltet, wie Carsten Klingemann nachweist. Genau dies wollten die „historischen Denkmäler“ der Soziologie allerdings nie wahrhaben: Vielmehr hätten sie nach 1945 eine „Dämonisierung des Nationalsozialismus als des eingefleischten Feindes der Aufklärungswissenschaft Soziologie“ betrieben, und dieser Mythos von der angeblichen Liquidierung des Fachs im Dritten Reich halte sich so hartnäckig, wie er offenbar falsch sei: Die verschiedenen NS-Machteliten hätten die Soziologie vielmehr gefördert, solange sie

sich eine erfolgreiche Politikberatung von ihr versprochen hätten.

Diese für die Integrität ihres Faches schmerzhaft Erfahrung bleibt allerdings nicht auf die Nazizeit beschränkt. Die Politik versucht praktisch in jedem System, sich die Soziologie dienstbar zu machen. Das geht natürlich am besten, wenn man sie regelrecht professionalisiert, gerade auch außerhalb der Universitäten. Anders herum muß man sehen, daß sich die Soziologie schwerlich fest etablieren läßt, wenn sie keinerlei Berufsperspektiven in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft eröffnet. Genau dieser Dialektik wird aber zu gern ausgewichen, statt das Produktive an diesem Widerspruch zu nutzen, d. h. weder im Elfenbeinturm zu sitzen, noch im politischen Interessengezweck untergehen zu müssen.

Die in diesem Band versammelten Soziologen leiten daher die Existenzberechtigung ihrer Disziplin allein aus dem Anspruch her, daß sie nicht der verlängerte Arm der Planungsabteilungen in den Ministerien sein darf, sondern einen „wertenden Reformauftrag“ und die Fähigkeit zum Entwerfen von Lösungsstrategien für soziale Probleme besitzt.

Klaus Kamberger

## Stichworte zur intellektuellen Modenschau

Fast noch schneller als intellektuelle Moden sind die entsprechenden Stichworte zur geistigen Situation der Zeit. In ihnen verdichten sich die ideellen Gehalte einer Epoche zu Schlüsselbegriffen mit hoher Zitierrate – bevor sie vom Laufsteg der öffentlichen Auseinandersetzung verschwinden und der Fluch des Vergessens sie heimsucht.

Wer – zum Beispiel – weiß heute noch etwas mit der Habermasschen „Legitimationskrise“ anzufangen? Ich vermute, ein kleines Häuflein von Insidern, das mit zunehmender Begriffsinflation immer kleiner wird. Bis irgendwann auch die neugeführten

Stichworte à la „Neue Unübersichtlichkeit“ verschleißt und, wenn am Ende alle die Übersicht verlieren, als Fazit eine einzige schmucklose, kleine Formel übrigbleibt: anything goes. Vielleicht, um diese Gefahr zu bannen, kommen derzeit immer schillerndere Formeln auf, eigentlich keine zitierfähigen Stichworte mit prägender Kraft mehr, sondern Wortkostime, behängt mit den Accessoires einer, je nach Geschmack dämonisierten oder nostalgisch verklärten Moderne. Der programmatisch gemeinte Titel von Peter Sloterdijks neuestem Buch gehört hierher:

Peter Sloterdijk:  
*Kopernikanische Mobilmachung und ptolemäische Abrüstung*  
edition suhrkamp, Frankfurt/Main  
1987, Neue Folge, Bd. 375, 120 S., DM 9,-

Stichwort „Kopernikanische Mobilmachung“! Es trifft den Trend einer besinnungslos aufwärtsmobilen Gesellschaft, deren auffälligste psychologische Befindlichkeit der Zynismus ist. „Heute weiß im Westen jedes Schulkind“, schreibt Sloterdijk, „was vor hundert Jahren nur den als reaktionär verschrieenen Zivilisationskritikern Sorgen bereitete: die Entfesselung der technologischen Potentiale war nicht nur die Befreiung von dienstbaren Geistern, die Milliarden Jahre in der Erde schliefen und dem Augenblick entgegenträumten, in dem sie unter dem Namen von Produktivkräften zugunsten menschlicher Projekte erwachen sollten; diese Freisetzung war zugleich eine katastrophentartige Einleitung von Prozessen mit höchstem Fatalitätsrisiko. Damit kommt mehr zum Zug als das Einerseits-Andererseits der dialektischen Besinnungsaufsätze – wonach neben den segensreichen modernen Techniken leider auch Kriegarsenale entstanden sind, als bedauerlicher Schatten des großtechnischen Lichts“ (S. 16).

Stichwort „ptolemäische Abrüstung“! Damit spielt Sloterdijk auf die typisch postmoderne Denkfigur vom „Ausrinnen der Moderne“ (S. 15) an; auf die Wiederentdeckung älterer Be-

wußtseinslagen, in denen der theoretische und technologische Fortschritts-glaube aufgesprengt wird, dem sich die Moderne im Geiste des Kopernikus verschrieben hat. Plastisches Beispiel: Nach dem kopernikanischen Weltmodell wissen wir, daß die Erde um die Sonne kreist. Aber dieses Wissen ist in bestimmter Hinsicht trügerisch, denn unsere Sinne erweisen das Gegenteil: Auch nach Kopernikus erleben wir „den Sonnenaufgang in seiner archaischen Schönheit und erhabenen Ereignishaftigkeit“ (S. 59). Dem Augenschein nach kreist die Sonne weiterhin um die Erde, wie's der Geozentrismus des ptolemäischen Weltbilds theoretisch fixiert.

Sloterdijk ist sich zwar bewußt, daß der kritische Geist der Moderne das Fundament ist, auf dem sich auch sein eigenes Denken noch bewegt. Daher die vorsichtige, reflexiv gebrochene Kritik des Kopernikanismus: „Man wird künftig nicht nur Computer nach Generationen staffeln, sondern auch Problematiken und Grade der Kulturtheorie. Aufklärung gibt es heute faktisch nur noch in Form von Arbeit an der zweiten, dritten Problemgeneration von Aufklärung.“ (S. 52). Indes: aus der schroffen Entgegensetzung von ptolemäischer Abrüstung versus kopernikanischer Aufrüstung vermag er sich nicht zu lösen. Hier wird dem Leser so etwas wie die Alternativlosigkeit der ALTERNATIVE suggeriert: ptolemäische Abrüstung statt kopernikanischer Aufrüstung! Oder in den Stichworten von Sloterdijks inzwischen zum Kultbuch avancierter „Kritik der zynischen Vernunft“: kynische Revolte statt zynischer Verspanntheit!

Offensichtlich ist hier eine Generationserfahrung im Spiel. Die vom Scheitern linker Fortschrittsutopien geprägte 68er Generation, der Sloterdijk zuzurechnen ist, neigt (aus leicht nachvollziehbaren Gründen) zu selektiven Wahrnehmung der Moderne. So ergibt sich ein fratzenhaftes Bild, in dem die humanen Erleichterungen liberaler Rechts- und Moralvorstellungen, wissenschaftlicher Entdeckungen, technologischer Innovationen usw. zu Nebenaspekten des Fortschritts heruntergespielt werden.

Schade. Denn im Streit um die Mo-

derne steht mehr auf dem Spiel, als auf intellektuellen Modenschauen zu gewinnen ist. Das erweist sich besonders deutlich an einer Frage, die seit kurzem auch in der breiteren Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird: Die 35-Stunden-Woche ist ein sozialpolitisches Projekt, das, je nach Sichtweise, unserer Gesellschaft die zu ihrem Überleben notwendigen Energien entziehen oder aber transformieren und anderen Aufgaben und Zielen nutzbar machen wird. Ptolemäische Abrüstung statt kopernikanischer Aufrüstung? Die schroffe antithetische Entgegensetzung zwischen den Kräften einer angespannten Moderne und einer sich entspannenden Nachmoderne verbaut die Perspektive einer anderen Moderne, in der die vermehrte Freizeit als Zeit zur kommunikativen Verständigung über Ziele und Werte des Lebens genutzt wird.

Friedrich Loock

## Überraschende Lücken

Hartwig Wallatschek/Jochen Graw (Hrsg.):

*Öko-Lexikon. Stichworte und Zusammenhänge*

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Beck'sche Reihe 344), München 1987, 250 S., 19,80 DM

Mit Umweltschutz läßt sich Geld verdienen – auch und gerade auf dem Buchmarkt. Die Zahl der Veröffentlichungen nimmt rapide zu, und nicht immer kann die Qualität mit der Quantität Schritt halten. Auch das Öko-Lexikon von Wallatschek/Graw fällt nicht gerade unter die Liste der Umweltpublikationen, die man für unverzichtbar halten würde.

Das Werk ist unterteilt in einen beschreibenden und in einen lexikalischen Teil. Ersterer enthält seinen sehr allgemeinen, aber nicht uninteressanten Streifzug durch die Menschheits- und Naturgeschichte, sowie weitere Abschnitte zu „Wirtschaft und Umwelt“, „Politik und Umwelt“ sowie „Ethik und Umwelt“, deren Niveau eine Veröffentlichung kaum lohnt.

Auch der lexikalische Teil des Buches ist von unterschiedlicher Qualität. Die Auswahl der Stichworte lehnt sich deutlich an einschlägige Veröffentlichungen der Bundesregierung (Typ: „Was Sie schon immer über Umweltschutz wissen wollten“) an; sie weisen deshalb auch einige überraschende Lücken bei aktuellen Themen auf (so kommen z. B. Begriffe wie Abfallvermeidung oder Umwelthaftung nicht vor).

Während sich die naturwissenschaftlichen Angaben auf dem soliden (wenn auch nicht originellen) Niveau eines besseren Allgemeinlexikons bewegen, rufen viele Ausführungen zu rechtlich-administrativen Fragen beim sachkundigen Leser nur Kopfschütteln hervor, während den weniger Vorinformierten oft Ratlosigkeit befallen wird (etwa bei den Stichworten Gentechnik, Atomgesetz, Abwasserbehandlung, Anwendungsverbot). Daß den Autoren die durchgreifende Novellierung wichtiger Umweltschutzgesetze (z. B. AbwasserabgabG, WaschmittelG, NaturschutzG, Baugesetzbuch) entgangen ist, überrascht dann schon nicht mehr.

Als Zumutung muß der Benutzer des Lexikons schließlich die Ausführungen zu Stichworten wie Lebensqualität, Umweltbewußtsein und ökologische Marktwirtschaft empfinden. Wenn es nicht gelingt, komplexe Sachverhalte dieser Art auf dem begrenzten Raum eines Taschenlexikons sinnvoll abzuhandeln, wäre es besser, ganz darauf zu verzichten. Auch das Literaturverzeichnis erweist sich als wenig hilfreich, weil es allenfalls den Informationsstand der Autoren widerspiegelt, aber nicht als repräsentativ bezeichnet werden kann (noch nicht einmal ein Hinweis auf weiterführende Bibliographien wie das UEMPLIS des Umweltbundesamtes tauchen hier auf).

Alles in allem ein Buch, mit dem sich der renommierte Beck Verlag keinen Gefallen getan hat. Der Leser legt es rasch enttäuscht zur Seite und erinnert sich, daß ein anderer großer Taschenbuchverlag zum ungefähr gleichen Preis (wenn auch auf Recyclingpapier) einen wesentlich informativeren Stichwortgeber in Sachen Umweltschutz anbietet.

Rolf Praml